

MIRIAM LANG (HRSG.)

**DEMOKRATIE,  
PARTIZIPATION,  
SOZIALISMUS**

Lateinamerikanische Wege  
der Transformation

96

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Manuskripte 96



Rosa-Luxemburg-Stiftung

MIRIAM LANG (HRSG.)

# **Demokratie, Partizipation, Sozialismus**

**Lateinamerikanische Wege der Transformation**

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 96

ISBN 978-3-320-02282-2

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2012

Satz: Elke Jakubowski

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Printed in Germany

## EINFÜHRUNG

Miriam Lang

Linke in Europa und Lateinamerika heute:  
Solidarität, Reziprozität und Internationalismus.

Einleitung 7

Boaventura de Sousa Santos

Plurinationalität – ein entscheidender Beitrag zur Demokratie 17

Eduardo Gudynas

Buen Vivir. Das gute Leben jenseits von

Entwicklung und Wachstum 28

## BOLIVIEN

Raul Prada

Kommunitärer Sozialismus und plurinationaler Staat 46

Dunia Mokrani

Konfliktszenarien in der zweiten Amtszeit  
von Präsident Evo Morales

63

Patricia Chavez

Die Kolonialität des Staates.

Das Beispiel des plurinationalen Parlaments in Bolivien 81

## ECUADOR

Pablo Ospina  
Politische und Wirtschaftsdemokratie in der Bürgerrevolution 92

Floresmilo Simbaña  
Ecuadors indigene Bewegung zwischen  
Langzeitstrategie und Tagespolitik 116

## VENEZUELA

Andrés Antillano  
Volksmacht und Sozialismus im bolivarianischen Prozess 128

Edgardo Lander  
Das venezolanische Dilemma: Staatszentrismus und Personenkult  
oder mehr Demokratie und Partizipation? 136

## KUBA

Aurelio Alonso  
Von einem gescheiterten zu einem nachhaltigen Sozialismus 153

Boaventura de Sousa Santos  
Warum ist Kuba für die Linke zu einem  
schwierigen Problem geworden? 166

## **Linke in Europa und Lateinamerika heute: Solidarität, Reziprozität und Internationalismus Einleitung**

Die kapitalistisch geprägte Zivilisation steckt in einer tiefen Krise. Während diese im globalen Norden in erster Linie als Finanz- und vielleicht noch als Klimakrise wahrgenommen wird, drückt sie sich im Süden vor allem in der beschleunigten und systematischen Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung aus. Während offener Tagebau heute immer mehr Landstriche nachhaltig vergiftet und verwüstet, entziehen Landgrabbing und die Spekulation mit den verbleibenden Agrarflächen immer mehr Kleinbauern ihre Existenzgrundlage: durch Enteignung, Vertreibung, Einführung agroindustrieller Methoden, Versteppung. Während der offizielle Diskurs ganz auf Armutsbekämpfung ausgerichtet ist, wird durch politische Entscheidungen systematisch Armut produziert: Menschen, die zuvor für sich selbst und den lokalen Markt sorgen konnten, werden abhängig von Sozialleistungen oder rutschen in die Verelendung. Da kleinbäuerliche Landwirtschaft im Dogma des hegemonialen Entwicklungsdiskurses als »rückschrittlich« gilt, wird häufig übersehen, dass bis heute über die Hälfte der Welternährung durch Kleinbauern sichergestellt wird, während weniger als ein Drittel aller menschlichen Nahrung von der Agroindustrie herührt<sup>2</sup> – und dieses Drittel immer mehr den Fluktuationen der Börsenspekulation ausgesetzt ist. Wenn Nahrung nicht rentabel absetzbar ist, wird die Ernte zu Agrotreibstoff verarbeitet. Anstatt jedoch Ernährungssouveränität zu fördern, werden systematisch politische Entscheidungen getroffen, die Kleinbauern das Leben schwerer oder unmöglich machen.

Im Norden boomt unterdessen der »alternative« Markt: Kleidung aus zertifizierter Baumwolle, Technologien für erneuerbare Energien, Supermärkte für Bio-Food und Bio-Kosmetik. Umweltorganisationen treten dafür ein, dass jeder seinen ökologischen Fußabdruck errechnen und entsprechende Summen in Karbonzertifikaten anlegen solle – über die im Süden als Ausgleich Waldflächen erhalten werden sollen.

- 1 Miriam Lang arbeitet seit 2009 als Büroleiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung für die Andenländer. Sie hat an der Freien Universität Berlin in Soziologie promoviert und hat lange als Publizistin und Übersetzerin zu lateinamerikanischen Themen gearbeitet. Sie ist seit den 1980er Jahren in internationalistischen Initiativen tätig und hat in Lateinamerika insbesondere mit Indigenen und Frauenorganisationen kooperiert. 2004 hat sie beim konkret-Verlag den Band »Salsa Cubana – Tanz der Geschlechter. Emanzipation und Alltag auf Kuba« herausgegeben.
- 2 Siehe beispielsweise ETCgroup: Who will feed us? Questions for the food and climate crises. November 2009, in: [http://www.etcgroup.org/upload/publication/pdf\\_file/ETC\\_Who\\_Will\\_Feed\\_Us.pdf](http://www.etcgroup.org/upload/publication/pdf_file/ETC_Who_Will_Feed_Us.pdf)

So sieht Imperialismus heute aus. Nicht weniger Konsum ist die Devise, sondern im Gegenteil: Die grüne Ökonomie eröffnet ganz neue Profitchancen, ein gelungenes Leben wird nach wie vor mit der Anhäufung von Waren assoziiert, die tatsächlich zu verbrauchen oder gar zu genießen oft gar keine Zeit ist, und die Wachstumsspirale steigt immer schneller ins Unendliche. Die aktuelle Krise wird als Wachstumskrise wahrgenommen, nicht als Krise einer Lebensweise, die ganz selbstverständlich davon ausgeht, dass einem kleinen Teil der Weltbevölkerung die kompletten und endlichen Ressourcen des Planeten zur Verfügung stehen.

Unterdessen dringt der Kapitalismus in die letzten Winkel der Erde vor. Was Rosa Luxemburg als das notwendige Außen der kapitalistischen Akkumulationsweise bezeichnete, ist immer schwieriger zu finden, da anders als im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert fast alle Landstriche und Kulturen bereits in die kapitalistische Produktionsweise integriert sind. Der Entwicklungsdiskurs und die Grüne Revolution haben hier mindestens genauso gründliche Arbeit geleistet wie das Kolonialregime. Also erobert das System sich heute mittels Technologie ein »Außen«, dass dem gesunden Menschenverstand oft abwegig erscheint: Aus Teersand wird mithilfe von höchst zerstörerischen, kostenintensiven Verfahren Öl gewonnen, auch Ölvorkommen in vielen Kilometern Tiefe unter dem Ozean gelten als ausbeutbar, und ein Boden, in dem ein Prozent Kupfererz liegt, wird zur offenen Kupfermine gemacht: tausende Tonnen Materialbewegung, tausende Quadratkilometer Verwüstung, Gifte, die durch Flüsse und über das Grundwasser ganze Landstriche kontaminieren, all das für eine lächerliche Menge des begehrten Stoffes. Der Großteil der noch nicht ausgebeuteten Rohstoffreserven, sei es Öl, Wasser, Erze oder Gas, befinden sich heutzutage in Territorien, deren natürlicher (Urwald-)Reichtum historisch von Indigenen erhalten wurde, oder in Naturschutzgebieten. Der Kapitalismus schickt sich also an, unwiederbringliche biologische Vielfalt, aber auch die letzten sozialen Organisationsformen, die jenseits des Akkumulationszwangs überlebt haben und von denen wir im Hinblick auf eine andere Lebensweise lernen könnten, in der nächsten Zeit zu vernichten.

Während der Norden sich in der Illusion sonnt, letztlich gebe es für alles eine technische Lösung, die sich auch gut verkaufen lässt, wird es im Süden immer enger. Um die imperiale Lebensweise des globalen Nordens abzusichern, wird das Nord-Süd-Gefälle gewaltsam aufrechterhalten. Wo nicht direkt Kriege geführt werden, sorgen die Spielregeln des Weltmarkts und der hegemoniale Entwicklungsdiskurs, der ausschließlich Produktion für den Export gelten lässt, dafür, dass die Länder des Südens ihre Funktion als Rohstofflager erfüllen. Globalisierung mündet so in eine andere Variante von Kolonialismus. Die sozialen und ökologischen Folgen des materiellen Wohlstands trägt dabei der Süden: Naturkatastrophen infolge der Erderwärmung, Versteppung und Vernichtung von landwirtschaftlich nutzbaren Böden,

Mangel an sauberem Süßwasser, Mangel an Nahrungsmitteln – eine ökologische Krise ungeahnten Ausmaßes.

Zu den altbekannten gesellen sich unterdessen neue Hegemonien und neue Imperialismen: China, Brasilien, Russland und Indien sind zwar militärisch weniger aggressiv als die USA und die ehemaligen europäischen Kolonialmächte, doch wenden sie ebenso aggressive kapitalistische Praktiken an – ohne jede Rücksicht auf die gesellschaftlichen und ökologischen Folgen. Dabei verhindert das atemberaubende Tempo, in dem China beispielsweise nach Lateinamerika vordringt, jegliche soziale Kontrolle oder auch nur mit Kompetenz geführte Debatte über die Bedingungen von Investitionen und Verträgen, die neue Abhängigkeiten schaffen und teils sogar die Zukunftsoptionen der Gesellschaften verpfänden.<sup>3</sup>

Was bedeutet Internationalismus in einem solchen Kontext? Lateinamerika nimmt auf der geopolitischen Landkarte seit ca. zwei Jahrzehnten einen besonderen Platz ein: Eine ganze Reihe von Regierungen, die sich selbst als links oder mitte-links einordnen, sind durch Wahlen an die Macht gekommen und setzen sich vor allem in ihrem offiziellen Diskurs und in Teilen ihrer politischen Praxis von der neoliberalen Schule der Vergangenheit ab. In Venezuela, Ecuador und Bolivien wurden neue Verfassungen verabschiedet. Diese Regierungen knüpfen an die sozialen Kämpfe an, die seit 1990 vor allem von indigenen, aber auch von Bauern und anderen Bewegungen das Leben gegen die Werteskala des Neoliberalismus verteidigten – und inzwischen zum Teil als linke Opposition die progressiven Regierungen mit ihren eigenen Widersprüchen konfrontieren. Dabei bildet die Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigem, die Koexistenz von vormodernen und modernen Elementen in den lateinamerikanischen Gesellschaften den Nährboden dafür, dass die spätmodernen Lebensformen noch nicht als so selbstverständlich alternativlos wahrgenommen werden wie in Europa. Dies öffnet Spielräume für gesellschaftliche Transformation. Wie können deutsche Linke sich heute mit diesen Transformationsprozessen, um die in Lateinamerika gerungen wird, in Beziehung setzen?

Die Geschichte des linken Internationalismus im Verhältnis zu Lateinamerika ist bei genauerer Betrachtung nicht unbedingt glorreich. Die III. Internationale war eine Struktur, die ungeachtet der jeweils lokalen Kontexte die schematische Einordnung der Welt in die sowjetische Doktrin vorantrieb und demnach viele Ansätze für Befreiung und Emanzipation mithilfe der allgegenwärtigen marxistisch-leninistischen oder auch trotzkistischen Parteien systematisch als »Abweichungen« bekämpfte.<sup>4</sup> Der universelle Geltungsanspruch des historischen Materialismus und die

3 So haben Venezuela und Ecuador bei China Schulden, die auf Jahre hinaus in Öl zu bezahlen sind – und damit eine Abkehr vom extraktiven Wirtschaftsmodell auch künftig blockieren .

4 Vgl. Klaus Meschkat: *La tercera internacional y América Latina*, in: Miriam Lang und Alejandra Santillana (Hrsg.): *Democracia, Participación y Socialismo. Bolivia – Ecuador – Venezuela*. Quito 2010, S. 44-58.

hegemonialen Formen der Wissensproduktion und -zirkulation machten die meisten emanzipatorische Denkansätze aus dem globalen Süden unsichtbar oder drängten sie in die zweite Reihe ab. Das Ergebnis muss der Ehrlichkeit halber als linker Kolonialismus in Theorie und Praxis bezeichnet werden, der sich zum Teil in den Köpfen lateinamerikanischer und europäischer Linker bis heute hält. In diesem Sinn relativieren sowohl der erste Beitrag von Boaventura de Sousa in diesem Buch als auch der Text von Eduardo Gudynas über »Buen Vivir« die westliche Weltsicht, zu der letztlich auch die sozialistische Utopie und die Tradition der Kritischen Theorie gehören, um andere Weltsichten in ihrer Andersheit zuzulassen und im Dialog mit ihnen postkoloniale Utopien zu entwickeln.

In der Zeit der antikolonialen Befreiungskämpfe und insbesondere mit der 1968er Revolte lösten die Solidarität als Konzept und die sozialen Bewegungen als Akteure den Internationalismus linker Parteien weitgehend ab. Die Folge war eine weitgehende Abkehr vom marxistisch-leninistischen Dogmatismus und eine verhältnismäßig breite Wahrnehmung kolonialer Herrschaftsverhältnisse – den Menschen aus dem Süden wurde nun das Recht zugesprochen, unabhängig von Instruktionen aus einer Parteizentrale ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen. Der Erfolg der kubanischen Revolution propagierte den Guerillakrieg als Mittel zur Befreiung – wobei selbst der Internationalismus eines Che Guevara sich (beispielsweise in seiner afrikanischen Variante) sagen lassen muss, dass er versucht hat, einem völlig anderen Kontext ein Modell überzustülpen.

Obwohl der Begriff grundsätzlich gleiche Interessen und gegenseitige Hilfe suggeriert, entpuppt sich Solidarität mit Lateinamerika bei genauerer Betrachtung der entsprechenden Praxis als ein hierarchisierendes Konzept, das recht weit entfernt war vom gleichberechtigten, gegenseitigen Lernen und (An-)Erkennen: Jemand, der hat, gibt ab an jemanden, der braucht, und zwar meist nach den Wahrnehmungsrastern, Möglichkeiten und Kriterien des Gebers. Die Solidarität hatte einen aktiven und einen passiven Pol, ein Subjekt und ein Objekt, und meist war historisch der aktive Pol im globalen Norden angesiedelt: einseitige Spenden, einseitige Reisetätigkeit, einseitige Horizonterweiterung durch Sammeln von Erfahrung in der fremden Umgebung. Solidarität hat insofern, wie viele naturalisierte linke Konzepte und Praktiken, einen christlichen Hintergrund – hier liegt er im Konzept der Barmherzigkeit. Oder, polemisch gefragt: Wieviel Solidarität aus Lateinamerika hat die deutsche Linke zur Unterstützung ihrer eigenen Kämpfe zugelassen?

Die andinen Gesellschaften praktizieren eine andere Form des Sich-mit-dem-Anderen-in-Beziehung-Setzens: die Reziprozität. Sie besteht auf strikt gegenseitigem Geben und Nehmen. Im Gegensatz zur Solidarität hat die Reziprozität einen eminent praktischen, keinen moralischen oder ideologischen Kern, sie ist sowohl soziales als auch ökonomisches Grundprinzip. Sie macht beide Seiten gleichermaßen zu Gebern

und Nehmern und schafft damit das hierarchische Verhältnis ab. Im Zentrum steht das harmonische Gleichgewicht der Kräfte. Das heißt, wer zu viel gibt, wird nicht gelobt, sondern sanktioniert, weil er das bestehende Gleichgewicht durcheinander bringt und – zumindest unbewusst – versucht, sich eine Machtposition zu verschaffen und andere in Abhängigkeit zu treiben. Ist Reziprozität als Grundprinzip der linken Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika heute denkbar?

Für deutsche Linke in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde der Bestimmungsort der solidarischen Tätigkeit häufig zur imaginierten zweiten Heimat, die eine geistige Flucht aus der Misere linker Politik in den Metropolen erlaubte: ein geographisches Ausweichen angesichts des scheinbar unüberbrückbaren Widerspruchs, dass die »Klasse«, auf die sich linke, emanzipatorische Politik eigentlich beziehen sollte, in Deutschland kulturell noch tief in nationalsozialistischen Denkmustern verhaftet war, die später in rassistische und wohlstandschauvinistische umgewandelt wurden. Angesichts der Unfähigkeit (oder Unmöglichkeit?), diese Bevölkerung als potentiell revolutionäres Subjekt anzusprechen, verlagerten viele Linke ihre revolutionären Hoffnungen und Tätigkeiten nach Übersee. Was dabei unverändert blieb, waren die Hegemonieverhältnisse im Norden, die nach wie vor die Bedingungen für die Befreiungsoptionen im Süden setzten. Einige Gruppen versuchten, direkt auf das Nord-Süd-Verhältnis einzuwirken und die Handelsbedingungen für den Süden zu verbessern: Sie übten Kritik an IWF und Weltbank und erarbeiteten Möglichkeiten der solidarischen Direktvermarktung an den offiziellen Spielregeln vorbei. Doch auch sie tasteten die Kräfteverhältnisse im Norden selbst kaum an.

Am ehesten reziprok handelten ausgerechnet die bewaffneten Gruppen der Metropolen, indem sie mit Che Guevaras Fokustheorie eine Theorie aus dem Süden übernahmen oder ihre militärische Ausbildung bei verwandten Bewegungen absolvierten. Doch auch sie waren letztlich mit der Übertragung von theoretischen Modellen auf andere Wirklichkeiten befasst, anstatt sich in und mit ihrer sozialen Umgebung auf die Suche zu machen und von dieser Suche aus mit anderen Befreiungsprozessen in Beziehung zu treten.

Linkes Denken besteht allzu häufig immer noch in der Einordnung der vorgefundenen Wirklichkeit in einfache ideologische Raster: Zum Beispiel gibt es in der Wahrnehmung mancher Linker seit der kubanischen Revolution auf der Insel keine gesellschaftlichen Widersprüche mehr, die im Sinne der Emanzipation bearbeitet werden müssten. Man spricht von »dem kubanischen Volk« als homogener Einheit, als seien durch die Katharsis der Revolution alle Bevölkerungsgruppen in ihren Interessen unmittelbar mit der kubanischen Regierung verschmolzen. Während linke oder alternative Regierungen in Deutschland, wie Rot-Grün unter Gerhard Schröder oder Rot-Rot in Berlin, durchaus an ihren konkreten Ergebnissen gemessen und kritisiert werden (dürfen), verblasst dieses Interesse an den konkreten gesellschaftli-

chen Entwicklungen und Widersprüchen, je weiter der jeweilige Prozess geographisch entfernt ist. Die geopolitische Vogelperspektive ist vielmehr daran interessiert – ganz wie in Zeiten der III. Internationale – als Zeichen des Fortschritts möglichst viele rote Flecken auf der Weltkarte einzuzeichnen. Wie sonst könnten manche deutsche Linke heute *bedingungslose* Solidarität mit der Regierung von Daniel Ortega einfordern – oder mit welcher lateinamerikanischen Regierung auch immer, die sich als progressiv bezeichnet? Wer auf soziale Konflikte in Bolivien, Ecuador, oder Venezuela hinweist oder Widersprüche in der Regierungspraxis aufzeigt, ist diesem Denken zufolge entweder selbst rechts oder aber naiv genug, um »der Rechten in die Hände zu spielen«.

Dominanzverhältnisse wie Rassismus, Sexismus, Kolonialismus und Klassenunterdrückung sind selbstverständlich auch nach einer Revolution oder einem linken Wahlerfolg weiterhin vorhanden. Nur, wenn ihre Strukturen und praktischen Auswirkungen in einer öffentlichen Debatte, die allen Beteiligten die Emanzipation vom alten Denken ermöglicht, sichtbar gemacht und hinterfragt werden, ist ein tiefgreifender gesellschaftlicher Umbau möglich. Nur dann können sich die kollektiven Vorstellungen allmählich in Richtung der zu schaffenden Gesellschaft entwickeln. Der Weg ist immer ein langwieriger, experimenteller Prozess, nie ein Moment – auch wenn bestimmte historische Ereignisse katalysierende Wirkung entfalten. Den von Che Guevara postulierten Neuen Menschen gibt es nicht, er muss entstehen, im öffentlichen Ideenstreit und über Generationen hinweg.

Das gilt auch für den Staat: Ganz gleich, ob ein Transformationsprozess durch Wahlen oder durch bewaffnete Übernahme der Staatsapparate eingeleitet wurde, bleibt der alte Staat zunächst bestehen. Damit er nicht ungehindert seine Funktion des Machterhalts im Sinne der Herrschaftsverhältnisse ausübt, muss er problematisiert werden, sein Umbau muss ausprobiert und am Ergebnis ratifiziert werden – in einem demokratischen Prozess. Raul Prada beschreibt in diesem Buch bolivianische Debatten über eine solche Staatsreform in Richtung eines kommunitären Sozialismus, während Boaventura de Sousa Santos am Beispiel Kubas durchexerziert, wie gewährleistet werden könnte, dass ein solcher Prozess demokratisch und offen verläuft. Denn einen kolonial geprägten Staat zu erben bedeutet nichts weniger, als den systematischen, naturalisierten Ausschluss einer riesigen Mehrheit zugunsten einer kleinen Minderheit zu erben. Die Übernahme der bestehenden Institutionen ist nur ein ganz kleiner erster Schritt in Richtung Transformation. Institutionen, bürokratische Verfahrensweisen, Protokolle, die etablierten Regeln der Politik und der Repräsentation sind allesamt darauf ausgerichtet, die alten Herrschaftsverhältnisse in ihrer Klassen-, Rassen- und Geschlechterdimension abzusichern, und müssen aktiv entkolonisiert werden. Ansonsten entfalten sie ihre Wirkungsmacht und werden dafür sorgen, dass der Prozess im Rahmen der alten Spielregeln versandet. Der Artikel von Patricia Chávez in diesem

Band zeigt am Beispiel Boliviens: Auch wenn Indigene und Frauen in großer Zahl in öffentlichen Ämtern gelangen, heißt das noch lange nicht, dass sie gehört werden und Politik mitgestalten. Es kann auch sein, dass die immanenten Regeln des Apparats ihnen diese Teilhabe immer noch unmöglich machen.

Das heißt, es kommt gerade darauf an, die persistierenden Machtverhältnisse sichtbar zu machen, um sie überwinden zu können. Es gibt keinen Neuen Menschen und keinen Sozialismus per Dekret, es gibt nur mühselige, widersprüchliche Lernprozesse voller Hindernisse. Wer diese Widersprüche verdeckt, verhindert ihre Lösung und wirft die Transformation zurück. In dem Moment, wo Kritik nicht mehr möglich ist, hat Transformation keine Zukunft, weil die Kreativität der verschiedenen Beiträge unterdrückt wird. In dem Moment, in dem sich die (auch linke) Staatsräson durchsetzt, unterwirft die Eigenmacht der Staatsapparate die Subjekte, die zur Transformation angetreten waren, und verleibt sie sich ein.

Deshalb nimmt dieses Buch in Bezug auf die Transformationsprozesse in Ecuador, Bolivien und Venezuela die Vertiefung der Demokratie in den Blick. Sind die politischen und ökonomischen Verhältnisse demokratischer geworden? Gibt es mehr Teilhabe an der Gestaltung von Politik? Oder sind politische Räume, die in der Vergangenheit den rechten Regierungen abgerungen worden waren, gar wieder geschlossen worden im Interesse des Machterhalts? Wird Kritik konstruktiv umgesetzt oder kriminalisiert? Sind die Akteure in der Lage, aus ihren Fehlern zu lernen und die Mehrheit der Bevölkerung in die Lernprozesse einzubeziehen?

Gerade weil soziale Transformation so ein schwieriges Unterfangen ist, kann sie nicht einfach an den Staat delegiert werden – wie die in Lateinamerika etablierte politische Kultur, die die paternalistischen Grundzüge von Kolonialzeit und katholischer Missionierung immer noch nicht abgeschüttelt hat, es leider suggeriert. Je mehr Akteure mit ihrer Kreativität und Erfahrung dazu beitragen, desto wahrscheinlicher ist das Gelingen der Transformation – ganz besonders in Gesellschaften, die von einer so hohen sozialen Diversität gekennzeichnet sind wie die hier betrachteten.

Was sagte Rosa Luxemburg zu diesem Thema? »Das Negative, den Abbau, kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive, *nicht*. Neuland. Tausend Probleme. Nur Erfahrung [ist] imstande, zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmtes, schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhält *schöpferische Kraft*, korrigiert selbst alle Fehlgriffe. Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt.«<sup>5</sup>

5 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution (1918), in: dies.: Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 360 (Hervorhebungen im Original).

Es stimmt: Jeder linke, emanzipatorische Transformationsprozess ist der Gefahr ausgesetzt, durch Wahlniederlage oder Intervention von außen jäh beendet zu werden. Historische Beispiele hierfür gibt es genug. Doch gibt es auch viele historische Beispiele dafür, dass einem politischen Prozess jeglicher emanzipatorische Gehalt entzogen wird, weil alles Handeln nur noch einem aus der Schwäche entsprungene Lagerdenken entspricht: Wer nicht mein Freund ist, ist mein Feind. Machterhalt wird zum alleinigen Zweck, das Ziel rechtfertigt alle Mittel, und von Emanzipation bleibt am Ende nichts mehr. Vor allem aber, und das hat die Erfahrung des Zusammenbruchs des realsozialistischen Ostblocks deutlich gemacht, sind linke Politikansätze dann über Generationen hinweg diskreditiert. Dieser Weg erstickt nicht nur den konkreten Prozess, er erstickt sogar die Hoffnung auf mögliche Transformation und stellt in diesem Sinn vielleicht den nachhaltigsten Sieg der politischen Rechten dar.

Es gehört zur Emanzipation, die Lagermentalität des Kalten Krieges zu überwinden und anstelle der geopolitischen Vogelperspektive die konkreten Inhalte der gesellschaftlichen Lernprozesse, Erfolge und Rückschläge sehen zu wollen; nicht die politische Freiheit zugunsten der Gleichheit zu opfern, sondern beiden Dimensionen revolutionären Wert beizumessen; Kritik als Beitrag zur Transformation zu werten, nicht als Angriff auf sie; den Prozess selbst in den Mittelpunkt zu stellen und nicht sein übergeordnetes Ziel – sonst entstehen auch hier wieder Parallelen mit dem christlichen Heilsversprechen. Es kommt darauf an, dass die Richtung stimmt, nicht darauf, in welcher Zeit das Ziel erreicht wird.

Die progressiven Regierungen Lateinamerikas haben (nicht nur) in Europa zu Recht Begeisterung und neue Hoffnung ausgelöst. Sie sind seit Jahrzehnten die ersten Regierenden, die für ihre Länder etwas anderes im Sinn haben als systematische Ausplünderung im eigenen Interesse – wie sie die Eliten der lateinamerikanischen Oberschicht, die sich in den bisher etablierten Zweiparteiensystemen die Macht weiterreichten, historisch praktiziert haben. Die neuen, progressiven politischen Konstellationen haben für Millionen historisch Ausgeschlossener Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen gebracht – und diese in einem gewissen Ausmaß auch materiell konkretisiert. In der Tat haben sich Bolivien, Ecuador und Venezuela seit der linken Machtübernahme grundlegend verändert, einerseits symbolisch, aber in vielerlei Hinsicht auch praktisch. Bessere Gesundheitsversorgung, bessere Bildung, bessere Infrastruktur sind Stichworte, die exemplarisch für diese Veränderung stehen. Dies anzuerkennen, ist eine Sache. Denn in allen drei Ländern handelt es sich um sehr widersprüchliche und fragile Prozesse, in denen von verschiedenen Akteuren ständig um die Richtung gerungen wird, und die außerdem einem starken äußeren Feind gegenüberstehen. Wenn Solidarität nur die Staatsräson stärkt oder gar historische politische Bewegungen ignoriert bzw. zum Staatsfeind

erklärt, trägt sie zur Schließung experimenteller Räume bei, die durch Kritik und Debatte entstehen, und damit zur Schwächung dieser Prozesse an sich.

In allen drei hier behandelten Ländern stehen genau diese Fragen auf der Tagesordnung. Die Beiträge von Dunia Mokrani, Pablo Ospina, Floresmilo Simbaña und Edgardo Lander legen hiervon Zeugnis ab. Sie behandeln die faktische Teilhabe sozialer Organisationen und Bewegungen an der Gestaltung der Prozesse, die Legitimität von Kritik oder ihre Unterdrückung, die Schließung politischer Räume zugunsten des Machterhalts, das schwierige Erbe einer politischen Kultur, die nach einer starken Führungsfigur verlangt, und eines Staates, der dazu einlädt, sein Gewaltmonopol und seine Regeln einfach gegen die politischen Gegner einzusetzen. Sie beschreiben auch, wie leicht die alte politische Kultur erfolgreich umgesetzte Veränderungen einfach wieder überwuchert. Diese äußert schwierigen Fragen ernst zu nehmen und angesichts der getroffenen Weichenstellungen im Sinn der Emanzipation Partei zu ergreifen, sich also in den inneren Widersprüchen zu engagieren, die in konkreten von links gesteuerten Prozessen auftreten, anstatt sich mit äußeren Labels zufriedenzugeben, ist meines Erachtens Grundvoraussetzung eines gelingenden Internationalismus.

Teilweise drohen die Transformationen in Bolivien, Ecuador und Venezuela, ihre Richtung zu verlieren – hin zu einer neuen, modernisierten Form des Kapitalismus, der für die heutigen Bedürfnisse des globalen Kapitals und den Erhalt der imperialen Lebensweise im Norden funktional ist: Extraktivismus kombiniert mit Klientelismus und Autoritarismus – also Rohstoffe für den Norden zum Preis einer intensiven Zerstörung der Lebensgrundlagen im Süden, die auf befriedete Verhältnisse stößt und insofern reibungslos verläuft.

Die Debatten, die hier angeregt werden, verstehen sich als Beitrag zu einer Vertiefung der Transformation des Weltsystems, die ohnehin ohne Verschiebungen im globalen Norden wenig Chancen hat. Das ist der Sinn von Reziprozität. Es geht um mehr als nur um voneinander zu lernen, es geht darum, im jeweils eigenen Kontext Transformationen voranzutreiben, die zueinander komplementär sind und dem Vormarsch des Rohstoff-Neokolonialismus Einhalt gebieten. Das geht nur aus einem tieferen Verständnis der Prozesse im Süden und ihrer Probleme heraus, zu dem dieses Buch beitragen möchte.

Internationalismus heute sollte heißen, die imperiale Lebensweise des Nordens zu problematisieren und ihre globalen Konsequenzen ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rücken: damit aufzuhören, den Norden als globales Vorbild zu betrachten und unendliches Wirtschaftswachstum als Allheilmittel zu propagieren; statt immer weiter der Logik des Höher-Schneller-Weiter zu dienen und ständig neue unbefriedigte Bedürfnisse zu kreieren, Suffizienz als Maßstab eines erfüllten Lebens einzuführen.

Es geht darum, Kulturen, die außerhalb der kapitalistischen Akkumulation überlebt haben, nicht mehr als »rückschrittlich« abzuwerten, sondern sie als mögliche Praxis eines etwas Anderen gelten zu lassen, das wir vielleicht schon gar nicht mehr denken können; für Klimagerechtigkeit einzutreten, also nicht den Süden für einen Ausgleich der im Norden produzierten Emissionen in die Pflicht zu nehmen; zu begreifen, dass dieser Planet endlich ist und seine Ressourcen allen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Nicht mehr zu beanspruchen, ein wie auch immer geartetes »Außen« bis aufs Äußerste im Sinn des eigenen Wohlstands auspressen zu können; Migration als Konsequenz dieser Ausplünderung zu begreifen; die Natur als unentbehrlichen Teil unserer Lebenswelt und nicht als verwertbare Ressource zu betrachten. Und schließlich gilt es, den politischen Strukturen, die all das immer weiter aufrecht erhalten, die Legitimität zu entziehen.

## Plurinationalität – ein entscheidender Beitrag zur Demokratie

Wir stehen heute in Lateinamerika vor einer doppelten Herausforderung: defensive und offensive Kämpfe finden gleichzeitig statt. Bei den defensiven Kämpfen geht es darum, das Erreichte nicht wieder zu verlieren. Erreicht haben wir in den letzten beiden Jahrzehnten auf diesem lateinamerikanischen Kontinent die repräsentative Demokratie und die progressiven Regierungen, und es muss nun versucht werden, sie gegen den Sozialfaschismus, den Paramilitarismus, die Militärstützpunkte in Kolumbien, die Staatsstrieche in Honduras und weitere Ereignisse, zu denen es auf diesem Kontinent noch kommen kann, zu verteidigen.

Gleichzeitig haben wir offensive Kämpfe, die es uns ermöglichen, den Sozialismus auf die politische Agenda zu setzen. Ich komme aus Europa, und Lateinamerika ist der einzige Kontinent der Welt, auf dem man heute und auf diese Weise vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts sprechen kann und wo dieses Thema so viele Leute anzieht. Das ist der Teil des offensiven Kampfs, der für uns so wichtig ist.

Allerdings verändert die Perspektive der Plurinationalität<sup>2</sup> alles: Sie verändert unser Konzept von Demokratie, von Partizipation und auch von Sozialismus. Die

- 1 Boaventura de Sousa Santos promovierte in Rechtssoziologie an der Universität Yale und ist Professor für Soziologie an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Coimbra (Portugal), Distinguished Legal Scholar der Fakultät für Rechtswissenschaften der Universität Wisconsin, Madison, und Global Legal Scholar der Universität Warwick. Er ist außerdem Leiter des Zentrums für Sozialstudien der Universität Coimbra und Leiter des Dokumentationszentrums »25 de Abril« derselben Universität. Er hat zahlreiche Bücher und Artikel in spanischer und portugiesischer Sprache veröffentlicht. In der theoretischen Entwicklung des Plurinationalitäts-Konzeptes nimmt er eine Schlüsselrolle ein.
- 2 Plurinationalität ist ein Konzept, das in den neuen Verfassungen von Bolivien und Ecuador enthalten ist und in diesem Artikel ausgeführt wird. Es beinhaltet, dass die gesamte gesellschaftliche Organisation der Koexistenz einer Reihe von Nationalitäten innerhalb des Territoriums Rechnung tragen soll. Indigene Völker bezeichnen sich als Nationalitäten, um dem politischen Umstand Rechnung zu tragen, dass sie nicht als »ethnische Minderheiten« toleriert werden wollen, sondern in Bolivien die Mehrheit der Bevölkerung und in Ecuador ein gutes Drittel ausmachen, und dass sie als Ureinwohner über jahrhundertealte, angestammte eigene Territorien, eine eigene Kultur, eine eigene Form der Verwaltung verfügen, also im Grunde die Eigenschaften von Nationen erfüllen. Dennoch ist mit dem Konzept kein Sezessionismus verbunden. Die Plurinationalität beinhaltet jedoch die Restrukturierung aller staatlichen Prozesse und Institutionen, die Art und Weise, Politik zu machen, die Art des Wirtschaftens und des gesellschaftlichen Zusammenlebens: In einer plurinationalen Gesellschaft gibt es keine Reservas, in denen ethnische Minderheiten weiterhin ihren Bräuchen nachgehen können, sondern die historische Diversität der Bevölkerung hat sich in Institutionen, Diskursen und Praktiken niedergeschlagen, die von dieser Diversität durchdrungen sind. Ein Beispiel: In der Schule lernen nicht nur Kichwa-Kinder ihre Muttersprache und Spanisch, sondern auch städtische, spanischsprachige Kinder lernen Kichwa und die Inhalte des Unterrichts sind ebenfalls interkulturell. Die Umsetzung dieser tiefgreifenden Reformen im Sinn der Plurinationalität sind allerdings weder in Ecuador noch in Bolivien nach der Verabschiedung der entsprechenden Verfassungen weit fortgeschritten. Boaventura de Sousa hebt jedoch hier den utopischen Charakter dieses Projekts für die Transformation hin zu einer gerechten Gesellschaft hervor, da es aus der politischen Debatte nicht mehr wegzudenken ist (Anm. d. Hrsg.).

erste Veränderung besteht darin, dass wir in der Kritischen Theorie<sup>3</sup> daran gewöhnt sind, dass der Sozialismus dem Kapitalismus gegenübersteht und es um die Suche nach einer postkapitalistischen Zukunft geht. Wenn wir aber hinzufügen, dass es um den Sozialismus aus der Perspektive der Plurinationalität geht, dann geht es nicht mehr nur um eine Konfrontation mit dem Kapitalismus, sondern auch mit dem Kolonialismus. Mit anderen Worten, wir haben es bei diesem Kampf mit zwei großen Gegnern zu tun, dem Kapitalismus und dem Kolonialismus.

Ich sage immer, dass wir damit vor einer sehr großen Herausforderung stehen. Warum? Weil es genauso schwierig ist, sich das Ende des Kapitalismus vorzustellen, wie es schwierig ist, sich vorzustellen, dass der Kapitalismus kein Ende habe. Für die Kritische Theorie heute ist das das Schwierigste: sich das Neue der Politik vorzustellen. Und so verhält es sich auch mit dem Kolonialismus. Es ist genauso schwierig, sich sein Ende vorzustellen, wie es schwierig ist, sich vorzustellen, dass er keine Ende haben könnte und es für immer und ewig Rassismus und Diskriminierung geben wird.

Wie kann uns die Plurinationalität dabei helfen, unsere aktuelle politische Vorstellungswelt zu erweitern? Zunächst müssten wir analysieren, warum die Plurinationalität auf dem lateinamerikanischen Kontinent so ein kontroverses Thema ist, obwohl sie in anderen Ländern und Zusammenhängen praktiziert wird (auf gewisse Weise ist das in Kanada, Belgien, in der Schweiz der Fall). Warum ist sie also in Lateinamerika so umstritten?

Für den heute in diesen Breitengraden existierenden Kapitalismus ist der Zugriff auf natürliche Ressourcen von strategischer Bedeutung. In diesem Sinne ist die Plurinationalität nicht nur kulturell, sondern auch materiell geprägt, sie ist Wirtschaft und Management natürlicher Ressourcen.<sup>4</sup> Ein weiteres Hindernis ist der in Lateinamerika vorhandene Rassismus. Und das ist es gerade, was uns beispielsweise in Ecuador Sorgen machen sollte: Wie ist es möglich, dass sich im Nachklang der Verabschiedung der postkolonialsten Verfassung des Kontinents hier der Rassismus noch verschärft? Was hat es mit dieser Verfassung auf sich? Sie beinhaltet zwar mehr Elemente der indigenen Weltanschauung, aber dennoch stehen sich derzeit die Regierung und die indigenen Völker in einem heftigen Konflikt gegenüber.

3 Unter Kritischer Theorie verstehe ich alle Theorien, die die »Realität« nicht auf das Bestehende reduzieren. Die Realität, egal in welcher Weise sie konzipiert ist, wird von der Kritischen Theorie als Palette der Möglichkeiten verstanden, und die Aufgabe der Theorie besteht darin, die Natur und die möglichen Alternativen zu dem empirisch Vorhandenen zu definieren und zu evaluieren.

4 Häufig befinden sich Naturressourcen wie Öl, Erdgas, Gold, Kupfer etc. in traditionell von Indigenen bevölkerten und bewirtschafteten Gebieten, was deren Ausbeutung unmittelbar mit Themen wie Autonomie, territorialer Selbstbestimmung, Dezentralisierung und dem internationalen Völkerrecht (wie dem indigenen Recht auf vorherige Befragung über Entwicklungsprojekte in ihrem Territorium) verknüpft.

## Überwindung der progressiven eurozentrischen Theorie

Um alle Einzelheiten der Plurinationalitätsfrage zu verstehen, ist zunächst ein erster Schritt des Umdenkens notwendig, der Anhängern der Kritischen Theorie erfahrungsgemäß schwer fällt: Die Einsicht, dass das westliche Weltverständnis bei weitem nicht ausreicht, um die Welt zu verstehen. Und es wird noch komplizierter: Wenn das nämlich so ist, dann kann es sein, dass die Transformation der Welt sich über Mechanismen vollzieht, die im Kanon der sozialistischen Theorie, in der progressiven eurozentrischen Theorie überhaupt nicht vorgesehen sind. Es kann andere Wege, andere Lösungen geben. Am Ende könnte der Sozialismus gar einen anderen Namen haben, obwohl diese Lösungen den gesamten fortschrittlichen Inhalt des Begriffs »Sozialismus« enthalten würden.

Man muss allerdings auch berücksichtigen, dass das westliche Denken nicht monolithisch ist. Es gibt darin eine Strömung, die die Ansicht vertritt, dass die Natur Teil der Menschheit und die Menschheit Teil der Natur ist (zum Beispiel bei Spinoza). Warum wurde die Lehre Spinozas verdrängt, und warum setzte sich der Cartesianismus durch? Weil nur der Cartesianismus die Ausbeutung der Natur auf jene Weise zuließ, die Spinozas Lehre verweigerte.

Außergewöhnlich ist im westlichen Denken die Tatsache, dass es sich darauf festlegt, die Natur als natürliche Ressource zu betrachten. Das trifft auf andere Weltanschauungen nicht zu, weder auf den Hinduismus, noch auf den Buddhismus, noch auf den Islam und auch nicht auf die verdrängten westlichen Strömungen. Das Konzept des Sozialismus kann nur mit diesen anderen zusammenwirken, wenn es die Natur und die Ethik der Sorge (care ethics) mit einbezieht. Dies ist zudem ein Beitrag der gesamten feministischen Philosophie, die Natur und Gesellschaft als miteinander vereinbar denkt.

Aus diesem Grund spreche ich von Ökosozialismus, obwohl eine neue Bezeichnung im Grunde gar nicht nottut. Wenn wir die gesamte indigene oder afrikanische Literatur zu Grunde legen, erkennen wir die große Einheit des gesamten progressiven Denkens oder dessen, was uns heute als progressiv anzieht. Ausgedrückt ist es in präkolonialen Sprachen: in Urdu, Hindi, Quechua, Aymara. Und wenn wir es in unsere Sprachen übersetzen, gibt es keine Übereinstimmung mit den Konzepten von »Sozialismus« oder »Kommunismus«, sondern viel eher mit Begriffen wie »Respekt«, »Würde«, »Territorium«, »Selbstbestimmung«. Wir könnten uns nun fragen: Ist das Sozialismus? Aber im Grunde geht es nicht um die Bezeichnungen, sondern um die dahinter stehende Realität.

Die Plurinationalität ist nicht nur eine Form territorialer Organisation. Das Territorium ist hier nicht nur eine Verwaltungseinheit, sondern ein geopolitischer Raum. Das Konzept der Plurinationalität enthält Elemente, die wir in der internationalen

Theorie suchen müssen, um jene Länder verstehen zu können, in denen zwei verschiedene Nationenkonzepte nebeneinander koexistieren. Das ist die Plurinationalität, ein vom Konflikt ausgehendes, sich ergänzendes, positives Zusammenleben – wobei sich die Konzepte von Nation, Bürger, vom Zusammenleben und von Positiv im Wandel befinden und von den im liberalen und republikanischen Denken geläufigen Versionen entfernen.

Wir sprechen hier von einer durch ethnisch-kulturelle Zugehörigkeit geprägten Nation, von Kultur, Erinnerung, Sprache, einer Nation, die mit geopolitischen Räumen oder Territorien verbunden ist, aber auch eine eigene Spiritualität hat (und die Spiritualität ist etwas, womit die eurozentrische Kritische Theorie nichts anfangen kann, für die sie keinen Namen hat, die sie nicht diskutieren kann und angesichts derer sie völlig verwirrt dasteht). Es geht also auch darum, welche Art von Zivilgesellschaft aufgebaut wird, da es sich hier nicht um ein individuelles Bürgersein im herkömmlichen Sinn handelt. Es geht vielmehr um eine kollektive Form des Bürgerseins, kollektive Einheiten, Nationen, Nationalitäten, Völker. Nicht nur die Verfahrensweisen sind anders, sondern auch die Akteure selbst, die Inhalte und die öffentliche Politik im Allgemeinen. Dementsprechend ist die Plurinationalität ein sehr komplexer historischer Prozess, und deshalb wird sie durch eine »umgestaltende Verfassunggebung« möglich gemacht.

Die Verfassungsgebungsprozesse Boliviens und Ecuadors stellen einen ganz neuartigen Konstitutionalismus dar, der nichts mit dem neuen europäischen Konstitutionalismus oder dem modernen Konstitutionalismus an sich gemein hat. Der moderne Konstitutionalismus ist ein Produkt der Eliten, erschafft einen in sich homogenen politischen Raum mit einem Zentralstaat, der sich aufgrund universeller und allgemeiner gesetzlicher Prinzipien organisiert, mit einer einzigen Kultur, einer Bildung, einer Armee und einem nationalen Grundgedanken. Historisch gesehen war der Staat sehr wichtig, um ein Land nach außen hin abzugrenzen und nach innen zu homogenisieren, also die Unterschiede innerhalb des Landes abzuschaffen. Dies ist die grundlegende Rolle des Staats. All dies wird vom »transformatorischen Konstitutionalismus« in Frage gestellt, da dieser von unten nach oben funktioniert und ganz andere soziale Akteure einbezieht, die eine oder andere Gebietsorganisation, verschiedene Institutionalitäten, und schließlich in einer asymmetrischen Institutionalität resultiert. Denn die einzelnen Autonomieebenen sind nicht symmetrisch<sup>5</sup>; es handelt sich also nicht einfach um Dezentralisierung, sondern um etwas Grundverschiedenes. Deshalb wird auch versucht, zwei Prinzipien, die in der Kritischen Theorie sehr schwer miteinander zu vereinen sind, komplementär anzuwenden: das

5 In Bolivien wurden durch die neue Verfassung vier verschiedene Autonomieebenen geschaffen, die teils auf sich überschneidende Gebiete Bezug nehmen: departamentale, regionale, municipale und indigene Autonomie, die sich auf angestammte, von den Ureinwohnern bewohnte Gebiete bezieht (Anm. d. Hrsg.).

Prinzip der Gleichheit und das Prinzip der Anerkennung der Differenz. Meiner Meinung nach ist es das, was diesen Konstitutionalismus und damit diesen politischen Prozess so schwierig und, in gewisser Weise, auch umkehrbar macht.

## **Soziale Gerechtigkeit beinhaltet auch kognitive, ontologische und historische Gerechtigkeit**

Der transformatorische Konstitutionalismus und die auf Sozialismus, Demokratie und Partizipation Bezug nehmende Plurinationalität konfrontieren uns unmittelbar mit dem Gedanken, dass das Konzept von Entwicklung lediglich erfunden wurde, um das Konzept von Unterentwicklung schaffen zu können. Ziel der Entwicklungs-idee ist, dass es Unterentwicklung gibt, und die Unterentwicklung ist eine Maschine des Vergessens, die in der Geschichte der Moderne ihresgleichen sucht. Denn diejenigen, die unterentwickelt sind, müssen vergessen, wer sie sind – ontologisches Vergessen –, vergessen, was sie wissen – epistemologisches Vergessen – und vergessen, woher sie kommen – historisches Vergessen.

Es handelt sich um ein massives Vergessen. Deshalb ist das erste Anliegen der Plurinationalität die Umwandlung des Vergessens in Erinnerung, ontologische Erinnerung, epistemologische Erinnerung, historische Erinnerung. Und deshalb ist das Konzept von sozialer Gerechtigkeit, das aus einem plurinationalen Sozialismus entsteht, ein erheblich reichhaltigeres Konzept als das der eurozentrischen politischen Theorie, denn es beinhaltet nicht nur die wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit, sondern auch die kognitive Gerechtigkeit (Gerechtigkeit zwischen verschiedenen Wissensformen), die ontologische Gerechtigkeit (Gerechtigkeit zwischen verschiedenen Arten) und die historische Gerechtigkeit (gegen jegliche Diskriminierung aus der Vergangenheit).

Im Gegensatz zu dieser Notwendigkeit der Erinnerung ist die Kritische Theorie immer progressiv, sie blickt in die Zukunft, nach vorn; es fällt ihr schwer, zurückzublicken, zurück auf das, was dem Vergessen anheim gefallen ist. Wenn andere Nationen Zukunft verlangen und ihre Zukunft eine Forderung nach Geschichte ist, nach Gedächtnis – das immer subjektiv ist –, wird es für die Kritische Theorie und ihre Verbündeten äußerst schwierig, zu verstehen, auf welche Weise die Erinnerung eine Energie und eine Ressource für die Zukunft sein kann. In Ländern wie Ecuador verläuft die aktuelle Konfliktlinie zwischen denen, die nicht erinnern wollen und denen, die nicht vergessen können.

Die Plurinationalität macht die Dinge komplexer: Man spricht nicht mehr vom »Zentralstaat«, sondern vom »autonomen Staat«; man sagt nicht mehr »Entwicklung«, sondern »Erfülltes Leben«; man redet nicht mehr von »Natur«, sondern von

der *Pachamama* (Mutter Erde). Wie soll es uns gelingen, dies alles miteinander in Einklang zu bringen, in einem Land und einem sehr begrenzten historischen Zyklus?

Zumindest mit dem Justizpluralismus haben wir einige Erfahrungen. Es gibt Leute wie Carlos Gaviria und andere aus Kolumbien, die Bemerkenswertes erreicht haben, um diese Idee der Plurinationalität und Interkulturalität in einem Justizpluralismus zu integrieren. Aber wir können noch mehr tun, auch wenn es kompliziert ist.

Wenn die Plurinationalität auf die Demokratie stößt, passieren zwei Dinge. Erstens kann man feststellen, dass die repräsentative Demokratie, wie sie heute funktioniert, vermutlich das Problem der Autorisierung, das heißt des Einsatzes von Repräsentanten, gelöst hat; zweitens ist sie aber bei der Rechenschaftslegung, das heißt der Verantwortlichkeit der Gewählten, völlig gescheitert. Das ist ein Grundfehler der Repräsentation, den die Plurinationalität schonungslos ans Licht zerrt.

Andererseits zeigt die Plurinationalität, dass es nicht nur eine, sondern verschiedene Arten von Demokratie gibt. Ich nenne das »Demo-Diversität«. Wir brauchen sie ebenso sehr, wie wir die Artenvielfalt brauchen. In der Verfassung Boliviens sind drei Formen von Demokratie verankert: die repräsentative, die partizipative und die kommunitäre Demokratie. Wir mit unserer eurozentrischen Kritischen Theorie sind nie so weit gekommen, wir haben es nur bis zur partizipativen Demokratie geschafft. Persönlich habe ich, wie auch viele brasilianische Kollegen, viel zum Thema des partizipativen Bürgerhaushalts und all diesen Demokratieformen gearbeitet, nicht jedoch über die kommunitäre Demokratie.

In Bezug auf die Demokratie wirft die Plurinationalität zwei komplexe Fragen auf: Die »Demo-Diversität« – die Arten von Demokratie – und die Grenzen der repräsentativen Demokratie. Ein weiteres Element, das ich zur Debatte stelle, ist der Umgang mit den verschiedenen territorialen Ebenen. Bisher wurde die Frage nach den Arten der Demokratie über die territorialen Ebenen gelöst: repräsentative Demokratie für die nationale Ebene, partizipative Demokratie für die lokale Ebene, und kommunitäre Demokratie ebenfalls auf lokaler Ebene im plurinationalen Kontext. Aber so geht das nicht; es handelt sich nicht um eine technische, sondern um eine politische Entscheidung. Kann es auch auf nationaler Ebene eine partizipative Demokratie geben? Warum nicht? Wie soll man sie aber integrieren? Die Beantwortung dieser Fragen ist eine wichtige Aufgabe.

Die Frage der Partizipation ist noch komplexer, da es nicht nur darum geht, mit der Bevölkerung zu debattieren, sondern sie direkt zu befragen. Wie wir in Ecuador sehen, schafft die Plurinationalität eine sehr starke Herausforderung: Es geht um die verschiedenen Formen der Partizipation, die individuelle und die kollektive. Und auch die kollektive Partizipation an sich kann sich noch unterschiedlich gestalten; sie kann kollektiv und direkt sein, oder indirekt kollektiv über das Delegationsprinzip, vermittelt durch Vertreter der Kommunen, der indigenen, bäuerlichen

Organisationen, der Gewerkschaftsstrukturen oder irgendwelcher anderen Gruppen. Die Frage, wer Akteur der Partizipation ist, wird komplizierter. Man könnte sagen, dass das Modell des liberalen Staats das höchstmögliche Bewusstseinsniveau der fortschrittlichen politischen Führer Lateinamerikas darstellt, aber die Staaten sind nicht plurinational, sondern uninationale und monokulturell. Diese Demokratienvielfalt und Vielfalt möglicher Partizipationsformen ist nicht so leicht zu verstehen.

Es ist wichtig, dass die Plurinationalität ihr Potential entfalten kann, das heißt, die Demokratie bereichern. Das ist der große Kampf um eine Gesellschaft, die – wahrscheinlich – postkapitalistisch, aber vor allem frei von Faschismus ist. Warum? Weil die repräsentative Demokratie nicht die notwendigen Bedingungen für ihre eigene Verwirklichung sicherstellt. Sie sagt uns, dass wir alles wählen können und müssen, dass alle sich an den Wahlen beteiligen können, aber wenn die Leute kein Geld haben, wenn sie Hunger haben, wie sollen sie dann wählen? Wie sollen sie dann lesen?

Die repräsentative Demokratie legt keine Rechenschaft ab über die Voraussetzungen für ihre Verwirklichung. Das ist das Rätsel des politischen Liberalismus, der universell sein kann, weil er die Voraussetzungen für seine Umsetzung ignoriert. Er kann vorgeben, universell humanistisch zu sein, weil er ganz einfach auswählt, wen er als menschlich betrachtet und wen nicht. So hat sich der Liberalismus historisch gestaltet. Die Frauen waren lange Zeit nicht Teil des Menschlichen, die Indigenen und Schwarzen auch nicht.

Die große Neuheit des 21. Jahrhunderts besteht darin, dass das kritische sozialistische Denken die repräsentative Demokratie nicht etwa verworfen, sondern im Gegenteil sehr ernst genommen hat. In Lateinamerika gibt es derzeit drei Regierungen, die sich als revolutionär bezeichnen: in Venezuela die Bolivarianische Revolution, in Ecuador die Bürgerrevolution, in Bolivien die kommunitäre Revolution. Alle drei sind über die repräsentative Demokratie und nicht mittels einer Revolution an die Macht gekommen. Es gibt also eine Revolution neuen Typs, die im Widerspruch zur eurozentrischen Kritischen Theorie nicht Revolution und Demokratie gegeneinanderstellt, sondern beides beinhaltet. Doch das impliziert einen gegenhegemonialen Gebrauch der repräsentativen Demokratie, da die repräsentative Demokratie an sich nicht daran interessiert ist, dass das Volk in der Demokratie besonders aktiv ist.

In der Tat wurde die gesamte liberale Demokratietheorie aus Angst vor und gegen die Partizipation des Volks entwickelt. Das wird bei der Lektüre der nordamerikanischen föderalistischen Theoretiker deutlich. Warum gibt es in den Vereinigten Staaten ein Repräsentantenhaus und einen Senat? Man hat immer eine gewisse Angst vor Mehrheiten, da die Mehrheit unwissend ist, sie weiß nicht was sie will, und deshalb bedeutet es das Ende, wenn diese Leute die Macht ergreifen.

## Repräsentative, partizipative und kommunitäre Demokratie

Die repräsentative Demokratie ist in Wirklichkeit keine unbegrenzt expansive Demokratie; ganz im Gegenteil: Sie hat ihre Grenzen, damit die Partizipation nicht vollständig ist. Was soll man also tun? Die repräsentative Demokratie abschaffen? Nein. Genau darin liegt der Fehler der letzten 30 Jahre. Es geht darum, die repräsentative Demokratie durch andere Demokratieformen zu bereichern. Hier kommen wir wieder zur Demo-Diversität, die zweifellos konfliktreich und zweifellos problematisch ist. Doch der Grundfehler besteht in vielen Fällen darin, dass die neuen Teilnehmer und Protagonisten der Volksbewegung bei ihrem Auftritt in der repräsentativen Demokratie oft so vorgehen, als würde es sich um eine partizipative Demokratie handeln. Das wird von den Theoretikern kaum untersucht. Für Leute, die noch nie gewählt haben, die noch nie in irgendeiner Weise partizipiert haben, und die nun aber plötzlich denken, dass Wählen wichtig ist, bedeutet die Abgabe dieser Stimme keine repräsentative Demokratie. Diese Leute betrachten das als partizipative Demokratie und sind dann frustriert, wenn die Ergebnisse nicht sehr gut sind.

Man kann nicht erklären, was es heute mit der indigenen Bewegung in Ecuador auf sich hat, wenn man diese Frustration nicht versteht. Ihre Beteiligung an der repräsentativen Demokratie wird von ihnen als partizipative Demokratie verstanden und die partizipative Demokratie führt leicht in die Frustration.

Man kann das an einem Beispiel aus dem partizipativen Bürgerhaushalt in Brasilien aufzeigen. Im Jahr 1989, dem ersten Jahr, in dem es einen partizipativen Haushalt gab, hatte die Regierung der *Partido dos Trabalhadores* alles versprochen, dann aber gemerkt, dass sie kein Geld hatte. Die Leute, die zu den Versammlungen kamen, sagten: »Jetzt werde ich ein Dach über dem Kopf, Abwasserversorgung und sonst noch alles haben«, aber dann war das Jahr vorbei und sie hatten nichts. Im Jahr 1990, dem zweiten Jahr der Bürgerhaushalte (ich war damals in Porto Alegre anwesend), nahmen an den Sitzungen dann mehr Beamte der Stadtverwaltung als Bürger teil.

Die Leute sind einfach nicht mehr hingegangen. Wozu partizipieren? Um teilzunehmen, mussten sie die Kinder allein zu Haus lassen, Zeit für eine Sitzung finden, nachdem sie schon 12 bis 14 Stunden gearbeitet hatten. Partizipation ist nichts, was man einmal alle vier Jahre betreibt. Partizipation bedeutet tägliche Arbeit, nachdem man seine eigenen Dinge erledigt hat, was für Frauen, die außer Haus und im Haus arbeiten, noch komplizierter ist. Wenn man Zeit investiert und keine Ergebnisse sieht, wozu soll man dann noch wählen? Warum zur Demokratie hingehen, wenn sie sogleich wieder zusammenbricht? Die *Partido dos Trabalhadores* muss alle gemachten Versprechen sehr ernst nehmen und sie erfüllen. Das ist das Neue bei der partizipativen Demokratie: Sie erlaubt es nicht, dass die Führungsfiguren eine Sache

versprechen und dann etwas anderes machen, denn wenn sie das täten, würden die Leute nicht mitmachen.

In der repräsentativen Demokratie steht die Mehrheit über allem, aber damit es eine Demokratie geben kann, muss es Mehrheiten und Minderheiten geben. Wir müssen Mechanismen schaffen, damit es dazu kommen kann.

Wir müssen neue Formen finden, mit denen wir Aspekte der partizipativen Demokratie mit Aspekten der repräsentativen und kommunitären Demokratie kombinieren können, und Wege, um die Mehrheiten mit den Minderheiten zu artikulieren. Minderheiten sind nicht einfach ein statistisches Problem, sie sind ein politischer Faktor. Als 1948 die Vereinten Nationen gegründet wurden, erklärten die lateinamerikanischen Länder, bei ihnen gebe es keine Minderheiten, obwohl es in einigen dieser Länder nicht nur Indigene gab, sondern diese auch noch die Mehrheit der Bevölkerung darstellten.

Wir müssen die Idee eines reicheren Pluralismus mit großer Vorsicht behandeln. Die quantitative Repräsentativität, über die Mehrheit, ist zweifellos sehr wichtig, aber es muss auch berücksichtigt werden, dass es noch eine andere Repräsentativität gibt, die ich als »historische Qualität« definiere.

Ich habe die Regierenden in Brasilien einmal gefragt, warum die Regierungspartei dem Kampf der Indigenen in Brasilien gegenüber so unsensibel sei. Ein Minister antwortete darauf: »Es sind 300 000 Stimmen, die fallen nicht ins Gewicht.« Ich sagte daraufhin: »Je weniger es sind, umso wertvoller sind sie, weil das bedeutet, dass der Völkermord gründlicher war.« Hier gibt es eine Repräsentativität aufgrund der historischen Qualität, die nicht nach den quantitativen Kriterien der repräsentativen Demokratie gehandhabt werden kann. Deshalb brauchen wir reichhaltigere Demokratiekonzepte.

Was den Sozialismus anbelangt, müssen wir sehen, wie man die Herausforderung der Plurinationalität leben kann, die in Bolivien und Ecuador unterschiedlich bezeichnet wird: *suma qamaña* bzw. *sumak kawsay*, das erfüllte Leben. Damit haben wir ein neues Konzept, das nicht mit Entwicklung gleichzusetzen ist. Es handelt sich um eine moralische Ökonomie, wie Edward Palmer Thompson das nannte;<sup>6</sup> eine Ökonomie, die Teil des Nichtökonomischen ist, des Politischen, des Kulturellen, und deshalb nicht autonom über das Leben der Menschen entscheiden kann, sondern sich in die anderen Bereich einfügen muss.

Diese neuen Konzepte sind außerdem politische Hybride. Wenn die ecuadorianische Verfassung von den Rechten der *Pachamama* spricht, handelt es sich um ein juristisch-politisches Hybrid, denn in der indigenen Weltanschauung hat die Mutter Erde keine Rechte. Das wäre so, als würde man sagen, Gott hat Rechte. Gott hat

6 Vgl. Edward Palmer Thompson: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. Frankfurt am Main 1980.

keine Rechte, er gibt Rechte. Aber es handelt sich um eine interessante Kombination des eurozentrischen wissenschaftlichen und kulturellen Universums mit der indigenen Weltanschauung in Bezug auf die *Pachamama*. Daraus entstehen dann neue Hybride, eine ganz neuartige *mestizaje*, die nicht mehr kolonial ist, sondern emanzipatorisch.

Das zu erreichen, ist jedoch sehr schwierig. Wenn die Plurinationalität ein Aufruf zur Pluralität, zur Interkulturalität ist, warum müssen wir dann alle das Konzept der *Pachamama* übernehmen? Vielleicht glaube ich nicht daran, weil es nicht Teil meiner Kultur ist, weil ich Mestize oder Weißer bin, weil ich es so will. Warum also soll ich das Konzept der *Pachamama* annehmen? Und warum das Konzept des erfüllten Lebens? Dient es allen oder nicht?

Denn das Land besteht nicht nur aus Indigenen. Es gibt eine breitere Bevölkerung, eine weiter gefasste Nationalität. Deshalb brauchen wir Gesetze, die Wissensarten miteinander verbinden, auf natürliche Weise die Weltanschauungen respektieren und sie in einen allgemeineren Horizont integrieren.

## **Wege zu einer Ökologie der Wissensformen**

Der Dialog zwischen verschiedenen Wissensformen ist möglich: Wenn ich zum Mond fahren möchte, kann ich das nicht mit der indigenen Weltanschauung der *Pachamama* erreichen. Dafür brauche ich eine andere Art von Wissen. Wenn ich aber die Artenvielfalt verteidigen möchte, dann brauche ich sehr wohl diese Weltanschauung, denn es ist ja kein Zufall, dass sich 85 Prozent der Artenvielfalt in Lateinamerika auf indigenem Gebiet befindet: Sie sind ihre Hüter und können das besser als wir. Dieses Wissen muss respektiert werden.

Ich denke, dass es schwierig sein wird, die Form unseres zukünftigen Zusammenlebens zu finden. Der Sozialismus, die Demokratie und die Partizipation beinhalten aus der Sicht der Plurinationalität heraus drei große Herausforderungen.

Erstens, die Entkolonisierung. Die Köpfe, die Gesundheit, die Bildung, die Universitäten müssen entkolonialisiert werden; die Beziehungen in der Familie und auf der Straße, die Polizei, das Strafrecht, das voller rassistischer Vorurteile steckt. Entkolonisierung ist die primäre Aufgabe, und es ist wichtig, zu wissen, dass dafür andere Wissensformen notwendig sind. Ich spreche von einer »Ökologie der Wissensformen«. Die kognitive Gerechtigkeit, die es uns ermöglicht, verschiedene Wissensformen zu integrieren, impliziert nicht, auf das wissenschaftliche Wissen zu verzichten, denn das ist notwendig. Dennoch betrachtet sie es nicht als das einzig notwendige Wissen. Sie versteht, dass es auch noch andere Formen von Wissen gibt. Auf diese Weise entkolonisieren wir.

Die zweite Herausforderung lautet demokratisieren, und dabei in erster Linie die Demokratie demokratisieren, da in vielen Ländern die Demokratie von Nichtdemokraten geführt wird. Im Allgemeinen ist die Demokratie lediglich eine demokratische Insel in einem ganzen Archipel aus Despotismen. Das gilt für die Familie, auf der Straße, in der Fabrik, auf dem Land. Die Demokratie muss demokratisiert, der plurinationale Sozialismus entmerkantilisiert werden: Er ist nicht nur nicht etatistisch, sondern obendrein (und das ist das Schwierige daran) auch nicht produktivistisch. Um das zu erreichen, müssen Bündnisse geschlossen werden.

Und drittens müssen Bündnisse mit den indigenen Weltanschauungen in ihrer ganzen Vielfalt geschaffen werden. Wir, die wir heute mit den indigenen Bewegungen arbeiten, sind keine Romantiker. Wir wissen nur zu gut um die interne Vielfalt, und dass auch bei den Indigenen fast alle Übel der modernen Gesellschaft vorhanden sind. Diese Weltanschauungen sind jedoch wichtig, weil sie die Widersprüche des globalen Kapitalismus verdichten. Genau deshalb können die Rechte der *Pachamama* die Grundlage für ein Bündnis zwischen Indigenen und Ökologiebewegung darstellen (wie es bereits entsteht). Der plurinationale Sozialismus muss ein »Ökosozialismus« sein.

Wir haben im Rahmen eines rekonstruierten Marxismus zwei Widersprüche nebeneinandergestellt und bearbeitet: den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und den Widerspruch zwischen Kapital und Natur. Daraus ergibt sich die Möglichkeit eines Ökosozialismus. Hier sind Bündnisse möglich, auch mit den Bauern. Die bemerkenswerte Arbeit der Landlosenbewegung MST in Brasilien zeigt, wie die Landlosen ihre Konzepte geändert haben: von einer noch ganz auf Produktionssteigerung ausgerichteten Landreform hin zu einem ökologischen Verständnis des Landbesitzes und des Umweltschutzes. Es gibt Raum für ein Bündnis, das selbstverständlich über das, was ich »interkulturelle Übersetzung« nenne, zustande kommen sollte.

Hier ist also ein ganz neuartiger, sehr interessanter, sehr wichtiger Prozess im Gang. Aber alle neuartigen Prozesse können von intelligenten Gegnern oder unvernünftigen Verbündeten torpediert werden. Und wenn beides zusammenkommt, ist es eine Katastrophe. Ein übertriebener Kampf für oder gegen die Regierungsfähigkeit verwandelt sich in Regierungsunfähigkeit. Das sind die Herausforderungen, vor denen wir heute in Lateinamerika stehen, und viele haben ein Interesse daran, uns scheitern zu sehen. Die Wortführer müssen sich darüber bewusst sein, wie viel auf dem Spiel steht.

Was wir anstreben, muss heute und nicht morgen angegangen werden. Es geht dabei weniger um Veränderungen, sondern vielmehr um die Konsequenzen von Veränderungen.

*Deutsch von Birte Pedersen und Miriam Lang*

## Buen Vivir

### Das gute Leben jenseits von »Entwicklung« und »Wachstum«

Das Konzept des *Buen Vivir* oder *Vivir Bien*, also des »guten Lebens«<sup>2</sup>, umfasst Ideen, die nicht nur eine Reaktion auf das herkömmliche Verständnis von Entwicklung und Wachstum, sondern auch eine Alternative dazu darstellen. Unter dem Begriff versammeln sich unterschiedliche Ansätze, die, mit viel Emphase neue, kreative Perspektiven sowohl auf die Theorie als auch auf die Praxis von »Entwicklung« werfen.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Situation ist es sinnvoll, sich einen Überblick über die zentralen Ideen der Diskussion zu verschaffen. Das ist das Ziel des vorliegenden Artikels. Mein Anspruch ist es dabei nicht, eine einzige Definition des *Buen Vivir* zu verteidigen; im Gegenteil vertrete ich, wie weiter unten deutlich werden wird, die Ansicht, dass es gar nicht möglich ist, eine allgemeingültige Definition zu formulieren. Vielmehr geht es mir hier darum, einen – wenn auch möglicherweise nicht vollständigen – Überblick über die Rolle zu geben, die der Begriff des *Buen Vivir* in unterschiedlichen Ländern und bei diversen gesellschaftlichen Akteuren derzeit spielt, und darüber hinaus deutlich zu machen, dass es sich um ein Konzept handelt, das im Entstehen begriffen ist und sich notwendigerweise den jeweiligen Kontexten, in denen es Anwendung findet, anpassen muss.

Trotz dieser Vielfalt vertrete ich die Überzeugung, dass es eine gemeinsame Grundlage gibt, auf der sich diese unterschiedlichen Denkansätze und Traditionen treffen. Daher geht es derzeit vor allem darum, diese Diskussionen um das *Buen Vivir* zu unterstützen, eine noch größere Diversifizierung der Debatte anzuregen und konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Ansätze zu fördern.

Beginnen möchte ich mit einigen Aussagen von zentralen Vertretern der Debatte um das *Buen Vivir* in den Andenländern. Alberto Acosta, in seiner Funktion als Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors einer der aktivsten Förderer des Konzepts, sieht in ihm eine »Chance« und eine »Gestaltungsmöglichkeit«. Seiner Ansicht nach lässt sich das *Buen Vivir* nicht auf den westlichen Wohlstandsbegriff

1 Eduardo Gudynas, Sozialökologe, ist Direktor des Centro Latino Americano de Ecología Social (CLAES) in Montevideo, Uruguay, und Autor zahlreicher Artikel zur Politik der progressiven Regierungen Lateinamerikas und den Problemen des Extraktivismus.

2 Der Begriff »Buen Vivir« (bzw. »Vivir Bien«) ist mit »Gutes Leben« zwar wörtlich korrekt, aber sinngemäß nur teilweise übersetzt. Er meint explizit NICHT materiellen Wohlstand. Eigentlich stammt das Konzept aus verschiedenen indigenen Kulturen, und »Buen Vivir« oder »Vivir Bien« ist ebenfalls schon eine Übersetzung. Treffender wäre im Spanischen »Vivir en plenitud«, was soviel bedeutet wie »erfülltes Leben« (Anm. d. Hrsg.).

reduzieren, sondern basiert vielmehr auf der Weltsicht, der Kosmovision der indigenen Völker, in der das, was man gesellschaftliche Verbesserung nennen könnte, »eine Kategorie ist, die sich permanent im Aufbau befindet und reproduziert« ist. Einem ganzheitlichen Ansatz folgend, fügt Acosta hinzu, dass materielle Güter hier nicht den einzig ausschlaggebenden Faktor darstellen, sondern dass auch »andere Werte wie Wissen und Erfahrung, gesellschaftliche und kulturelle Anerkennung, ethische und sogar spirituelle Verhaltensnormen im Hinblick auf die Gesellschaft und die Natur, menschliche Werte und Vorstellungen von der Zukunft eine zentrale Rolle spielen«. Gleichzeitig weist er jedoch darauf hin, dass es für das Konzept des *Buen Vivir* neben der andinen Kultur auch andere Inspirationsquellen gibt und dass auch in der westlichen Kultur »immer mehr Stimmen laut werden, die in gewisser Weise mit diesen indigenen Vorstellungen übereinstimmen«. <sup>3</sup>

Für den Aymara-Intellektuellen und amtierenden bolivianischen Außenminister David Choquehuanca bedeutet *Buen Vivir* »die Wiederaufnahme der Lebensweise unserer Völker, die Zurückgewinnung einer Kultur des Lebens, eines Lebens in vollständiger Harmonie und in gegenseitigem Respekt mit der Mutter Natur, der Göttin *Pachamama*, bei der alles Leben ist, bei der wir alle *uywas*, Wesen der Natur und des Kosmos, sind.« Dieser Auffassung nach ist nichts voneinander getrennt, alles ist Teil der Natur und alle, von den Pflanzen bis zu den Bergen, sind unsere Geschwister. <sup>4</sup>

Beide, Acosta und Choquehuanca, betonen, dass das Konzept des *Buen Vivir* das zeitgenössische Verständnis von Entwicklung grundlegend in Frage stellt, insbesondere seine zentrale Ausrichtung auf wirtschaftliches Wachstum. Damit impliziert das Konzept eine fundamentale Kritik an der Unfähigkeit des herrschenden Entwicklungsbegriffs und der daraus resultierenden politischen Praxis, das Armutproblem zu lösen, und an den verheerenden ökologischen und sozialen Folgen dieser allein auf Wachstum ausgerichteten Politik. Beide Autoren weisen außerdem darauf hin, dass das Konzept des *Buen Vivir* der Perspektive der indigenen Völker viel zu verdanken hat, wengleich auch andere, Intellektuelle wie Aktivisten, Nichtindigene wie Indigene, ihren Beitrag dazu geleistet haben.

Man kann sich dem Konzept des *Buen Vivir* auf mindestens drei Ebenen annähern: über die Ideen, die Diskurse und die Praktiken. Auf der Ebene der Ideen steht die radikale Infragestellung herkömmlicher Entwicklungstheorien im Vordergrund, insbesondere ihr Festhalten an einer Ideologie des Fortschritts. Diese Kritik geht deutlich über den Begriff der Entwicklung hinaus und berührt weitere, grundlegende Aspekte, so zum Beispiel unser Selbstverständnis als Personen und die Art und Weise, wie wir die Welt wahrnehmen.

3 Vgl. Alberto Acosta: El Buen Vivir, una oportunidad por construir, in: Ecuador Debate 75, Quito 2008, S. 33-47.

4 Vgl. David Choquehuanca C.: Hacia la reconstrucción del Vivir Bien, in: América Latina en Movimiento, Nr. 452 (ALAI [Agencia Latino Americana Informaciones]), Quito 2010, S. 6-13.

Auf der Ebene der diskursiven Legitimation des *Buen Vivir* grenzt sich das Konzept entschieden von Diskursen ab, in denen Wirtschaftswachstum und materieller Konsum als alleinige Indikatoren für Wohlstand fungieren, und teilt auch nicht deren starke Ausrichtung auf Rentabilität oder Konsum. Die Vorstellungen von Lebensqualität, die im Rahmen des *Buen Vivir* formuliert werden, schließen sowohl den Menschen als auch die Natur mit ein und eröffnen neue Möglichkeiten, unsere Welt auf andere Weise zu beschreiben, sie wahrzunehmen und über sie nachzudenken.

Auf der dritten Ebene geht es um die politische Praxis und konkrete Maßnahmen, wie beispielsweise politische Transformationsprojekte, Regierungsprogramme, gesetzliche Regelungen, also um die verschiedenen Möglichkeiten, Alternativen zu konventionellen Entwicklungskonzepten und Wachstumsstrategien zu erarbeiten. Hierin liegt eine der großen Herausforderungen der Idee des *Buen Vivir*, geht es doch darum, konkrete Handlungsstrategien zu entwickeln, die nicht auf die kritisierten, konventionellen Konzepte zurückgreifen, aber dennoch realisierbar sind.

## **Kritik am Entwicklungsmodell und seinen Implikationen**

Wie bereits erwähnt, steht die Kritik gängiger Entwicklungskonzepte bei der Formulierung des *Buen Vivir* im Zentrum. Dabei werden vor allem die Rationalität des herrschenden Entwicklungsmodells, seine Betonung von wirtschaftlichen Aspekten und Fragen des Marktes, seine klare Ausrichtung auf Konsum sowie der Mythos eines kontinuierlichen Fortschritts in Frage gestellt.

Die Ecuadorianerin Ana Maria Larrea beispielsweise betrachtet »Entwicklung« als ein in der Krise befindliches Konzept, das Ausdruck der Moderne ist und klare koloniale Implikationen aufweist.<sup>5</sup> Ihre Kritik richtet sich dabei nicht nur auf aktuelle Entwicklungsprogramme und -theorien, sondern auf den Kapitalismus selbst, wobei sie das *Buen Vivir* als einen Weg beschreibt, der es ermöglicht, diese Beschränkungen und Grenzen zu überschreiten.

Formuliert wird diese Kritik an der konventionellen Vorstellung von Entwicklung von verschiedenen Seiten. Einerseits stellt sie eine Reaktion auf die negativen Folgen konkreter Projekte (zum Beispiel den Bau einer Straße oder eines Wasserkraftwerks) oder weitreichender Sektorreformen (wie im Fall der Privatisierung von Gesundheits- oder Bildungssystemen) dar. Das konventionelle Konzept von Entwicklung führt, so die Kritik, auch wenn das Gegenteil behauptet wird, faktisch zu einer »schlechten Entwicklung« und diese wiederum zu einem »schlechten Leben«.<sup>6</sup>

5 Ana Maria Larrea: La disputa de sentidos por el buen vivir como proceso contrahegemónico, in: Los nuevos retos de América Latina. Socialismo y sumak kawsay, Quito 2010: SENPLADES, S. 15-27.

6 Ein Begriff, den José María Tortosa 2001 einführte. Vgl. José M. Tortosa: El juego global. Maldesarrollo y pobreza en el capitalismo global. Icaria, Barcelona 2001.

Andererseits wird auf konzeptioneller Ebene die übliche Gleichsetzung von Wohlstand und Einkommen oder von Wohlstand und dem Besitz materieller Güter hinterfragt, die darüber hinaus impliziert, dass dieser Wohlstand nur über den Markt erreicht werden kann. Das *Buen Vivir* betont demgegenüber die Qualität des Lebens, also eine Lebensqualität, die sich nicht auf Konsum und Eigentum reduzieren lässt. Gegen die verkürzte Darstellung, Entwicklung sei mit Wirtschaftswachstum gleichzusetzen, argumentiert die Idee des *Buen Vivir*, dass unbegrenztes Wachstum unmöglich ist, da nicht nur die natürlichen Ressourcen, sondern auch die Kapazität der Ökosysteme, Umweltschäden zu verkraften, begrenzt sind.

Der verbreiteten Behauptung, dass Wirtschaftswachstum und die Steigerung der Exporte und Investitionen die Entwicklung eines Landes vorantreibe, ist entgegenzuhalten, dass vielerorts zwar das Bruttoinlandsprodukt gestiegen und die Exporte in die Höhe geschossen sind – die sozialen und ökologischen Lebensbedingungen sich dadurch jedoch kaum oder gar nicht verbessert haben. Trotzdem wird die Gültigkeit der klassischen Vorstellung von Entwicklung nicht in Zweifel gezogen, sondern vielmehr an dem Glauben an Fortschritt und eine lineare historische Entwicklung festgehalten. Ein klassisches Beispiel hierfür ist die Einstufung der lateinamerikanischen Länder als »unterentwickelte« Länder, die sich erst durch das schrittweise Durchlaufen einzelner Entwicklungsstufen »entwickeln« müssen, indem sie den Weg der Industrieländer »nachahmen«. In diesem Sinne steht bei vielen Überlegungen zum *Buen Vivir* die Kritik am konventionellen Ökonomismus im Vordergrund.<sup>7</sup>

Andere Diskussionen beziehen sich auf die anthropozentrische Grundlage des herrschenden Verständnisses von Entwicklung, das dazu führt, dass der Nutzen für den Menschen den alleinigen Wahrnehmungs- und Bewertungsmaßstab für Entwicklung darstellt. Andere kritisieren, dass emotionale Aspekte in zeitgenössischen Konzepten nicht berücksichtigt werden. In dieser Hinsicht ist der traditionelle Wissens- und Erfahrungsschatz, insbesondere der andinen Kulturen, aus der sich das Konzept des *Buen Vivir* wesentlich speist, besonders fruchtbar. Begriffe wie *sumak kawsay* aus dem ecuadorianischen Quechua oder *suma qamaña*, wie es in der Aymara-Sprache Boliviens heißt, spielen dabei eine zentrale Rolle, weil sie nicht nur die Vorstellung des »guten Lebens« explizit formulieren, sondern auch, weil sie als Begriffe, die den andinen Sprachen entstammen, ein großes dekolonialisierendes Potential besitzen.

Eine weitere wesentliche Komponente des *Buen Vivir* ist schließlich die radikale Veränderung der Bedeutung, Interpretation und Wertschätzung der Natur. Mehrere Ausformulierungen des Konzepts sprechen der Umwelt den Status eines Rechts-

7 Vgl. zum Beispiel Acosta: *El Buen Vivir, una oportunidad por construir*, op. cit.; Pablo Dávalos: *Reflexiones sobre el sumak kawsay (buen vivir) y las teorías del desarrollo*. Quito 5. August 2008 (ALAI [Agencia Latino Americana Informaciones]). Siehe: <http://alainet.org/active/25617>.

subjekts zu, was einen fundamentalen Bruch mit der anthropozentrischen Perspektive herkömmlicher Entwicklungskonzepte bedeutet.

Zusammenfassend lässt sich an dieser Stelle Folgendes festhalten: Das Konzept des *Buen Vivir* impliziert nicht nur eine Korrektur oder eine Anpassung gängiger Entwicklungskonzepte an den lateinamerikanischen Kontext, sondern stellt eine grundsätzliche Veränderung des Denkens und des Verständnisses von Entwicklung dar. Es reicht nicht aus, nach einer »alternativen Entwicklung« zu suchen, wenn die Vorstellung von Entwicklung in Bezug auf den Fortschrittsgedanken, die Nutzung der Natur und den Stellenwert zwischenmenschlicher Beziehungen nach wie vor der alten, »europäischen« Ratio folgt. Zweifellos ist es wichtig, Alternativen zu suchen, doch sind tiefgreifende Veränderungen notwendig. Statt auf »alternativen Entwicklungsvorschlägen« zu beharren, sollten (um mit dem kolumbianischen Anthropologen Arturo Escobar zu argumentieren) »Alternativen zur Entwicklung« geschaffen werden. Das *Buen Vivir* erscheint hier als einer der wichtigsten Ansatzpunkte, die Lateinamerika in den letzten Jahren hervorgebracht hat.

### Diversifizierung der Konzepte

Im Zuge der Verankerung des *Buen Vivir* in den Verfassungen Ecuadors (2008) und Boliviens (2009) ist eine lebendige und heterogene Diskussion, insbesondere zu den Implikationen des Konzepts, entstanden. Im Folgenden sollen zunächst einige bolivianische Beiträge zum *suma qamaña* kurz umrissen werden.

Einige seiner enthusiastischsten Vertreter, zu denen auch Xavier Albó gehört, argumentieren für ein Verständnis, das das *suma qamaña* als gutes Leben in der Gemeinschaft oder als »erfülltes Zusammenleben« beschreibt. Simón Yampara, Mario Torrez oder Javier Medina betonen dabei die Komplexität des Konzepts. Sie stellen es in den Kontext einer erfüllten Lebensweise, einer »vivencia plena«, die zwar bescheiden, aber vielfältig ist, die sowohl materielle als auch affektive Aspekte einschließt und von der, so Javier Medina, niemand ausgeschlossen ist. Dieselbe Perspektive vertritt auch der Aymara-Philosoph Simón Yampara,<sup>8</sup> der unterstreicht, dass es weniger um materiellen Wohlstand, sondern vielmehr um die »Harmonie zwischen dem Materiellen und dem Geistigen« geht, also um ein »umfassend/holistisches und harmonisches Leben«. Auch diese Position beinhaltet einen Aspekt der Enthaltbarkeit oder Einfachheit, weil sie das Ziel setzt, gut zu leben, aber nicht besser zu leben auf Kosten anderer oder auf Kosten der Umwelt.<sup>9</sup>

8 Vgl. Simón Yampara: Viaje del Jaqi a la Qamaña, El hombre en el Vivir Bien, in: Javier Medina (Hrsg.): La comprensión indígena de la Buena Vida, GTZ y Federación Asociaciones Municipales de Bolivia, La Paz 2001, S. 45-50.

9 Vgl. Xavier Albó: Suma qamaña = el buen convivir, in: Revista Obets 4, Alicante 2009, S. 25-40.

Das *suma qamaña* braucht, um sich entfalten zu können, ein spezifisches soziales, ökologisches und räumliches Umfeld, wie es, laut Torrez,<sup>10</sup> die *ayllu*, die andine Dorfgemeinschaft, repräsentiert: Ein Raum, in dem Menschen, Tiere und Pflanzen so zusammenleben, dass Natur und Kultur nicht in Opposition zueinander stehen, sondern sich gegenseitig ergänzen, das eine das andere beinhaltet und untrennbar miteinander verbunden ist.

Nicht nur die einzelnen Schwerpunkte und konkreten Konzeptualisierungen des *Buen Vivir* werden diskutiert, sondern auch die Ursprünge dieses Konzepts. So fragt zum Beispiel Uzeda,<sup>11</sup> »ob das *suma qamaña* als legitimes und echtes indigenes Konzept betrachtet werden kann oder als postmoderne Erfindung der Aymara-Intellektuellen des 21. Jahrhunderts (die natürlich auch Indigene sind)«. In seiner Antwort räumt er ein, dass dieses Konzept in der oben beschriebenen Weise weder zur Alltagssprache noch zu den *representaciones locales*, den lokalen Repräsentationen der Aymara-Gemeinschaften gehört, weist jedoch sogleich darauf hin, dass es aber als »Teil einer kulturellen Erneuerung oder Neuschöpfung nicht aufhört, indigen zu sein«, und als Teil einer solchen Wiederaneignung »bearbeitet« werden kann.

Genau dies ist eine der positiven Besonderheiten des *Buen Vivir*, denn, wie das *suma qamaña*, ist es weder rückwärtsgerichtet noch stellt es eine Rückkehr in die Vergangenheit dar, vielmehr ist es auf den Aufbau einer Zukunft hin ausgerichtet, die sich von konventionellen Entwicklungsprognosen unterscheidet. Seine verschiedenen Ausdrucksformen, ob alt oder neu, original oder hybrid, eröffnen die Möglichkeit, andere Wege zu beschreiten.

Wie jedoch bereits klargestellt worden ist, sind die einzelnen Konzeptualisierungen des *Buen Vivir* jeweils spezifische Ausdrucksformen einer bestimmten Kultur, einer Sprache und einer Geschichte sowie eines spezifischen gesellschaftlichen, politischen und ökologischen Kontextes. Deshalb kann man beispielsweise nicht das Konzept des *sumak kawsay* der ecuadorianischen Quechua-Bevölkerung als Rezept für das *Buen Vivir* auf ganz Lateinamerika übertragen. Ebenso wenig wie man die Moderne in ein postmodernes *Buen Vivir* verwandeln oder umformatieren kann. Wie Medina richtig anmerkt,<sup>12</sup> sind vereinfachende Übertragungen hier fehl am Platz: Das *ayllu*, die Dorfgemeinschaft, ist nicht als LPG oder Kolchos zu verstehen, das indigene Subjekt nicht als Proletarier.

10 Vgl. E. Mario Torrez: Estructura y proceso de desarrollo del Qamaña/espacio de bienestar, in: Aymar ayllunakasan qamawipa. Los aymara: búsqueda de la qamaña del aully andino (S. Yampara et al., coords.). Ediciones Qamañapacha, CADA, La Paz 2001, S. 45-67.

11 Vgl. V. A. Uzeda: Suma qamaña. Visiones indígenas y desarrollo, in: Traspacios 1, CISO, UMSS, Cochabamba 2009, S. 33-51.

12 Vgl. Javier Medina: Suma qamaña, vivir bien y de vita beata. Una cartografía boliviana, in: La Reciprocidad, 20. Januar 2011. <http://lareciprocidad.blogspot.com/2011/01/suma-qamana-vivir-bien-y-de-vita-beata.html>.

## Die Kritik von innen

Auch innerhalb der westlichen Wissenschaft und Tradition gibt es kritische Positionen zum Thema Entwicklung, die zwar oft marginalisiert oder ausgeschlossen werden, bei genauerer Betrachtung jedoch ebenfalls als Suche nach dem *Buen Vivir* zu verstehen sind. Zu diesen Stimmen, die ihren Ausgangspunkt in der Geschichte des westlichen Denkens haben, gehören beispielsweise die Kritischen Entwicklungsstudien, die biozentrische Umweltbewegung, der radikale Feminismus oder der Postkolonialismus, um nur ein paar der neuesten Strömungen zu nennen.

Die Tiefenökologie beispielsweise, die auf den Arbeiten des norwegischen Philosophen Arne Næss basiert,<sup>13</sup> lehnt den Anthropozentrismus der Moderne ab. Sie steht für eine biozentrische Haltung, die die Rechte der Natur anerkennt und Natur und Mensch als Einheit begreift. Hierbei handelt es sich um eine Position, die zwar grundlegende Annahmen des okzidental Denkens kritisiert, ihren Ursprung jedoch genau darin hat. Nichtsdestoweniger ist sie aufgrund ihrer Inhalte zweifellos ein Ausdruck der Gedankenwelt des *Buen Vivir*.

Diese und andere Beispiele machen deutlich, dass es sogar innerhalb des westlichen Denkens kritische Strömungen gibt, die Alternativen zu den klassischen Wachstums- und Entwicklungskonzepten suchen, die aber fast alle marginalisiert werden und sich gerade deshalb unter der Idee des *Buen Vivir* zusammenfassen lassen. Diese Positionen sind notwendig, um die gegenwärtige Phase der Konzeptentwicklung und -gestaltung zu stärken. Sie ergänzen sich mit anderen Ansätzen, wobei jede Strömung sich durch Besonderheiten auszeichnet, die in anderen fehlen oder schwächer ausgeprägt sind. Ein gutes Beispiel hierfür ist die zeitgenössische feministische Kritik.

Verschiedene Fachleute sehen eine große Nähe zwischen dem *Buen Vivir* und der sozialistischen Tradition. Ramírez spricht von einem »Sozialismus des *sumak kawsay*« beziehungsweise von einem »republikanischen Biosozialismus«.<sup>14</sup> Diese Analogie lässt sich auf unterschiedliche Weise begründen, sie bezieht sich jedoch vor allem auf die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und sozialer Gleichheit, die beiden Ideen gemeinsam sind. Doch zeigen sich hier auch Schwierigkeiten, denn ohne Zweifel führen einige Postulate des *Buen Vivir* zum Bruch mit dem klassischen Fortschrittsgedanken oder der Betrachtung der Natur als Objekt (ganz gleich, ob hinsichtlich ihres Tauschwertes oder ihres Gebrauchswertes) und entfernen sich somit vom Sozialismus marxistischer Prägung. Die Idee des *Buen Vivir* kann auch nicht als materialistisch verstanden werden, insbesondere die Konzeptualisierungen nicht, die

13 Vgl. Arne Næss: Ecology, community and lifestyle. Cambridge University Press, Cambridge 1989.

14 René Ramírez Gallegos: Socialismo del sumak kawsay o biosocialismo republicano, in: SENPLADES: Los nuevos retos de América Latina: Socialismo y sumak kawsay, Quito 2010, in: <http://es.scribd.com/doc/38185705/LIBRO-Socialismo-y-Sumak-Kawsay>. René Ramírez bis Ende 2011 ecuadorianischer Planungsminister.

sich auf indigene Kosmvisionen berufen. Nicht zuletzt gehört der Sozialismus zu den großen Traditionen der europäischen Moderne und die Unterordnung unter eben diese Perspektive ist es ja, die das Konzept des *Buen Vivir* durchbrechen will. Dies erklärt zum Beispiel auch, warum der Bolivianer Simón Yampara betont, dass »ein Aymara weder Sozialist noch Kapitalist ist«, und dabei die Bedeutung der Komplementarität<sup>15</sup> besonders hervorhebt.<sup>16</sup>

Gleichzeitig darf aber nicht vergessen werden, dass das *Buen Vivir*, indem es für soziale Gerechtigkeit und Gleichheit eintritt, direkte Verbündete in der klassischen europäischen Linken findet. Das erklärt, warum einige das *Buen Vivir* weiterhin innerhalb der sozialistischen Ideenwelt verorten und kein Problem mit einer Etikettierung wie »Sozialismus des *sumak kawsay*« haben, während andere der Ansicht sind, dass das, was wir heute beobachten, etwas Neues ist und deshalb ganz einfach *Buen Vivir* genannt werden sollte, ohne weitere Adjektive oder Einschränkungen.

### Strömungen, die über die Moderne hinausgehen

Zweifelsohne spielt die indigene Wissens- und Erfahrungswelt bei der Idee des *Buen Vivir* nicht nur eine große Rolle, sie war der »Auslöser« für die Entstehung dieser neuen Sichtweise. Wie bereits mehrfach gesagt, besteht ein zentrales Anliegen dieser neuen Perspektive darin, bestimmte Konzepte der europäischen Moderne – angefangen mit dem Fortschrittsmythos über die Verteidigung des Kapitalismus, den Kolonialismus bis hin zum derzeitigen Verständnis des Nationalstaates – zurückzuweisen. Die zeitgenössische Vorstellung von Wachstum und Entwicklung basiert auf diesen Ideen der Moderne, ihrem Anspruch auf Rationalisierung und dem Ausschluss all dessen, was als »primitiv« oder »wild« eingestuft wird.

Einige tendieren zu der extremen Position, dass das *Buen Vivir* nur ein indigenes Konzept sein kann. Wenn das aber so wäre, sollte dann die Position einer bestimmten indigenen Gruppe privilegiert werden? Welche? Wie sollte die Wahl getroffen werden? Wie wir gesehen haben, gibt es unterschiedliche Beschreibungen des *Buen Vivir*, ja selbst innerhalb einzelner Kulturen variieren die Meinungen über die richtige Definition. Auch wenn in einem Großteil der heutigen Theorien vom *suma qamaña* der Aymara die Rede ist, so kann diese Vorstellung des *Buen Vivir* beispielsweise nicht auf die *Shuar* des Amazonasgebiets übertragen werden. Auch kann man nicht ohne weiteres behaupten, dass das *Buen Vivir* seinen Ausdruck in einem »reinen« indigenen Wissen findet, da eben diese Reinheit in Frage zu stellen ist.

15 Komplementarität ist ein Grundprinzip andiner Weltanschauung und basiert auf sich gegenseitig ergänzenden, jedoch gleichwertigen Prinzipien wie »weiblich« und »männlich« oder »Sonne« und »Mond« (Anm. d. Hrsg.).

16 Simón Yampara: Interview, in: La Razón, La Paz, 27. März 2010.

Abschließend sei noch vor einer anderen Gefahr gewarnt: der »Modernisierung« des *Buen Vivir*, seiner Umwandlung in eine für das moderne westliche Repertoire akzeptable Form (so zum Beispiel in eine südamerikanische Spielart einer »Entwicklung mit einem menschlichen Gesicht«). Die Idee des *Buen Vivir* sollte nicht, wie Walsh warnt, von konventionellen Sichtweisen »vereinnahmt« oder kooptiert werden.<sup>17</sup>

## Interkulturelle Begegnungen

Sowohl die westlichen Protestbewegungen als auch die traditionellen Wissensformen müssen sich mit der Hegemonie der zeitgenössischen Kultur auseinandersetzen, weil es diese Kultur ist, in der die Denkweisen, die das konventionelle Konzept von Entwicklung stützen, entstehen und sich permanent reproduzieren. Mit anderen Worten: Das Konzept des *Buen Vivir* kann dazu dienen, verschiedene Positionen zusammenzubringen, die zwar jeweils ihre eigenen Besonderheiten haben, deren Gemeinsamkeit jedoch darin besteht, das derzeitige Entwicklungsmodell in Frage zu stellen und die Beziehung zwischen Mensch und Natur grundlegend zu verändern. In diesem Sinne stellt das *Buen Vivir* ein plurales Konzept dar, in dessen Rahmen die einen beispielsweise das *sumak kawsay* verteidigen und die anderen für einen Ökosozialismus eintreten. Gemeinsamer Nenner ist die Kritik am gegenwärtigen Entwicklungsmodell, die Verteidigung einer anderen Ethik, das Engagement für bestimmte soziale Akteure und das Streben nach einer Veränderung der Welt, die sich nicht am Rahmen des Gegebenen orientiert, sondern die die Utopie mitdenkt.

Es ist entscheidend, festzuhalten, dass das *Buen Vivir* konzeptionell auf zwei parallel verlaufenden Prozessen aufbaut: Zum einen muss das »Wissen« dekolonialisiert werden, um die Überlegenheit des Westens zu durchbrechen, zum anderen muss die Vielfalt der Kulturen respektiert werden, ohne dass diese hierarchisiert werden. Dies ist mit einem interkulturellen Ansatz vereinbar, der darauf abzielt, die »Fundamente abzubauen, mit denen die Überlegenheit eines Subjekts oder einer Kultur gegenüber anderen Subjekten und Kulturen gerechtfertigt wird« (zum Beispiel im Sinne Quintanillas). Gleichzeitig sollte eine solche Konzeptualisierung aber auch eine kritische Position zum Ausdruck bringen, die auf Befreiung ausgerichtet ist (eine Perspektive, die neben anderen von Estermann vertreten und entfaltet wird<sup>18</sup>).

17 Vgl. Catherine Walsh: Development as Buen Vivir: institutional arrangements and (de)colonial entanglements. *Development* 53/1, 2010, S. 15-21.

18 Josef Estermann: Colonialidad, descolonización e interculturalidad. Apuntes desde la filosofía intercultural. En: »interculturalidad crítica y descolonización. Fundamentos para el debate«. Convencio A. Bello, Instituto Internacional Integración, La Paz 2009.

Was dieser Blick aufs Kulturelle in jedem Fall deutlich macht, ist, dass es kein »indigenes« *Buen Vivir* gibt, weil die Kategorie »indigen« selbst ein künstliches Konstrukt ist, das lediglich dazu dient, sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Nationalitäten, die jeweils ihre ganz eigene Vorstellung vom *Buen Vivir* haben – oder haben könnten – zu homogenisieren.

Damit kommen wir zu einer weiteren zentralen Frage. Zwar bedeuten sowohl *suma qamaña* als auch *ñande reko Buen Vivir*, das heißt jedoch nicht, dass es sich bei beidem um dasselbe handelt. Auch das *sumak kawsay* bedeutet *Buen Vivir* und dasselbe kann man teilweise auch von der Tiefenökologie sagen – Synonyme sind sie damit dennoch nicht. All diese Konzepte, das *suma qamaña*, *ñanade reko*, *sumak kawsay*, die Tiefenökologie und einige andere ergänzen einander, weisen Äquivalenzen und ähnliche Sensibilitäten auf und stecken damit den Rahmen ab, in dem sich das *Buen Vivir* entfalten kann.

### **Eine Plattform, die die Welt auf andere Füße stellt**

Wie wir gesehen haben, ist die Idee des *Buen Vivir* Ausdruck unterschiedlicher Denkrichtungen und sogar Kulturen, die in einer kritischen Distanz zur Moderne stehen. Diese Infragestellung der Moderne und der ihr inhärenten Entwicklungs- und Wachstumsvorstellungen wirft komplexe Fragen auf, die, so argumentieren einige Kritiker, weit über den Bereich der Kultur hinausreichen. Auch wenn das Wort »Kultur« sehr weit gefasst werden kann, wird es doch meist auf den Bereich der Interaktionen zwischen Menschen bezogen, sodass unterschiedliche Naturverständnisse als etwas diesem Bereich Äußerliches erscheinen. Das Konzept des *Buen Vivir* stellt eben diesen Dualismus der Moderne in Frage, der Gesellschaft und Natur voneinander trennt und letztere in ein Objekt oder eine Gesamtheit von Objekten verwandelt, die beherrscht, manipuliert und angeeignet werden können. Darüber hinaus versucht das *Buen Vivir*, andere Formen der Bezugnahme auf Natur und Umwelt aufzuzeigen.

Dies erklärt, warum in vielen Analysen zum *Buen Vivir* von »Weltanschauungen«, »Dasein in der Welt«, »Ontologien« oder dem »kosmischen andinen Haus«<sup>19</sup> die Rede ist. Dabei geht es aber nicht allein um den Gebrauch von Begriffen und Wörtern, sondern um unser Selbstverständnis als Menschen, um die Form unserer Interaktion mit dem, was uns umgibt, um Werte und ethische Rahmenbedingungen und um das Verständnis des historischen Gewordenseins. Zunehmend wird in Zusammenhang mit diesen Themen der Begriff Ontologie verwendet. Auch wenn das

19 Vgl. Yampara: *Viaje del Jaqi a la Qamaña, El hombre en el Vivir Bien*, op. cit.

Wort Ontologie möglicherweise die Befürchtung einer endlosen philosophischen Debatte wecken könnte, soll hier eine Arbeitsdefinition in Anlehnung an den argentinischen Anthropologen Mario Blaser formuliert werden,<sup>20</sup> um die grundlegende Idee, um die es hier geht, zu verdeutlichen.

Jede Ontologie ist eine Form, die Welt zu verstehen und zu deuten. Sie baut auf einer Reihe von Annahmen auf, über das Existierende und das Nicht-Existierende, die Verbindungen zwischen diesen Dingen usw. Ontologie ist nichts Vorherbestimmtes, nichts, was uns, den Menschen oder der Welt, vorausgeht. Vielmehr stützt sie sich auf Erfahrungen und Interaktionen, die sowohl das Verhältnis der Menschen untereinander als auch das Verhältnis zur nichtmenschlichen Umgebung betreffen. Dabei entstehen Geschichten, Praktiken, Mythen und Glauben, die als »Erzählungen« verstanden werden können, die unsere Erfahrungen und Aktionen greifbar und verständlich machen. Insofern kann Ontologie, so schlussfolgert Blaser, als das verstanden werden, was die Gesamtheit der diskursiven oder nicht diskursiven Repräsentationen unserer Welten bestimmt.

Der Verweis auf Blaser ist an dieser Stelle keineswegs willkürlich, denn er beschäftigt sich in seiner Arbeit mit der indigenen Bevölkerung im Gran Chaco in Paraguay, die er mit anderen Kulturen vergleicht. In seinen Untersuchungen spricht er immer dann von ontologischen Konflikten, wenn es um Fragen der Objektivität oder Gültigkeit von bestimmten Erkenntnissen geht oder, auf einer konkreteren Ebene, um die Angemessenheit von bestimmten Umgangsweisen, die sich aus eben diesen Erkenntnissen ergeben. Genau diese Fragen sind es, an denen auch das *Buen Vivir* ansetzt und die in verschiedenen Ansätzen thematisiert werden. Zum Beispiel wird von einigen die »Objektivität«, die die Natur von der Gesellschaft trennt, in Frage gestellt, während andere dafür argumentieren, dass – neben den Menschen – auch Bäume und Geister zur »politischen Gemeinschaft« dazugehören. Die Art und Weise, wie Probleme und Themen in Erscheinung treten, der Unterschied zwischen richtig/falsch oder korrekt/inkorrekt gefasst wird oder wie Fragen nach dem Wert des Subjekts/Wert des Objekts beziehungsweise nach dem Subjekt des Wertes und dem Objekt des Wertes gestellt werden und gestellt werden können, richtet sich nach den jeweiligen ontologischen Vorstellungen. Sie sind der Boden, auf dem die Kulturen oder die kulturellen Rahmungen, die weiter oben diskutiert worden sind, entstehen und sich reproduzieren.

Das konventionelle Verständnis von Entwicklung entspricht den ontologischen Überzeugungen der europäischen Moderne. Die Hauptmerkmale dieser Ontologie, die in dem vorliegenden Zusammenhang entscheidend sind, stellen die Trennung der Gesellschaft von der Natur (Dualität), die Idee einer linearen historischen Ent-

20 Vgl. Mario Blaser: *Storytelling Globalization from the Chaco and Beyond*. Duke University Press, Durham 2010.

wicklung, das Streben nach Kontrolle und Manipulation, der Fortschritts Glaube, das Beharren auf einer Trennung zwischen »Zivilisierten« und »Wilden« usw. dar. Mit dem Verweis auf Expertenwissen, das darüber entscheidet, welches die besten Methoden und Strategien im Umgang mit Mensch und Natur sind, diktieren diese Grundsätze eine bestimmte Vorstellung von Lebensqualität, die für alle Nationen gelten soll. Die Forderungen lokaler Gruppen oder indigener Gemeinden müssen erst in ein technokratisches Wissen »übersetzt« werden oder ihre wirtschaftliche Relevanz beweisen, um den Gang der Dinge überhaupt beeinflussen zu können. Nehmen wir das Beispiel einer kleinen Gruppe, die die Ansicht vertritt, dass der Bergbau einen Berg, der Teil ihrer »Lebensgemeinschaft« ist, »tötet«. Diese Ansicht muss erst in eine »moderne« Liste von Umweltschäden »übersetzt« werden, damit sie überhaupt Einfluss auf die Entscheidungen eines Unternehmens haben kann, während das Unternehmen selbst seine Legitimation allein dadurch erhält, dass es Ausdruck einer bestimmten Vorstellung von Lebensqualität, Entwicklung und Wachstum ist.

In Fällen wie dem genannten werden die Diskurse, Praktiken und Institutionen eines Entwicklungs- und Wachstumsparadigmas in Frage gestellt, das ein Erbe der Moderne ist. Der vermeintlich »kulturelle Konflikt« mit den Vorstellungen des *Buen Vivir* macht aber deutlich, dass es hier nicht um Kulturen, sondern um etwas Grundlegenderes, nämlich um ontologische Vorstellungen geht. Die Interventionen des *Buen Vivir* demonstrieren, dass es »andere« Ontologien gibt, die anderen Regeln und Gesetzmäßigkeiten folgen, um Gültigkeit und Gewissheit herzustellen, und mit denen die Welt anders verstanden, bewertet und geachtet wird. In diesem Sinne handelt es sich hier um »ontologische Konflikte«, weil die Ontologien der einzelnen indigenen Völker in Erscheinung treten. Mittlerweile gibt es auch unter denen, die aus einer westlichen Tradition des Denkens kommen, einige, die »verstehen« oder »fühlen«, dass das Projekt der Moderne seine Grenzen erreicht hat und an einem kritischen Punkt angelangt ist, der es ermöglicht, diese anderen »Ontologien« wahrzunehmen. Das heißt zwar nicht unbedingt, dass wir sie in ihrer ganzen Komplexität verstehen, doch zumindest können wir ihre Ausdrucksformen beobachten, sie als gültige und ernst zu nehmende Alternativen anerkennen, uns von ihnen inspirieren lassen und sie uns aneignen, um unsere eigenen Vorstellungen von der Welt zu verändern.

Unter den neuen Ontologien, die sich von der Tradition der westlichen Moderne unterscheiden und heute in Erscheinung treten, sind besonders jene interessant, die »relational« denken, die also unter »Beziehungen« etwas verstehen, das über den Bereich des Menschlichen hinausgeht. Während die ontologischen Vorstellungen der westlichen Moderne auf dem Dualismus zwischen Natur und Kultur aufbauen, gibt es diese Unterscheidung in den Ontologien verschiedener indigener Völker

nicht. Sie denken »relational«, weil ihre Vorstellung von »menschlicher Gemeinschaft« auch andere lebendige oder nicht lebendige Wesen ebenso wie Geister mit einschließt. Eine ähnliche Einstellung finden wir bei einigen Vertretern der Tiefenökologie.

Mein oben beschriebener Versuch, zu zeigen, wie sich die unterschiedlichen Ansätze des *Buen Vivir* ergänzen, hat seine Grenzen in den ontologischen Grundannahmen der Ansätze, die sich nicht miteinander vergleichen lassen. Die »amerindischen« Grundstrukturen des Hochlands können weder auf die des tropischen Regenwalds noch auf die der westlichen Moderne übertragen, geschweige denn reduziert werden. Sie finden ihren Ausdruck in unterschiedlichen Sprachen, Kulturen, Geographien und Geschichten. Medina betont zu Recht immer wieder, dass das *suma qamaña* der Aymara ein Teil der amerindischen Kosmvision ist,<sup>21</sup> die auf ontologischen Grundannahmen – nämlich den Prinzipien der Komplementarität und Reziprozität – basiert, die nicht auf den Cartesianismus der Europäer beschränkt, in ihn verwandelt oder an ihn angepasst werden kann.

Berücksichtigt man diese Besonderheiten, ist festzuhalten, dass das *Buen Vivir* als eine Plattform verstanden werden kann, auf der unterschiedliche ontologische Vorstellungen zusammentreffen. Die Überschneidungs- und Berührungspunkte, die sich hier ergeben, entspringen verschiedenen ontologischen Grundannahmen und kulturellen Unterschieden. Deshalb sollte diese gemeinsame Plattform aus einer Praxis der Interkulturalität heraus entstehen, die auf die Zukunft ausgerichtet ist, um Entwicklungsalternativen sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht zu gestalten und aufzuzeigen.

Diese Plattform, die die Welt auf andere Füße stellt, dreht sich um ein gemeinsames Zentrum, das die kulturkritischen Ansätze – oder, auf einer grundsätzlicheren Ebene, auch die einzelnen ontologischen Vorstellungen – miteinander verbindet: das gute Leben – das *Buen Vivir*. Zu den wichtigsten Komponenten, die den unterschiedlichen Ansätzen des *Buen Vivir* gemeinsam sind, gehören folgende:

*Eine andere Ethik der Anerkennung und Zuerkennung von Werten.* Wenn die Natur als Subjekt anerkannt wird, das nicht nur einen Wert besitzt, sondern auch Wert zusprechen kann, stellt dies eine radikale Veränderung gegenüber der vorherrschenden westlichen Ethik dar, in der alles, was uns umgibt, als Objekt betrachtet wird, dem einzig und allein der Mensch, als Lebewesen mit Bewusstsein, einen bestimmten Wert zuschreiben oder absprechen kann. Auch verabschieden wir uns von den derzeitigen Bewertungsformen und -maßstäben, wenn wir sagen, dass wir darauf verzichten, alles, was uns umgibt, in Waren mit einem Gebrauchs- oder Tauschwert umzuwandeln.

21 Vgl. Medina: *Suma qamaña, vivir bien y de vita beata*, op. cit.

*Dekolonialisierung von Wissen.* Hier geht es darum, die Vielfalt verschiedener Wissensformen anzuerkennen, zu respektieren und zu nutzen. Es wird mit den herrschenden Machtverhältnissen gebrochen (oder zu brechen versucht) und der Anspruch eines bestimmten privilegierten Wissens abgelehnt, den Austausch zwischen den Kulturen und Wissensformen zu beherrschen und in eine bestimmte Richtung zu lenken. Dies ist mehr als ein epistemologischer Relativismus, hier geht es um die Dekolonialisierung von Erkenntnis. Durch die Legitimation anderer Wissensformen muss sich auch die politische Dynamik der Auseinandersetzung mit diesen anderen Wissensformen grundlegend verändern.

*Abkehr von einer Manipulations- und Instrumentalisierungslogik.* Das *Buen Vivir* bietet einen Raum, in dem der Anspruch der Moderne, alles, was uns umgibt – seien es Menschen oder die Natur –, zu beherrschen und zu manipulieren und als Mittel für unsere Zwecke zu betrachten, aufgegeben wird.

*Begegnung, Dialog und Interaktion zwischen verschiedenen Wissensformen.* Die hier aufgeführten Aspekte verhindern, dass das *Buen Vivir* zu einem reduktionistischen Ansatz wird, bei dem eine Version einen hegemonialen Anspruch erhebt und die anderen verdrängt. Die Wechselwirkung und der Austausch zwischen den unterschiedlichen Positionen sollen sich sowohl auf der interkulturellen Ebene zeigen, als auch darin, dass kritische Positionen innerhalb der westlichen Moderne nutzbar gemacht werden.

*Ein anderes Naturverständnis.* Dies ist ein keineswegs unbedeutendes Thema und sollte nicht als Folklore abgetan werden. Das konventionelle Entwicklungs- und Wachstumsparadigma impliziert ein bestimmtes Naturverständnis, das wiederum bestimmte Formen von »Wachstum« und »Entwicklung« ermöglicht. Deshalb muss jedes alternative Entwicklungskonzept auch die Natur »neu denken«, um dem westlichen Naturverständnis, das die Natur als etwas uns Äußerliches beschreibt und sie in einzelne Objekte zerlegt, die manipuliert und als Ressourcen angeeignet werden können, seine Wirkungsmacht zu rauben. Das *Buen Vivir* umfasst verschiedene Ansätze, um die Dualität, die Natur und Kultur voneinander trennt, aufzuheben und den Menschen als Teil des Lebensgeflechts neu zu verstehen.

*Erweiterte Gemeinschaften.* Die politischen Gemeinschaften (im Sinne von Gemeinschaften von Akteuren, die sich politisch ausdrücken) beschränken sich nicht allein auf die Menschen, sondern lassen auch Raum für das Nichtmenschliche (in einigen Fällen andere Wesen oder Elemente der Umwelt, einschließlich der Geister).

*Ein Ort für Erfahrungen und Gefühle.* Das *Buen Vivir* kann eine materielle Grundlage haben, es ist aber nicht auf diese beschränkt, denn es drückt sich auch klar in Zuneigung, im Erleben von Freude und Traurigkeit, Rebellion oder Mitleid aus. Das Materielle allein ist für das *Buen Vivir* nicht ausreichend.

## Überwindung von Widerständen und Hindernissen

Die Konzeptualisierung des *Buen Vivir* ist mit einer Reihe von Problemen konfrontiert, auf die im Folgenden eingegangen werden soll. Eine der Schwierigkeiten liegt in der Banalisierung des Konzepts. Sie ist zum Teil von konservativer, manchmal auch von neoliberaler Seite zu hören und reduziert das *Buen Vivir* auf eine rein indigene Forderung, die auf Faulenzerei und wirtschaftliche Rückständigkeit hinauslaufe. Gleichzeitig gibt es viele, vor allem in akademischen Kreisen, insbesondere in den Wirtschaftswissenschaften, die die Frage nach dem »guten Leben« schlicht für unseriös, nicht ernst zu nehmend, unrealistisch und weit entfernt von ihren Forschungen halten. Und zu guter Letzt fehlen auch die fortschrittlichen Kollegen nicht, die der Ansicht sind, dass das *Buen Vivir* nichts anderes sei als wirtschaftliche Hilfe für die Ärmsten.

Eine andere Gruppe von Problemen betrifft das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Staat. Einige kritisieren, dass die Regierung, wenn sie die Förderung des *Buen Vivir* zu ihrer Aufgabe macht, letztlich alle Prozesse kontrolliert und damit eine tatsächliche, freie Partizipation der Bürgerorganisationen einschränkt. In anderen Fällen wird genau das Gegenteil behauptet, dass sich nämlich die Zivilgesellschaft selbst wegen Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung aus der Debatte zurückgezogen hat. Sicher gibt es hierbei mehrere Schuldige. Zutreffend ist, dass es nicht an Regierungsakteuren mangelt, die alles zu wissen meinen, keine Kritik zulassen und den Dialog mit den Bürgern dadurch ersticken, dass sie einer Zusammenarbeit bei der Gestaltung und dem Aufbau des *Buen Vivir* keine Chance geben. Zutreffend ist aber auch, dass die Zivilgesellschaft bei der Debatte um das *Buen Vivir* aktiv bleiben und akzeptieren muss, dass es unterschiedliche Positionen gibt und sich alles noch im Entstehungsprozess befindet. Wenn die Zivilgesellschaft sich aber aus der Debatte ausklinkt, wird sich nichts vorwärtsbewegen.

Wieder einmal stoßen wir auf Extreme, die ein Weiterkommen bei der Ausgestaltung des *Buen Vivir* verhindern. Ob man will oder nicht, der Staat nimmt eine Schlüsselposition bei dem Aufbau und der Umsetzung dieses Konzeptes ein. Man muss also von innen auf ihn einwirken, mit den Programmverantwortlichen zusammenarbeiten und aktiv teilnehmen. Gleichzeitig müssen die Regierungsbeamten erkennen, dass eine Marginalisierung der Zivilgesellschaft nur zur Verarmung der Ideen führen und die soziale Legitimität des Konzepts schwächen kann.

Die hier genannten Probleme, sei es die Banalisierung des *Buen Vivir* oder die Auflösung der kollektiven Räume, in denen es entstehen soll, machen ein entschiedenes Handeln erforderlich. Es ist an der Zeit, sich die Diskussionen über das *Buen Vivir* wieder anzueignen und ihnen neuen Schwung zu verleihen. Dies ist eine unumgängliche Aufgabe, der sich sowohl die Zivilgesellschaft als auch der Staat an-

nehmen müssen, weil sie sich gegenseitig brauchen. Denn es geht hier um eine Idee, die niemandem gehört und zu der alle etwas beitragen können, und um eine Aufgabe, die in vielerlei Hinsicht immer dringlicher wird.

## Übergänge zum *Buen Vivir*

In dem Maße, in dem die Diskussion um das *Buen Vivir* voranschreitet, werden auch die Forderungen nach konkreten Veränderungen auf der Grundlage des bisher erreichten Konsenses lauter. Viele Kritiker des *Buen Vivir* erheben den Vorwurf, dass es sich bei diesen konkreten Vorschlägen um obskure, von Jäger- und Sammlergesellschaften aus dem Urwald aufgezwungene Maßnahmen handelt. Dies trifft jedoch in keiner Weise zu, das *Buen Vivir* ist nicht einmal eine technologiefeindliche Haltung.

Ganz im Gegenteil können die wissenschaftlich-technischen Entwicklungen auch weiterhin genutzt werden, sicherlich jedoch auf eine andere Art und Weise, nämlich ohne dabei andere Wissensquellen auszuschließen und stets auf der Grundlage der Prävention. Ein Beispiel zur Veranschaulichung: Auch unter dem Gesichtspunkt des *Buen Vivir* müssen Brücken und Straßen gebaut werden, diese könnten aber möglicherweise anders gestaltet sein, sich an anderen Stellen befinden und anderen Zwecken als den heutigen dienen.

Angesichts dieser Veränderungen stellt sich die Frage nach der Rolle, die der Staat dabei spielen soll. Das ist vor allem in Ländern wie Peru oder Kolumbien, die in Marktreformen feststecken, wichtig. In Ländern mit progressiven Regierungen ist man hier schon weiter und die Bedingungen, um Veränderungen hin zum *Buen Vivir* voranzutreiben, haben sich verbessert. Es gibt sogar Positionen, wie Raúl Prada sie vertritt,<sup>22</sup> die dem Staat eine entscheidende Rolle bei dem Aufbau »eines sozialen und an gemeinschaftlichen Interessen orientierten Wirtschaftssystems« zuweisen. Diese Haltung ist als Reaktion auf die langandauernden und tiefgreifenden neoliberalen Reformen der letzten Jahrzehnte, in denen der Markt das Sagen hatte, verständlich, auch wenn man einräumen muss, dass sich die Situation in den progressiv regierten Ländern mittlerweile verändert hat. Angesichts der Versuchung, das *Buen Vivir* per Regierungsdekret zu verordnen, ist etwas Vorsicht angebracht, zumal es nach wie vor die Vorstellung gibt, dass der Staat allwissend ist und allein die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertritt. Dies ist besonders dann kompliziert, wenn der Staat selbst zu einer konventionellen Entwicklungspolitik mit

22 Raúl Prada: *Transición al Buen Vivir*. 25. August 2010.

starken Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Umwelt zurückkehrt und sich damit von der Idee des *Buen Vivir* abwendet.

Stellen die neuen, von einigen progressiven Regierungen umgesetzten Entwicklungsprogramme Beispiele für das *Buen Vivir* dar? Die konzeptuellen Grundlagen dieser neuen Strategien verdienen es, analysiert zu werden. Sie basieren für gewöhnlich auf der Stärkung des Staates, der Neuausrichtung der Entwicklungsziele und -konzepte an den Forderungen der Bevölkerung und vor allem auf Armutsbekämpfungsprogramme (vor allem in Form von Geldtransfer). Fraglos haben diese sozialen Hilfsprogramme sehr zur Verringerung von Obdachlosigkeit und Armut beigetragen.

Doch das Problem liegt heute darin, dass die Finanzierung all dieser Programme auf einem konventionellen Entwicklungsmodell beruht, das die Natur ausbeutet und an dem Muster des Exports natürlicher Ressourcen festhält. Mehr noch, in einigen Ländern haben die Erhöhung der Sozialausgaben und die Steigerung öffentlicher Baumaßnahmen dazu geführt, dass die Abhängigkeit der Regierungen vom Export von Mineralien, Erdöl- und Erdgasvorkommen und von der Förderung von Monokulturen sogar zugenommen hat. Man könnte meinen, dass diese Verbesserungen im Hinblick auf die Bekämpfung der Armut und die Unterstützung einiger Forderungen aus der Bevölkerung im Sinne des *Buen Vivir* sind. Die Ambivalenzen dieser Politik bekommen jedoch vor allem die indigenen Bevölkerungsgruppen in den tropischen Regionen zu spüren, wo Bergbau- und Erdölgesellschaften immer weiter vorrücken. Die negativen Folgen und Veränderungen dieses Extraktivismus, also einer allein auf Ressourcenabbau und Export ausgerichteten Politik, sind Grund und Auslöser für viele Forderungen und soziale Proteste in den betroffenen Ländern.

Einige heterodoxe Wirtschaftskonzepte können von sich behaupten, die beste praktische Umsetzung der Ziele des *Buen Vivir* zu sein. Zweifellos sind Ansätze wie die ökologische Ökonomie oder die Agroökologie unverzichtbar, doch sie allein schaffen noch keine Alternative zu konventionellen Wachstums- und Entwicklungskonzepten. Ebenso können einige in Südamerika umgesetzte Maßnahmen, wie der »Neo-Desarrollismo« in Brasilien, als der beste Weg zum *Buen Vivir* verstanden werden, weil der Staat hier eine große Rolle spielt, nationale Unternehmen geschützt und die Autonomie gegenüber dem Internationalen Währungsfonds verteidigt wird. Es trifft sicher zu, dass diese Ansätze einige positive Elemente beinhalten, doch sie allein stellen noch nicht die vom *Buen Vivir* geforderten Alternativen dar.

Sowohl in Bolivien als auch in Ecuador ist, wenn auch auf unterschiedliche Weise, versucht worden, das *Buen Vivir* zum Verfassungsauftrag zu machen. Dabei zeichnet sich in beiden Fällen ab, dass im Extraktivismus ein konkreter Streitpunkt zwischen den Ideen des *Buen Vivir* und den konventionellen Entwicklungs- und Wachstumskonzepten liegt.

Es muss klar gesagt werden, dass eine engagierte Haltung in Bezug auf das *Buen Vivir* bedeutet, die systematische Abbau- und Ausbeutungspolitik von Bodenschätzen zu beenden. Aufgrund ihrer negativen sozialen und ökologischen Folgen ist diese Politik mit dem *Buen Vivir*, ganz unabhängig von seiner konkreten Verwirklichung, unvereinbar. Der ecuadorianische Entwicklungsplan (Plan Nacional del *Buen Vivir*) erkennt dies an, indem hier die Überwindung der Extraktivismus, das heißt die Überwindung dieser Politik der Ausbeutung der Bodenschätze, als Ziel festgeschrieben ist und sofortige konkrete Maßnahmen gefordert werden.

Es gibt Stimmen, die radikale, konkrete, weitreichende und schnelle Veränderungsmaßnahmen fordern. Aber ist ein solcher revolutionärer oder radikaler Wandel, der in kürzester Zeit eine bestimmte Form des *Buen Vivir* verwirklicht, überhaupt möglich? Es erscheint schwierig, eine solche Position zu vertreten. Wie bereits deutlich wurde, ist das *Buen Vivir* ein pluraler Ansatz und ein im Entstehen befindliches Konzept. Insofern kann nicht ohne weiteres behauptet werden, dass es ein Rezept oder einen Fahrplan mit konkreten Maßnahmen für etwas gibt, das sich gerade erst entwickelt. Zweifellos impliziert das *Buen Vivir* bereits in seiner Konzeption einen Bruch und eine tiefgreifende Veränderung der herrschenden Ordnung. Dennoch enthält das Konzept auch eine gewisse Relativität, die es ihm ermöglicht, auf jeden bestimmten kulturellen und umweltbezogenen Kontext zu reagieren und sich den spezifischen Situationen anzupassen: Deshalb wird es auch in Zukunft kein »Rezept« geben, das sich auf jeden beliebigen Kontext anwenden lässt. Das *Buen Vivir* lässt sich, als plurales Konzept, nicht auf eine »Essenz« reduzieren und kann deshalb in diesem Sinne nicht »essenzialistisch« sein.

Die derzeitigen Forderungen nach Veränderung müssen, auf welchem Wege auch immer, zu einem Programm des »Übergangs« führen, das den Bruch und die Veränderung mit der Beständigkeit in Einklang bringt. Dieses Verfahren bietet auch die Chance, die Idee vom *Buen Vivir* weiter zu vertiefen, breitere Unterstützung in der Gesellschaft zu finden und konkrete Umsetzungsbeispiele zu liefern. Der Schlüssel liegt darin, aus dem Gleichgewicht zwischen Beständigkeit und Wandel eine Bewegung tatsächlicher Veränderung entstehen zu lassen. Jeder neue Wandel muss den Weg für einen weiteren Schritt bereiten, Stagnation verhindern und eine nachhaltige Dynamik der Transformation schaffen.

*Deutsch von Birte Pedersen und Miriam Lang*

## Kommunitärer Sozialismus und plurinationaler Staat

Nachdem Bolivien mit dem Zyklus sozialer Bewegungen, die mit dem Wasserkrieg im April 2005 ihren Anfang nahmen und mit dem Gaskrieg im Mai/Juni 2005 ihren Höhepunkt erreichten, den neuen historisch-politischen Horizont eröffnet hatte, nahm die erste indigene Regierung ihre Arbeit in einer Phase des Übergangs auf. Gleichzeitig kam es zur Nationalisierung der Erdgas- und Ölvorkommen, und die Verfassungsgebende Versammlung wurde einberufen. Damit war der Weg für die Verfassungsgebung offen, der neue Text wurde redigiert und dreifach angenommen: einmal im *Liceo Militar*, wo die Verfassung im Detail genehmigt wurde, dann im Kongress, wo die 122 Artikel 144 Änderungen erfuhren und, nicht zu vergessen, im sogenannten Dialog von Cochabamba, bei dem der Artikel über die territoriale Ordnung des Staates umgeschrieben wurde.

Das bedeutet, dass es den sozialen Bewegungen in Bolivien zwischen 2000 und 2005 gelungen ist, das Monopol der politischen Klasse zu zerstören, mehrere Regierungen zu stürzen, einige verfassungsgemäße Ersatzregierungen zu erzwingen und den Weg für Neuwahlen frei zu machen. Hierbei kam die durch eine absolute Mehrheit legitimierte Bewegung *Movimiento al Socialismo-Instrumento Político por la Soberanía de los Pueblos* (MAS-IPSP) an die Macht und hat seitdem nicht nur einen Großteil der politischen Landschaft und Topologie, sondern auch die komplexe institutionelle Landkarte besetzt.

Diese spezifische Form, in der die Krise des kolonialen und liberalen Nationalstaats aufgelöst wurde, hat die Bewegung MAS-IPSP an die Regierung katapultiert und damit vor die anspruchsvolle Aufgabe gestellt, die Staatsapparate zu steuern. Das Mittel, welches die Massen und Multitudes fanden, um transformatorisch den alten Staat in einem neuen Staat aufgehen zu lassen, war die direkte Einberufung

1 Raúl Prada war zu dem Zeitpunkt, als er diesen Text verfasste, Vizeminister für Strategische Planung des Plurinationalen Staates Bolivien. Kurz nach Fertigstellung dieses Beitrags im Sommer 2010 wurde er aus diesem Amt entfernt. Seitdem gehört Prada zu den linken Kritikern der Regierung Morales. Wir veröffentlichen seinen damaligen Text hier als Zeugnis der Möglichkeiten, die der bolivianische Transformationsprozess für utopisches Denken in ganz neue Richtungen eröffnet hat. Prada war zuvor Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung sowie Dozent für politische Theorie an der Universidad Mayor de San Andrés in La Paz. Prada hat an der Sorbonne Literatur studiert sowie Bevölkerungspolitik und Mathematik an der Universidad Mayor de San Andrés; seinen Master in Demographie am Colegio de México erworben, am Atlanta Management Institute Auslandserschulung und am Institut Foucault in Paris Erkenntnistheorie studiert. Er ist Mitglied des bolivianischen Intellektuellenkollektivs Comuna und hat mehrere Bücher und Artikel über die Macht, die sozialen Bewegungen und Herausforderungen des Staates im neuen politischen und rechtlichen Kontext Boliviens veröffentlicht.

einer Verfassunggebenden Versammlung. Der dramatische Verfassunggebungsprozess endete mit der Verabschiedung des Verfassungstexts in Oruro, der als Transformationshorizont einen plurinationalen, kommunitären und Autonomien beinhaltenden Staat evoziert.

Dieses Mittel der Verfassunggebenden Versammlung und die Verabschiedung der neuen politischen Verfassung verfolgten die Absicht, die Bedingungen für einen Übergang hin zur Transformation zu schaffen. Indem die Bedingungen und der historische Inhalt des Staates selbst geändert wurden, wurde versucht, dem Dilemma anderer Revolutionen zu entgehen, die am Ende mit der Wiederbelebung des Staates in dessen eigener Machtlogik gefangen blieben. Henry Lévy hat gesagt, dass, als die Bolschewiki die Macht ergriffen, sie damit den Staat zerstören wollten, aber nicht der Geschichte entrinnen konnten und am Ende einen noch dominanteren Staat geschaffen haben. Was heißt es, der Geschichte zu entrinnen? Den Bedingungen der historischen Möglichkeiten zu entrinnen? Der List der historischen Vernunft zu entrinnen? Der perversen Wiederholung einer Verwaltungsmaschine zu entrinnen, die immer wieder aus ihrer eigenen Asche aufzuerstehen scheint? Wir wollen versuchen, diese Fragen im Kontext des bolivianischen antikapitalistischen Prozesses zu beantworten, der sich die Entkolonisierung zum Ziel gesetzt hat.

### **Wiederbelebung des Staates: eine wenig schmeichelhafte Bilanz**

Kann man den antikolonialen Kampf, den Klassenkampf und die soziale Mobilisierung weiterführen, wenn man an der Regierung und im Staat ist? Da liegt die Herausforderung. Die Frage muss aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden. Wir nehmen uns zunächst denjenigen vor, bei dem es um eine radikale Alternative geht, die behauptet, man könne den Prozess ganz ohne den Staat und damit ohne Regierungsübernahme weiterführen.

Nennen wir dies die anarchistische Hypothese. Die Frage, ob man den Klassenkampf und den antikolonialen Kampf vom Staat aus weiterführen kann, wird mit einer anderen Frage beantwortet: Ist es möglich, den Staat verschwinden zu lassen? Alle Revolutionen haben den Staatsapparat für die Weiterführung des Klassenkampfes und die Veränderung der kapitalistischen Ordnung sowie der Dominanzverhältnisse genutzt – mit Ausnahme der Pariser Kommune, die nur sehr kurzlebig war, und vielleicht der intensivsten Momente der Indigenenaufstände, als die indigene Selbstregierung verkündete, zu den eigenen Normen und Verfahren zurückzukehren. Diese Übergangsphase wurde in der russischen und der chinesischen Revolution als Diktatur des Proletariats bezeichnet. In anderen Fällen wurde die Vorantreiben dieser Revolutionen »Volksdemokratie« genannt, und in zahlreichen

nationalen Befreiungskämpfen nahm die Regierung in einem Übergangsstaat mehr oder weniger deutliche nationalistische Züge an.

Damit belebte man den Staat wieder und versuchte, ihn zu verändern, man suchte andere Formen zu regieren und versuchte, den Kampf auf dem Weg des Regierens und über den Staat weiterzuführen. Die Bilanz dieser historischen Erfahrungen ist wenig schmeichelhaft, trotz intensiver Momente, Enteignungs- und Veränderungsmaßnahmen wie der Agrarreform, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Verstaatlichung, Planung, Intervention und Regulierung. Wenn wir uns die gesamte Entwicklung der Diktatur des Proletariats ansehen, ihre Ergebnisse und vor allem ihren Fall, ist es eine frustrierende Erfahrung.

Betrachten wir Bolivien also aus dieser historischen Perspektive. Nachdem es gelungen war, per Gesetz die Volksabstimmung über die Verfassung durchzusetzen, dank einer phantastischen Mobilisierung der sozialen Organisationen, die in jeder Notsituation erneut auf die Straße gingen, um den verfassungsgebenden Prozess als solchen zu retten, stimmte das Volk der Verfassung zu. Damit begann eine neue historische Ära, die die alte hinter sich lässt, welche vom Prozess der Kolonisierung und der Entwicklung der Kolonialität in ihren verschiedenen Etappen und Ausformungen gezeichnet war: Von der Kolonialzeit im engeren Sinn über die Republik, die vier Modernisierungsprozesse durchlief, um in einer Niederlage zu enden: die bourbonischen Reformen am Ende des 18. Jahrhunderts, die liberalen Reformen von 1900 nach dem Bürgerkrieg von 1898, die nationale Revolution von 1952 und die neoliberalen Anpassungsmaßnahmen von 1985 bis 2000. Die sozialen Kämpfe, die im Jahr 2000 begannen und bis 2005 andauerten, machten deutlich, dass der Staat eine multiple Krise durchlief: die Krise des Kolonialstaats, die Krise des liberalen Staats und seiner Modalität der neoliberalen Regierungsformen, die Krise des modernen Staats und die Krise des Kapitalismus in einem Land der Peripherie. Der Untergang der zweiten neoliberalen Regierung von Gonzalo Sánchez de Lozada im Oktober 2003 implizierte auch den katastrophalen Zusammenbruch des Kolonialismus, Liberalismus, der Modernität und des Kapitalismus.

## **Den Weg frei machen für die Entkolonisierung**

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass die Verfassungsgebende Versammlung ein Prozess der Neugründung war. Es ging darum, eine Zweite Republik zu gründen, und die Entkolonisierung als deren Mandat festzuschreiben. Das bedeutete, von der Anerkennung der Existenz ursprünglicher, bäuerlicher und indigener Nationen und Völker vor der Kolonialzeit auszugehen. Ihr Recht auf Selbstbestimmung und Selbstregierung, auf ihre eigenen Institutionen anzuerkennen, auf ihre eigenen

Vorschriften und Vorgehensweisen, auf die Selbstverwaltung ihrer Gebiete, auf ihren eigenen Umgang mit der Umwelt. Den Umstand anzuerkennen, dass die Erträge aus der Nutzung der erneuerbaren natürlichen Ressourcen in ihren Gebieten ihnen ausschließlich zustehen, sowie ihr Recht auf Vorab-Befragung, was die Ausbeutung der nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen anbelangt, und ihr Recht auf die eigene Sprache, Religion und Weltanschauung. Das ist der Anfang, der Ausgangspunkt, die Grundlage der Entkolonisierung. Die ersten Artikel der Verfassung zeichnen diesen Weg vor. In diesem Sinn sollte sich die Bildung des neuen Staates auf der Grundlage neuer historischer und politischer Möglichkeitsbedingungen vollziehen. Diese Möglichkeitsbedingungen unterscheiden sich von denen eines Nationalstaats. Sie bringen zum Ausdruck, dass der Nationalstaat tot und der plurinationale Staat geboren ist.

In gewisser Weise kann man sagen, dass die Verfassung das dramatische Szenario für einen neuen Sozialpakt ist. Zunächst musste die Mehrheit einen Konsens schaffen. Das gelangt mittels der sozialen Organisationen, die die Belange der sozialen Bewegungen am besten repräsentierten, als im *Pacto de Unidad*<sup>2</sup> der Vorschlag der sozialen Bewegungen für eine Verfassungsgebende Versammlung diskutiert wurde. Der Vorschlag enthielt schon den Entwurf eines plurinationalen sozialen kommunitären Staats. Das Dokument des *Pacto de Unidad* wurde dann in eine andere, juristische Textform übertragen, um als Verfassungsentwurf verwendet werden zu können. Dieser wurde das Grundlagenpapier für die Ausschüsse der Verfassungsgebenden Versammlung, die die Struktur des Staates festlegen sollten und die Mehrheits- und Minderheitspositionen festhalten sollten, die dann als Grundlage für die zukünftige Verfassung dienen sollten. In dem grundsätzlichen Teil der neuen Verfassung, der sich auf die Definition der politischen Ideologie bezieht, auf die Vorstellung dessen, was Bolivien als Land sein soll, das Staatsmodell, die Rechte, Pflichten und Garantien, ist der Vorschlag der sozialen Bewegungen am besten erhalten.

Genau in diesem Teil findet sich das, was später der konstituierende Geist genannt wurde, das heißt der Wille der konstituierenden Macht (*poder constituyente*). Man muss also den gesamten Verfassungstext von diesem Teil ausgehend interpretieren.

2 Der Pacto de Unidad war ein Bündnis aus den wichtigsten bolivianischen indigenen und bäuerlich-gewerkschaftlichen Massenorganisationen, das 2004 in Santa Cruz mit dem Ziel geschlossen wurde, den politischen Weg für eine Verfassungsgebende Versammlung zu bereiten. Dieses außerordentlich breite und mobilisierungsfähige politische Bündnis stellte bis 2011 die soziale Basis und politische Grundlage der Regierung Morales, bis es am Konflikt um die Straße durch den TIPNIS-Nationalpark (siehe den Text von Dunia Mokrani in diesem Buch) schließlich auseinanderbrach. Beteiligte Organisationen waren die *Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia* (CSUTCB), der *Consejo Nacional de Ayllus y Marcas del Qullasuyu* (CONAMAQ), die *Confederación de Pueblos Indígenas del Oriente de Bolivia* (CIDOB), die *Asamblea del Pueblo Guaraní* (APG), die *Confederación Sindical de Colonizadores de Bolivia* (CSCB), die *Federación Nacional de Mujeres Campesinas Indígenas Originarias de Bolivia »Bartolina Sisa«* (FNMCIQB »BS«), die *Confederación de Pueblos Étnicos de Santa Cruz* (CPESC), die *Movimiento Sin Tierra* (MST), die *Asociación Nacional de Regantes*, die *Sistemas Comunitarios de Agua Potable* sowie die *Movimiento Cultural Afrodescendiente* (Anm. d. Hrsg.).

Das bedeutet, dass das neue Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft sich im Rahmen der neuen Staatsform entwickelt. Im Hinblick auf die neuen Modalitäten des Staats sprechen wir von einem plurinationalen, kommunitären und autonomistischen – auf Autonomien basierenden – Staat. Der Pluralismus der Nationen und Völker basiert auf der Wiederherstellung des Kommunitären, auf der uralten pluralen Form der Institutionen, die mit weiteren kulturellen und zivilisatorischen Projekten einhergeht. Sie artikulieren sich in kollektiven sozialen Netzen, in der Kohäsion der Gemeinden, in ihren symbolischen und Prestige-Strategien, in der Rotation ihrer Ämter, in ihrem dynamischen, mobilen, grenzenlosen Umgang mit den Territorien, die verschiedene ökologische Nischen wie Archipele miteinander verbinden.

## Der plurinationale Staat

Die Formen der Repräsentation, die die Gründung des politischen Instruments *Movimiento al Socialismo* (MAS) begleiteten, haben die Rekonstruktion der Symbole und die Wiedergewinnung des kollektiven Bewusstseins politisiert. Beispielsweise hat der *Katarismus*<sup>3</sup> in den letzten Jahrzehnten einen Teil der Repräsentationsstimmung geprägt und die Widerstandaktionen, Rebellionen und Bewegungen legitimiert.

Das Plurinationale wäre ohne Dekonstruktion und entkolonisierende Dekodifizierung nicht zu verstehen. Dasselbe gilt für den Wiederaufbau der kommunitären Formen, der meines Erachtens an das kommunistische Projekt anknüpft. Der plurinationale Staat basiert auch auf einem pluralistischen Konzept: Es geht um juristischen, politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Pluralismus. Aus organisatorischer Sicht führt dies zu einem institutionellen Pluralismus und bricht mit den homogenisierenden Formen der modernen Institutionalität. Der institutionelle Pluralismus führt uns zum Pluralismus der Verwaltung und der Normen.

Damit ermöglicht man einen komplexen Staat, der verschiedene institutionelle und Verwaltungsmodalitäten miteinander verknüpft. Konkret können wir von einer zyklischen, dynamischen und flexiblen öffentlichen Hand, von einer kommunitären und kulturellen Verwaltung sprechen. Andererseits öffnet sich der plurinationale Staat durch seinen auf Autonomien basierendem Pluralismus einer radikalen Form verwaltungspolitischer Dezentralisierung. Diese Dezentrierung, diese Dezentralisierung, diese Dekonzentration bedeutet, dass die sektoralen Regierungen und gesetzgebenden Versammlungen voll und ganz in die Staatsform aufgenommen werden, und damit der Harmonisierung und Koordinierung der einzelnen territorialen Ebenen Rechnung tragen.

3 Bezieht sich auf die politische Strömung, die vom Führer Túpac Katari, der um 1780 Indigenenaufstände anführte, inspiriert wurde. Der Katarismus ist heute eine der radikaleren indianistischen Strömungen (Anm. d. Hrsg.).

Mit großer Intensität und vielen Spannungen wird am weiteren Aufbau des Gesellschaftspakts gearbeitet, es werden Übereinkünfte mit den linken Minderheiten und den Minderheiten der rechten Mitte geschlossen, extremere Positionen dagegen, die sich dem verfassungsgebenden Prozess widersetzen, bleiben unberücksichtigt. Dennoch geht der dramatische Aufbau des Pakts im Dialog von Cochabamba weiter, der mit den Präfekturen, Präfekten und deren Fachleuten geführt wird, und bei dem der Teil über die Autonomien, besonders im Hinblick auf die Kompetenzen, neu geschrieben wird. So wird weiter an dem Pakt gearbeitet, der schon vom Kongress gutgeheißen wurde, und Änderungen in die Verfassung eingebracht und auf der Grundlage des Gesetzes zur Volksabstimmung über die Verfassung aufgerufen.

In der Struktur der Staatsverfassung können wir drei Modelle identifizieren: ein Staatsmodell, ein territoriales Modell, aber auch ein wirtschaftliches Modell. Das ökonomische Modell ist ganz besonders wichtig, denn es macht das Staatsmodell und das territoriale Modell überhaupt erst zukunftsfähig. Um was für ein Modell handelt es sich? Die Verfassung zeigt im Hinblick auf die wirtschaftliche Organisation des Staates drei Phasen auf: Definiert wird erstens eine plurale Ökonomie, die eine soziale und komunitäre Wirtschaftsform beinhaltet; zweitens, die Entscheidung zugunsten des staatlichen Eingriffs, zugunsten einer regulierten Wirtschaft, der entscheidenden Rolle des Staats bei der Verbindung der verschiedenen Formen wirtschaftlicher Organisation, zugunsten der Industrialisierung der natürlichen Ressourcen, des Übergangs zu einem produktiven Modell und der Potenzierung der sozialen und komunitären Ökonomie; und drittens, die Öffnung hin zu einem ökologischen Verständnis von Ökonomie, indem der Landbesitz, das Territorium, die Artenvielfalt, die Umwelt, die natürlichen Ressourcen, das Wasser, die Energie, die Waldressourcen als die Ökonomie konditionierende Faktoren eingeführt werden, und die Verbindung all dieser Elemente mit der sozialen und komunitären Wirtschaft als nachhaltige Entwicklung verstanden wird.

Wir sind also weit davon entfernt, ein allein auf Entwicklung abzielendes Modell zu wiederholen, das sich auf das Paradigma der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts stützt, auf den Zyklus des englischen Kapitalismus, auf eine nachholende Entwicklung für die kapitalistische Peripherie, wie sie in den fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts und in den Thesen der ECLAC<sup>4</sup> Anwendung gefunden haben. Es ist ein Wirtschaftsmodell, das nicht in die Fußstapfen der sogenannten entwickelten Länder treten will, sondern zum Sprung ansetzt. Dieser Sprung ist eher eine technologische Revolution, kombiniert mit der Wiederbelebung und Nutzung alter, überlieferter Techniken und Wissensformen, wobei all dies in Harmonie mit der Natur stattfinden soll.

4 Economic Commission for Latin America and the Caribbean.

Dies ist der wahre und vollständige Sinn des erfüllten Lebens, des *suma qamaña*, des *sumak kawsay*, des *ñandereko*, des *ivimarej*. In diesem Sinn können wir auch von den Rechten der Natur sprechen, zusätzlich zu den Grundrechten, den individuellen und kollektiven Rechten, den sozialen Rechten. Die Tatsache, dass die natürlichen Ressourcen als strategische Ressourcen eingestuft werden, die für das erfüllte Leben eingesetzt werden sollen, bedingt, dass jegliche Ausbeutung und Industrialisierung dieser Ressourcen in Harmonie mit der Natur, dem ökologischen Gleichgewicht und in Harmonie mit den Gemeinden und Gesellschaften stattfinden. Die kommunitäre und soziale Ökonomie positioniert die wirtschaftliche Organisation des Staates als eine Alternative zur Entwicklung, eine Alternative zur Moderne und eine Alternative zum Kapitalismus.

Nach dem erdrutschartigen Wahlsieg im Dezember 2009, als 64 Prozent der Wähler für die Bewegung MAS stimmten, die damit die für Kontrolle über das Plurinationale Parlament erforderliche Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern erreichte, liegt die Verantwortung für die Umsetzung der politischen Verfassung bei der MAS. Die vor uns liegende Herausforderung ist größer als die bisherigen: Es ging 2000 bis 2005 darum, die Vorherrschaft des mittleren Bürgertums und der politischen Elite zu brechen, 2005 bis 2009 darum, die erste indigene Regierung zu erhalten, 2006 darum, die fossilen Brennstoffreserven zu nationalisieren, 2006 bis 2008 ging es darum, die Verfassungsgebende Versammlung gegen alle Anfeindungen durchzuziehen, 2008 schließlich darum, die neue Verfassung zu verabschieden. Die Herausforderung heute besteht in der Gründung der Zweiten Republik, des plurinationalen, kommunitären und autonomen Staates, in der Umwandlung der Institutionen. Oder anders ausgedrückt, in der Verwirklichung des vorgesehenen Staatsmodells, des territorialen und des ökonomischen Modells.

Dieser Herausforderung kann man nur durch Gründungsakte gerecht werden. Die Aufgabe des Parlaments, die darin verfassungsgemäß von der sozialen Partizipation unterstützt wird, besteht darin, Gesetze mit Gründungscharakter zu entwickeln. Die ersten fünf sind namentlich in der Verfassung erwähnt: das Rahmengesetz für Autonomien, das Gesetz über die Exekutive, das Gesetz über die Legislative, das Gesetz über das Wahlsystem und das Verfassungsgericht; das sechste bezieht sich auf die öffentliche Verwaltung. Es soll das neue Verhältnis von Staat und Gesellschaft im Rahmen des institutionellen Pluralismus definieren und im Zusammenhang mit der sozialen Partizipation und Kontrolle, das heißt, der partizipativen Demokratie.

Bei dieser Gründung der Zweiten Republik besteht die Verantwortung der Zentralregierung, des Parlaments, der autonomen Regierungen, der autonomen gesetzgebenden Versammlungen im Rahmen der sozialen Partizipation darin, eine neue institutionelle Landkarte zu schaffen, neue Prozeduren, Abläufe, das heißt neue Praktiken bei der Verwirklichung einer neuen Art und Weise, Politik zu machen. Es

geht um eine neue Form des gehorchenden Regierens (*mandar obedeciendo*), eine neue Form der Gesetzgebung, die auf sozialer Partizipation aufbaut. Die große Verantwortung aller besteht dabei darin, die vom bolivianischen Volk verabschiedete politische Verfassung zu interpretieren und in ihrem Geist zu handeln. Das bedeutet, dass man wachsam sein und eine große Gefahr meiden muss: Der Verfassungstext darf nicht seine konstituierende Kraft verlieren. Anders ausgedrückt, es muss vermieden werden, dass der alte Staat mit seinen Strukturen und Institutionen aufersteht, es muss vermieden werden, dass ähnliche Gesetze wie früher verabschiedet werden und die Verfassung nur hinter Glas ausgestellt bleibt; es muss vermieden werden, dass Entwicklung um der Entwicklung willen und blinder Industrialismus betrieben werden; es müssen neue Wege, alternative und veränderte Wege gefunden, Sprünge wie die technologische Revolution in Verbindung mit dem überlieferten Wissen und traditionellen Techniken vollzogen werden, und alles in Harmonie mit dem, was wir als Rechte der Natur bezeichnen können.

Die große Herausforderung besteht darin, eine effektive und nicht nur rhetorische Entkolonisierung zu erreichen, die Plurinationalität faktisch und nicht nur rhetorisch umzusetzen. Dasselbe können wir vom Wiederaufbau des Kommunitären und der Umsetzung der Autonomien sagen. Hierbei ist es unerlässlich, die indigenen Autonomien zu verwirklichen, da der Staat plurinational ist und der Entkolonisierungsprozess begonnen hat. So gesehen, gehört zu den Herausforderungen auch die tatsächliche Übergabe der Macht an das Volk, wobei der Staat in ein Instrument der Gesellschaft verwandelt und die öffentliche Verwaltung radikal entbürokratisiert werden müssen.

Das bedeutet auch, dass eine neue Form öffentlicher Verwaltung entworfen werden muss, eine Verwaltung, die sich nicht aufs Regulieren, Normieren und Kontrollieren beschränkt, sondern darauf hinarbeitet, produktiv und produzierend zu sein, produktiv, indem sie Überschuss generiert, und produzierend, weil sie neue soziale Subjekte hervorbringt. Das heißt, dass Instrumente der öffentlichen Verwaltung integral und partizipativ eingesetzt werden, wie das bei der integralen und partizipativen Planung und beim integralen und partizipativen Haushalt verfassungskonform der Fall ist.

Die Gesamtheit dieser Gründungstaten kommt einer Kulturrevolution gleich und erfordert eine Revolution des Verhaltens, macht Schluss mit den alten Pfründen, dem Klientelismus und den politisch ausgehandelten Quoten. Man kann also erkennen, dass die Aufgabe immens ist, aber dies ist der Weg, den wir beschreiten müssen, der Weg des realen und nicht bloß rhetorischen Wandels.

Die schwierigste Aufgabe besteht vielleicht darin, eine Alternative zum Kapitalismus zu schaffen, eine Alternative zu einer auf der Ausbeutung der Arbeitskraft basierenden Produktionsweise und zu einer Geopolitik, die Akkumulation im Zentrum des Weltsystems vorsieht, und Deakkumulation in der Peripherie; eine Alternative zu einer Produktionsweise des perversen Kreislaufs der Abhängigkeit, der

grenzenlosen Verschuldung und der Finanzspekulation; zu einer Produktionsweise der ständigen Krise, in der die kapitalistischen Zyklen der Weg sind, die Krise zu überwinden, sei es auch mittels der Verdrängung.

Nun, diese Aufgabe muss nicht nur von uns Bolivianern gelöst werden, sondern durch kontinentale und weltweite Integrationsprozesse über die Internationalisierung der sozialen, gegen das System gerichteten Bewegungen und eine Lösung, die die kapitalistische Weltwirtschaft überwindet. Doch müssen wir Bolivianer diese Aufgabe als Teil des Integrationsprozesses und der weltweiten Verbreitung gegen das System gerichteter Bewegungen übernehmen.

### **Die Kulturrevolution: ein Angriff auf die Bräuche der Partei, der Regierung und des Staatsapparats**

Wie im Fall Boliviens ist es unabdinglich, auf die politische Willenskraft und die subjektive Dichte des Prozesses zurückzugreifen, sobald die revolutionären Wandlungsprozesse einen Sättigungsgrad erreichen, an dem Verzweigungen möglich werden, und sobald die politische Akkumulation einen kritischen Punkt erreicht hat, das Leistungsniveau sinkt, die Widersprüche sich zu wahren Hindernisse für den Prozess entwickeln.

Dieser Ort, von dem aus der Prozess neu ausgerichtet wird, ist die sogenannte Kulturrevolution. Mit ihr soll der revolutionäre Prozess politisch und kulturell radikalisiert werden; in beidem ist die Intuition und Sensibilität gegenüber den neuen Subjektivitäten und neuen Subjekten klar zu erkennen, die in der Revolution erforderlich sind. Letzteres ist von besonderem Interesse, da es darum geht, den begonnenen Prozess zu vertiefen, den Massen eine offene Partizipation zu bieten, den Jüngeren die Initiative zu überlassen und die Arbeiter und Bauern als effektive Machtorgane zu organisieren.

Zweifellos setzt die Kulturrevolution einen ideologischen Kampf voraus, sie ist aber auch ein Angriff auf die Praktiken und Logiken, die sich in den eingespielten Bräuchen der Partei, der Regierung und Staatsapparate festgesetzt haben. Hier wird die Staatsfrage, aber auch die Frage des Weiterbestehens der kapitalistischen Wirtschaftsformen neu aufgerollt. Die Kulturrevolution ist auch ein Instrument zur Politisierung der Massen und öffnet gleichzeitig Raum für die Partizipation, die direkte Aktion und Stärkung der kollektiven Entscheidungsfindung.

Wenn man im bolivianischen Prozess von Kulturrevolution spricht, will man auf verschiedene Ziele hinweisen. Erstens wird auf die Entkolonisierung hingewiesen, auf das Hochkommen und die Verbreitung der Kulturen der ursprünglichen und bäuerlichen indigenen Völker und Nationen. Zweitens geht es um die Entbürokrati-

tisierung, den notwendigen Abbau einer Praxis, die von einer Verwaltung geschaffen wurde, die nur vermittelte, aufschob und schwerfällig war. Drittens zielt sie auf eine Revolution der Institutionen und öffentlichen Verwaltung, nicht nur zur Lösung der angesammelten Verwaltungs- und Umsetzungsprobleme, sondern auch zur Umwandlung der Verwaltung selbst im pluralistischen Sinn, einer Umwandlung in institutionellen Pluralismus, verwaltungsmäßigen Pluralismus, Reglementierungspluralismus und Vorgehenspluralismus, wobei die Verwaltung einen plurinationalen, kommunitären und autonomiegestützten Charakter erhält. Viertens bezieht sich die Kulturrevolution auf die demokratische Vertiefung im Sinn der partizipativen Demokratie, der Partizipation und sozialen Kontrolle. Fünftens versucht die Kulturrevolution ihren Vollzug mittels einer allgemeinen Mobilisierung und löst damit erneut eine tiefgreifende Umwälzung der Muster und sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen aus. Sechstens besteht die Aufgabe der Kulturrevolution darin, eine neue Art der *Gouvernementalität* zu erfinden, die von den Massen gestaltet wird und den Rahmen der geerbten *Gouvernementalitäten* verlässt, vor allem den der liberalen und disziplinären. Und siebtens zielt die Kulturrevolution darauf ab, die Möglichkeiten, die Strukturen und die zivilisatorischen und kulturellen Formen für das erfüllte Leben zu schaffen.

Es gibt demzufolge eine Bandbreite von differenzialen Logiken und Rationalitäten, die die historische Komplexität, in der sich eine heterogene Welt bewegt, begreifbar machen. Dennoch ist der vorherrschende Diskurs einer, der sich vom Rest absetzen will, eine homogene, modische Vorstellungswelt aufbaut und die übrigen konkurrierenden Vorstellungswelten disqualifizieren und vertreiben möchte. Der dominante Diskurs ist modernistisch, fortschrittlich, auf Entwicklung ausgerichtet, rationalistisch – unter der Annahme, es gebe nur eine Form von Rationalität, so wie auch vorgegeben wird, dass es eine einzige Zivilisationsform gibt, indem alle anderen als subalterne Kulturen verworfen werden.

Diese Lage zeigt uns die geopolitische Landkarte der Kenntnisse, der Wissenschaften und des Wissens. Diese Geopolitik stimmt mit der ökonomischen Geopolitik und des kapitalistischen Weltsystems überein. Aber sie entspricht auch der Landkarte der Geopolitik der Macht und Herrschaftsverhältnisse. Drei verschiedene Landkarten, die zusammenwirken, sich gegenseitig ergänzen und stärken. Deshalb ist nicht nur eine Kritik der politischen Ökonomie vonnöten, sondern außerdem eine Kritik der Ökonomie der Macht und eine Kritik der Ökonomie des Wissens sowie eine Kritik der politischen Ökonomie des Zeichens und des Systems der Dinge.<sup>5</sup>

5 Jean Baudrillard: Das System der Dinge. Über unser Verhältnis zu den alltäglichen Gegenständen (1968), Frankfurt am Main/New York 2001 (2. Auflage).

## Die Vielfältigkeiten sind das Problem des Staates

Das Thema sind die Vielfältigkeiten. Um sich ihnen zu nähern, ist ein pluralistisches Denken unabdingbar, eine Episteme, ein Paradigma, das die Pluralität als Problem zugrunde legt. Das pluralistische Denken versus das homogene Denken, eher also ein Denken, das einen anderen Horizont der Sichtbarkeit, des Sagbaren, einen anderen Lichtkreis grundlegender Beziehungen hat, einen Horizont, der das Leben in seiner ganzen Komplexität, Lebendigkeit, molekularen, genetischen, phänotypischen Dynamik mit allen Wechselbeziehungen, Interaktionen, Integrationen und Verdrängungen, mit all seinem überbordenden Lebensreichtum entdeckt. Dem Leben das Leben zurückgeben, es dem abstrakten, systemischen Denken entreißen, das in der Starre der teleologischen Rationalitäten gefangen ist, das Denken selbst befreien, zulassen, dass es sein eigenes Potential und seine eigene Kreativität ausschöpft, die dem Leben innewohnt und über es hinausweist. Sprechen wir also von einem lebendigen Denken.

Der Staat hat sich den Vielfältigkeiten gestellt und tut es auch weiterhin. Sie sind sein Problem, sie sind eine Art Chaos, in das er Ordnung bringen muss. Er kodifiziert die Ströme der Vielfältigkeiten, unterbricht die Ströme, trennt die Codes, klassifiziert die Ströme, ordnet die Codes, dämmt und fasst die Codes zusammen, hält die Flüsse auf, interpretiert und analysiert die Codes. Die Vielfältigkeiten treten über die Ufer, tauchen auf, kochen hoch, vervielfältigen sich. Der Staat kann diesem Hervorbrechen der Pluralität keinen Einhalt gebieten; deshalb markiert er sie, kartographiert er sie und weist ihr Gebiete zu. Der Staat kontrolliert, aber diszipliniert auch, schafft Gesetze, kontrolliert das Territorium und diszipliniert die Bestandteile. Er sucht aber auch Sicherheit, arbeitet mit der Bevölkerung, fertigt Statistiken an, versucht auf die Gesundheit Einfluss zu nehmen, indem er Modelle schafft. Zur Bekämpfung der Lepra ein Modell, das trennt und ausschließt; gegen die Pest ein Modell, das wacht, kontrolliert, klassifiziert und evaluiert und die Kranken von den Gesunden trennt; das Modell gegen die Pocken, das impft, kultiviert, die Häufigkeit statistisch erfasst, statistisch evaluierte Heilungen hervorruft.

Diese Modelle stimmen mit Machtformen und -techniken überein, mit dem Kräfte-diagramm, das mit der Pein zu tun hat, das übertriebene Macht anstrebt und den Körper des Verurteilten pulverisieren will; sie stimmen mit dem Disziplinarmodell überein, das kontrolliert, überwacht, straft, das in den dynamischen Umgang mit dem Körper eingreift und das Verhalten je nach Produktionszweck moduliert und es an die Norm anpasst; sie stimmen überein mit der politischen Ökonomie der Macht der Sicherheit, die ihre Aktivitäten auf die Bevölkerung ausrichtet als einem dynamischem zirkulierenden Motor, auf die Mobilisierung der Dinge und Faktoren und Variablen, die sich auf die räumliche Mobilität der Bevölkerung auswirken. Sie

gehen so weit, sie als biopolitische Materie zu betrachten, um *Gouvernementalität* zu erzeugen, und so die Probleme mit der Souveränität, dem Gesetz und der disziplinierenden Zentralmacht hinter sich zu lassen.

Aufgrund der Erklärungen von Evo Morales Ayma und Álvaro García Linera ist eine Diskussion darüber entbrannt, ob wir zusätzlich zu der Tatsache, dass wir ein kommunitärer, autonomischer, plurinationaler Staat sind, auch noch dabei sind, den kommunitären Sozialismus einzuführen. Wie soll man diese Definition verstehen? Was ist der kommunitäre Sozialismus? Einige seiner Merkmale sind bereits erwähnt worden: Es geht nicht um den real existierenden Sozialismus, auch nicht um den Sozialismus des 21. Jahrhunderts, sondern um einen anderen Sozialismus, der von den Bolivianerinnen und Bolivianern im Rahmen ihrer sozialen Kämpfe und des antikolonialen Kriegs erfunden worden ist. Wenn man diese Merkmale interpretiert, handelt es sich um einen Sozialismus, der sich die Gleichheit und Gerechtigkeit in einem Radikalisierungsprozess der Demokratie auf die Fahnen geschrieben hat und sie mit dem Wiederaufbauprojekt der Gemeinden, Nationen und der ursprünglichen indigenen Völker kombiniert.

Man könnte ebenfalls sagen, dass der kommunitäre Sozialismus wieder das kommunistische Projekt aufnimmt, indem er die mit genossenschaftlicher Arbeit, dem allgemeinen Intellekt, der Zirkulation der Wissensformen und dem kollektiven Willen verbundenen Muster aufgreift. Indem er die Möglichkeiten erkennt, die sich mit der technologischen Revolution auftun, wenn diese sich mit den rekonstruierten uralten Technologien verbindet. Im Gegensatz zu dem, was im 20. Jahrhundert mit der Hypothese des Sozialismus in einem einzigen Land geschah, hat man verstanden, dass der Sozialismus eine weltweite Aufgabe ist; dass kapitalistische Weltwirtschaft und das Weltsystem nur durch eine integrale sozialistische Wirtschaft und eine integrale sozialistische Gesellschaft in globaler Form abgelöst werden können.

Nun ist es natürlich klar, dass so etwas nicht von heute auf morgen, sozusagen über Nacht vollbracht werden kann. Es handelt sich um einen Übergang, den Samir Amin als langen Übergang zum Sozialismus durch eine multipolare Welt versteht. Das bedeutet, dass man zunächst mit dem unipolaren Charakter der heutigen Welt brechen muss, das heißt also mit der Vorherrschaft der wirtschaftlichen, militärischen und technologischen Hypermacht der Vereinigten Staaten von Amerika. Das heißt auch, dass man den antiimperialistischen Kampf unter den heute herrschenden Bedingungen wieder aufnehmen muss, den Bedingungen des Kontrollkrieges, der von der Hypermacht geführt wird, der sogenannte unendliche Krieg gegen den Terrorismus, der in Wirklichkeit ein Krieg zur Kontrolle der Erdöl- und Gasvorkommen des Planeten ist.

## Wie ist dieser kommunitäre Sozialismus denn nun zu verstehen?

1. Erstens muss er egalitär sein und die sozialen Klassen und sozialen Unterschiede zum Verschwinden bringen. Er muss die Klassenstruktur niederreißen, eine gleichberechtigte Gesellschaft aufbauen, in der alle die gleichen Chancen haben.

2. Zweitens muss er Gerechtigkeit schaffen. Sicher handelt es sich um eine harmonische Gesellschaft, in der der Sinn der Gerechtigkeit im ursprünglichen etymologischen Sinn ausgelegt wird. Allerdings müssen auch praktische Probleme des Zugangs zur Justiz gelöst, der kommerzielle Charakter der Justiz abgeschafft und die Bürokratisierung vermindert werden. All das im Rahmen des Justizpluralismus, der in der Verfassung verankert ist und die ursprüngliche bäuerliche Jurisdiktion, sowie die Normen und Verfahren der Nationen und Völker, anerkennt, die auf einer anderen Ethik aufbauen, und zwar auf der Ethik der Harmonie mit der Natur und der Gemeinschaft, und eine andere Form der Rechtsprechung pflegen.

3. Drittens muss er die Freiheit erweitern, die Demokratie vertiefen und radikalisieren und sie bis zur partizipativen Demokratie führen, die in der Verfassung verankert ist. Das kommt einer Umwandlung des Regierungssystems und des politischen Systems gleich.

4. Viertens ist es unerlässlich, die Ausbeutung der Arbeitskraft abzuschaffen. Aber wie kann das erreicht werden? Durch Enteignung der Produktionsmittel, der großen Produktionsmittel, der Monopole der Multinationalen? Reicht das aus, um der Geschichte der Ausbeutung der Arbeitskraft zu entkommen? Wird es uns jemals gelingen, dem Einfluss des Werts und damit der Werttheorie zu entkommen? Geht es darum, die dramatische Geschichte des real existierenden Sozialismus zu wiederholen? Einen anderen Sozialismus zu erfinden? War die humanistisch-marxistische Version in Jugoslawien nicht besser, mit der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Fabriken? Oder geht es im Gegenteil darum, mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln zu leben und die Rechte der Arbeitnehmer klar festzulegen und strengstens einzuhalten? Ist ein humanistischer Kapitalismus möglich? Und schwieriger wird es noch, wenn wir uns die Frage nach einem harmonischen Zusammenwirken zwischen Kapitalismus und Natur stellen. Aber wie können wir dieses Problem lösen, wenn wir berücksichtigen, dass wir keine neue Phase von Entwicklung und Industrialisierung einleiten wollen? Reicht es aus, dass die Leute ihre Arbeit haben und ein auf dem Mindestgehalt aufbauendes sicheres Einkommen? Wie man sieht, sind dies ungelöste Probleme. Was ist der Sozialismus? Wenn wir von Sozialismus sprechen, wovon reden wir da genau? Karl Marx sprach vom Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit, das heißt, immer weniger zu arbeiten und mehr Freizeit in die Kreativität zu stecken. Das ist sicher eine Utopie. Ist diese Utopie umsetzbar? Ist sie in den indigenen Gemeinschaften umgesetzt wor-

den? Einige Anthropologen glauben das. Aber wie soll das gehen, wenn es sich um die Bevölkerung eines ganzen Landes handelt? Das ist kompliziert. Können wir auf den Sozialismus verzichten, ohne damit auf unseren höchsten Wunsch nach Gleichheit verzichten zu müssen? Es stimmt, der Sozialismus ist eine Antwort auf den Kapitalismus, die im Rahmen der Moderne entwickelt wurde, auf einen Kapitalismus, der ebenfalls ein Produkt der Moderne ist. Oder war die Moderne das Produkt des Kapitalismus? Dann könnten wir von keiner anderen Moderne als der kapitalistischen sprechen. Deshalb bauen Theoretiker wie Antonio Negri auf die Überwindung der Moderne. Es gibt keine Antworten, und die Antworten sind nicht theoretisch, sie ergeben sich erst aus der Praxis, aus der dynamischen Bewegung der Realität, aus der Entwicklung des Klassenkampfes. Gewiss brauchen wir uns bei diesem Unterfangen nicht allein zu fühlen, denn es handelt sich um eine Aufgabe der Menschheit, eine weltweite Verantwortung, einen Ausweg zu finden. Was uns angeht, ist es wichtig, dass wir unseren Part übernehmen und die Gunst des politischen Zeitpunkts, die indigene und populäre Hegemonie nutzen, um dem Prozess durch eine radikale Steuerung der Demokratie eine Richtung zu verleihen und ein breitest mögliches Partizipationsniveau und die Bildung der neuen sozialen Subjekte zu erreichen. Was sich jedoch sofort ändern muss, ist die Form des Politikmachens; die Politik darf nicht einfach die Formen der liberalen Regierungsführung wiederholen, die Trennung zwischen Regierenden und Regierten muss durchbrochen werden, es muss vollzogen werden, was die Verfassung besagt, das heißt der kollektive Aufbau der politischen Entscheidungen, des politischen Handelns, der kollektive Aufbau der Gesetze, der Umsetzung der Gesetze und des institutionellen Wandels. Wir können diesen unterschwellig und diesen eindeutigen Problemen nicht aus dem Weg gehen und diese Aufgabe auch nicht mit Hilfe der Rhetorik vermeiden. Die Wörter ersetzen die Wirklichkeit nicht. Die sozialen Beziehungen, die Machtverhältnisse, die politischen Formen und die der Institutionen müssen materiell, substantiell, wahrhaft verändert werden. Unter diesen Aufgaben scheint die Entkolonisierung in einem Emanzipationsprozess vordringlich zu sein.

5. Wie es scheint, wird der Ausweg aus der kapitalistischen Welt nicht über eine Wiederholung der Geschichte der industriellen Revolution verlaufen, indem man wieder auf die nationale Entwicklung als Ziel setzt, sondern vielmehr muss man auf das Erbe und die komunitäre Erfahrung der ursprünglichen bäuerlichen indigenen Nationen und Völker zurückgreifen, wie es in der Verfassung heißt. Ein Erbe, das die integralen Organisationsformen dessen, was wir heute Wirtschaft, Politik, Kultur nennen, anhand von kulturellen Codes und Institutionen aufnimmt, die den Kreislauf des Schenkens, der Reziprozität, die Umverteilung, das Prestige und die Rotation wertschätzen. Bei der Auslegung der Verfassung finden wir das beim *suma gamaña*, *ñandereko*, *ivimare* und dem *qhapaq ñan* als Konzept des erfüllten Lebens

wieder. Es geht darum, heute dieses Erbe wieder aufzunehmen und es mit der technologischen Revolution zu verbinden. Das bedeutet auch, dass man verstehen muss, dass die Grundlage auf der das geschehen soll, ob wir sie hypothetisch Sozialismus oder besser noch Kommunismus oder vielleicht ganz anders nennen – Rückkehr zu den Wurzeln, wie einige intellektuelle Aymaras, mit denen ich übereinstimme, sagen –, uns zu einer These führt, die wir den Weg des Andersseins, der Alterität zur Moderne nennen könnten. Diese Formulierung birgt natürlich das Risiko, dass es uns auf unsere eigene Besonderheit beschränkt, und es uns somit nicht gelingt, uns dem globalen antikapitalistischen Kampf anzuschließen. Es scheint so zu sein, dass die gangbare Alterität zum Kapitalismus weltweit konstruiert werden muss. Samir Amin nennt das den »langen Übergang zum Sozialismus«. Dennoch bleibt es diesem langen Übergang zum Sozialismus nicht erspart, zwei Aufgaben zu erfüllen: Lösung des Problems der Ausbeutung der Arbeitskraft und zeitgemäßer Wiederaufbau der Gemeinschaften in Verbindung mit den Radikalisierungsprozessen der Demokratie. Ich weiß nicht, ob dies in einer anderen Moderne stattfinden soll oder man eher versuchen sollte, sich über die Wege der Postmoderne oder breiter gefasst über die *Transmoderne* Zugang zu verschaffen. Wir nennen diesen neuen Raum-Zeit-Komplex *pachacuti*, ein Begriff, der Umwandlung, Rückkehr, Veränderung, neuer Zyklus beinhaltet.

6. Der Weg des kommunitären Wiederaufbaus ist in der politischen Verfassung Boliviens festgeschrieben. Der Staat ist nicht nur als plurinational, sondern auch als kommunitär definiert worden. Materiell spiegelt sich diese Staatsform in den indigenen Autonomien wider, die unterschiedliche Reichweite haben können, und entweder kleiner als die Kommunen, genauso groß und auch regional sein können. Dieser staatliche Charakter ist transversal angelegt: im Regierungssystem, im Rahmen der partizipativen Demokratie und in der Ausübung der kommunitären Demokratie; in den Rechten der ursprünglichen indigenen Nationen und Völker; im Rechtepluralismus, der verfassungsmäßigen Verankerung der ursprünglichen bürgerlichen indigenen Jurisdiktion; er findet sich auch in der neuen kommunitären Gebietsordnung der indigenen Autonomien und im Wirtschaftsmodell, das als sozial-kommunitär zu verstehen ist und bei dem ausdrücklich die kommunitäre Wirtschaft anerkannt ist, wieder. Das ist der kritische Pfad der Entkolonisierung. Er ist es im Hinblick auf das Kommunitäre, obwohl man unter Gemeinschaft bzw. Kommune auch die neuen kollektiven Formen des Widerstands gegen den Kapitalismus verstehen kann. Wir sollten in dieser Hinsicht nicht vergessen, dass die Pariser Kommune eine selbstverwaltete Gesellschaft vorgeschlagen hat. Unter anderem auf diese Erfahrung gründet sich das kommunistische Projekt als radikale Alternative zum Kapitalismus. Es stützt sich auf die Entwicklung der erreichten Produktivkräfte, die auf genossenschaftlicher Arbeit aufbauen, auf dem allgemeinen

Intellekt, auf bestehenden Gemeinschaftsstrukturen wie Sprache, Wissenschaft und Kommunikation.

Der Übergang vom Nationalstaat zum kommunitären, autonomen, plurinationalen Staat geht mit einer analogen Forderung einher. Welcher Veränderungen bedarf es im Hinblick auf die politische Form und das Funktionieren der Institutionen? Wie soll man sich den plurinationalen Staat denken, wie ihn konzipieren? Wie die Machttechniken verdrängen? Die Plurinationalität als Konditionante, die pluralistischen Bedingungen, in deren Grenzen er sich bewegt, erfordern mehr als bei anderen Staatsformen eine epistemologische Verdrängung und einen entsprechenden Bruch.

Das Regierungssystem muss eine partizipative Demokratie sein; die Partizipation und soziale Kontrolle muss praktisch eine anerkannte Gewalt der Völker und Nationen, der Gesellschaften und Gemeinden sein; das Regierungssystem muss die Funktionsweise, die Verzahnungen, die Einrichtungen und das Vorgehen der neuen Regierungsformen festlegen. Das Eigentum an den nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen soll beim bolivianischen Volk liegen, die ursprünglichen bäuerlichen indigenen Nationen und Völker sollen alleinige Nutznießer der erneuerbaren natürlichen Ressourcen ihrer Gebiete sein, der Staat soll sich auf die Rolle des Verwalters beschränken. All das ergibt, dass wir von einem Staat sprechen, der ein Instrument der Gesellschaft, der sozialen Macht, der sozialen Kraft, der sozialen Fähigkeiten sein soll.

Wir sprechen von einem Staat, der sich in den Selbstbestimmungs- und Selbstverwaltungsprozessen der Gesellschaften, Nationen, Völker und Gemeinschaften auflöst. Wie die Verfassung besagt, geht es um den kollektiven Aufbau der politischen Entscheidungen, um den kollektiven Aufbau der Gesetze, den kollektiven Aufbau der öffentlichen Verwaltung, die jetzt plurinational, kommunitär und interkulturell ist. Wie man sehen kann, gehen die Machttechniken und Regierungsmethoden in die Hände der Gesellschaften und Völker über: Es geht um demokratische und partizipative Konstruktionen.

Der Staat ist nicht mehr der Apparat des von der Gesellschaft abgelösten Überbaus, der in die Territorien, die Vielfalt der Körper, in die Bevölkerung eingreift, um Gesetze zu erlassen, zu kontrollieren, zu disziplinieren, zu regieren, die Ströme fließen zu lassen und ihren Lauf aus der Sicht der politischen Ökonomie zu regulieren. In der Genealogie des neuen Staates ist diese politische Form nicht mehr die Hoheit, die das Gebiet kontrolliert, nicht mehr die Disziplin, die die Mannigfaltigkeit der Teile moduliert und auch nicht die politische Ökonomie, die sich auf Produktion und Zirkulation konzentriert. Jetzt muss der Staat in seiner Pluralität gedacht werden, in seinem Übergang zum Abbau, der Demontage und Neuerfindung der politischen Regierungs- und Verwaltungsformen als demokratische Werkzeuge der

Massen, Mengen, Gesellschaften und Völker. Das Konzept des Staates im Übergang und das Konzept des staatlichen Übergangs zur kommunitären, autonomiebasierten Plurinationalität müssen von der Episteme der Komplexität und Pluralität aus gedacht werden.

In der Schlussfolgerung sind die strategischen Aufgaben, die sich aus dem anti-kapitalistischen und antikolonialen Kampf ergeben, doppelt, obwohl beide sehr eng miteinander verwoben sind, da der Kolonialismus die gewalttätige Form der kapitalistischen Ausdehnung ist und die Kolonialherrschaft die dunkle Seite der Moderne. Es gibt keinen antikapitalistischen Kampf, der nicht auch konsequent antikolonial wäre, es gibt keinen antikolonialen Kampf, der nicht konsequent antikapitalistisch wäre.

Man könnte die Hypothese aufstellen, dass der antikapitalistische Kampf vom sozialistischen Projekt aufgenommen wurde; dann, unter verbesserten theoretischen Bedingungen, vom kommunistischen Projekt. Der antikoloniale Kampf seinerseits wird konsequent vom Projekt des kommunitären Wiederaufbaus und in offener, abgeschwächter und interkultureller Form von der Projektion des Plurinationalen aufgenommen. Die beste Art und Weise, die beiden Projekte miteinander zu verbinden, ist vielleicht die Reinterpretierung des kommunistischen Projekts, ausgehend vom kommunitären Wiederaufbau. Zusammengefasst kombiniert die politische Hypothese des kommunitären Sozialismus das antikapitalistische Projekt der Arbeiterinnen und Arbeit mit dem Entkolonisierungsprojekt der indigenen Bewegungen.

*Deutsch von Birte Pedersen und Miriam Lang*

## **Konfliktszenarien in der zweiten Amtszeit von Präsident Evo Morales**

2005 gewinnt Evo Morales die Wahlen in Bolivien. Damit läutet der erste indigene Präsident des Landes ein neues Zeitalter für das Andenland ein. Eine der wichtigsten Aufgaben der ersten Amtsperiode der »Regierung der sozialen Bewegungen« ist die Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung. Die rechte Opposition und die traditionellen Oligarchien versuchen, diesen Prozess mit allen Mitteln zu torpedieren. Trotz der schwierigen Bedingungen wird im Februar 2009 die neue Verfassung mittels eines Referendums verabschiedet. Im Dezember desselben Jahres wird Morales wiedergewählt und seine Partei, die MAS (Movimiento al Socialismo) erhält die Mehrheit in beiden Parlamentskammern. Die Implementierung der neuen Verfassung verlangt, wie Raul Prada in seinem Artikel in diesem Buch ausführlich darlegt, nach einem alternativen Entwicklungsmodell, nach Umverteilung und nach einer neuen Ressourcenpolitik. Diese Fragen führten in der Praxis zu einer Reihe von Konflikten innerhalb der Linken, die hier beschrieben und analysiert werden.

20 Monate nach der Wiederwahl von Präsident Evo Morales im Dezember 2009 ist die politische Situation Boliviens von Konflikten und Debatten zwischen Regierung und sozialen Organisationen geprägt. Dabei herrscht Uneinigkeit über den Charakter des Transformationsprozesses, der in Bolivien »Prozess des Wandels« genannt wird (*proceso de cambio*). Während einige Akteure die Ansicht vertreten, die aktuelle Situation sei Teil der Konsolidierung sozialer Kämpfe innerhalb eines staatlichen Projekts, sehen andere den Beginn einer tiefen Krise des Transformationsprozesses. Letztere meinen, die Regierung habe die Krise zu verantworten, weil sie sich von der ursprünglichen Agenda der sozialen Bewegungen und gar von der Verfassung abgewandt habe. Sie fordern daher, den Prozess des Wandels neu auszurichten, indem soziale Organisationen mehr Autonomie gegenüber der Regierung bekommen.

Um die gegenwärtige politische Situation Boliviens besser zu verstehen, muss man sie im Kontext folgender Aspekte betrachten:

1. Im Januar 2009 wurde in Bolivien per Referendum die »Politische Verfassung des Staates« CPE (*Constitución Política del Estado*) verabschiedet. Die politische

1 Dunia Mokrani, Politologin, arbeitet als Projektkoordinatorin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bolivien. Sie macht derzeit ihr Masters Degree in Philosophie und Politikwissenschaft an der *Universidad Mayor de San Andrés* in La Paz (CIDES-UMSA) und ist im Frauenkollektiv *Samka Sawuri – Tejedoras de Sueños* politisch aktiv.

Hauptaufgabe liegt somit derzeit in der Umsetzung dieser Verfassung, die sich in Form einer neuen gesetzgebenden Körperschaft konstituieren und durch eine entsprechende Innenpolitik zur Bildung einer neuen Staatsform führen soll: dem plurinationalen Staat.

2. Präsident Evo Morales befindet sich derzeit in seiner zweiten Amtszeit. Im Dezember 2009 gewann die Bewegung zum Sozialismus MAS (*Movimiento al Socialismo*) die Wahl mit 64, 22 Prozent und verfügt heute mit mehr als 68 Prozent der Sitze über eine große Mehrheit im Parlament (der sogenannten Plurinationalen Versammlung). 20 Monate nach der Wiederwahl lässt sich jedoch beobachten, dass die Regierungspartei MAS diese Mehrheit nicht dazu nutzt, um einen Dialograum zu schaffen, von dem aus die Veränderungen im ständigen Austausch mit den sozialen Organisationen vertieft werden könnten. Obwohl die MAS nicht mehr den Blockadestrategien der Rechten ausgesetzt ist, die es während Morales erster Amtszeit gegeben hatte, wurde bisher noch kein Gesetz eingebracht, das Form, Struktur und Art und Weise von Mechanismen sozialer Teilhabe und Kontrolle dem Mandat der Verfassung entsprechend verbindlich regelt. Gegenwärtig gibt es keinen Raum für den pluralistischen politischen Dialog, der sich der Interpretation des Verfassungstextes widmen könnte, welcher als Text im Wandel auf dem Weg zu einer tiefgreifenderen Transformation begriffen wurde.

3. Die aktuelle Situation hat ihren Vorläufer in der Krise, welche ein Präsidentenerlass im Dezember 2010 auslöste. Der *gasolinazo* sah eine drastische Erhöhung der Treibstoffpreise vor, was zu landesweiten Protesten führte. Zahlreiche soziale Organisationen gingen daraufhin klar auf Distanz gegenüber der Regierung Morales – eine Situation, die sich seitdem nicht verändert hat, obwohl das umstrittene Dekret zurückgenommen wurde. Im Gegenteil: Es kam zu einer offenen Konfrontation zwischen der Zentralen Arbeitergewerkschaft Boliviens COB (*Central Obrera Boliviana*) und der Regierung.

Seit der Wiederwahl von Evo Morales hat Bolivien bereits verschiedene Konfliktszenarien durchlebt, in denen zunehmend Risse zwischen Regierung und unterschiedlichen sozialen Sektoren deutlich wurden. Auf diese Konflikte soll hier näher eingegangen werden.

## **1. Juni 2010: Konflikt um die Umsetzung der indigenen Autonomie**

Einer der wesentlichen Konflikte entzündete sich im Juni 2010 am Vorschlag der Organisationen der Indigenen des Tieflands CIDOB (*Confederación Indígena del Oriente Boliviano*). Mit Unterstützung des *Nationalen Rates der Ayllus und Markas des Qullasuyu* CONAMAQ (*Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu*),

einer Dachorganisation der Hochland-Indígenas, hatte die CIDOB zielführende Rahmenbedingungen für die Umsetzung der indigenen Autonomie als Grundlage der territorialen Neugestaltung Boliviens angemahnt. Sie veranstalteten den »VII. Großen Marsch der indigenen Völker zur Verteidigung der Territorien, der indigenen Autonomie und der Rechte der indigenen Völker«. Sie forderten die Umsetzung ihrer in der neuen Verfassung festgeschriebenen Rechte: einen eigenen Etat, eigene Formen der Selbstverwaltung, eigenständige Nutzung der natürlichen Ressourcen in den indigenen Territorien sowie die Sanierung und Vergabe von Landtiteln für Gebiete im Besitz der öffentlichen Hand zugunsten der Indigenen. Zudem forderte die CIDOB eine Erhöhung der laut Wahlverordnung zugesicherten sieben Sitze für indigene Vertreter/innen in der Plurinationalen Versammlung (Parlament) auf 18 Sitze.

Innerhalb dieses Konfliktes war die Regierung weit davon entfernt, pluralistische Räume für eine wirkliche Debatte über die Interpretation des Verfassungstextes bezüglich der indigenen Autonomie zu schaffen. Stattdessen warf man den Protestierenden vor, klientelistische Interessen in Bezug auf Posten im Regierungsapparat zu verfolgen oder aber sich von Nichtregierungsorganisationen bzw. der USA-Behörde für Entwicklungszusammenarbeit, US Aid, zugunsten rechter politischer Kräfte instrumentalisieren zu lassen. Außerdem, so die Regierung, verstießen die Forderungen einer territorialen Neugestaltung gegen die territoriale Einheit des Staates. Dass die Schaffung eines plurinationalen Staates für die Indigenen auch eine Neugestaltung ihrer angestammten Territorien beinhaltet, ließ man dabei vollkommen außer Acht. Sowohl Organisationen der Cocobauern und -bäuerinnen als auch Abgeordnete der MAS aus dem Departement Chapare drohten damit, den Marsch der CIDOB nicht passieren zu lassen. Sie betrachteten die Indigenen des Tieflandes als »Verräter am Prozess des Wandels«.

Von diesem Moment an wurde von Seiten der Regierung wiederholt die Strategie einer Delegitimierung von Protesten in verschiedenen Konfliktszenarien angewandt. Organisationen und deren Anführer/innen wurden, je nachdem, ob sie eine unterstützende oder ablehnende Haltung gegenüber der Regierungspolitik an den Tag legten, als »Patrioten« oder »Verräter« bezeichnet. Analog dazu und gewissermaßen als Antwort auf diese Entwicklung setzte sich innerhalb der sozialen Organisationen zunehmend die Einsicht durch, dass der Prozess des Wandels sich nicht auf das Handeln der Regierung beschränkt und somit das Mittragen des Prozesses nicht gleichbedeutend mit einer bedingungslosen und unkritischen Unterstützung der Regierung sein muss.

## 2. Mitte 2010: Protestmärsche und Blockaden in Potosí

Eine weitere Bruchstelle zwischen der MAS-Regierung und ihrer Unterstützer/innenbasis ist die Auseinandersetzung zwischen sozialen und zivilgesellschaftlichen Organisationen des Departments Potosí mit der Zentralregierung, die Mitte 2010 eskalierte. Zwanzig Tage lang legten die Protestierenden durch zahlreiche Protestmärsche und Blockaden das Department Potosí lahm. Sie forderten die Einlösung der Wahlversprechen bezüglich der »Entwicklung« der Region, wie die Wiederinbetriebnahme einer metallverarbeitenden Anlage, Schutzmaßnahmen für den Berg *Cerro Rico* in Potosí, die Errichtung einer Zementfabrik und eines Flughafens, den Bau von Straßen sowie die Ausbeutung der Lithiumvorkommen im *Salar de Uyuni*. An der Spitze des Protests, den 28 soziale und gewerkschaftliche Organisationen mittrugen, stand das Zivilkomitee der Region Potosí COMCIPO (*Comité Cívico Potosinista*).

Auch hier ließ die Regierung keinen Raum für Verhandlungen, in dem eine Debatte über die Forderungen und deren Beziehung oder Widersprüche zu den Vorstellungen des *Buen Vivir* (des Guten Lebens) hätte entstehen können. Themen wie die Ausbeutung der mineralischen Bodenschätze in der Region durch transnationale Unternehmen, deren Interessen bislang nicht wirklich berührt worden sind, wurden nicht angesprochen. Die Regierung verschlimmerte den Konflikt lediglich, indem sie versuchte, die Bedeutung der Mobilisierungen kleinzureden und die Aktionen des COMCIPO argumentativ mit der Offensive der Rechten vom September 2008 gleichzustellen, als Zivilkomitees und oppositionelle Departementregierungen im Prozess der Verfassungsbildung einen Putschversuch unternommen hatten. So kam es zum Bruch der Beziehungen zwischen der Regierung von Evo Morales und einer der Regionen, die ihn im Wahlkampf am meisten unterstützt hatte.

## 3. Dezember 2010: gasolinazo

Was Mitte 2010 begann, setzte sich im Dezember fort und führte vielleicht zu einem der größten Risse zwischen der Regierung der MAS und den sozialen Sektoren, die ursprünglich deren hauptsächliche Unterstützer/innenbasis darstellten. Die Krise wurde ausgelöst durch den Präsidentenerlass 748, den sogenannten *gasolinazo*. Der Erlass sah eine schockartige Erhöhung der Treibstoffpreise vor, die die Regierung als notwendigen Schritt für den Schutz der nationalen Wirtschaft und das Festigen des produktiven Entwicklungsmodells rechtfertigte. Für den Geldbeutel der Arbeiterklasse war die Preiserhöhung jedoch unzumutbar und führte dazu, dass sich die Bevölkerung hilflos einer Spirale von Preisspekulationen gegenüber sah. Die über-

raschende Umsetzung der Maßnahme und die unverzüglich folgende Verteuerung der Grundnahrungsmittel hinterließ bei den Ärmsten ein Gefühl der Bestürzung und sogar des Verrats einer Regierung, die sich doch als treibende Kraft für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen dargestellt hatte. Dass die Regierung diese Schockmaßnahme dennoch durchsetzte, zeigt ihr Kalkül, auf die Popularität Evo Morales zu setzen, statt einen Dialog über mögliche neue Produktionsmodelle zu beginnen. Auch wenn in diesem Fall in den Tagen und Wochen nach dem *gasolinazo* eine gewisse Debatte über die Vor- und Nachteile von Subventionen und deren schwierig zu gewährleistender Nachhaltigkeit geführt wurde,<sup>2</sup> so konnte die Regierung die Bevölkerung dennoch nicht von der Notwendigkeit dieser Maßnahme überzeugen. Zwar argumentierte sie, dieser Schritt träfe vor allem die reichsten Familien und der Staat könne das Benzin für deren Luxuslimousinen nicht länger subventionieren, doch es war klar, dass es die ärmsten Bevölkerungsteile am härtesten treffen würde.

Aufgrund der spürbaren Folgen der Preiserhöhungen kam es zu landesweiten Protesten gegen den Präsidentenerlass, woraufhin die Regierung Kompensationsmaßnahmen anbot. So sollten der gesetzliche Mindestlohn sowie die Gehälter bei Polizei, Armee sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen um 20 Prozent angehoben werden. Weiterhin wollte man den *Schulbonus* »Juancito Pinto« um 50 Prozent erhöhen, durch das Nationale Notstandsbeschäftigungsprogramm 25 000 neue Arbeitsplätze schaffen und die Tarife für die Grundversorgung einfrieren. Zudem bot die Regierung an, Soja zum Weltmarktpreis aufzukaufen und den einheimischen Produzent/innen für Mais, Reis und Weizen einen Preis zu zahlen, der zehn Prozent über dem Verkaufspreis im Binnenmarkt liegt. Ein Wirtschaftsfonds für Gemeindeinvestitionen in Beregnungsanlagen und die Gewährleistung von Subventionen bei der Umstellung von Fahrzeugen auf Gasbetrieb wurden ebenfalls angeboten. Trotz allem waren die angedachten Kompensationsmaßnahmen unzureichend und die offerierten prozentualen Lohnsteigerungen weit davon entfernt, die gestiegenen Treibstoffkosten auszugleichen. Der Preis für Superbenzin war um 73 Prozent, der für Premium-Benzin um 57 Prozent angestiegen, was zu einem ähnlich hohen generellen spekulativen Preisanstieg führte.

So kam es, dass die Regierung die Proteste nicht eindämmen konnte. Im Gegenteil: Die Proteste dehnten sich aus und wurden im weiteren Verlauf auf die gesamte Energiepolitik sowie den Prozess der Verstaatlichung ausgeweitet. Besonders heftige Proteste gab es dabei in jenen Departements, die als Wahlhochburgen der MAS galten: in Potosí, Oruro und La Paz sowie in Cochabamba. Zu diesem Zeitpunkt wurde nicht nur erste Kritik am Präsidenten und seinen Minister/innen laut, sondern

2 Im Jahr 2010 betragen die Subventionen aus der Staatskasse TGN (*Tesoro General de la Nación*) 666 Mio. US\$. Für 2011 werden sie auf eine Mrd. US\$ geschätzt.

es wurden auch die Formen der politischen Vermittlung von Gewerkschaften und sozialen Organisationen in Frage gestellt. Deren Führungsgremien hatten den *gasolinazo* teilweise öffentlich unterstützt, konnten die Proteste an der Basis in ihrem jeweiligen Sektor dann aber auch nicht unterbinden.

Schlussendlich blieb das Dekret nur eine Woche lang in Kraft. Die Regierung musste es aufgrund des Drucks der Proteste zurücknehmen. Doch selbst in dieser Situation fuhr die Regierung die Strategie, die Proteste kleinzureden und versuchte, sie als Inszenierungen der Opposition zu delegitimieren. Ihren ehemaligen Verbündeten, die Bewegung ohne Angst MSM (*Movimiento sin Miedo*), beschuldigte sie, einen Plan zur Destabilisierung der Regierung zu verfolgen. Zudem wurden erneut Organisationen als »patriotisch« oder »unpatriotisch« kategorisiert, je nachdem, ob sie eine unterstützende oder ablehnende Haltung gegenüber den Regierungsmaßnahmen vertraten. Ebenfalls argumentierte man, dass eine regierungskritische Linke einzig und allein der Rechten in die Hände spiele.

Das Verhalten der Regierung war insofern paradox, als dass durch die Rücknahme der Preiserhöhungen zwar signalisiert wurde, die Regierung sei in der Lage, »gehorchend zu befehlen« (*mandar obedeciendo*) und auf das Volk zu hören, gleichzeitig das Volk jedoch als eine von der Rechten manipulierte Masse dargestellt wurde.

#### **4. März bis Mai 2011: Forderungen der Arbeitergewerkschaft COB**

Selbst infolge des *gasolinazos* kam es somit nicht zu Dialog und Aufarbeitung der Konflikte. Stattdessen sah sich die Regierung im März 2011 neuer Kritik ausgesetzt. Die Zentrale Arbeitergewerkschaft Boliviens (COB) mobilisierte 47 Zusammenschlüsse, nationale und zentrale Gewerkschaftskonföderationen der Departments und Regionen, die gemeinsam folgende Forderungen an die Regierung formulierten:

a) Die Rücknahme des Dekrets 809, das eine Lohnerhöhung um zehn Prozent vorsieht, jedoch ohne vorherige Verhandlungen mit den sozialen Organisationen beschlossen wurde und deshalb als unilaterale Maßnahme der Regierung angesehen wurde.

b) Die Rücknahme von Artikel 23 des Finanzgesetzes, in dem festgeschrieben ist, dass die Krankenkassen all ihre Vermögenswerte und Ressourcen transferieren müssen, damit sie von der Exekutive verwaltet werden, um damit das Einheitliche Gesundheitssystem SUS (*Sistema Único de Salud*) zu finanzieren.

c) Die Rücknahme des Dekrets 21060, mit dessen Inkrafttreten vor 26 Jahren das neoliberale Modell eingeführt wurde.

d) Die Implementierung einer Politik, die sich an einer wirklichen Wiederbelebung der Produktionsstätten orientiert.

Zwischen März und Mai 2011 kam es in verschiedenen Teilen Boliviens zu Arbeitsniederlegungen, Straßenblockaden und Protestmärschen. Wenn sich Polizei und Minenarbeiter/innen oder Lehrer/innen aus dem ländlichen Raum gegenüberstanden, gab es Momente großer Anspannung. Besondere Dynamik gewannen die Proteste aber auch deshalb, weil sich weitere Sektoren, wie etwa die Rentner/innen und Akademiker/innen, anschlossen. Die Führungsebenen der bäuerlichen Organisationen hingegen erklärten der Regierung ihre uneingeschränkte Unterstützung und signalisierten ihre Bereitschaft, sich den Demonstrationen der Arbeiter/innen »zum Schutz des Prozesses des Wandels« entgegenzustellen.

Erneut versuchte die Regierung, die Proteste zu delegitimieren – diesmal, indem sie sich auf die Frage der Klassenzugehörigkeit der Protestierenden stützte. Die COB habe die Avantgarde des Bergarbeiterproletariats durch Sektoren ausgetauscht, die mutmaßlich zu den »staatlichen Mittelschichten« gehörten. Damit wurden die Lehrer/innen und Angestellten des Gesundheitswesens beschuldigt, ein »nicht produzierender« Sektor von Verschwörer/innen zu sein, »Putschisten« und »Verräter«. Die Regierung, aber auch andere Beobachter/innen, warfen der COB vor, als wichtigstes Organ der Arbeiterschaft nicht fähig zu sein, die Schwelle ihrer körperschaftlichen Forderungen und Eigeninteressen zu überschreiten, um eine aktivere Rolle im Prozess des Wandels einzunehmen und gemeinsam mit den indigenen und bäuerlichen Sektoren an der Schaffung einer postkapitalistischen Perspektive mitzuwirken.

Demgegenüber stand die andere Auffassung, die im Widerstand der COB gegen eine Maßnahme wie den *gasolinazo* sowie ihrer legitimen Forderung nach gerechteren Löhnen und der Rücknahme des Dekrets 21060 Signale einer wieder erstarkten COB sah, welche eine wichtige Rolle in einem stark von indigener Identität geprägten Prozess einnehmen könnte. Einem politischen Dialog über die Vertiefung des Wandlungsprozesses, der über den Bereich der korporativen Forderungen hinausginge, stünden ernst zu nehmende Grenzen entgegen, die nicht allein den sozialen Organisationen oder Gewerkschaften zugeschrieben werden könnten. Vielmehr lägen die Ursachen auch im Fehlen eines pluralistischen und umfassenden Rahmens für kollektive Entscheidungsfindungen.

Die von der COB organisierten Proteste im Frühjahr 2011 waren insofern erfolgreich, als dass die Regierung das 1985 in Kraft getretene Dekret 21060 am 1. Mai 2011 anlässlich des Internationalen Tags der Arbeit abschaffte. Sie erließ zudem ein Gesetz, das alle mit dem Dekret verbundenen Anordnungen aufhebt, mit denen durch die Umsetzung von im *Washington Consensus* vorgesehenen Strukturreformen die neoliberale Ordnung im Land besiegelt worden war.

Obwohl die Abschaffung dieses Dekrets eine Forderung der Protestierenden gewesen war, hatte dieser Schritt in der Bevölkerung nicht dieselbe Wirkung wie der Erlass des Dekrets zur Verstaatlichung zu Beginn der ersten Präsidentschaft von

Evo Morales am 1. Mai 2006. Ein Grund für die eher verhaltene Freude liegt darin, dass das Dekret 21060 mittels eines Gesetzespakets implementiert wurde, das nun für eine wirksame Aufhebung neu formuliert werden muss. So müssen unter anderem Novellen wie das Investitionsgesetz, das Exportgesetz, das Forstgesetz, der Bergbau-Kodex und das Gesetz zu Banken und Finanzunternehmen geändert werden. Dazu kommt, dass einige Sektoren, besonders innerhalb der Arbeiterschaft, skeptisch sind, ob die Regierung wirklich den politischen Willen hat, ein post-neoliberalen Modell voranzubringen. Denn schon früher hatte die Regierung Dekrete verabschiedet, um die Schattenseiten des Neoliberalismus zu bekämpfen, wie zum Beispiel ein Verbot der Flexibilisierung von Arbeitszeiten. Trotz dieses Gesetzes ist die Flexibilisierung von Arbeitszeiten jedoch bis heute sogar bei Verträgen mit Regierungsinstitutionen gängige Praxis.

## **5. Herbst 2011: Konflikt um den Erhalt des indigenen Territoriums »Nationalpark Isiboro Sécure« (TIPNIS)<sup>3</sup>**

In einem weiteren Konflikt auf der politischen Agenda Boliviens stehen sich die Regierung Evo Morales und die indigenen Organisationen gegenüber, die Widerstand gegen eine Straße leisten, die durch das Herzstück des indigenen Territoriums<sup>4</sup> »Nationalpark Isiboro Sécure« (*Territorio Indígena Parque Nacional Isiboro Sécure* [TIPNIS]) führen soll. Der Druck auf den Nationalpark besteht seit den 1960er Jahren und hat sich durch eine Strategie der in dem Gebiet ansässigen Cocabauern verschärft. Diese versuchen einerseits, ihr individuelles Landeigentum dadurch zu konsolidieren, dass das im Gemeinschaftseigentum der Mojeño-, Yuracaré- und Chimán-Völker befindliche Gebiet diesen Völkern abgesprochen wird, und sind andererseits dabei, ihre Siedlungs- und Cocaanbaugelände auszudehnen. Im August 2010 erteilte die bolivianische Regierung dem Straßenprojekt Villa Tunari – San Ignacio de Moxos die Umweltgenehmigung. Der damalige Staatssekretär für Umwelt trat daraufhin zurück. Es muss auch erwähnt werden, dass das Projekt zwar nicht zu den Hauptadern der Integrationsinitiative der regionalen südamerikanischen Infrastruktur (*Iniciativa para la Integración de la Infraestructura Regional Suramericana* [IIRSA]) gehört, aber dennoch eine potentiell wichtige Verbindungsstraße zu

3 Dieser Abschnitt basiert auf Pilar Uriona und Dunia Mokrani: Informe de coyuntura Bolivia de mayo a agosto de 2011. Observatorio Social de América Latina (OSAL) – CLACSO, in: [http://www.google.de/#hl=de&output=search&client=psy-ab&q=Pilar+Uriona+und+Dunia+Mokrani%3A+Informe+de+coyuntura+Bolivia+de+mayo+a+agosto+de+2011&oq=Pilar+Uriona+und+Dunia+Mokrani:+Informe+de+coyuntura+Bolivia+de+mayo+a+agosto+de+2011&aq=f&aql=&aql=&gs\\_l=hp.3...1497.1497.0.2050.1.1.0.0.0.111.111.0j1.1.0...0.0.T1BkJ2LvR3g&pbx=1&bav=on.2.or\\_r\\_gc\\_r\\_pw\\_r\\_qf\\_.cf.osb&fp=c9a6dbe6b400e6b2&biw=2487&bih=1304](http://www.google.de/#hl=de&output=search&client=psy-ab&q=Pilar+Uriona+und+Dunia+Mokrani%3A+Informe+de+coyuntura+Bolivia+de+mayo+a+agosto+de+2011&oq=Pilar+Uriona+und+Dunia+Mokrani:+Informe+de+coyuntura+Bolivia+de+mayo+a+agosto+de+2011&aq=f&aql=&aql=&gs_l=hp.3...1497.1497.0.2050.1.1.0.0.0.111.111.0j1.1.0...0.0.T1BkJ2LvR3g&pbx=1&bav=on.2.or_r_gc_r_pw_r_qf_.cf.osb&fp=c9a6dbe6b400e6b2&biw=2487&bih=1304)

4 Die indigenen Territorien wurden in den 1990er Jahren im Ergebnis langer sozialer Kämpfe von der Regierung Sánchez de Losada juristisch anerkannt und geographisch festgelegt.

den transozeanischen Korridoren darstellt, die den Atlantik mit dem Pazifik verbinden und den Warentransport zwischen beiden Weltmeeren ermöglichen sollen.

Bei diesem Konflikt sind verschiedene Akteure auf komplexe Art und Weise mit dem TIPNIS verbunden. Einerseits ist da eine indigene Regierung, die sich die Verteidigung der Rechte der indigenen Völker und der Mutter Erde auf die Fahnen geschrieben und nun paradoxerweise beschlossen hat, ohne vorherige Befragung in einem indigenen Territorium, das dazu noch als Schutzgebiet ausgewiesen ist, ein Megastraßenbauprojekt durchzuführen. Zu erwähnen ist dabei, dass es zwar innerhalb der Regierung keine einheitliche Haltung, wohl aber ein auf Ressourcenausbeutung und *Desarrollismo* basierendes Projekt gibt, das gegenüber der zweiten Gruppe, die die Transformation über das »erfüllte Leben« und den plurinationalen Staat anstrebt, darin aber nicht über das Symbolische hinauskommt, immer mehr an Boden gewinnt.

Bei den sozialen Organisationen kann man klar zwischen den indigenen Organisationen, sowohl des Tief- als auch des Hochlands, und den gewerkschaftlichen Organisationen der Bauern und Siedler unterscheiden. Besonders auffällig ist dabei die direkte Konfrontation zwischen der Mehrheit der Gemeinschaften der indigenen Nebenzentrale des TIPNIS und den Verbänden der Cocabauern aus dem Chapare. Dann gibt es noch die sogenannten Drillings-Organisationen (*Trillizas*), zu denen der Gewerkschaftsverband der interkulturellen Gemeinschaften Boliviens (*Confederación Sindical de Comunidades Interculturales de Bolivia* [CSCB]), der Gewerkschaftsverband der bäuerlichen Arbeiter Boliviens (*Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia* [CSUTCB]) und der nationale Verband der indigenen Bäuerinnen Boliviens (*Confederación Nacional de Mujeres Campesinas Indígenas Originarias de Bolivia Bartolina Sisa* [CNMIOC-BS]) gehören. Sie unterstützen ebenfalls den Bau der Straße und werfen den indigenen Organisationen vor, mit ihrem Widerstand gegen die Entwicklung Boliviens zu opponieren, ja den Transformationsprozess zu behindern.

Vor diesem Hintergrund meldeten die Mojeño-, Yuracaré- und Chimán-Völker, die alle im TIPNIS ansässig und in zwei Zentralen – Alto Sécure und TIPNIS – organisiert sind und insgesamt 52 Gemeinden ausmachen, ihren Widerstand gegen das Straßenprojekt an. Weitere zwölf Gemeinden, die im indigenen Rat des Südens (*Consejo Indígena del Sur* [CONISUR]) organisiert sind und deren indigene Mitglieder an der regionalen Cocawirtschaft beteiligt sind, sprechen sich allerdings für den Bau der Straße aus.

Der Marsch der indigenen Völker aus dem TIPNIS, der Mitte August Trinidad Richtung Regierungssitz (La Paz) verließ, wurde vom Verband der indigenen Völker Boliviens (*Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia* [CIDOB]) und dem Nationalrat der Dorfgemeinschaften (*Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu* [CONAMAQ]), der Zentrale der indigenen Völker Benis (*Central de Pueblo Indíge-*

nas del Beni [CPIB]), der indigenen Zentrale der Amazonasurvölker Pando (*Central Indígena de Pueblos Originarios de la Amazonía de Pando* [CIPOAP]), der Zentrale der indigenen Frauen Benis (*Central de Mujeres Indígenas del Beni* [CMIB]), der indigenen Zentrale des bolivianischen Amazonasgebiets (*Central Indígena de la Región Amazónica de Bolivia* [CIRABO]), der Zentrale der indigenen Völker La Paz (*Central de Pueblos Indígena de La Paz* [CPILAP]), der indigenen Organisation Chiquitana (OICH), der Versammlung des Guaraní-Volks (*Asamblea del Pueblo Guaraní* [APG]), der Zentrale der Mojeño-Ethnie Benis (*Central de Pueblos Étnicos Mojeños del Beni* [CPEM-B]), der Koordinationsstelle der indigenen Völker des Tropengebiets Cochabamba (*Coordinadora de Pueblos Indígenas del Trópico de Cochabamba* [CPITCO] und dem Nationalverband der indigenen Frauen Boliviens (*Confederación Nacional de Mujeres Indígenas de Bolivia* [CNAMIB]) unterstützt. Während des Marsches konnte noch die Unterstützung weiterer Organisationen wie die der Bolivianischen Arbeitergewerkschaft COB gewonnen werden. Die Unterstützung des sogenannten VII. Marsches der indigenen Völker wuchs weiter, nachdem die Polizei am 26. September 2011 brutal gegen die Teilnehmer vorgegangen war.

Folgende Verhandlungspunkte standen auf der Tagesordnung: a) Ablehnung des zweiten Bauabschnitts der Straße Villa Tunari–San Ignacio de Moxos; b) Forderung der Einstellung aller Erdölförderungsaktivitäten im Aguaragüe-Park; c) Respektierung der indigenen Territorien im Rahmen der neuen Agrargesetze; d) Anerkennung des Rechts auf Einnahmen aus dem Emissionshandel; e) Recht auf Vorab-Befragung;<sup>5</sup> f) produktive Entwicklung; g) Umsetzung der indigenen Autonomie mit finanziellen Mitteln; h) Waldgesetz; i) Sondervorschriften für Schutzgebiete; j) finanzielle Mittel für die bolivianische indigene Universität (*Universidad Indígena Boliviana* [UIB]); k) tatsächliche Aufnahme der indigenen Völker in die allgemeine Krankenversicherung; l) unmittelbare Durchführung einer Volks- und Unterkunfts-zählung; m) Wohnungsbauprojekte; n) Lösung des Problems Río Pilcomayo; o) Garantie des vollständigen Zugangsrechts und der Informationsnutzung für die indigenen Völker; p) Erfüllung des im Mai 2010 mit der Versammlung des Guaraní-Volks (*Asamblea del Pueblo Guaraní* [APG]) getroffenen Abkommens über indigene Autonomie, ländliche Entwicklung, Land und Erdöl.

Die Führer des VII. Indigenenmarschs warfen der Regierung eine doppelte Verletzung der bolivianischen Verfassung und der vom plurinationalen Staat ratifizierten internationalen Abkommen vor. Im ersten Fall geht es um die Nationalparks, in denen die Ausbeutung erneuerbarer und nicht erneuerbarer Ressourcen und die Durchführung von Infrastrukturarbeiten verboten sind. Im zweiten Fall um die Verletzung der Territorien, die sich im indigenen Gemeinschaftseigentum befinden und

5 Die Consulta previa oder Vorab-Befragung ist ein international anerkanntes Recht der indigenen Völker, das ihre Mitbestimmung über Entwicklungsvorhaben im angestammten Territorium garantieren soll (Anm. d. Hrsg.).

von der amtierenden Regierung im Jahr 2009 mit der Ausstellung der Landtitel für 1 091 656 Hektar bestätigt wurden und somit das Gebiet der 64 Mojeño-, Yuracaré- und Chimán-Gemeinden im TIPNIS legitimierten; es geht zudem um die Nichteinhaltung des Abkommens 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker.

Hinter diesen Forderungen steht der Kampf um eine auf Sammeln, Jagd, Fischfang und gemeinschaftliche produktive Waldnutzung basierende Lebensform. Ein Kampf, bei dem es auch um den Schutz eines der am besten erhaltenen Gebiete des gesamten Amazonasgebiets und den Schutz der Wassereinzugsgebiete und Quellen sowie um die immense Vielfalt der Flora und Fauna geht. Die Regierung hatte jedoch von Anfang an den Konflikt als eine Gebietsforderung definiert, die sich gegen die »nationalen Entwicklungsinteressen« richtet, und sich nicht auf eine Debatte über die Ausrichtung der Transformation eingelassen. Für sie besteht die einzige Lösungsmöglichkeit in einer eventuellen technischen Alternative der Trassenführung.

Nach dem Polizeieinsatz gegen den Marsch, für den die Regierung jegliche Verantwortung abstreitet, während der Ombudsmann in seinem Bericht festhält, dass der Befehl vom Innenministerium ausging, wurde der Protest keineswegs geschwächt, sondern gewann noch an Kraft. 2000 Indigene erreichten den Regierungssitz, und ganz La Paz strömte auf die Straßen, um sie zu empfangen und es ihnen damit zu ermöglichen, bis auf die Plaza Murillo, das symbolische Zentrum der politischen Macht, vorzudringen. Dank dieser Unterstützung und der Präsenz der Mitglieder des Marsches auf dem Platz waren letztere nun in einer strategischen Verhandlungsposition. Am 21. Oktober 2011 informierte Präsident Morales nach einem Vortag voller Spannungen, an dem die Polizei versucht hatte, die Teilnehmer von diesem Platz, an dem auch der Regierungsplatz und die Plurinationale Versammlung liegen, zu verdrängen, die Öffentlichkeit bei einer Pressekonferenz darüber, dass keine Straße das TIPNIS-Gebiet durchschneiden würde, und nahm die Verhandlungen mit dem politischen Ausschuss des Marsches auf. Als Ergebnis legte Präsident Morales am 24. Oktober bei einer öffentlichen Veranstaltung das Gesetz 180 zum Schutz des TIPNIS vor. Dieses Gesetz besagt, dass weder die Straße Villa Tunari–San Ignacio de Moxos noch eine andere Straße dieses Gebiet durchqueren dürfen und außenstehende Personen des Gemeinschaftsgebiets weder Siedlungen schaffen noch das Land besetzen dürfen.

Nach Unterzeichnung des Abkommens fand eine Debatte über die Auslegung des Gesetzes statt und die Regierung war mit diesem Abkommen nicht mehr einverstanden. Gestritten wurde darüber, was unter dem Begriff »Unberührbarkeit« zu verstehen sei. Für die Führer des TIPNIS garantieren Artikel 352 und 403 der bolivianischen Verfassung ihr Recht auf Verwendung und Nutzung der erneuerbaren natürlichen Ressourcen und legen fest, dass die Bevölkerung befragt werden muss,

bevor es zur Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in bestimmten Gebieten kommt. Dennoch unterband die Regierung in klarer Missachtung des erst kürzlich verabschiedeten Gesetzes 180 alle unternehmerischen Tourismusaktivitäten sowie Jagd, Fischfang und Waldnutzung. Bei den indigenen Organisationen kam es daraufhin zu Spannungen, die zu einer Schwächung ihrer Position führten. Zwei Monate nach Verabschiedung des Gesetzes 180 zum Schutz des TIPNIS sprachen Teile der Legislative und Exekutive schon von einer Aufhebung desselben und nahmen dazu einen Marsch der CONISUR zum Vorwand, der im TIPNIS mit der Forderung startete, die Straße zu bauen. Außerdem gab es Hinweise darauf, dass die Siedler schon begonnen hatten, einen Weg durch das Herzstück des TIPNIS zu schlagen und damit ihre Drohung wahr zu machen, dass, wenn das brasilianische Unternehmen OAS die Straße nicht baue, sie es selbst machen würden.

Die Debatten, die sich aus diesem Konflikt ergeben haben, sollten genauer untersucht werden. Im ersten Fall geht es um die Selbstbestimmung der indigenen Völker als politisches Grundrecht. Die Befragung vor jeglichem Eingriff in einem indigenen Gebiet wird dabei als Pfeiler für den Aufbau eines Staats betrachtet, der sich als plurinational definiert. Dabei ist anzumerken, dass ein plurinationaler Staat nicht in Anerkennung der indigenen Gemeinschaftsgebiete und des Rechts auf Selbstbestimmung, das sich daraus ableitet, aufgebaut werden sollte. Die indigenen Organisationen vertreten die Ansicht, dass die Landtitelvergabe für die Gemeinschaftsländereien und die tatsächliche Umsetzung der indigenen Autonomien Grundlage für die Weiterentwicklung des politischen Projekts sind und dass dieses Projekt vor allem durch die koloniale und spätere republikanische Raumordnung an seine Grenzen stößt. Einige Bauernorganisationen sind der Meinung, dass das Recht auf Gemeinschaftsbesitz ein Prozess ist, der neue Großgrundbesitzer schafft, da er zahlenmäßig schwachen indigenen Völkern in wenig besiedelten Gebieten zugute kommt. Vor diesem Hintergrund muss man auch genau wissen, wie die indigenen Bauern- und Siedlerorganisationen (die heute interkulturelle Organisationen genannt werden) und auch die Regierung konkret über das Thema Land und Gebiet denken und dies erleben.

In Verbindung mit obigem Thema begann eine Debatte über das Konzept des Gemeinwohls. Aus Sicht der Regierung ist es Aufgabe des Staats, dieses zu definieren, denn ihrer Meinung nach sind die unterschiedlichen Positionen bezüglich des Straßenbauprojekts und vor allem die Forderung der indigenen Völker nach einem Baustopp nur die Forderung einer Korporation bzw. eines Sektors. Demgegenüber definiert die Regierung die Straße als *Entwicklungsmöglichkeit* für die Bewohner des TIPNIS und alle anderen Bolivianer und Bolivianerinnen. Ein grundlegender Faktor bei dieser Debatte war die Frage der Mehrheiten und Minderheiten, da die Gruppen, die für den Bau der Straße sind, und die Regierung selbst darauf hingewiesen haben, dass die Straße der Mehrheit der Bevölkerung zugute kommt,

und sich die indigenen Völker, die sich ihr widersetzen, da sie bevölkerungsmäßig in der Minderheit sind, gegen das Gemeinwohl aussprechen. Allerdings ist die Forderung der Indigenen im Sinne des Rechts auf Selbstbestimmung gestellt worden, das nach Ansicht der indigenen Völker anerkannt werden muss, egal ob es sich nun um eine Mehrheit oder Minderheit handelt. In diesem Sinn wird davon ausgegangen, dass der Aufbau eines plurinationalen Staats von der Verbindung verschiedener emanzipatorischer Ausrichtungen aus stattfinden und über liberale Konzepte wie Minderheiten und Mehrheiten hinausgehen soll und ein komplexes Verständnis der individuellen und kollektiven Rechte zur Grundlage haben muss. In diesem Zusammenhang sind auch Stimmen vor allem aus Umweltschützerkreisen laut geworden, die darauf hinweisen, dass angesichts der Tatsache, dass der TIPNIS ein Nationalpark ist, der Schutz desselben für das Gemeinwohl unerlässlich ist und eine Änderung nicht einmal dann vorgenommen werden kann, wenn die indigenen Bewohner des TIPNIS dies wünschen sollten, und noch viel weniger, wenn diese dagegen sind, weil ihr Recht auf Verteidigung ihres Gebiets dadurch beschnitten würde.

In der Debatte ging es auch darum, dass die große Distanz zwischen Diskurs und Praxis bei der Verteidigung der Rechte der Mutter Erde durch konkrete Aktionen überwunden werden und eine öffentliche Debatte über den grünen Kapitalismus geführt werden muss, da bei diesem Konflikt klar geworden sei, dass die sozialen und indigenen Organisationen selbst seine Mechanismen nicht genau verstehen. Zu erkennen ist dies an der vom VII. Marsch vorgelegten Liste, auf der die indigene Führung die Anerkennung des Rechts auf Zahlungen aus dem Emissionshandel fordert. Das Außenministerium weist darauf hin, dass derartige Forderungen zu den Mechanismen gehören, mit denen versucht wird, zu einem angeblich naturfreundlichen Kapitalismus überzugehen und sich die bolivianische Außenpolitik dem schon seit geraumer Zeit widersetzt. Dennoch sei das Straßenbauprojekt als solches kein antikapitalistisches und erst recht kein naturfreundliches Projekt.

Ein weiteres, noch ausstehendes politisches Thema ist der Bruch des *Pacto de Unidad* der indigenen und Bauernorganisationen,<sup>6</sup> der dem politischen Prozess Boliviens teuer zu stehen gekommen ist, und eine ausführliche Debatte über Land und Territorium und die Reichweite der Agrarreform in diesem Prozess erfordert. Fest steht, dass der *Pacto de Unidad* seit der Verfassunggebenden Versammlung der wichtigste politische Raum für die Dynamisierung der Debatte gewesen ist, sodass seine Auflösung ein ernstes Risiko für den Aufbau eines Transformationsprozesses darstellt, der von den autonomen Positionen der Organisationen ausgehen und über sektorielle Forderungen hinausgehen soll. Auch hier hat sich gezeigt, dass die Meinungen der bäuerlichen Akteure von ihren politischen Positionen aus analysiert wer-

6 Zur Bedeutung des *Pacto de Unidad* siehe den Beitrag von Raul Prada in diesem Band, S. 49, FN 2.

den müssen, da sich einige von ihnen verbal eindeutig kapitalistischen und räuberischen Projekten angenähert haben und weder die Position der ärmeren Bauern noch die Ausbeutung innerhalb der Siedlergruppen selbst berücksichtigen. Schließlich muss noch darauf hingewiesen werden, dass es im Grunde um Landkämpfe in Umweltschutzgebieten und um das Vordringen der Landwirtschaft und des Cocaanbaus geht und sich schon heute große Landgebiete in Händen von Großgrundbesitzern konzentrieren, von denen viele mit ausländischem Kapital finanziert werden.

### **Entpolitisierter Prozess**

Alle hier beschriebenen Konflikte zeigen, dass eine Entpolitisierung des Transformationsprozesses versucht wird. Diese entsteht durch einen verallgemeinernden Regierungsdiskurs, der allen Widerstand über einen Kamm schert – egal ob aus Sektoren der Linken oder den sozialen, gewerkschaftlichen oder indigenen Organisationen. Es existiere ein Typus linker Radikalität, der das Fortschreiten des Wandlungsprozesses durch eine Annäherung an die rechte Opposition gefährde. In dieses Spektrum reiht die Regierung jedoch vielfältige Akteure ein, die keinesfalls einer rechtsgerichteten Opposition bezichtigt werden können. In dieser Lesart stellt jegliche Kritik an der Regierungspolitik eine Bedrohung des Wandlungsprozesses dar, eine Haltung, der vor allem die autonomen Kreise und Leitungsgremien der sozialen Organisationen vehement widersprechen. Für sie setzt die prinzipielle Unterstützung des Transformationsprozesses keineswegs eine uneingeschränkte Unterstützung der Regierung voraus.

### **Kollektive Errungenschaften der zweiten Amtszeit Evo Morales**

Bisher war vor allem von der zunehmenden Distanzierung zwischen Regierung und sozialen Organisationen die Rede, welche die zweite Amtszeit Evo Morales prägt. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass es in den vergangenen anderthalb Jahren auch einige wichtige kollektive Schaffensprozesse gab, die zu Gesetzesvorhaben führten. Hier ist besonders der Dialog zwischen Organisationen des *Pacto de Unidad*, einiger Regierungsinstanzen und der Plurinationalen Versammlung zu nennen, der die Erarbeitung eines Vorschlags für ein Gesetz zur Mutter Erde (*Ley de la Madre Tierra*) zum Ziel hatte. Als Ergebnis einer breiten Debatte von sozialen Organisationen wurde ein wichtiger Vorschlag entwickelt. Ausgehend von der indigenen Kosmvision stellt er ein grundlegendes gesetzliches Instrument dar, das als Rahmen dienen könnte, um eine neue innenpolitische Rechtsordnung zu schaffen.

Damit könnte dem kapitalistischen System der Akkumulation, das auf der Ausbeutung der Natur und dem Konzept des Extraktivismus beruht, klar und deutlich die Stirn geboten werden. Der Gesetzesvorschlag soll den politischen Horizont für das erfüllte Leben (*Buen Vivir*) herstellen, das auf dem Konzept lebendiger Lebenszyklen basiert. Das Gesetz enthält ein Kapitel zu den Rechten und Pflichten bezüglich der Mutter Erde (*Madre Tierra* bzw. *Pachamama*) und sieht die Schaffung eines Rates der Mutter Erde vor. Dessen Aufgabe soll sein, innenpolitische Maßnahmen sowie Mechanismen für soziale Teilhabe und soziale Kontrolle zu koordinieren, um den integralen und ökologischen Umgang mit der Mutter Erde sicherzustellen. Der Entwurf schreibt zudem das indigene Recht auf vorherige Zustimmung für Aktivitäten in ihren Territorien fest – ein Recht, das den indigenen Völkern gemäß der bolivianischen Verfassung sowie seitens der Vereinten Nationen und internationaler Verträge schon heute eingeräumt wird. Des Weiteren sieht die Gesetzesnovelle die Definition »strategischer natürlicher Ressourcen« vor, die in Übergangsphasen dem erfüllten Leben zugute kommen sollen, um jenseits anthropozentrischer Sichtweisen neue Beziehungen zwischen den verschiedenen Wesen der Natur zu entwickeln. Der Gesetzesentwurf enthält auch interessante Alternativen für die Anwendung des Territorialitätsprinzips, den Umgang mit Land und Schutzgebieten sowie Gestaltung einer neuen Wirtschaftsweise.

Im Dezember 2010 verabschiedete das Parlament bereits einen Auszug des Gesetzesvorschlags unter dem Titel »Kleines Gesetz zu den Rechten der Mutter Erde« (*Ley Corta de los Derechos de la Madre Tierra*).<sup>7</sup> Über den weiter gefassten Gesetzesentwurf wurde bisher zwar noch nicht debattiert, das Thema steht jedoch bereits auf der Agenda der beiden Kammern.

Bereits verabschiedet wurde das »Gesetz der produktiven, kommunitären und landwirtschaftlichen Revolution« (*Ley de Revolución Productiva, Comunitaria y Agropecuaria*). Offiziellen Angaben zufolge besteht der revolutionäre Charakter des Gesetzes in der Kreditvergabe an Produzent/innen, einer landwirtschaftlichen Versicherung sowie in Anreizen für den Binnenkonsum und den Erhalt von Produktionsstandorten als Basis einer neuen Politik der Ernährungssicherheit und -souveränität. Das Gesetz ist jedoch umstritten, vor allem, da es den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen ausdrücklich erlaubt. Da ursprüngliche Nahrungsmittel des Landes wie die Andenlupine (*Tarwi, Lupinus mutabilis*) oder die Kartoffel, die vor allem von Kleinbauern angebaut werden, von der Anwendung der Gentechnik ausgenommen sind, argumentiert die Regierung, das Gesetz würde die industrielle Landwirtschaft unterstützen.

7 Vgl. die Dokumente »Proyecto de ley de las organizaciones del Pacto de Unidad« und »Ley Corta«, die im Parlament verabschiedet wurden (<http://www.rosalux.de/publication/37894/konfliktszenarien-in-der-zweiten-amtszeit-von-praesident-evo-morales.html>).

## Zwei konträre Einschätzungen der aktuellen Konfliktsituation in Bolivien

Im Frühsommer 2011 – also noch vor dem TIPNIS-Konflikt – entwickelte sich in Bolivien eine politische Debatte unter Linken, die deutlich macht, wie unterschiedlich die aktuelle soziopolitische Lage eingeschätzt wird. Ihre wichtigsten Argumente sollen hier wiedergegeben werden.

### *1. Kreative Spannungsfelder im Prozess des Wandels*

Vizepräsident Álvaro García Linera begreift die gegenwärtige Situation in einer linearen Lesart als fünfte Phase des Wandlungsprozesses.<sup>8</sup> Für ihn fanden die ersten beiden Phasen dieses Prozesses während des Wasserkriegs und den Aufständen vom September und Oktober 2003 statt. Als dritte Phase bezeichnet er die erste Wahl von Evo Morales zum Präsidenten, die García Linera als Machtübernahme seitens der breiten Volksschichten bezeichnet. Die vierte Phase besteht aus dem Putschversuch der Rechten und dem darauf folgenden Sieg der Bevölkerung über den Putsch. Wäre der Putsch erfolgreich gewesen, so García Linera, hätte dies das Ende des Transformationsprozesses bedeutet.

Aktuell sieht der Vizepräsident demzufolge das Land in der fünften Phase des Wandlungsprozesses, die gekennzeichnet ist von Konflikten innerhalb der landesweiten Basisbewegung bezüglich der Lenkung des Prozesses. Für ihn sind die bestehenden Konflikte sekundär; er bezeichnet sie aufgrund ihres mobilisierenden Potentials sogar als kreativ. In diesem Zusammenhang beschreibt er folgende Spannungsfelder:

- die generelle Beziehung zwischen Staat und sozialen Bewegungen, die durch eine demokratische Debatte ausgelöst wurde;
- die Notwendigkeit sicherzustellen, dass indigene und bäuerliche Sektoren sowie Arbeiter/innen und arme Schichten den Prozess lenken und trotzdem auch andere Sektoren einbezogen werden;
- die Konfrontation von Gemeinwohl und Einzelinteressen bzw. den Kampf zwischen gemeinschaftlichen Interessen und der Suche nach der Verwirklichung von individuellen, sektorbezogenen, privaten oder Partikularinteressen;
- den bereits im Gang befindlichen Prozess der Industrialisierung gegenüber dem Ziel des erfüllten Lebens.

8 Vgl. Álvaro García Linera: Las tensiones creativas de la revolución, in: [http://www.la-razon.com/version\\_temp.php?ArticleId=1711&EditionId=2550&id p=42&ids=333](http://www.la-razon.com/version_temp.php?ArticleId=1711&EditionId=2550&id p=42&ids=333)

## 2. Tiefe Krise im Transformationsprozess

Im Gegensatz zu Álvaro García Linera herrscht in anderen Kreisen die Auffassung, dass der Prozess des Wandels in eine tiefe Krise geraten ist. Diese Krise sei gekennzeichnet von einer Distanzierung der Regierung gegenüber den sozialen Organisationen sowie dem Ausbleiben der praktischen Umsetzung des Verfassungstextes. Diese Meinung vertritt die Plurinationale Koordination für die Neuausrichtung (*Coordinadora Plurinacional de la Reconducción*),<sup>9</sup> als sie im Juli dieses Jahres öffentlich fundamentale Konflikte benannte, die erst gelöst werden müssten, damit der Prozess wieder ins Rollen gebracht werden könne. Auf wirtschaftlichem Gebiet sieht sie die Ursachen für die Konflikte darin, im Stillstand der Verstaatlichung sowie dem Fortbestehen des extraktivistischen, auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Modells und dem Anwachsen der öffentlichen Schulden. Auf politischer Ebene wirft man der Regierung vor allem vor, die demokratischen Prinzipien zu verletzen und von der Schaffung eines plurinationalen Staates abzurücken.

Am 4. und 5. Juni 2011 trafen sich die Organisationen des *Pacto de Unidad*. In ihrer abschließenden Erklärung heißt es, im Prozess des Wandels hätten staatliche Funktionäre soziale Bewegungen in Besitz genommen, was zu einer Reihe politischer Fehler geführt hätte. Die Organisationen betonten, wie wichtig es sei, dass sich der Pakt der Einheit in einem Politischen Rat der Regierung (*Consejo Político del Gobierno*) manifestiert, der über der Exekutive und dem Parlament steht und dessen Aufgabe es sei, den Transformationsprozess auf dem Weg zu einem plurinationalen Staat zu »retten« und zu vertiefen,<sup>10</sup> eine deutliche Kritik am Verhalten und der Rollendefinition der Zentralregierung.

### Fehlende Dialogbereitschaft

Über diese gegensätzlichen Auffassungen zum Transformationsprozess wurde leider nicht in einer öffentlichen und pluralistischen Debatte diskutiert. Seitens der Regierung hat man auch diesbezüglich versucht, alle kritischen öffentlichen Äußerungen herunterzuspielen oder zu disqualifizieren. Die Kritik von Akteuren, die Teil des Prozesses waren und sind, wird mit der Rechten gleichgesetzt. Paradoxerweise sind gleichzeitig einige Sektoren, die klar zur Rechten gehören, ohne größere Einwände in die Reihen der MAS aufgenommen worden. Führungspersonen sozialer

9 Hier agieren einige ehemalige Regierungsmitglieder, die aufgrund ihrer kritischen Haltung zur Art und Weise des Ablaufs des Prozesses des Wandels von der Regierung abgerückt sind. Dabei handelt es sich um linke sowie indigene und soziale Führungspersönlichkeiten. Vgl. hierzu ihre letzte Erklärung Anhang unter [www.bolpress.com/art.php?Cod=2011062207](http://www.bolpress.com/art.php?Cod=2011062207).

10 Vgl. <http://www.rosalux.org.ec/es/analisis/bolivia/item/213-acta-del-encuentro-nacional-del-pacto-de-unidad>.

Organisationen, die eine Art Monitoring für die Regierungsführung fordern, werden diffamiert und der Begriff der Nichtregierungsorganisation wird verteufelt, wenn es sich um jene handelt, die kritische Haltungen einnehmen – selbst wenn sie ehemals als Verbündete des Prozesses galten.

Mit Blick in die Zukunft scheint sich aktuell kein Szenario von Debatte und Dialog abzuzeichnen, in dem die Regierung die Position einnähme, nur ein Teil, jedoch nicht die Gesamtheit des Transformationsprozesses zu repräsentieren. Der Transformationsprozess ist ein gesellschaftliches Projekt, das wesentlich weiter reicht als die Handlungen einer konkreten Regierung, zumal diese auch wieder hinweggefegt werden kann. Nur wenn die bolivianische Regierung dies versteht und ihre eigene Rolle relativiert, wird sie in der Lage sein, kritische Wortmeldungen konstruktiv aufzunehmen.

*Deutsch von Bettina Hoyer, Sebastian Landsberger (lingua.trans.fair)  
und Birte Pedersen, redaktionelle Bearbeitung: Anna Schulte*

## Die Kolonialität des Staates. Das plurinationale Parlament in Bolivien

»Wie es bei dieser Art von Revolutionen üblich ist, entwapfnet die neue Macht die Massen, die sie an die Macht gebracht haben.«

*René Zavaleta,*

Die demokratische Revolution von 1952  
und die aufkommenden soziologischen Tendenzen<sup>2</sup>

In Bolivien hat der Transformationsprozess derzeit genauso viele Bedeutungen, wie es Positionen und politische Interessen gibt, die ihm einen Inhalt geben wollen. Staatsbeamte sprechen in ihrem Hunger nach Legitimität häufig von »Revolution«, und einige der konservativsten Sektoren der Oligarchie verwenden ebenfalls diesen Begriff, allerdings voller Angst, indem sie das Schreckensbild des Kommunismus evozieren. Diese scheinbar so klare und eindeutige Polarisierung relativiert sich, wenn man sieht, wie ausländische Regierungen und transnationale Unternehmen sowie die bolivianischen Unternehmernergremien ganz pragmatisch die Wirtschaftspolitik der Regierung immer stärker gutheißen, und wie andererseits die Unternehmerinteressen in der Regierungspolitik eine immer größere Rolle spielen.<sup>3</sup> Unterdessen werden in der bolivianischen Bevölkerung die Stimmen von Indigenen, Arbeiterorganisationen und einigen Intellektuellen lauter: Sie kritisieren die immer offensichtlichere Inkohärenz zwischen den Zielen jener sozialen Energie, die durch die Mobilisierungen der Jahre 2000 bis 2005 entfesselt wurde, und den Übersetzungen und Arrangements, die ab 2006 zum Tragen kamen, als diese soziale Energie die staatliche Form annahm – als angeblich ein »Staat der sozialen Bewegungen« entstand. Was bedeutet das? Handelt es sich um einen Staat, der mit den sozialen

1 Patricia Chávez ist Soziologin an der *Universidad Mayor de San Andrés* in La Paz (CIDES-UMSA). Sie forscht zudem im Centro de Estudios Andino – Amazónicos y Mesoamericanos in Boliviens und ist im Frauenkollektiv *Sanka Sawuri – Tejedoras de Sueños* politisch aktiv.

2 In: Daniel Camacho (Hrsg.): *Debates sobre la teoría de la dependencia y la sociología latinoamericana*, pp. 639-682, San José 1979, EDUCA.

3 Siehe Evo Morales: En el pasado yo estaba contra las oligarquías, pero reconozco que fue un error porque necesitamos empresarios, in: *Econoticias*, 11/04/06 (<http://www.econoticiasbolivia.com/documentos/notadeldia/evoool.html>); sowie Evo Morales recibe el apoyo de Sarkozy a su política de reformas, in: *El País*, 17/02/2009 (<http://www.elpais.com>); En cooperación con Irán Evo quiere exportar energía nuclear, in: *Los Tiempos*, 30/10/2010. El Gasolinazo 2010 y sus consecuencias, in: *Pukara*, 01/2011 ([www.periodicopukara.com](http://www.periodicopukara.com)); Transgénicos: Comisión aprueba ley productiva, in: *Los Tiempos*, 10/06/11.

Bewegungen arbeitet, in ihnen, über sie oder der auf ihnen aufbaut? Es reicht nicht aus, die mit dem Prozess des Wandels identifizierten Subjekte zur monolithischen Einheit aufzurufen. Dies erklärt nicht die Diskrepanzen und Inkohärenzen, die Wiederherstellung von Hierarchien und Machtpositionen, die ebenfalls zu diesem Prozess des Wandels gehören, den wir durchleben. Es genügt auch nicht, die Kritiker/innen, die sich mit den Erklärungen des intellektuellen Establishments nicht zufrieden geben, unter Druck zu setzen. Die bestehenden Diskrepanzen zwischen sozialen Bewegungen und Staat werden als Spannungen zwischen Akteuren ein und desselben politischen Projekts betrachtet, solange es sich um die Aushandlung von Pakten und Übereinkünften zwischen regierungsnahen Organisationen und Regierungsfunktionären handelt. Doch wenn die Widerstände ihren Ursprung in unterschiedlichen politischen Projekten haben, werden diese Spannungen zu Widersprüchen. Dies ist neuerdings der Fall, wenn die Regierungspolitik auf den Widerstand einiger sozialer Sektoren prallt, die mit Sorge die Restauration von Ideologien, Argumenten und Praktiken zu erkennen glauben, die mit einem politischen Projekt, das sich selbst als demokratisierend, entkolonisierend und sogar sozialistisch bezeichnet, nicht vereinbar sind. Der Begriff »Prozess«, der angeblich die Differenz zwischen Regierungspolitiken und Erwartungen der Bevölkerung umklammern soll, ist ein ineffizientes Mittel, um das wachsende Bedürfnis, die Ausrichtung desselben zu diskutieren, zu ignorieren.

Die aktuellen politischen Tendenzen in der bolivianischen Wissenschaft und öffentlichen Meinung lassen sich auf zwei Positionen bringen: Die eine, staatszentristische, die das soziale Leben in Funktion der Bedürfnisse und Interessen der Staatsmacht denkt – welche aus einem nicht näher erläuterten Grund in dem Moment, wo sie aus Vertretern populärer Sektoren zusammengesetzt wurde, gleichsam automatisch aufgehört haben soll, die Herrschaftsverhältnisse zu reproduzieren – auch wenn der Staat in unserem Fall in seinem kolonialen, patriarchalen und kapitalistischen Kern nicht hinterfragt oder gar verändert wurde. Die zweite Tendenz ihrerseits entstaatlicht die Debatte, was jedoch nicht bedeutet, dass sie den Staat ignoriert, sondern sie nimmt die Rolle dieser Institution im Gegenteil sehr ernst in dem komplexen Geflecht von Dominanzverhältnissen, die uns durchdringen, und auch in den emanzipatorischen Projekten, die ebenfalls in ihrer Komplexität gedacht werden müssen. Doch ist der Ausgangspunkt hier die Emanzipierung der Gesellschaft, es geht also anstelle eines staatlichen Blicks auf Staat und Gesellschaft um einen sozialen Blick auf beides.

Dieser Beitrag, der sich vornimmt, anhand ausgewählter Fakten über die Reichweite, die Grenzen, und die Erweiterungsmöglichkeiten der Befreiungs- und Selbstbestimmungshorizonte der sozialen Kämpfe Boliviens zu reflektieren, ordnet sich jener zweiten Tendenz zu.

## Indigene an der Macht

Am frühen Morgen des 22. Januar 2006 strömten die Menschen zu Hunderten zur Plaza Murillo, jenem zentral gelegenen Platz in La Paz, der die wichtigsten Regierungsgebäude beherbergt und auch historisch der wichtigste Schauplatz politischer Auseinandersetzungen war. In einer Anzahl und mit einer Erwartung, die bis heute unübertroffen sind, drängten sich die Menschen in den Straßen rund um den Regierungspalast, um der Einführung von Evo Morales ins höchste Amt des Staates beizuwohnen. Die Tragweite dieses Ereignisses kann nur verstanden werden, wenn wir uns ins Gedächtnis rufen, wie tief Rassismus die bolivianische Politik geprägt hat und welche Erniedrigungen und Ausgrenzungen die indigenen und populären Teile der bolivianischen Bevölkerung erdulden mussten. Die indigene Bevölkerungsmehrheit war von den Sphären staatlicher Macht, den Offiziersrängen in der Armee, den Universitäten und der akademischen Welt, den »Territorien« von reichen Weißen oder Mestizen entweder ganz ausgeschlossen oder aber nur um den Preis der Subordination dort integriert. Sie hatte einen Prozess der Destrukturierung und Belagerung durchlebt, der sowohl Strategien unmittelbarer physischer Vernichtung beinhaltete, als auch solche des »Weißermachens« (*blanqueamiento*) und der Klassenentfremdung. In Kombination mit einigen historisch erkämpften ökonomischen und politischen Rechten wie Arbeitsrechten, dem Recht auf kostenlose Bildung und dem universellen Wahlrecht führten diese Strategien paradoxerweise dazu, dass gewisse Teile der populären Klassen es schafften, das für eine Beteiligung am politischen und gesellschaftlichen Leben notwendige Kapital zu akkumulieren, auch wenn diese Beteiligung stets gezwungen und defizitär war – und natürlich jederzeit der Möglichkeit eines Rassenvetos ausgesetzt.<sup>4</sup> Auf diese Weise haben die Indigenen, ganz gleich ob aus der Marginalisierung heraus oder nachdem sie sich in der bolivianischen Gesellschaft etwas besser positioniert hatten, ihre Abstammung und Kultur immer als einen Faktor der Minderwertigkeit erlebt, der ihre Überlebenschancen sowie ihre Aussichten auf soziale Mobilität einschränkte. Deshalb bedeutete die Tatsache, dass ein Indigener eines der höchsten Ämter im Land erreichte, einen starken politischen und symbolischen Bruch, der dieser Regierung

4 Ich spreche von einem Paradox, weil das, was gewöhnlich als soziale Errungenschaft dargestellt wird – beispielsweise die kostenlose Schulbildung –, zum Gegenteil des beabsichtigten Ergebnisses geführt hat. Zwar wurde der Zugang zu einigen gesellschaftlichen Bereichen demokratisiert, aber dies implizierte gleichzeitig Modernisierung und eine Abkehr vom indigenen Lebenswandel, also eine Art Klassenentfremdung und »Weißermachen«, das zwar nicht direkt mit der Rasse verknüpft war, aber doch mit kulturellen Praktiken. In Anlehnung an René Zavaleta könnte man sagen, dass diejenigen, die Lesen und Schreiben lernten, gegen ihr eigenes Land anlasen und anschrieben. Obwohl diese Tendenz nach wie vor vorherrscht, haben in den letzten Jahrzehnten einige Indigene ihre Präsenz in den Universitäten und deren Ressourcen genutzt, um die offizielle Geschichtsschreibung zu hinterfragen und eigenständige politische, historische und philosophische Interpretationen zu entwickeln. So entstand eine Schicht von indigenistischen und indianistischen Intellektuellen.

eine nie da gewesene anfängliche Legitimität verschaffte sowie eine Welle der Unterstützung ohnegleichen. Die Präsenz von Morales im Präsidentenamt ist nach wie vor das emblematischste Symbol des Prozesses, den wir erleben. Häufig ist es das einzige oder das am deutlichsten sichtbare, was insofern, als es nur einen Teil der Geschichte wiedergibt, auch eine Einschränkung darstellt, während die Heldentaten der sozialen Bewegungen immer mehr zu einem rein formalen Bezugspunkt werden, der an realer Präsenz verliert. Insofern kann man die Bedeutung der sozialen Aufstände zwischen 2000 und 2005 gar nicht genug betonen, da sie die Grundlage der aktuellen politischen Transformationen darstellen.

### **Ein Staat der sozialen Bewegungen?**

Fünf Jahre, nachdem populäre Volksvertreter/innen Staatsämter erlangt hatten, zogen einige indigene Anführer und Denker Bilanz. Mit ihrem an Metaphern reichen Wortschatz sagten sie: »Wir stellten uns den Staat wie eine Kartoffel vor, und unsere Aufgabe war es, wie Würmer in sie einzudringen und sie von innen auszuhöhlen, bis sie kaputt wäre. Doch was ist im Lauf der Jahre passiert? Der Kartoffel geht es blendend, und viele der Würmer sind tot.« Wir müssen uns die großen Erwartungen, die der Aufstieg der Indigenen in die Sphären der Politik weckte, noch einmal vor Augen führen, um die Fassungslosigkeit und Desillusionierung in Teilen der Gesellschaft angesichts der tatsächlichen Resultate dieses Aufstiegs verstehen zu können. Diejenigen, die da an die Macht gelangten, hatten die Erfahrung und das Wissen um die politischen Alternativen im Gepäck, die im Rahmen der sozialen Kämpfe entworfen worden waren. Um deutlich zu machen, was vorgefallen ist, werden wir einige Erfahrungen der indigenen Parlamentsabgeordneten in der Legislative, die heute in *Asamblea Plurinacional Legislativa* umbenannt wurde, von 2002 bis zum heutigen Datum wiedergeben.<sup>5</sup>

Bevor sie ins Parlament kamen, hatten die indigenen Abgeordneten politische Erfahrung als Aktivist/innen, in den Gewerkschaften oder in den Verantwortungsstrukturen ihrer Gemeinden erworben. Viele von ihnen hatten als Sprecher/innen sozialer Bewegungen, in traditionellen Gemeindeämtern oder im Lauf von Mobilisierungen ein reichhaltiges Wissen akkumuliert, mit dem sie nun ins Parlament

5 Grundlage dieser Arbeit sind drei zwischen 2002 und 2010 für die Friedrich-Ebert-Stiftung/ILDIS ausgeführte Forschungsaufträge über die Wahrnehmungen und Arbeitsergebnisse der indigenen Abgeordneten in den staatlichen Institutionen. Die erste dieser Arbeiten trägt den Titel *Balance de la presencia y la labor política de los parlamentarios indígenas en el congreso boliviano (2002–2005)*, die zweite *Relaciones de interculturalidad entre parlamentarios indígenas y no indígenas del parlamento boliviano (2006–2009)*, und die dritte *Balance de la presencia de los representantes de las circunscripciones especiales indígenas en la Asamblea Legislativa Plurinacional (2010)*.

kamen. Sie hatten nicht nur vor, diesen neuen Raum im Sinne der gesellschaftlichen Forderungen zu nutzen, sondern hofften auch, die parlamentarischen Dynamiken selbst zu transformieren, indem sie ihre eigenen politischen Praktiken dort einführten, beispielsweise die Ämterrotation und die Entscheidungsfindung im Rahmen von Vollversammlungen per Konsens. Doch spürten sie von Anfang an, dass dies eine andere politische Welt war, in der Raum, Zeit und Sprache anders gebraucht wurden als in den Dorfversammlungen und Dorfräten. »Als ich zur ersten Sitzung kam, hatte ich ein paar Tüten Cocoblätter dabei, die ich überall verteilte. Daraufhin tauchten auf den Klos natürlich ausgekaute Cocoblätter auf, was viele Leute schrecklich fanden.«<sup>6</sup> Die Art und Weise der politischen Auseinandersetzung war doppeldeutig, voll von scheinbaren Konfrontationen, die plötzlich verrauchten, wenn die Zeit gekommen war, die wirklichen Komplizitäten ans Licht zu bringen. Diese bestanden darin, auf derselben Seite des Spielfelds zu stehen, also in einem Raum, von dem aus man Macht ausübte, und wo die Tatsache, ob man oppositionell oder regierungstreu war, nichts daran änderte, dass man dieselben Spielregeln befolgte, und nicht den Korpsgeist derer brechen konnte, die letztlich voneinander wussten, dass sie dieselben Privilegien teilten: »Es war unglaublich, in den ersten Tagen verstand ich gar nichts. Ich verstand nicht, warum sie sich im Parlament beschimpften, um sich dann draußen mit Handschlag zu verabschieden. Wenn mich jemand beschimpft, dann gebe ich ihm nicht die Hand, eben weil er mich beschimpft hat. Das war also die Politik: Drinnen beschimpfst du dich, und draußen tust du so, als sei nichts gewesen.«<sup>7</sup>

Diese zwei unterschiedlichen Formen, die Politik zu verstehen, prallten auch im Umgang mit den parlamentarischen Verfahrensweisen für das Einbringen und die Verabschiedung von Gesetzesvorhaben aufeinander. Das notwendige Kapital, um sich in diesem Raum frei bewegen zu können, sind der Umgang mit Sprache und der Überblick über die gesetzlichen Fristen, die mit verschiedenen bürokratischen Hürden inklusive ihrer jeweiligen Ordnung und ihren Hierarchien verknüpft sind. Diese unterscheiden sich erheblich von den Prozessen der Entscheidungsfindung in Gewerkschaftsstrukturen oder Gemeinderäten, wo die Anwesenheit und Kontrolle der Basis eine wichtige Rolle spielen. »Das Parlament ist bürokratisch, das Parlament ist in Ausschüsse und Kommissionen aufgeteilt. Ein Gesetzesvorhaben wird zuerst im Großen und Ganzen angenommen, dann geht es in den Ausschuss, und der muss dann die Exekutive fragen, ob das so geht oder nicht geht. Das Ganze dauert Jahre. Mein Gesetzesvorschlag (...) beispielsweise hat über zwei Jahre in An-

6 Patricia Chávez: Balance de la presencia y la labor política de los parlamentarios indígenas en el congreso boliviano (2002–2005). Forschungsbericht für ILDIS, 2005.

7 Dies.: Balance de la presencia de los representantes de las circunscripciones especiales indígenas en la Asamblea Legislativa Plurinacional. Forschungsbericht für ILDIS, 2010.

spruch genommen. Um eine einfache Unterschrift der Vorsitzenden zu bekommen, nur eine Unterschrift, dauert das Monate. Deshalb sage ich, das Parlament ist bürokratisch.«<sup>8</sup>

Auf der anderen Seite sind die indigenen Abgeordneten mit einer Reihe von symbolischen Kämpfen um den Erhalt ihrer Identität konfrontiert, oder damit, sich einen Platz zu erobern, ohne sich mit den Randpositionen zufriedenzugeben, die ihnen üblicherweise zugewiesen werden. Einer dieser Konflikte bezieht sich beispielsweise darauf, welche Sprache man spricht, wenn man in einer Plenarsitzung das Wort ergreift. Anfänglich weckte die Einführung eines simultanen Dolmetschsystems große Hoffnungen, doch wurde dieses bald nicht mehr benutzt, weil deutlich geworden war, dass die Sprache der Politik nun einmal das Spanische ist. Es ging gar nicht darum, ob simultan gedolmetscht wurde oder nicht, sondern darum, dass der Sinn und die Bedeutungen der Politik von der Repräsentationswelt des Spanischen durchdrungen sind und dass es für die indigenen Sprachen sehr schwierig war, diese Hürde zu überwinden. »Da müssen wir ganz ehrlich sein, die *hermanos* haben sich sehr wenig beteiligt. Sie konnten vielleicht nicht in ihrer eigenen Sprache sprechen, von ihrer eigenen Kultur aus. Was im Parlament sehr deutlich wurde, ist dass dort die spanische Sprache vorherrscht. Es ist dennoch gelungen, ein paar Reden zu halten, aber sehr wenig.«<sup>9</sup>

Auch wo es um die Kleidung ging, um die Verwendung indigener Machtinsignien oder in der Zurschaustellung von Bildungskapital – wie beispielsweise akademischen Titeln – tauchten ähnliche Probleme auf, weil die indigenen Abgeordneten sich einerseits veranlasst sahen, ihrer Kultur »Respekt zu verschaffen«, andererseits brachten ihnen diese Praktiken oft Nachteile ein oder setzten sie der Diskriminierung aus. »Also es gibt ziemlich viel Rassendiskriminierung, allein die Wachleute. Sie schauen dir ins Gesicht, du bist indio, also wirst du durchsucht. Aber einem weißen, blauäugigen Glatzkopf passiert das nicht.«<sup>10</sup> Ein anderer: »Ich habe ein sehr großes Selbstbewusstsein, deshalb kann ich keinesfalls sagen, dass ich mich weniger wert gefühlt habe. Außerdem mache ich einen Skandal, wenn man mir meinen Platz nicht gibt, denn ich gebe allen ihren Platz.«<sup>11</sup>

Auch wenn die offene rassistische Diskriminierung aufgrund des Biotyps oder der kulturellen Praktiken immer weniger toleriert wird, rekonfiguriert sich die Exklusion beispielsweise in den Anforderungen an akademische Titel, die das Vorhandensein bestimmter Formen von Wissen bestätigen sollen. So konnten viele Abge-

8 Dies.: Balance de la presencia y la labor política de los parlamentarios indígenas en el congreso boliviano, op. cit.

9 Dies.: Relaciones de interculturalidad entre parlamentarios indígenas y no indígenas del parlamento boliviano (2006–2009). Forschungsbericht für ILDIS, 2009.

10 Dies.: Balance de la presencia y la labor política de los parlamentarios indígenas en el congreso boliviano, op. cit.

11 Dies.: Balance de la presencia de los representantes de las circunscripciones especiales indígenas en la Asamblea Legislativa Plurinacional, op. cit.

ordnete aufgrund fehlender akademischer Qualifikation keine wichtigere Rolle einnehmen. Bemerkenswerterweise sind es vor allem Frauen und Indigene, denen dieses Kapital fehlt, von denen es dann heißt, sie müssten zunächst einmal tiefergehende Bildungsprozesse absolvieren. Dies macht deutlich, wie schwer es ist, die in den sozialen Kämpfen und der gesellschaftlichen Organisation erworbenen Fähigkeiten in Trümpfe für die parlamentarische Politik umzuwandeln. Besonderes Augenmerk verdient hier die Lage der Frauen, die zumindest numerisch nun in der Legislative besser vertreten sind – doch besetzen sie nach wie vor meist die Stellvertreterposten, und sie müssen sich notgedrungen innerhalb der hegemonialen Formen politischen Handelns bewegen, die nach wie vor männliche Dominanz implizieren: »Gut, in reinen Männerdomänen gab es immer Machismo, so verhandeln sie eben, aber wir Frauen kämpfen weiter und sind auch perfekt koordiniert. Die Schwierigkeit besteht darin, dass wir als Stellvertreterinnen unseren Willen und unsere Entscheidungen nicht durchsetzen können, weil ein anderes, männliches Denken immer vorgelagert ist, das einfach anders funktioniert als bei uns Frauen.«<sup>12</sup> Man könnte schlussfolgern, dass der neue, plurinationale Charakter der heutigen Staatsgewalten Boliviens im Grunde pluripatriarchal ist, da zwar die verschiedenen Kulturen darin ihren Ausdruck finden, aber stets in ihrer männlichen Ausprägung. Das bestätigt auch die Tatsache, dass alle offiziellen parlamentarischen Vertreter der insgesamt sieben indigenen Gebietskörperschaften des Tieflands<sup>13</sup> Männer sind, während ihre jeweiligen Stellvertreterinnen weiblich sind.

Die indigenen Abgeordneten sprechen von Spannungen zwischen ihren Erwartungen und den Grenzen, die das staatliche Format ihnen auferlegt. Manche sind von ihren Abgeordnetenposten zurückgetreten, weil sie fanden, dass diese spezielle Dynamik sie zwang, sich zwischen zwei Welten zu entscheiden: »Schau, man kann entweder Parlamentarier sein und kein sozialer Anführer oder aber sozialer Anführer und kein Parlamentarier. Denn ansonsten hat man eine Doppelrolle: Morgens muss man in den Ausschüssen arbeiten und nachmittags zu den Sitzungen gehen, und du vernachlässigst deine Bauerngewerkschaft, die ganzen damit zusammenhängenden Aufgaben. Du musst dich entscheiden, und ich habe mich entschieden. Ich bin zurückgetreten und bin nun wieder Gewerkschaftsführer.« Andere wiederum haben noch eine Erwartungshaltung, aber sie spüren schon, dass sie sich früher oder später dieser Entscheidung werden stellen müssen, wenn sie gegenüber der sozialen Herkunft ihrer Macht loyal bleiben wollen. Ein Parlamentarier sprach davon, sich zwischen der Linie von Tupac Amaru zu entscheiden, der paktiert hat und die Ungleich-

12 Ebenda.

13 Im neuen bolivianischen Parlament sind sieben Sitze per Quote für indigene Abgeordnete des Tieflands vorgesehen, was Anlass zu intensiven politischen Debatten gab, da die neue Verfassung die Existenz von insgesamt 36 indigenen Völkern anerkennt (Anm. d. Hrsg.).

heitsmaschinerie des Staates akzeptiert hat, und der Linie von Tupac Katari, der radikaler war und sie in Frage stellte: »Es gibt im Rahmen des revolutionären Prozesses zwei Thesen: Tupac Amaru hat um Versöhnung gebeten. Aber Tupac Katari war viel radikaler und verfolgte eine tieferegehende Machtübernahme durch die indigenen Völker. Also stellt sich die Frage, welcher dieser Thesen wir anhängen, welcher der Präsident anhängt.«<sup>14</sup>

Im Grunde kreist die Debatte um den Begriff der Macht, insbesondere der Staatsmacht, und um die Frage, ob es möglich ist, diese zu verändern oder ihre radikale Demokratisierung zu erzwingen, die dann auf die gesamte Gesellschaft ausstrahlen würde. Die indigenen Abgeordneten kommen zu dem Schluss, dass der Staat ein wichtiger Raum ist, um einen Schutzschild für die ärmsten und diskriminiertesten Teile der Gesellschaft zu konsolidieren, der hauptsächlich in der Errungenschaft verschiedener Rechte besteht. Aber sie spüren auch, dass das nicht ausreichend ist, und dass sie nicht nur einer institutionellen Struktur gegenüberstehen, die dem Wandel einfach widersteht, sondern dass diese sogar Mittel und Wege findet, um ihre klassistischen, kolonialen und patriarchalen Herrschaftsmechanismen zu rekonstituieren, auf der Grundlage der Unterwerfung und Refunktionalisierung jener Kräfte, die darauf aus sind, sie in Frage zu stellen. Insofern ist es möglich, bestimmte Räume zu erobern oder bestimmte Politiklinien, aber alles, was den Charakter des Staates selbst anbelangt, also die zentralen Fragen, bleibt unberührt. Eine Abgeordnete aus einem Departement drückte es so aus: »Wir sind zwar an die Regierung gekommen, aber wir haben keine Macht.« Daher rührt der ständige Verdruss an der Basis, die zusehen kann, wie ihre Vertreter/innen sich tendenziell von ihr entfernen, von ihrer politischen Ethik, und wie sie in der Regel stecken bleiben in einem Labyrinth aus Normen, Reden und Verhandlungsprozessen, die sie immer weiter von den sozialen Impulsen entfremden.

Das bedeutet also, dass die Tatsache, dass Vertreter/innen populärer Sektoren die Machtstrukturen des Staates erobern, nicht unbedingt bedeutet, dass letztere sich verändern, sondern im Gegenteil, dass erstere möglicherweise zu Handlagern jener Logiken gemacht werden, die sie bislang immer ausgeschlossen haben. Deshalb ist die Frage nach der Bedeutung der Macht eine, für die rein theoretische und formale Überlegungen nicht ausreichen. Sie stellt sich dringlich für diejenigen, die den Transformationsprozess am eigenen Leib erleben, die neue Argumente und Überzeugungen brauchen, um täglich ganz konkrete Entscheidungen zu treffen, um herauszufinden, auf welche Seite das Pendel letztlich ausschlägt, auf die Seite des Staates oder der gesellschaftlichen Ziele.

14 Chávez: Relaciones de interculturalidad entre parlamentarios indígenas y no indígenas del parlamento boliviano, op. cit.

## **Ein neuer Moment relativer Autonomie gegenüber dem kolonialen Staat?**

Die Anwesenheit von indigenen und populären Abgeordneten in der Legislative ist als ein tatsächlicher und offensichtlicher Wandel interpretiert worden, der sich innerhalb des kolonialen Staates ereignet hat. Die bloße Tatsache, in staatlichen Machträumen »angekommen zu sein«, in Sphären »präsent zu sein«, die sie zuvor abwiesen, erscheint diesen Abgeordneten als eine Errungenschaft. In diesem Sinn erscheint es tatsächlich so, als habe der Staat an kolonialer Substanz eingeübt. Doch lässt die Begeisterung über diese Errungenschaft leicht aus dem Blick verlieren, dass es gleichzeitig starke Kontinuitäten des kolonialen Regimes gibt. Dies zeigt sich daran, dass den liberal-kolonialen Verfahrensweisen, Normen, Zeitregimes, Logiken und Symboliken definitiv Vorrang gegeben wird vor den Versuchen der indigenen Parlamentarier/innen, diese zu rekonfigurieren, ausgehend von Praktiken, die ihrer kommunitären und gewerkschaftlichen politischen Erfahrung entspringen. Und trotz der symbolischen Kämpfe, die in der Legislative geführt werden, setzen sich letztlich doch die staatliche und die Parteidisziplin durch. Und wenn letztere auch irgendwie die Absicht zeigen, das indigene Element mit einzubeziehen, so geschieht dies immer nur in partieller oder untergeordneter Form, da das Allgemeine, das Kollektive und das Universelle nach wie vor um ein Zentrum und ein Oben kreisen, und dieses ist der Staat, der nach wie vor das Vorrecht hat, die anderen Kulturen, die anderen Subjekte, »anzuerkennen« oder zu »integrieren«.

Ein Staat, der sich in seinen formalen Mechanismen, in den Interessen, die er verteidigt und in der Zusammensetzung seiner Gesellschaftsbeziehungen – die korpuskular und alltäglich sind – nach wie vor in kolonialer, klassenmäßiger und patriarchaler Weise reproduziert. Die Kämpfe in diesen Bereichen, insbesondere im parlamentarischen, den dieser Text genauer beleuchtet hat, entwickeln sich tendenziell zu einem neuen Moment relativer Autonomie vom Kolonialstaat, in der die Personen, ihre Projekte und Hinterfragungspotentiale absorbiert werden und letztlich zu einer Neuzusammensetzung des Staates selbst beitragen. Der Staat lässt sich also weder fragmentieren noch entkolonisieren, sondern er fragmentiert und kolonisiert seinerseits die Kräfte, die ihn in Frage stellen.

## **Reicht eine Politik der Anwesenheit aus?**

Um die bestehenden Ungleichheitsstrukturen und -beziehungen praktisch zu hinterfragen, reicht es nicht aus, in der herrschenden Institutionalität einfach anwesend zu sein. Verschiedene indigene und populäre Volksvertreter/innen glauben nach wie vor, dass die staatlichen Strukturen entkolonisiert werden können, wenn auch ihrer

eigenen Wahrnehmung zufolge die entgegengesetzte Tendenz überwiegt. Demzufolge ist es notwendig, diese Anwesenheit im Hinblick auf eine Transformation neu zu bestimmen, eine Transformation, die weitergeht als die Absicht der bloßen Inklusion in eine bestehende Herrschaftsachse, sondern sich vielmehr vornimmt, eine andere Institutionalität zu schaffen, die Gleichheit herstellt und die Brennpunkte der Ungleichheit auflöst. Dies ist sehr problematisch und wirft mindestens zwei Fragen auf. Zunächst: Was ist unter Transformation des Staates zu verstehen? Staatsreform oder Auflösung des Staates? Denn es ist ein Unterschied, ob man auf eine Institutionalität zusteuert, die sich rund um das Staatliche organisiert, oder auf eine, die sich selbst jenseits des Staates verortet. Ein Prozess, der beansprucht, sozialistisch und entkolonisierend zu sein, muss diese Frage beantworten. Und die zweite Frage: Kann der Staat vom Staat aus entkolonisiert, reformiert oder aufgelöst werden? Wenn er ein neutrales Instrument wäre, das in jedweder Hand seinen Nutzen entfaltet, wäre die Antwort ja. Doch wenn der Staat eine Instanz ist, die aus sich selbst heraus Herrschaftsverhältnisse reproduziert und dominante Interessen stützt, wäre die Antwort nein. Die Erfahrungen und Eindrücke der indigenen Abgeordneten fluktuieren im Spannungsfeld zwischen diesen beiden Polen.

### **Autonome gesellschaftliche Bereiche**

Ausgehend von diesen beiden Punkten stellt sich zudem die Frage, ob der Staat Subjekt oder Raum von Transformation und Emanzipierung sein kann. Es geht darum, den Charakter des Staates selbst zu diskutieren, seine historische Funktion. Wenn der moderne Staat strukturiert wurde, um bestimmte Herrschaftsbedingungen aufrechtzuerhalten und zu reproduzieren, die für die Kapitalakkumulation notwendig waren, darunter die Ungleichheit von Rasse, Klasse und Geschlecht, sollte sich die Debatte um Transformation denn dann weiterhin auf den Staat konzentrieren? Raquel Gutiérrez zufolge müssen die Sozialwissenschaften und die Philosophie sich der Herausforderung stellen, die Diskussion zu dezentrieren, die Debatte zu entstaatlichen und sie im gesellschaftlichen Bereich neu zu verorten. Es täte sozusagen eine kopernikanische Revolution<sup>15</sup> Not, in der die Achse der Diskussion nicht mehr darum kreist, was der Staat tut, sondern darum, was die Gesellschaft tut, um die staatlich gesetzten Horizonte zu überschreiten. »Ich denke, dass die Frage falsch gestellt ist, wenn sie vom Staat aus gestellt wird. Denn es geht darum, wie die Gesellschaft ihren Entkolonisierungsprozess voranbringen kann und was der Staat tun könnte, um die Entkolonisierungsprozesse, die in der Gesellschaft losgetreten wer-

15 Raquel Gutiérrez: *Los ritmos del Pachakuti*, La Paz 2008.

den, zu fördern. Wer ist das Subjekt der Handlung, der Staat oder die Gesellschaft? Die Gesellschaft natürlich.«<sup>16</sup>

Dorthin müssen die Aktionen und Debatten über Transformation zurückgetragen werden, durch die Schaffung und Rückeroberung autonomer sozialer Räume, in denen Strategien, Agenden und Problematiken unabhängig vom staatlichen Blick und den theoretischen und praktischen Bedürfnissen des Staates entwickelt werden können.

*Deutsch von Miriam Lang*

16 Interview der Autorin mit Raquel Gutiérrez, 2008.

## Politische und Wirtschaftsdemokratie in der Bürgerrevolution

Im Januar 2007 trat ein junger Wirtschaftswissenschaftler mit radikalem Diskurs in Ecuador sein Amt als Staatspräsident an. Er versprach, die »lange, traurige Nacht des Neoliberalismus«, die in der Politik Ecuadors geherrscht hatte, zu verbannen und eine Epoche wirklich repräsentativer, sehr viel partizipativerer Demokratie einzuläuten. Fast fünf Jahre nach seinem Wahlsieg kann man einen Soll-Ist-Vergleich anstellen und Bilanz ziehen. Ich vertrete die Meinung, dass die Regierung weiterhin eine Wirtschaftspolitik betreibt, die sie vom orthodoxen, neoliberalen Ansatz distanziert, dass sie die staatliche Präsenz in der Wirtschaft stärkt und umverteilende sozialpolitische Maßnahmen durchführt. Dennoch ist ihre Politik zur Stärkung der Rolle des Staats sowohl konzeptionell als auch praktisch auf ein staatszentriertes Politikverständnis gegründet. Dieses spricht den sozialen Organisationen, welche die Regierung anfangs unterstützten, nicht nur jegliche Anerkennung ab, sondern neigt sogar dazu, sie systematisch zu schwächen. Am Ende dieses Artikels wird man leichter verstehen, warum diese gesellschaftlichen Organisationen und linken Kräfte, die die Regierung anfänglich unterstützt hatten, sich allmählich von ihr distanzieren haben.

### Mehr Gewicht für den Staat

Es handelt sich um eine Regierung, deren Strategie und Grundsatzprogramm auf der Wiederherstellung der Rolle, des Gewichts und der Autorität des Staates beruhen. Die entsprechenden Zahlen sprechen Bände: Der Staatshaushalt ist von sechs Milliarden US\$ im Jahr 2006 auf 21 Milliarden im Jahr 2011 gestiegen. In vier Jahren wurden öffentliche Ausgaben von insgesamt 74 Milliarden US\$ getätigt, das übersteigt die Summe, die frühere Regierungen in 14 Jahren ausgegeben haben.<sup>2</sup> Die staatlichen Einnahmen sind von 4,522 Milliarden im Jahr 2006 auf 7,800 Milliarden in 2010 gestiegen; zusätzlich stiegen auch jene Steuern, die am ehesten zur Umverteilung beitragen: Die direkten Steuern (die Einkommenssteuer als progres-

1 Pablo Ospina ist Dozent für soziale und globale Studien der *Universidad Andina Simón Bolívar*, Forscher am *Instituto de Estudios Ecuatorianos* und aktives Mitglied der *Comisión de Vivencia, Fe y Política*.

2 Diego Mancheno: La economía política y la política económica del gobierno: ¿ilusión o realidad? In: *La Tendencia. Revista de Análisis Político*, Nr. 11. Quito: FES-Ildis/CAFOLIS. Feb-März 2011, pp. 77-78.

sive Steuer) machen nun nicht mehr nur 26 Prozent des Steueraufkommens aus wie 2002, sondern lagen 2010 bei ganzen 40,7 Prozent. Die öffentlichen Sozialausgaben stiegen von 4,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2006 auf 8,1 Prozent in 2009, 2010 entsprachen sie immerhin noch 7,9 Prozent.<sup>3</sup> Damit konnten die Gehälter von Lehrern, Ärzten, Polizisten und Beamten erhöht sowie Schulmaterial, Ausrüstungsgegenstände und Uniformen für das öffentliche Schulwesen finanziert werden. Die Patienten der staatlichen Krankenhäuser und Krankenstationen werden nun kostenlos behandelt, eine Maßnahme, die die Nachfrage in die Höhe schießen ließ. Aus 14,3 Millionen Arztbesuchen pro Jahr wurden 34,6 Millionen.<sup>4</sup> Auch die öffentlichen Bauten, das heißt die Investitionen in Infrastruktur, stiegen beträchtlich, vor allem im Straßenbau: Laut Regierungsberichten sind mit einer Investition von fast drei Milliarden US\$ in vier Jahren 6 000 Straßenkilometer in Stand gesetzt worden.<sup>5</sup> Man kann also zusammenfassend sagen, dass sich der Staat mit seinen Interventionen und Umverteilungsmaßnahmen aktiv in der Wirtschaft positioniert hat. Das Modell ist natürlich durch die für das Wachstum der öffentlichen Ausgaben verfügbaren Mittel begrenzt. Es gibt Beweise dafür, dass die Regierung diese Grenze schon überschritten hat.<sup>6</sup>

- 3 Daten aus Alberto Acosta und Juan Ponce: La pobreza en la »revolución ciudadana« o ¿pobreza de la revolución?, in: Ecuador Debate 81, Quito: CAAP. Dezember 2010, pp. 8-9; Discretos resultados con grandes recursos, in: El Comercio, 15. Januar 2011; Especial, 4 años después, p. 16, und Impuestos: más eficiencia, transparencia y justicia, beides in: Gestión, economía y sociedad. Sonderausgabe, Nr. 200 (Februar 2011), p. 53.
- 4 María Belén Arroyo, Darwin Borja und Santiago Aguilar: Hospitales públicos, radiografía de un enfermo crónico, in: Vistazo. Nr. 1046, 24. März 2011, p. 32. Die Finanzkrise nahm derartige Ausmaße an, dass im Januar 2011 angesichts der Versorgungskrise im Gesundheitswesen die Regierung eine Steuererhöhung (MwSt. auf Medikamente, fünf Prozent Steuer auf Sonderkonsum für Anrufe auf Handys, und Erhöhung der Alkohol- und Tabaksteuer) ankündigte, um 400 Millionen US-Dollar für die Finanzierung der Medikamente in den öffentlichen Krankenhäusern zu beschaffen. Ergänzt wurde dies durch die vorgeschlagene Einführung sog. grüner Steuern für den Autoverkehr (sowie weiterer kleiner Steuern), ebenfalls für den Gesundheitsbereich (Ecuador ve nuevos impuestos »verdes« para mejorar sector de la salud, in: El Universo, 13. Juni 2011).
- 5 Dos obras emblemáticas fueron inauguradas en estos cuatro años, in: El Comercio, 15. Januar 2011, p. 12.
- 6 Die Regierung hat schon alle während des Neoliberalismus angesammelten Finanzmittel ausgegeben, auf mehr Mittel der Sozialversicherung zugegriffen und von China Darlehen bezogen, die mit Erdöllieferungen über acht Jahre abgesichert wurden. Mit diesen Krediten ist die Auslandsverschuldung von 7,393 Milliarden US-Dollar Ende 2009 (ca. 14,2 Prozent des BIP) auf 8,509 Milliarden US-Dollar im Jahr 2010 (ca. 15,2 Prozent des BIP) gestiegen. Zudem hat die ecuadorianische Sozialversicherung Instituto Ecuatoriano de Seguridad Social (IESS) mehr als eine Milliarde staatliche Schuldverschreibungen erworben. Diese und andere Geschäfte führten zu einem erheblichen Anstieg der internen Staatsverschuldung, die sich von 2,842 Milliarden US-Dollar Ende 2009 (ca. 5,5 Prozent des BIP) auf 4,665 Milliarden US-Dollar im Jahr 2010 (ca. 8,2 Prozent des BIP) erhöhte« (Estudio económico de América Latina y el Caribe 2010–2011. Ecuador. Santiago de Chile 2011: CEPAL, p. 2).

## Demokratisierung der Sozial- und Wirtschaftspolitik

Während der ersten zwei Regierungsjahre gab es Anzeichen eines »wirtschaftlichen Nationalismus«. Er bestand nicht aus der Ausweisung transnationaler Unternehmen, sondern im maximalen Ausreizen der Verhandlungen mit ihnen. So führte im Mai 2008 die Neuverhandlung der Verträge mit den ausländischen Mobiltelefonanbietern dazu, dass CONECEL, das größte Unternehmen mit Handelsnamen PORTA, akzeptierte, für die Konzessionsrechte anstatt 144 Millionen US\$ 480 Millionen zu zahlen. Die spätere Neuverhandlung der Erdölverträge erbrachte eine beträchtliche Reduzierung der privaten Erdölförderung und eine verbesserte Produktion der staatlichen Gesellschaft PETROECUADOR. Im Juli 2009 kündigte das französische Unternehmen PERENCO nach der Beschlagnahmung von Erdöl durch den ecuadorianischen Staat seinen Rückzug an. Damit folgte es der US-amerikanischen Erdölgesellschaft CITY, die im November und Dezember 2007 Gerichtsverfahren angestrengt hatte, um ihren Vertrag und einen Verfallsantrag neu auszuhandeln und am Ende das Land verließ. Auch die Produktion des von der brasilianischen Petrobras betriebenen Förderblocks 31 ging auf das nationale Erdölunternehmen über. Im August 2009 kündigte die ecuadorianische Regierung an, dass sie alternative Schlichtungsmechanismen zum CSID (*International Centre for Settlement of Investment Disputes*<sup>7</sup>) suche, und schloss sich dann im Juli der *Alternativa Bolivariana de las Américas* (ALBA) an.

Der erhebliche und positive Anstieg der öffentlichen und Sozialausgaben hat jedoch nicht die erwarteten Ergebnisse erbracht. Eine vor kurzem durchgeführte Evaluierung der Armutsminderung hat gezeigt, dass sich die Rückgangsrate in den Jahren 2006 bis 2010 im Vergleich zu den Jahren nach der Krise 2000 verlangsamt hat. Während sich die Armutsrate von 2000 bis 2005 von 64,7 Prozent auf 41,9 Prozent verringerte, erfolgte der Rückgang von 2006 bis 2010 nur von 37,4 Prozent auf 35,8 Prozent.<sup>8</sup> Nach Meinung der Verfasser des Berichts ist das vor allem darauf zurückzuführen, dass nach einer großen Wirtschaftskrise (wie der von 1998–1999 in Ecuador) die Armut sehr viel schneller zurückgeht, sich dieser Rhythmus dann aber eindeutig verlangsamt, wenn nicht die strukturellen Faktoren, die die Armut bedingen, zum Beispiel die Verteilung der Produktionsmittel, angegangen werden. Außerdem ist es bekanntermaßen ja so, dass sich soziale Investitionen in das Gesundheits- und Bildungswesen erst mittel- und langfristig niederschlagen. Dafür muss eine Generation lang kontinuierlich und nachhaltig in diesem Bereich gearbeitet werden.

7 Ecuador impulsará creación de centro de arbitraje alternativo al Ciadi, in: El Comercio, 3. August 2009.

8 Acosta und Ponce: La pobreza en la »revolución ciudadana«, op. cit., p. 13. Bei den Indigenen ist die Lage schlechter: Die extreme Armut soll während der Bürgerrevolution um zehn Prozentpunkte zugenommen haben.

Auch die Veränderungsrate der Ungleichheit stagniert. Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts war im Hinblick auf die Verringerung von Armut und Ungleichheit sehr viel positiver als die 1990er Jahre in ganz Lateinamerika. In Ecuador ist (zumindest im Hinblick auf die Ungleichheit in den Städten, für die es vergleichbare Daten gibt) jedoch zu beobachten, dass die Verbesserungsrate nach 2006 abgenommen hat. Während der GINI-Koeffizient sich von 58 im Jahr 2000 auf 51 in 2006 verbesserte, lag er 2010 doch noch bei 50.<sup>9</sup>

Hinter diesen Ergebnissen verbirgt sich kein großes Geheimnis. Die Regierung ist sich selbst über die Grenzen einer Umverteilungspolitik im Klaren, die sich ausschließlich auf kompensatorische soziale Maßnahmen oder gemäßigte Steuererhöhungen stützt (der Höchststeuersatz für natürliche Personen in Ecuador beträgt 35 Prozent des Jahreseinkommens). Im Regierungsplan 2009–2013, »Plan für ein erfülltes Leben« genannt, heißt es, dass sich in der »ersten Phase«, das heißt den ersten vier Jahren, die Transformation des Akkumulationsmodells auf die *Verteilung* konzentriert:

Die erste Phase ist in Bezug auf die Akkumulation im Sinne der Abhängigkeit von den Primärgütern zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft eine Übergangsphase. Das gilt jedoch nicht im Hinblick auf die Umverteilung, die als Kern der Transformation in dieser Phase und allgemein der gesamten Strategie betrachtet wird.<sup>10</sup>

Um »verteilend zu produzieren« und »produzierend zu verteilen«,<sup>11</sup> müssen die *Produktionsfaktoren* zwangsläufig *demokratisiert werden*. Mit den Worten des Plans für ein erfülltes Leben (Strategie 1, »Demokratisierung der Produktionsmittel, Umverteilung des Reichtums und Diversifizierung der Eigentums- und Organisationsformen«) kann ohne Eingriff in die strukturellen Faktoren der Ungleichheit keine gerechtere Gesellschaft aufgebaut werden: Die ecuadorianische Regierung hat sich die Aufgabe gestellt, einen nachhaltigen Demokratisierungsprozess der Produktionsmittel unter besonderer Berücksichtigung von Land, Wasser und der Produktionsmittel, die ihre gesellschaftliche Funktion nicht erfüllen, voranzutreiben. Die vorliegende Strategie richtet sich vor allem auf den landwirtschaftlichen Sektor, in dem die Wirkungen der neoliberalen Politik insofern extrem schädlich waren, als sie die Konzentration von Land und Wasser in den Händen weniger intensivierten, die öffentliche Institutionalisierung und die Rolle des Staates als Regulator und Umverteiler zunichte machten, den kleinen Bauernwirtschaften die Luft nahmen, indem sie sogar die bäuerlichen Kleinproduzenten von ihrem Land vertrieben und sie zu

9 Umfragen zur Beschäftigung und Arbeitslosigkeit: mehrere Jahre. INEC, in: Juan Ponce: Desigualdad del ingreso en Ecuador: un análisis de los años 1990s y 2000s, Quito 2011: FLACSO, nicht veröffentlicht, p. 4.

10 República del Ecuador, Secretaría Nacional de Planificación y Desarrollo: Plan Nacional para el Buen Vivir 2009–2013: Construyendo un Estado Plurinacional e Intercultural, Quito 2009, p. 96.

11 So interpretiert René Ramírez (Socialismo del sumak kawsay o biosocialismo republicano, in: SENPLADES: Los nuevos retos de América Latina: Socialismo y sumak kawsay, Quito 2010, S. 64) den Inhalt der Artikel 276 und 284 der Verfassung, die die Ziele des Entwicklungssystems und der Wirtschaftspolitik abhandeln.

Migranten oder Lohnempfängern machten, und zu einer wachsenden Polarisierung von Land und Stadt führten.<sup>12</sup>

Das wirtschaftlich heterodoxe Vorgehen der Regierung bleibt bei dieser Aussage, die dem Regierungsplan *Plan de Gobierno 2009–2013* entnommen ist, stehen. Hier verläuft ihre symbolische und praktische Grenze. Es ist ein unleugbarer Verdienst der Regierung, darauf hingewiesen zu haben, dass die Verteilung von Land und Wasser notwendig und wünschenswert ist. Praktisch keine Regierung hat dies in den letzten 30 Jahren jemals erwähnt. Aus der linken Perspektive betrachtet können die Absichten und Vorschläge des Plans für das erfüllte Leben nicht ehrenhafter sein. Selbst wenn man die Bedeutung dieser Erklärungen zugunsten einer auf Umverteilung basierenden Wirtschaft nicht unterschätzen kann und soll, ist es in Wahrheit so, dass die Grenze keinen Zentimeter weitergerückt ist: Die Regierung hat auf diesem Gebiet keine Fortschritte gemacht. Man braucht nur einen kurzen Blick auf die landwirtschaftlichen Umverteilungen zu werfen, denen der Plan für ein erfülltes Leben so große Bedeutung beimisst, um diesen Punkt zu untermauern.

Nach zwei Landwirtschaftsministern, die eine sehr konservative Sektorpolitik betrieben hatten, ernannte die Bürgerregierung im August 2009 Ramón Espinel. Für den neuen Minister war die von selbständigen Bauern getragene Landwirtschaft zentral für die Entwicklung eines alternativen Landwirtschaftsmodells, da die kleinbäuerliche Produktion dank ihrer Wirkung auf die Beschäftigung, Nahrungsmittelversorgung für den Binnenmarkt, den besseren Schutz und die nachhaltige Nutzung der Biodiversität gesellschaftliche und wirtschaftliche Vorteile bietet. SENPLADES (Planungssekretariat) und MAGAP (Landwirtschaftsministerium) entwarfen einen *Plan Tierras* (Landplan). Bei der dafür erstellten Diagnose wurden ungefähr eine halbe Million Familienbetriebe ohne eigenes Land und etwas über eine halbe Million Betriebe identifiziert, die besseren Zugang zu Land brauchen.<sup>13</sup>

Die Ziele des Plans waren ehrgeizig. Obwohl es im SENPLADES-Dokument nicht erwähnt wird, teilten die politischen Sprecher des MAGAP öffentlich mit, dass sie im Laufe von vier Jahren den GINI-Koeffizient der Landkonzentration von haushohen 0,80 auf den immer noch sehr hohen (aber besseren) Wert 0,69 senken wollten. Der Plan für ein erfülltes Leben definiert als Ziel für 2014 eine Reduzierung des Landkonzentrationsindex um 22 Prozent, das heißt von 0,78 auf 0,61; mit anderen Worten ist er noch ehrgeiziger als das MAGAP.<sup>14</sup> Um dies zu erreichen, schlugen die Sprecher des MAGAP in mehreren öffentlichen Erklärungen die Verteilung von

12 República del Ecuador, Secretaría Nacional de Planificación y Desarrollo: Plan Nacional para el Buen Vivir 2009–2013, op. cit., p. 101 f.

13 SENPLADES – MAGAP: Plan de fomento del acceso a tierras de los productores familiares en el Ecuador. PLAN TIERRAS, Quito März 2010, p. 8 (nicht veröffentlicht).

14 República del Ecuador, Secretaría Nacional de Planificación y Desarrollo: Plan Nacional para el Buen Vivir 2009–2013, op. cit., p. 151 und 155.

2 500 000 Hektar an Bauern vor. Vorgesehen waren drei Modalitäten: erstens die Übergabe von 69 000 Hektar Land, das sich in staatlichem Besitz<sup>15</sup> befindet, zweitens, die Schaffung eines nationalen Landfonds, der in der Verfassung (Art. 282) vorgesehen ist, und den Kauf und die Enteignung von Land finanzieren soll, und drittens der Kauf »unproduktiven« Lands, das nicht seine gesellschaftliche Funktion erfüllt (ausdrücklich werden hier nur die unproduktiven Ländereien der Küstenprovinz Santa Elena erwähnt, die bis Mai 2011 enteignet hätten werden sollen).<sup>16</sup>

Weitere, bescheidenere Versionen des Plans sahen für die ersten vier Jahre (bis Dezember 2013) acht messbare Ergebnisse vor: Verteilung von 20 000 Hektar aus staatlichem Eigentum, Landtitelvergabe für eine Million Hektar, Aufkauf von 550 000 Hektar über den Landfonds, Enteignung von etwas mehr als einer Million Hektar und Grundbucheinführung weiterer 2 Millionen Hektar. Die Kosten für den »Landplan« wurden für die vier Jahre auf 38 Millionen US\$ angesetzt, wobei scheinbar die Kosten für die Umsetzung des Kaufs der halben Million Hektar und die Zahlung für die Enteignung der anderen Million Hektar nicht mitgerechnet wurden, da sonst die Kosten eindeutig unterschätzt wären.<sup>17</sup>

Wie sehen die Ergebnisse aus? Bis Februar 2011 waren von den staatlichen Ländereien, die bis Ende Dezember 2011 hätten übergeben werden sollen, 2 881 Hektar übergeben, von denen 2 000 bis dahin Eigentum einer Kommune gewesen waren; das heißt, dass praktisch kein staatliches Land übergeben worden ist. Nichts von diesem Land war Teil der beschlagnahmten Ländereien jener Banken, die Ende des 20. Jahrhunderts in eine Krise geraten waren.<sup>18</sup> Eine neuere Evaluierung des Versuchs, gutes Land, das durch die Rettungsaktion der Banken in die Hände des Staats gefallen war, an vier Bauernorganisationen der Küste zu übertragen, zeigt, dass gesetzlich und rechtlich alles so verworren ist, dass die Konflikte zwischen Staat und Bankern nicht gelöst werden können. Hinzu kommen die illegalen Landhändler, die es auf dieses Land abgesehen haben und die ehemaligen Eigentümer, die es von bewaffneten Gruppen schützen lassen.<sup>19</sup> Und damit ist es noch nicht getan. Eine Evaluierung der Verwendung der Haushaltsmittel des Landwirtschaftsministeriums des Jahres 2010 zeigt, dass praktisch der gesamte verfügbare Haushalt (insgesamt 205 Millionen US\$) für Produktionsförderung und nicht für Umverteilung eingesetzt

15 Obwohl im »Landplan« von 69 000 Hektar die Rede ist, wurde später von 95 000 und dann 120 000 gesprochen bis Präsident Correa angab, dass der Staat 200 000 Hektar besitze. Tatsache ist, dass niemand weiß, wieviel Land sich in Händen des Staates befindet.

16 Wir haben uns auf die Daten von Fernando Rosero bezogen: *Tierra y conflicto social en tiempos de Rafael Correa*, in: *La Tendencia. Revista de Análisis Político*, Nr. 11. Quito 2011: FES-Ildis/CAFOLIS. Feb/März, p. 83 f.

17 SENPLADES: *Plan de fomento del acceso a tierras de los productores familiares*, op. cit., pp. 11-12 und 26.

18 Rosero (*Tierra y conflicto social en tiempos de Rafael Correa*, op. cit., p. 86) und Natalia Landívar und Milton Yulán: *Monitoreo de políticas de redistribución de tierra estatal y el derecho a la alimentación de posesionarios*. Informe 2010. Quito 2011: FIAN – Tierra y Vida (CEDOCUT), p. 34 und 42.

19 Landívar und Yulán: *Monitoreo de políticas*, op. cit., pp. 43-58.

wurde: Für den »Landplan« wurden nur vier Millionen, das heißt zwei Prozent des Gesamthaushalts, bereitgestellt, obwohl ihm dem Originalhaushalt zufolge für 2010 zehn Millionen und für 2011 zwölf Millionen zugestanden hätten.<sup>20</sup>

Der Landfonds, der seit Januar 2010 hätte funktionieren sollen, hat bis heute nicht das Licht der Welt erblickt. Dazu muss angemerkt werden, dass Ecuador in den 1990er Jahren mit der Gründung eines Fonds für den Kauf von Land für Bauern schon erste wichtige Erfahrungen gesammelt hatte. Über Schuldenswaps (zehn Millionen US\$) finanzierte die damalige Regierung des Präsidenten Rodrigo Borja ein Programm seiner Antwort auf die Forderungen der Indigenen nach dem berühmten Indigenenaufstand vom Juni 1990. Der Fonds wurde geschaffen und in sechs Monaten finanziert. Die Verwaltung wurde einer der Kirche nahestehenden NGO (FEPP) übertragen, die das Vertrauen der indigenen Organisationen genoss (zumindest mehr als die staatliche Förderbank Banco Nacional de Fomento). Im Laufe von acht Jahren vergab sie Kredite für den Verkauf von 44 169 Hektar zugunsten von 7 952 Familien, beschaffte Landtitel über 343 481 Hektar für 1 946 Familien und legalisierte weitere 37 838 Hektar für 950 Familien.<sup>21</sup> In ihren ersten vier Jahren hat die Bürgerrevolution nicht einmal einen Anfang gemacht.

Zusammengefasst kann man sagen, dass in den ersten zwei Jahren der Bürgerrevolution konventionelle Agrarpolitik betrieben worden ist, dass die nächsten zwei Jahre damit vergingen, an eine umverteilende Agrarpolitik als Schlüsselement für die Transformation des Akkumulationsmodells zu *denken*, dass aber bei der Umsetzung der sehr gemäßigten Maßnahmen, die für ein konkretes Funktionieren in der Praxis entworfen wurden, kein Millimeter Fortschritt erzielt worden ist.

Was ist aus all den guten Vorsätzen geworden? Als Erstes muss klargestellt werden, dass die gewählten Mittel für die gesetzten Ziele unzureichend waren. Der Landfonds sollte ein Viertel der Landnachfrage von landlosen Bauern befriedigen. Doch sind die Bauern auch mit subventionierten Krediten finanziell gar nicht in der Lage, sich zu verschulden, um gutes Land mit Infrastruktur, Bewässerung und Zugang zum Markt zu erwerben.<sup>22</sup> Also kann der Landfonds in der Praxis nur minderwertiges Land vermitteln. Der Landfonds ist insofern ein guter Mechanismus zur Reduzierung des Agrarkonflikts, aber keine Lösung für die Ungleichheit. Und faktisch ist es bisher nicht einmal gelungen, etwas so Bescheidenes und Machbares den Landfonds, der in einer sehr viel weniger hochtrabenden Regierung (Rodrigo Borja, von 1988 bis 1992) in sechs Monaten eingerichtet wurde, auf die Beine zu stellen.

20 Diego Carrión, Judith Flores, Stalin Herrera, María de Lourdes Larrea und Javier Rodríguez: Análisis de la inversión y la política pública para agricultura en el Ecuador. Dokument des Internóm OXFAM und Instituto de Estudios Ecuatorianos, November 2010 (nicht veröffentlicht), p. 48 f.

21 Manuel Chiriboga, Liisa North, Rubén Flores und Javier Vaca: Cambiar se puede. Experiencias del FEPP en el desarrollo rural del Ecuador. Quito 1999: FEPP / Abya – Yala, S. 101. Vergessen wir nicht, dass von der Agrarreform (1964 bis 1990) ungefähr 850 000 Hektar betroffen waren.

Da es zudem keine Landumverteilungsgesetze gibt, die beim Kauf von Land greifen könnten, würde selbst ein sehr gut ausgestatteter Fonds sicher zu einer Erhöhung der Landpreise führen und den Zugang für die Ärmsten noch weiter erschweren. Bis 1993 betrug der Durchschnittspreis des mit FEPP-Krediten erworbenen Landes nie mehr als 200 US\$ pro Hektar. 1995, nach Verabschiedung des landwirtschaftlichen Entwicklungsgesetzes *Ley de Desarrollo Agrario*, mit dem die Agrarreform in Ecuador als beendet erklärt wurde, stieg der Durchschnittspreis auf 650 US\$.<sup>23</sup> Das ist leicht zu erklären: Allein die Möglichkeit, dass die Bauern ein Verfahren gegen die Eigentümer anstrengen konnten, ließ die Preise fallen und verbesserte ihre Verhandlungsposition.<sup>24</sup> Im ursprünglichen »Landplan« war das Vortreiben der Verabschiedung eines Umverteilungsgesetzes vorgesehen, in dem klar definiert werden sollte, was unter einem Großgrundbesitz *latifundio* (in Artikel 282 der Verfassung verboten, aber gesetzlich nicht definiert) zu verstehen sei und ebenfalls klar geregelt werden sollte, wann ein Eigentum nicht seine gesellschaftliche und ökologische Funktion erfüllt.<sup>25</sup>

Die Regierung hat jedoch bei der Verabschiedung des Gesetzes über Ernährungssouveränität klar erkennen lassen, dass sie nicht bereit ist, ein derartiges Gesetz zu billigen. Das verabschiedete Gesetz hat in der Tat die Debatte *verschoben* und sich mit der Gründung einer Kommission zufriedengegeben, die in unbestimmter Zukunft Gesetze vorbereiten soll. Warum soll nun aber kein Umverteilungsgesetz verabschiedet werden? Politisch birgt das viel Sprengstoff und bringt außerdem die Gefahr einer Landbesetzungswelle mit sich. Anders gesagt, die Ungleichheit in der Landwirtschaft kann nicht ohne Wirkung auf die produktiven Ländereien gelöst werden. Es geht also nicht ohne Größenbegrenzung und auch nicht ohne die gesetzliche Möglichkeit, die großen Landstücke, die nicht gewisse gesellschaftliche und Umweltbedingungen erfüllen, als enteignungsfähig zu erklären. Damit würde der Konflikt jedoch nicht gemindert, sondern überhaupt erst angefacht. Allein die Ankündigung der Übergabe von staatlichem Land würde an der Küste Erwartungen und eine Reihe von Landkonflikten schüren, die ein Vorgeschmack auf das wären, was passieren wird, wenn es zu einer ernsthaften Umverteilung kommen sollte: Mobilisierung der Bauern, Agi-

22 Von den 44 000 zwischen 1977 und 1998 erworbenen Hektar waren 61 Prozent von »mittlerer und schlechter« Qualität (Typ 3, 4 und 5) und nur zehn Prozent hochwertig (nur sechs Prozent mit Bewässerung) (Chiriboga et al: *Cambiar se puede*, op. cit., p. 102).

23 Ebenda, p. 112

24 Alle mit Landfragen beschäftigten Ecuadorianer wissen, dass die in der Zeit der Agrarreform (1964–1994) erfolgte Umverteilung zum allergrößten Teil über den Markt erfolgte. Ebenfalls ist bestens bekannt, dass der Markt nur deshalb im Sinne einer größeren Umverteilung wirkte, weil es die Gesetze der Agrarreform gab. Eine der wenigen veröffentlichten Studien über die Funktionsweise des Landmarkts unter den Agrarreformgesetzen wurde von Hernán Ibarra und Pablo Ospina 1994 erstellt. *Cambios agrarios y tenencia de la tierra en Cotopaxi*. Quito: FEPP. Cuadernos de Investigación 3, Kap. 5.

25 SENPLADES: *Plan de fomento del acceso a tierras de los productores familiares*, op. cit., pp. 11 und 21.

tation auf dem Land, unvorhersehbare Konflikte. So ist es eben: Die Geschichte lehrt uns, dass es keine Revolution ohne Revolution geben kann.

Neben der schüchternen Landumverteilungspolitik und der ständigen Förderung der konventionellen Landwirtschaft (seit Beginn der Bürgerrevolution wird der Einsatz chemischer Düngemittel vom Staat subventioniert) ist es das Vorantreiben des Berg- und Tagebaus in großem Stil, das bei den Wirtschaftsthemen zur größten Kontroverse mit den ländlichen Organisationen Ecuadors geführt hat. Mit dem Bergbaugesetz stellte sich die Regierung gegen die indigenen Organisationen und einige ihrer eigenen Aktivisten wie Alberto Acosta, ehemaliger Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung.<sup>26</sup> Obwohl sich die Debatte vor allem um die Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit, die Umweltauswirkungen des industriellen Tagebaus zu kontrollieren, drehte, ging es im Grunde um das Entwicklungsmodell Ecuadors. Es ist nicht der Vorschlag, ein staatliches Bergbauunternehmen zu gründen und die Royalties für den Staat zu erhöhen, wie das von der Exekutive genehmigte Gesetz besagt, der den Konflikt mit den ländlichen Organisationen hervorgerufen hat. Es geht um das, was dahinter steht. In der Tat hat der Präsident ständig behauptet, dass die Gruppen, die sich dem geplanten Tagebau widersetzen, so unverantwortlich sind, auf einen Reichtum zu verzichten, der, wenn er gut eingesetzt wird, das Land aus der Unterentwicklung holen könnte. Diese Ansicht wurde auf den Schildern, die stolz von den Anhängern von *Alianza País* (AP) in den Gängen des Gesetzgebungsausschusses am Tag der Verabschiedung des Gesetzes hochgehalten wurden, nur zu deutlich. Es hieß da: »Gestern das Erdöl, heute der Bergbau.«<sup>27</sup>

Die Heftigkeit, mit der der Anti-Tagebau-Streik Anfang 2009 in den südlichen Anden geführt wurde, hat gezeigt, dass die kleinen Bergwerkbetriebe, die zu Recht die Konkurrenz der großen Unternehmen, auf die der Gesetzesentwurf vor allem gemünzt ist, fürchten, die Bauerngemeinden, sowie die kleinen ländlichen Gewerbetreibenden, die ebenfalls zu Recht Angst haben, dass die neue Wirtschaftsaktivität in ihren Gebieten allerlei Katastrophen auslösen wird, heute enger zusammenarbeiten. Der Anti-Tagebau-Streik hat uns aber noch etwas gelehrt: Die Förderung des industriellen Tagebaus wird nicht gewaltfrei abgehen. Heute macht der gesamte Bergbau nur ein Prozent des BIP aus. Davon entspringt weniger als die Hälfte dem Erzbergbau. Wenn schon bei einer so kleinen Dimension die Bergbauwirtschaft Konflikte in einem Ausmaß, wie wir sie Anfang Januar erlebt haben, hervorrufen kann, dürfte es einen nicht wundern, wenn seine Erweiterung zur wirtschaftlichen Entwicklung Achse, die 15 bis 20 Prozent des BIP erwirtschaften soll, in bürgerkriegsähnliche Zustände ausartet. Das hört sich vielleicht übertrieben an, aber die

26 Nationalversammlung, Gesetzgebungs- und Prüfungsausschuss, Ley de minería, Quito, 12. Januar de 2009. Siehe [www.asambleanacional.gov.ec](http://www.asambleanacional.gov.ec).

27 Polémico segundo debate de ley minera, in: El Telégrafo, 13. Januar 2009.

bekannt gewordenen Tagebauprojekte sollen ausgerechnet an den von Bauerngemeinden dicht besiedelten Hängen der Cordilleren angelegt werden.

Selbst wenn es (vielleicht) möglich sein sollte, die schädlichsten Umweltauswirkungen des Tagebaus (z. B. den hohen Wasserverbrauch) an einigen Orten zu kontrollieren, ist es dennoch so, dass seine Ausdehnung auf ein Maß, das ihn zur wirtschaftlichen Entwicklungsachse Ecuadors macht, diese Kontrolle unmöglich macht. Das Ausmaß des Eingriffs verändert das Ausmaß der Auswirkungen von Grund auf. Und es macht den Staat nicht zu einer Regulierungsinstanz, sondern zu einem *Verbündeten* derjenigen, die die wirtschaftlichen Ressourcen fördern, welche seinen Haushalt finanzieren. Und wie bei den Umweltwirkungen der Erdölförderung ist die mangelnde staatliche Kontrolle nicht nur ein Problem der Unfähigkeit oder des bösen Willens, sondern strukturell bedingt: Wie kann ein erdölabhängiger (oder bergbauabhängiger) Staat die Aktivität kontrollieren, von der er abhängt? Das Grundproblem ist also nicht das Gesetz, sondern die falsche Erwartung, dass da große Reichtümer schlummern, die nur geerntet werden müssen. Das Problem ist nicht das, was schwarz auf weiß im Gesetz steht, sondern der Geist, der dahintersteht. Es geht nicht um ein paar Paragraphen, sondern um eine ganze Philosophie.

Obwohl der ecuadorianische Präsident unzählige Male eine aggressive Politik der Öffnung für Investitionen in den industriellen Bergbau verteidigt hat, wird dieser vom Plan des erfüllten Lebens praktisch nicht erwähnt.<sup>28</sup> Die Bedeutung, die der Präsident dem Bergbau in seiner Strategie einräumt, zeigt sich daran, dass er das Gesetz dem Parlament als *Ley de Orgánica* (Organgesetz), das heißt als höherrangiges Gesetz, hat zukommen lassen. Die Spannungen zwischen den Abgeordneten von *Alianza País*, die sich für Umweltthemen interessieren, und denen, die das nicht tun, zeigt sich in der ambivalenten Entscheidung des Parlaments, das Gesetz als normales Gesetz anzunehmen, obwohl in der ersten Übergangsregelung Rechte vorgesehen sind, die eher einem Organgesetz entsprechen. Mit anderen Worten ist es also nicht klar, ob es ein normales oder ein Organgesetz ist. Damit sind juristische Konflikte zwischen diesem Gesetz und den zukünftigen Wasser- und Ernährungssouveränitätsgesetzen vorprogrammiert. Das Gesetz wurde schließlich nach Klärung eines Teilvetos der Exekutive am 26. Januar 2009 vom Parlament angenommen.<sup>29</sup>

Zusammenfassend kann man festhalten, dass die Regierung der Bürgerrevolution wirtschafts- und entwicklungspolitisch einige gemäßigte Wirtschaftsreformen durchgeführt, mit radikalen Worten grundlegende Veränderungen des Akkumulationsmusters verkündet und sich beim Thema Bergbau gegen die gesellschaftlichen

28 In der Tat ist der Regierungsplan in Bezug auf das Thema Bergbau sehr verhalten: Von der Förderung von Mineralien wird immer nur im Konditional gesprochen (SENPLADES: Recuperación del Estado Nacional para alcanzar el Buen Vivir. Memoria Bial 2007–2009, Quito 2009, S. 97 und 493). Im Plan ist auch kein Ziel für den industriellen Bergbau enthalten.

29 Legislativo se allana y aprueba la Ley Minera, in: El Telégrafo, 27. Januar 2009.

Organisationen gestellt hat. Obwohl das in den offiziellen Dokumenten verkündete Ziel die Transformation des wirtschaftlichen Akkumulationsmusters ist, ist nicht einmal damit begonnen worden, die wesentlichen Voraussetzungen für diesen radikalen Wandel zu schaffen. Die Umverteilung des Einkommens und Verminderung der Armut stagnieren. Die Umverteilung der Produktionsfaktoren im Agrarsektor hat nie begonnen. Leider sind die revolutionären Ankündigungen weit von der Praxis entfernt. Es geht nicht darum, sofortige Änderungen bei jahrhundertalten Problemen zu erwarten, aber man kann sich sehr wohl fragen, ob die Differenz zwischen den Plänen und der Praxis der Regierung nur einen anderen *Rhythmus* des Transformationsprozesses widerspiegelt oder ob *Projekt, Ausrichtung und Sinn* der Veränderungen einfach nicht dem entsprechen, was proklamiert wird.

## **Demokratie und Partizipation**

In einer Analyse der repräsentativen und partizipativen Demokratie in der Verfassungsgebenden Versammlung von 2008 gibt der ecuadorianische Politologe Simón Pachano<sup>30</sup> seiner Befürchtung Ausdruck, dass die in dem per Volksbefragung von Oktober 2008 angenommenen Text so oft erwähnte »partizipative Demokratie« als der repräsentativen Demokratie ebenbürtig behandelt werden könnte. Seiner Meinung nach soll die Partizipation, solange sie nicht von Personen ausgeübt wird, die in allgemeiner, direkter und geheimer Wahl, also nicht von der Allgemeinheit der Bürger gewählt worden sind, nur beratend sein und keine Entscheidungsmacht haben.

Der Verfassungstext rechtfertigt in der Tat die von Pachano angesprochene Befürchtung. Artikeln 95 und 100 besagen, dass es juristisch möglich ist, der Partizipation mehr Raum zu gewähren.

30 Simón Pachano: Democracia representativa y mecanismos de democracia directa y participativa. Quito 2010: ILDIS-FES.

## **Artikel der Verfassung von 2008 über die Förderung der gesellschaftlichen Partizipation bei politischen Entscheidungen**

**Artikel 95.** Die Bürgerinnen und Bürger nehmen in einem fortlaufenden Prozess des Aufbaus der Bürgermacht einzeln und gemeinsam aktiv an der Entscheidungsfindung, Planung und dem Management der öffentlichen Angelegenheiten, der Volkskontrolle der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen sowie von deren Vertretern teil. Die Partizipation ist auf die Grundsätze der Gleichheit, Autonomie, öffentlichen Debatte, Respekt des Andersseins, Volkskontrolle, Solidarität und Interkulturalität ausgerichtet.

Die Partizipation der Bürger und Bürgerinnen bei allen öffentlichen Angelegenheiten ist ein Recht, das über die Mechanismen der repräsentativen, direkten, gemeinschaftlichen Demokratie ausgeübt wird.

**Artikel 100.** Auf allen Regierungsebenen werden Partizipationsinstanzen geschaffen, die aus gewählten Autoritäten, Vertretern des abhängigen Regimes und Vertretern der Gesellschaft des territorialen Zuständigkeitsgebiets der jeweiligen Regierungsebene zusammengesetzt sind und nach demokratischen Grundsätzen funktionieren. Die Partizipation bei diesen Instanzen wird bei Folgendem ausgeübt:

1. Erarbeitung von nationalen, lokalen, sektoriellen Plänen und politischen Maßnahmen der Regierungen und Bürger.
2. Verbesserung der Qualität der öffentlichen Investition und Definition von Entwicklungsagenden.
3. Erarbeitung partizipativer Haushalte der Regierungen.
4. Stärkung der Demokratie mit ständigen Mechanismen der Transparenz, Rechenschaftslegung und gesellschaftlicher Kontrolle.
5. Förderung der Bürgerbildung und Vorantreiben der Kommunikationsprozesse.

Zur Ausübung dieser Partizipation werden öffentliche Anhörungen, Bürgerkontrollinstanzen, Versammlungen, Volksvertreterversammlungen, Beratungsausschüsse, Überwachungsinstanzen, die von den Bürgern gefördert werden, organisiert.

Die in den folgenden Jahren verabschiedeten Gesetze haben die Grenzen dessen, was die Bürgerrevolution unter »aktiver Beteiligung« der Bürger bei der Entscheidungsfindung versteht, genauer festgelegt. In der Tat hat die Regierung Rafael Correas Gesetze geschaffen, die eine gewisse Bürgerbeteiligung bei den Entscheidungen der Lokalregierungen zulassen. Gleichzeitig hat sie jedoch entschlossene, kohärente und systematische Maßnahmen ergriffen, um jegliche Konzession für alternative Bürgerpartizipationsmöglichkeiten in der Zentralregierung zu verhindern. Dies ist damit zu erklären, dass die Anhänger der Bürgerbeteiligung innerhalb der Regierungsbewegung *Alianza País* stets auf den eisernen Widerstand des Präsidenten stießen, sobald es um etwas ging, das seine Autorität hätte schwächen können. Seine ganz auf seine Präsidentenmacht konzentrierte Art hat auf die gesamte politische Arbeit der Regierung abgefärbt und die wahren Chancen für eine »aktive Partizipation« der Bürger bei Entscheidungen außerhalb der konventionellen Mechanismen, bei denen die Anzahl der Vertreter per Wahl bestimmt wird, enorm eingeschränkt. Dies ging so weit, dass im Februar 2011, als über die Volksbefragung diskutiert wurde, mit der die Umstrukturierung des Justizapparats in die Hände des Präsidenten gelegt werden sollte, Paco Moncayo, ehemaliger Bürgermeister der Stadt Quito und derzeitiger Abgeordneter der Nationalversammlung, in einem Radiointerview sagte, dass die Bürgerrevolution nicht ein, sondern zwei politische Projekte seien. Ein partizipatives, linkes Projekt, das in der Verfassung von 2008 verankert ist. Und ein *caudillistisches* Projekt, das sich in der Person des Präsidenten verkörpert.

Ich werde in diesem Abschnitt nicht weiter auf die Gesetzesentwürfe für die Lokalregierungen eingehen, da es noch keine ausreichende Anzahl von Studien darüber gibt und nicht bekannt ist, welche konkreten Auswirkungen sie auf die Kommunen haben. Es reicht zu erwähnen, dass die drei bestehenden Gesetze, das heißt das Partizipationsgesetz, das Gesetz für Gebietsordnung, Autonomien und Dezentralisierung und das Gesetz für öffentliche Finanzen<sup>31</sup> für sich allein eine Reihe von Mechanismen geschaffen haben, deren Rahmen strenger ist als das, was es in der Vergangenheit gab (oder nicht gab). Dass es also in den Kommunen, in denen schon Partizipation praktiziert wurde, Konflikte und Schwierigkeiten mit der Anpassung an die neuen gesetzlichen Bestimmungen gibt. Nicht bekannt ist, wie sich die lokale Institutionalität in den Kommunen verändert hat, in denen es vorher keine partizipativen Prozesse gab. Und das ist die ganz große Mehrheit.

Was nun die Partizipation in Entscheidungsinstanzen auf nationaler Ebene angeht, kann man klar feststellen, dass die Ängste des Simón Pachano völlig unbegründet

31 Ley Orgánica de Participación Ciudadana, in: Registro Oficial Nr. 175. 20. April 2010; Ley Orgánica del Código Orgánico de Organización Territorial, Autonomías y Descentralización, COOTAD, in: Registro Oficial Nr. 303. 19. Oktober 2010; Ley Orgánica del Código Orgánico de Planificación y Finanzas Públicas, in: Registro Oficial Nr. 306. 22. Oktober 2010.

sind. Wir können die Art und Weise, in der die Regierung der Bürgerrevolution das Verhältnis von Gesellschaft und Staat versteht, als »Etatismus« bezeichnen.

Normalerweise kritisieren Unternehmer und die ihnen nahe stehenden Analysten die staatliche Kontrolle der privatwirtschaftlichen Aktivitäten. Im Lauf der Zeit sind aber immer mehr linke Stimmen laut geworden, die kritisieren, dass der Staat sie von den von verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen eroberten Räumen verdrängt habe und vor den Gefahren der staatlichen »Rezentrierung« warnen.<sup>32</sup> Dass die Kritik der Linken auf sich warten lassen hat, ist nur natürlich, da sie fast drei Jahrzehnte lang damit beschäftigt war, den Staat gegen all diejenigen zu verteidigen, die ihn zugunsten der Interessen von Unternehmern und transnationalen Gesellschaften abbauten.

Fast alle Gesetzesentwürfe zielen auf die institutionelle »Rezentrierung«, die auf der Stärkung der Autorität des Präsidenten aufbaut. So wurden als Erstes die Unternehmergruppen aufgefordert, das Kommando der staatlichen Institutionen abzugeben. Eine vom Planungssekretariat durchgeführte Studie zeigt, dass bei 72 Organisationen mit »korporativer« Präsenz (Räte, Institute, Ausschüsse und Fonds) im Jahr 2007 die Unternehmerkammern mit 67 Prozent, die Arbeitnehmer jedoch nur zu 27 Prozent vertreten waren.<sup>33</sup> Mit mehreren strategischen Gesetzen, wie zum Beispiel dem Gesetz über Finanzsicherheit (Ende Dezember 2008 verabschiedet) und den derzeit debattierten Projekten über die Regulierung der Medien, soll die staatliche Kontrolle über die Privatwirtschaft, besonders den Teil, der öffentliche Dienste liefert, eindeutig verstärkt werden.

Obwohl ein derartiger »Etatismus«, der die Wirtschaftsmacht zu regulieren und kontrollieren versucht, normalerweise von der Linken unterstützt wird, ist das bei dem, was wir »gesellschaftlicher Etatismus« nennen könnten, nicht der Fall, denn er reduziert systematisch das von den gesellschaftlichen und Volksorganisationen und Gremien eroberte Terrain. In der Praxis ist die Präsenz von Unternehmern oder Arbeiter- oder Bauernorganisationen für die Regierung der Bürgerrevolution ein und dasselbe, nämlich eine unbequeme Präsenz, die es zu beseitigen gilt. Ein klares Beispiel dafür sind die von der Regierung vorangetriebenen Bürgerpartizipationsinstanzen, die ausnahmslos rein »beratend« sind.<sup>34</sup> Für die Regierung besteht der Abbau des »Korporatismus« vor allem darin, die Macht nicht in die Hände der or-

32 Ein Beispiel ist Juan Cuvi: *El complejo de Lazarillo ¿Necesita la sociedad civil un gran Estado tutelar?* Cuenca Juni 2009. Nicht veröffentlicht.

33 SENPLADES: *Recuperación del Estado nacional para alcanzar el Buen Vivir*, op. cit., p. 37.

34 Die Verfassung sieht für die Bürgerpartizipation zwei Arten von »Räten« mit Entscheidungsmacht in der öffentlichen Politik vor: Die Räte für Gleichheit (Gender, Generationen, Indigene, Migranten und Behinderte) und den nationalen Planungsrat. Bei allen hat die Regierung die Mehrheit und in letzterem wurde mit dem Erlass zu seiner vorläufigen Zusammensetzung die nichtstaatliche Partizipation schlichtweg gestrichen.

ganisierten Sektoren der Gesellschaft zurückzulegen, sondern den demokratisch legitimierten, das heißt gewählten Amtsträgern, zu übergeben. Deshalb werden systematisch jene Räte unterdrückt, die bisher innerhalb des Staates als gesellschaftliche Instanzen in bestimmten Bereichen die Politik definierten.<sup>35</sup>

Diese systematische Politik hat zu einer Konfrontation zwischen dem Staat und den mächtigsten gesellschaftlichen Organisationen Ecuadors geführt. Als Erstes wurde mit der korporativen Säuberung bei den Gewerkschaften des öffentlichen Sektors begonnen: Erdölarbeiter, Rentner und vor allem Lehrer, deren Gewerkschaft die stärkste im ganzen Land ist. Hauptsorge der Regierung ist dabei das System der Tarifverträge, Erbe des typischen »Korporatismus« US-amerikanischer und europäischer Prägung.<sup>36</sup> In Ländern mit einer starken korporativen Tradition geht es dabei um Verhandlungen mit Gremienvertretern, die nach Industrien, Bereichen oder Zweigen organisiert sind. Als Beweis für die Schwäche des Korporatismus in Ecuador kann erwähnt werden, dass es nur Tarifverträge auf Unternehmensebene und nicht einmal für den ganzen Staatsapparat gibt. Alle von der Regierung der Bürgerrevolution eingereichten Gesetzesvorschläge zielen darauf ab, die öffentlichen Gewerkschaften einzuschränken, die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten zu verhindern und die Möglichkeiten für Tarifverträge auf ein Minimum zu beschränken.<sup>37</sup>

Die Regierung steht zudem im offenen Konflikt zum »Korporatismus« des indigenen Dachverbands CONAIE (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador), der größten gesellschaftlichen Organisation Ecuadors. Die Forderung nach einem plurinationalen Staat, formal in der Verfassung von 2008 verabschiedet, wird in breitem Stil von der Regierung als »korporativ« bekämpft: *Der Präsident fügte ebenfalls hinzu, dass er nicht zulassen würde, dass »radikale Sektoren ihre Macht verteidigten. Sektoren, die die Plurinationalität als ein Gebietsbündnis auffassen, in dem sie ihr eigenes Justiz-, Gesundheits- und Bildungssystem haben können, in dem sie selbst und nicht die legitime Regierung des ecuadorianischen Staats das Sagen haben. Liebe Landsleute, das können wir nicht zulassen.«*<sup>38</sup>

35 Für eine ausführlichere und detailliertere Analyse der korporationsfeindlichen Maßnahmen der Regierung siehe Pablo Ospina: *Corporativismo, Estado y Revolución Ciudadana*. El Ecuador de Rafael Correa, in: Christian Büschges, Olaf Kaltmeier, Sebastian Thies und Peter Birle (Hrsg.): *Culturas políticas en los Andes*, Frankfurt am Main. Im Druck.

36 Es ist bekannt, dass das System der Tarifpartner (Regierungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter), das von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im Jahr 1919 eingeführt wurde, weltweit einmalig ist (s. Pauli Ketunen. *The Power of International Comparison. A Perspective on the Making and Challenging of the Nordic Welfare State*, in: N. F. Christiansen, K. Petersen, N. Edling und P. Haave: *The Nordic Model of Welfare. A Historical Reappraisal*. Copenhagen 2006, pp. 42-59). Daher rührt die Bedeutung der Tarifverträge in den politischen Maßnahmen, die die Wohlfahrtsstaaten hervorgebracht haben.

37 S. Decreto Ejecutivo 1701, 30. April 2009; siehe auch *Una ley del sector público, en camino*, in: *El Comercio*, 4. Juli 2009. Für zwei neuere Analysen der Arbeitspolitik der Regierung von der Verfassung 2008 bis Anfang 2010 siehe Angélica Porras (2010) und Diego Cano (2010).

38 »Las organizaciones indígenas y campesinas respaldan la gestión del presidente Rafael Correa«, Quito 27. März 2008 (Mitteilung der Regierung unter <http://www.presidencia.gov.ec/noticias>).

Was nun unser Thema, also die Partizipation der indigenen Völker und Nationalitäten an der öffentlichen Politik über indigene Themen, angeht, könnten die Regierung und die Organisationen politisch nicht weiter voneinander entfernt sein. Im Juni 2007 verabschiedete die Nationalversammlung auf Initiative der CONAIE und ihrer Abgeordneten ein Organgesetz über die indigenen Organisationen in Ecuador. Mit diesem Gesetz wurden der Entwicklungsrat der Nationalitäten und Völker Ecuadors CODENPE (*Consejo de Desarrollo de las Nacionalidades y Pueblos del Ecuador*)<sup>39</sup>, die Direktion für indigene Gesundheit, ehemalig Dirección de Salud Indígena, heute *Secretaría Nacional de Salud Intercultural de las Nacionalidades y Pueblos Indígenas del Ecuador* genannt, und der Fonds FODEPI (heute *Fondo de Desarrollo de las Nacionalidades y Pueblos Indígenas del Ecuador*) zusammengefasst. Diese öffentlichen Instanzen waren damals alle autonom und keinem Ministerium unterstellt.<sup>40</sup> Bei dem Gesetz ging es darum, nationale Institutionen, die sich mit Indigenenpolitik beschäftigen, zu organisieren und vereinen und sie der Autorität der Organisationen zu unterstellen. Die Bürgerregierung tat genau das Gegenteil, nahm allen indigenen Institutionen die Autonomie und unterstellte ihre gesamte Politik den jeweiligen Ministerien. Dieser Konflikt spitzte sich Ende Januar 2009 mit der Ankündigung zu, dass CODENPE keine Mittel erhalten würde (zwölf Millionen) und seine Umwandlung in den Nationalrat für Gleichheit »Consejo Nacional por la Igualdad« laut Artikel 156 und 157 der Verfassung von 2008 beschleunigt werde. Der Rat ist paritätisch mit Vertretern der Regierung und Gesellschaft besetzt; den Vorsitz übernimmt der Delegierte der Exekutive (das heißt er hat die ausschlaggebende Stimme).

Beim Kreuzzug gegen die »Räte« mit korporativer Vertretung ist der Fall der Beseitigung des »Rats für Ernährungssouveränität« durch das Präsidentenveto gegen das Gesetz über Ernährungssouveränität im April 2009 ein Paradebeispiel. Er ist insofern interessant, als dass er zeigt, dass es bei diesem Punkt sogar innerhalb der politischen Bewegung der Regierung Differenzen gab. Der ursprüngliche Entwurf, der von den Beauftragten von *Alianza País* formuliert wurde, schuf einen »Ausschuss für Ernährungssouveränität« mit vier Vertretern des öffentlichen Sektors und sieben Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft und freiwillig definierten bescheidenen Befugnissen wie das Vorschlagen von Gesetzen und politischen Maßnahmen und das Organisieren von Bürgerdialogen.<sup>41</sup> Die Befugnisse dieses Ausschusses wurden durch

39 Der CODENPE wurde 1998 als autonomer staatlicher Organismus gegründet und hatte die Aufgabe, die Politik für die indigenen Völker und Nationalitäten zu definieren. In seinen Gremien hatten die Indigenen die Mehrheit.

40 Congreso Nacional: »Ley orgánica de las instituciones de las nacionalidades y pueblos indígenas del Ecuador«, September 2007.

41 Insgesamt waren neun Personen mit der Formulierung dieses Gesetzes beauftragt, die meisten von ihnen Mitglieder von *Alianza País*, aber unter dem Vorsitz von Pedro de la Cruz, ehemaliger Präsident des Nationalverbandes FENOCIN (*Federación Nacional de Organizaciones Campesinas, Indígenas y Negras*).

eine klare und schlagkräftige staatliche Anweisung eingeschränkt: Entscheidungen trifft der Staat und nicht die »Räte«. In dem schließlich verabschiedeten Gesetz behielt der Ausschuss dann seine rein »beratende« Funktion, wurde aber paritätisch von Vertretern des Staats und der Zivilgesellschaft gebildet. Die Delegierten sind außerdem keine *Vertreter* der Organisationen, sondern werden vom *Consejo de Participación Ciudadana* nach einem Bewerbungsverfahren, bei dem die Organisationen »vorrangig« berücksichtigt werden sollen, *ausgewählt*. Der beratende Ausschuss kann Vorschläge erarbeiten und den Präsidenten beraten und soll auch seine »Meinung« zu internationalen Abkommen, die das Thema betreffen, äußern.<sup>42</sup> Das Veto des Präsidenten schaffte sogar diese minimale Erscheinungsform des »Ratswesens« ab. Alberto Acosta, ehemaliger Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung, sagte zu diesem Beschluss des Präsidenten: »Ausgehend von dieser Tatsache muss man sich fragen, was hier für ein politisches Regime aufgebaut wird, und ob es dem Volkswunsch entspricht, eine Stimme zu haben, die dann auch Gehör findet.«<sup>43</sup>

Nachdem nun die Gremien und organisierten Vertretungen als Grundlage für die Bürgerpartizipation eliminiert wurden, stellt sich die Frage, welche Mechanismen die Bürgerrevolution erfunden hat, um diese Partizipation zu kanalisieren. Zuerst muss man sagen, dass das Konzept des Präsidenten eins klarstellt: Die Bürgerpartizipation darf nicht auf der Straße erkämpft werden. Die Ablehnung von Demonstrationen, Aufständen und Streiks seitens der Regierung ist beinhart. Das sieht man nicht nur in den ständigen Erklärungen des Präsidenten gegen die Straßendemonstrationen (Zeichen der Anarchie und nicht der Demokratie), sondern vor allem darin, dass er systematisch alle, die die öffentlichen Verkehrswege blockieren, als Terroristen und Saboteure anklagen lässt. Laut verschiedenen Schätzungen sind zwischen 2008 und 2010 ungefähr 200 Personen mit dieser Anklage gemäß Paragraph 160.1 des Strafrechts, 1964 von der Diktatur im Rahmen der nationalen Sicherheitsdoktrin verabschiedet, vor Gericht gestellt worden. Sowohl der Präsident als auch seine Minister haben den Einsatz dieses übertriebenen Rechtsmittels gegen alle oppositionellen Straßendemonstranten damit verteidigt, dass es das einzige sei, das in der ecuadorianischen Gesetzgebung vorgesehen ist: *Wenn wir aber bei der Beschlagnahmung von Maschinen, Sperrung von Wegen, Entführung von Personen usw. das Gesetz, wie es sich für einen Rechtsstaat gehört, anwenden wollen, bleiben wir bei dieser Form: Angeklagt wurde wegen Sabotage und Terrorismus, weil unser Strafrecht diese Vergehen so nennt. Sollen etwa alle nur wegen einer ungenauen Bezeichnung straffrei ausgehen? Ist dies das Land, in dem wir leben wollen?*<sup>44</sup>

42 Asamblea Nacional. Comisión Legislativa y de Fiscalización (2009: Art. 32 und 33).

43 Alberto Acosta in einem Interview mit dem Autor, 2009.

44 Rafael Correa: »Es ist noch viel mehr zu erledigen, als das, was wir bisher erledigt haben.« Bericht des Präsidenten Rafael Correa an die Nation, Quito, Plenum der Nationalversammlung am 10. August 2010.

Das Argument ist unerhört. Natürlich sieht die ecuadorianische Gesetzgebung andere Tatbestände vor, die bei einem von den Demonstranten begangenen »Vergehen« verhältnismäßiger sind. Ist es reiner Formalismus, wenn man auf der Grundlage dieser »ungenauen« Bezeichnung für soziale Kämpfer wie den Präsidenten der CONAIE und dessen Hochlandorganisation ECUARUNARI acht Jahre Gefängnis fordert? Die Regierung ist sich sehr wohl bewusst, dass es andere Tatbestände gibt, und hat dementsprechend im Juli 2010 der Nationalversammlung einen Entwurf für eine Gesetzesnovellierung vorgelegt, die für Personen, die öffentliche Wege blockieren, eine Erhöhung der Gefängnisstrafe auf bis zu fünf Jahre vorsieht.<sup>45</sup> Das Problem der Regierung besteht in Wirklichkeit darin, dass die ecuadorianischen Gesetze, anders als der Präsident, Straßenproteste nicht als ein so abscheuliches Vergehen betrachten.

Wenn die Straßendemonstrationen also auch kein Ausdruck der partizipativen Demokratie sind, muss man sich fragen, wie diese nun funktionieren soll. Neben den Mechanismen des liberalen Systems (wählen, Vertreter bestimmen und hoffen, dass sie es gut machen), Anträge einreichen, Gesuche stellen und gelegentlich von der Regierung zu Workshops oder Sitzungen einberufen zu werden, bleibt als einziger alternativer Mechanismus für die Bürgerbeteiligung bei öffentlichen Entscheidungen die Einrichtung des Rats für Bürgerbeteiligung und gesellschaftliche Kontrolle CPCS (*Consejo de Participación Ciudadana y Control Social*). Dieser Rat, von der Verfassung von 2008 geschaffen, hat die Aufgabe, die Bürgerkommissionen zu benennen, die die Amtsträger der staatlichen Kontrollbehörden bestellen sollen (Ombudsmann, Aufsichtsbehörden, Nationaler Wahlrat, Wahlschiedsgericht, Generalanwalt u. a. m.). Dieser Rat wird nicht von der Nationalversammlung (politisches Vertretungsorgan im liberalen Regime) und auch nicht von den Delegierten der Gremien oder Verbände, die ja dem verschmähten Korporatismus angehören, bestimmt: *Die Ratsmitglieder werden aus der Gruppe der Bewerber/innen gewählt, die von den gesellschaftlichen und Bürgerorganisationen vorgeschlagen werden. Das auf persönlichen Verdiensten basierende Auswahlverfahren wird vom nationalen Wahlrat organisiert, der das öffentliche Bewerbungsverfahren mit Bewerbung, Überprüfung und Einspruchsrecht der Bürger und Bürgerinnen, wie im Gesetz vorgesehen, leitet.*<sup>46</sup>

Das auf »Verdiensten« (insbesondere akademischen Titeln) basierende Bewerbungsverfahren wurde laut Verfassungsauftrag erstmals von November 2008 bis zum 26. Januar 2009 zur Bildung eines vorläufigen CPCS durchgeführt. Das Ver-

45 CEDHU und ACCIÓN ECOLÓGICA: *Criminalización a defensores de derechos humanos y de la naturaleza*, 2008-2010. Quito Dezember 2010. Nicht veröffentlicht, S. 12.

46 Asamblea Nacional Constituyente: *Constitución Política del Estado*. Quito 2008. Tribunal Supremo Electoral, Art. 207.

fahren bestand aus der Vorlage von Lebensläufen mit den entsprechenden Studien- und Arbeitsnachweisen, der Abhaltung von Wissenstests, der Vergabe von Punkten für sonstige Verdienste und schließlich der Requalifizierung der Anträge der Bewerber, nachdem der Präsident selbst das Verfahren in Frage gestellt hatte.<sup>47</sup> Für die Ernennung der Leiter der Kontrollinstitutionen soll der Rat Bürgerkommissionen ernennen. Wie werden die gebildet?

*Um seiner Aufgabe gerecht zu werden, organisiert der Consejo de Participación Ciudadana y Control Social für die Auswahl Bürgerausschüsse, deren Aufgabe darin besteht, in den zutreffenden Fällen das öffentliche, auf persönlichen Verdiensten aufbauende Bewerbungsverfahren mit Gesuch, Aufsicht und Einspruchsrecht der Bürger durchzuführen.*

*Die für die Auswahl zuständigen Bürgerausschüsse bestehen aus einer Delegierten oder einem Delegierten pro staatlicher Funktion und derselben Anzahl von Vertretern gesellschaftlicher und Bürgerorganisationen, die per öffentlichem Auslosungsverfahren unter den Bewerbern ausgesucht werden und die vom Rat und Gesetz vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen. Die Kandidaten und Kandidatinnen stellen sich einer öffentlichen Überprüfung und können von den Bürgern angefochten werden. Die Ausschüsse werden von einem Bürgervertreter mit ausschlaggebender Stimme geleitet; die Sitzungen sind öffentlich.<sup>48</sup>*

Per Los ausgewählte Bürger/innen, die Bewerbungsverfahren organisieren und bei den entsprechenden Prüfungen die Punkte an die Kandidaten verteilen, die die öffentlichen Institutionen kontrollieren sollen. Dieser Mechanismus (öffentliches Bewerbungsverfahren, Verdienste und Aufsicht auf der Grundlage von Lebensläufen und Prüfungen) wurde, wie wir schon gesehen haben, im Gesetz für Ernährungshoheit vorgeschlagen und für die Bildung der Rentnervertretung in der Bank der staatlichen Sozialversicherung *Banco del Instituto de Seguridad Social* genehmigt.<sup>49</sup> Es sind also nicht die organisierten Rentner, die ihren Vertreter wählen, sondern der *Consejo de Participación Ciudadana*.

Ein ähnlicher Auswahlmechanismus findet sich im neuen Gesetz für höhere Bildung wieder, das den von den Rektoren geleiteten Rat der Universitäten und Polytechnischen Hochschulen abschafft. An seiner Stelle wurde ein »Sekretariat« gebildet, dessen Vorstand paritätisch mit Vertretern der Exekutive und der Bürger besetzt ist. Diese Bürger werden anstelle der Rektoren anhand ihrer persönlichen

47 Consejeros de »Quinto poder« serán posesionados esta tarde, in: El Telégrafo, 26. Januar 2009.

48 Asamblea Nacional Constituyente: Constitución Política del Estado. Quito 2008. Tribunal Supremo Electoral, Art. 209.

49 Das Gesetz zur Gründung der Bank der Sozialversicherung wurde Anfang April 2009 verabschiedet: La Ley del Banco del IESS se aprobó ayer, in: El Comercio, 7. April 2009. Der Vorstand der Bank des IESS setzt sich aus vier Mitgliedern zusammen: zwei Vertreter der Versicherten, ein aktives und ein passives Mitglied; ein Delegierter des Präsidenten der Republik und der Präsident des Vorstands.

Verdienste über ein Bewerbungsverfahren ausgesucht. Wie es in Paragraph 181 des Gesetzentwurfs heißt: »Nicht kandidieren können die akademischen und Verwaltungsleiter der Organisationen bzw. Institutionen, die der Kontrolle und Regulierung des Systems unterworfen sind.«<sup>50</sup> Auf der Basis dieses merkwürdigen Konzepts der »partizipativen Demokratie« können also weder die Rektoren (die, vergessen wir das nicht, gewählt wurden) noch die Vertreter der Dozenten, Studenten oder Angestellten, sondern nur sogenannte unabhängige Bürger/innen teilnehmen. Außerdem behält sich die Exekutive die Mehrheit im höheren Bildungswesen mit dem Argument vor, dass die »Autonomie« der Universitäten zwar für jede einzelne Universität, nicht aber für das »System« des Hochschulwesens gilt.

Wenn das Misstrauen in die Organisationen wirklich so stark ist, könnte die Bürgerrevolution vielleicht etwas Interesse für die Demokratie aufbringen und ein allgemeines Wahlsystem für alle Rentner einführen, damit diese ihren Vertreter wählen können. Aber dem ist nicht so: Bewerbungsverfahren auf der Grundlage persönlicher Verdienste. Dieses Konzept ist für den Präsidenten sonnenklar. Er unterscheidet ausdrücklich zwischen persönlichem und akademischem Verdienst und Straßenkampf (wobei er verächtlich von »Steinwerfern« spricht): *Aus Gründen der puren Verantwortung kann ich solchen Moden wie der, dass bei gewissen Wettbewerben, diejenigen, die sich als Mitglieder von sexuellen Minderheiten bezeichnen, Zusatzpunkte bekommen, keinen Glauben schenken. Dass für die Bildung des Consejo de Participación Ciudadana, bei allem Respekt vor seinen Mitgliedern, der Steinwerfer, der mit 15 angefangen hat, mehr Punkte bekommt, als der beste Schulabgänger [APPLAUS]... nein dabei wird das Entscheidende, die Meritokratie, geopfert.*<sup>51</sup>

Zusammengefasst müssen wir uns fragen, welcher Mechanismus der Bürgerpartizipation uns als Alternative zur korporativen Vertretung bleibt? Es sind die individuellen Verdienste, die in der Bewerbungsmappe aufgeführt sind, und die beim Wissenstest erzielten Punkte. Damit ist der Traum vom gesellschaftlichen Aufstieg der Fachleute der Mittelschicht zum Gesetz der Republik geworden. Es geht nicht um politische Ideologien, auch nicht um die Vertretung organisierter Gruppen oder die gesellschaftliche Vertretung. Es geht um den persönlichen »Verdienst« und um die »Unabhängigkeit« gegenüber der Interessen Einzelner. Eine fähige, intelligente, erfolgreiche Person, die keine Verbindung zu irgendeiner Gruppe oder den Interessen einer organisierten Gruppe hat, soll sich um die Interessen aller kümmern. Es muss noch erwähnt werden, dass Waisen und Kandidaten ohne Freunde Zusatzpunkte bekommen. Die Abstraktion des »Bürgers«, der, wenn er genügend Wissen

50 SENPLADES: Anteproyecto de Ley Orgánica de Educación Superior. Diskussionsentwurf für den nationalen Workshop, 25. Juni 2009, Art. 179-184.

51 Rafael Correa: »Lo que nos falta por hacer, es mucho más de lo que ya hemos hecho.« Bericht an die Nation des Präsidenten Rafael Correa. Quito, Plenum der Nationalversammlung, 10. August 2010.

hat, nicht über sein Privatinteresse, sondern über das öffentliche Interesse wacht, ist zu einer juristischen Formel geworden.

Uns machen die Argumente der Regierung für die Einrichtung dieses merkwürdigen »Partizipations«-System sprachlos.

*Erstens:* Dass die Gremien- und korporativen Vertretungen dafür verantwortlich sein sollen, dass die staatlichen Institutionen Qualitätsprobleme haben, ist unerhört. Falls das zutreffen sollte, müssten die nicht korporativ organisierten staatlichen Unternehmen wie Petroecuador, die öffentlichen Schulen, die dem Erziehungsministerium und die Krankenhäuser, die dem Gesundheitsministerium unterstehen, sehr viel besser funktionieren. Das ist aber ganz und gar nicht der Fall. In der Tat funktionieren sie genauso gut oder schlecht. Die Krankenhäuser des Gesundheitsministeriums können sich mit denen der staatlichen Sozialversicherung, einer eindeutig korporativen Institution, überhaupt nicht messen. Und wenn wir uns die Dorfschulen ansehen, deren Niveau überall beklagenswert ist, stellen wir fest, dass die zweisprachigen Schulen<sup>52</sup> gleich gut bzw. schlecht oder sogar besser als die normalen Dorfschulen abschneiden.

*Zweitens:* Dass die Partizipation korporativer Gruppen in der öffentlichen Verwaltung in eine Kontrolle dieser Instanzen durch sogenannte Mafias ausgeartet sein soll, die zugunsten der Interessen ihrer jeweiligen Gremien (CONAIE, Lehrergewerkschaft UNE u. a. m.) operieren, rechtfertigt nicht ihre Beseitigung. Selbst wenn es zutreffen würde, wäre es noch lange kein Grund, in gewissen Gebieten auf die Mitwirkung organisierter Gruppen im Sinne der Partizipation zu verzichten. Auch die Ideologen des Neoliberalismus führten das Argument der mangelnden Effizienz oder Unfähigkeit der öffentlichen Institutionen ins Feld, als sie vorschlugen, sie in private Hand zu übergeben. Zweifellos ist die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Institutionen alles andere als optimal. Das heißt aber, dass sie bereinigt und verbessert, keineswegs aber abgeschafft werden müssen. Analog zur organisierten Partizipation in den öffentlichen Institutionen geht es darum, herauszufinden, wie eine bessere demokratische Partizipation und Vertretung der gesellschaftlichen Organisationen erreicht werden kann, und nicht darum, ihnen ihre Autorität zugunsten der Zentralregierung zu nehmen.

*Drittens:* Dass die Partizipation einzelner Bürger/innen, die über ein auf Verdienste basierendes Wettbewerbsverfahren ausgesucht werden, besser sein soll als die Auswahl über gesellschaftliche Organisationen, ist als Argument für mehr Demokratie unhaltbar. In Wahrheit wird dabei die Repräsentativität der Delegierten der Bürger völlig ignoriert. Und es ist auch so, dass dieser Mechanismus für die Auswahl der Direktoren der Kontroll- und Aufsichtsbehörden der öffentlichen Hand er-

52 Diese Schulen standen bis zur Unterstellung des zweisprachigen Erziehungssystems unter das Bildungsministerium teilweise unter indigener Selbstverwaltung (Anm. d. Hrsg.).

dacht wurde und eben genau darauf abzielt, völlig unabhängige Personen auszuwählen, die ihre Ernennung allein sich selbst zu verdanken haben. So hat es Fernando Cordero, Präsident der Nationalversammlung, verstanden und bei der förmlichen Amtseinführung des CPCCS auch gesagt: Sie sind jetzt Teil einer neuen Gewalt. Sie sind wegen Ihrer Verdienste gewählt worden und stehen deshalb einzig und allein in der Schuld des ecuadorianischen Volks.<sup>53</sup>

Das Auswahlverfahren wurde ausdrücklich geschaffen, um jegliche »Vertretungs«-Abhängigkeiten zu *brechen*. Es geht dabei darum, Bürokraten zu rekrutieren, und nicht darum, eine gesellschaftliche Partizipation zu erreichen. Wer würde denn behaupten, dass die Rekrutierung der obersten Richter aufgrund ihrer Verdienste eine Form von Bürgerpartizipation ist? Und wer, dass das Auswahlverfahren für ecuadorianische Universitätsdozenten eine Form von Bürgerpartizipation an den Hochschulen darstellt? Sollen etwa die Leiter der Aufsichtsbehörden, der Ombudsmann, der Generalstaatsanwalt, die über Auswahlverfahren aufgrund ihrer Verdienste gewählt werden, als Beispiel für die Bürgerpartizipation im Staat gelten? Und die Aufnahmeprüfungen der Polizei und des Militärs, die es seit mindestens 1960 gibt, waren die etwa die ganze Zeit unwissentlich auch Formen der Bürgerpartizipation in diesen Institutionen?

Anstatt die Repräsentation zu verbessern und die gesellschaftliche Organisation zu stärken, werden sie abgeschafft, indem jeglicher Anreiz für die Bildung von Vereinigungen und eine organisierte Partizipation verwässert wird. Wie der Präsident Ecuadors, Rafael Correa, vor kurzem in einem Interview mit der chilenischen Sozialwissenschaftlerin Marta Harnecker sagte: »Leider ist es so, dass in den letzten Jahren, und ich glaube, das gilt für ganz Lateinamerika, die gesellschaftlichen Bewegungen, die Organisation des Volks zu einem Mythos geworden sind.«<sup>54</sup> Das ist nicht nur die Meinung einer Einzelperson, die nie in einer gesellschaftlichen Organisation aktiv war, sondern in der Tat die vorherrschende Meinung der der Regierung nahestehenden linken Kreise: Die Zeit der gesellschaftlichen Organisationen sei vorbei, und deshalb müsse nun an den Bürger appelliert werden.<sup>55</sup>

Bleiben nur die repräsentative Bürokratie und gelegentlich die direkte Partizipation in Volksbefragungen und Volksentscheiden. Und das war es dann. Als die Marta Harnecker Rafael Correa fragte, welche »Fehler« er in seinem Amt begangen habe, fiel ihm als Erstes ein: »zu demokratisch gewesen zu sein«: »Ein Übermaß an De-

53 Diario Hoy, 18. März 2010.

54 In Marta Harnecker: Ecuador: una nueva izquierda en busca de la vida en plenitud. Madrid 2011, S. 229.

55 Das ist klar aus den Schilderungen des gescheiterten Versuchs eines Bündnisses zwischen *Alianza Pais* und CONAIE im Jahr 2006 zu entnehmen. Siehe z. B. die Aussagen von Eduardo Paredes und Ricardo Patiño (Ebenda, S. 97 ff.).

mokratie.«<sup>56</sup> Eine solche Bilanz ist für die partizipative Demokratie während der restlichen Zeit dieser Regierung nicht gerade vielversprechend.

## Populismus der Mittelschicht

Wie soll man nun diese so widersprüchliche Regierungspolitik verstehen? Einerseits führt sie wirtschaftlich einige wichtige Reformen durch, andererseits isoliert sie sich und schwächt oder schließt die aus, die sie bei ihren Bemühungen um einen Wechsel unterstützen könnten. Das Ergebnis ist ein wirtschaftlich begrenzt umverteilendes, politisch gesehen ein rein personenbezogenes Projekt.

Eine solche Kombination ist allerdings gar nicht so außergewöhnlich. Auch früher schon hat es sie in Lateinamerika beim Aufkommen der sogenannten populistischen Bewegungen gegeben und die Hegemonie der nationalistischen Sektoren der Streitkräfte deutlich gemacht.<sup>57</sup> Dennoch waren diese politischen Projekte stets darum bemüht, unterstützende Organisationsstrukturen zu bilden und haben damit die Grundlage für die mächtigen korporativen Bande zwischen ihrer Basis und dem Nationalstaat geschaffen.<sup>58</sup>

Die Regierung von Rafael Correa unternimmt nichts in dieser Richtung. Ganz und gar mit der Regierungsarbeit beschäftigt, wartet sie auf die Unterstützung der Bürger/innen, versucht aber nicht, sie zu organisieren. Genau wie ihre Mitarbeiter glaubt sie sicher auch, dass sie sie nicht braucht, da die Zeit der großen gesellschaftlichen Organisationen ja vorbei sein soll. Die zerstreute Unterstützung der Wählerschaft reicht aus, und die politischen Akteure werden sich anschließen, wenn sie die Vorzüge des Projekts erkennen.

Ich glaube, man kann behaupten, dass eine solche Sichtweise typisch für die intellektuelle Mittelschicht ist, die bei der Bürgerrevolution die Vorherrschaft hat. Natürlich stellen nicht sie allein die Regierung, es gibt auch Verbindungen mit teilweise mächtigen ecuadorianischen Unternehmergruppen und weiteren Unternehmern, die über öffentliche Verträge groß werden wollen. Die zeitweilige Hegemonie der in-

56 Ebenda, S. 225.

57 Unter »Populismus« verstehen wir hier eine spezifische Politik der 1930er Jahre und nicht einen »Stil«, mit dem Wählerstimmen aus dem Volk gewonnen werden sollen (Siehe Hernán Ibarra: *El populismo en la política ecuatoriana contemporánea*, in: K. Weyland, C. De la Torre, G. Aboy Carlés und H. Ibarra. *Releer los populismos*. Quito 2004, pp. 129-138).

58 Über diese Zeit und die »großen« Länder Lateinamerikas gibt es eine ausführliche Bibliografie. Dasselbe gilt für die Kontroverse über die politischen Systeme und die Industrialisierung. Ich erwähne nur ein paar Schlüsselhinweise: Alain Touraine 1988 [1987]. *Actores sociales y sistemas políticos en América latina*. 3ra reimp. Santiago: PREALC, S. 139-70. Guillermo O'Donnell's klassisches Werk über die gesellschaftlichen Bündnisse hinter der Industrialisierung und die Rolle der Gewerkschaften in Argentinien, 1976. Über »Korporatismus« und Staat, in: Documentos CEDES / CLACSO. No. 2. Buenos Aires, und 2004 [1976]. *Estado y alianzas en la Argentina, 1956-1976*. G. O'Donnell. *Contrapuntos. Ensayos escogidos sobre autoritarismo y democratización*. 1ra reimp. Buenos Aires – México – Barcelona: PAIDOS, S. 57-67.

tellektuellen Mittelschicht in der Regierung ist auf die persönliche Autorität des Präsidenten der Republik zurückzuführen. So stark personenbezogen die Regierung auch erscheinen mag, steht diese Hegemonie in Wirklichkeit auf tönernen Füßen.

Wie Antonio Gramsci schon sagte: »Es kommt sogar vor, dass viele Intellektuelle meinen, sie seien der Staat, ein Glaube, der angesichts der beeindruckenden Masse der Kategorie bisweilen beträchtliche Folgen hat und zu misslichen Komplikationen für die grundlegende ökonomische Gruppe führt, die in Wirklichkeit der Staat ist.«<sup>59</sup>

Es ist in der Tat so, dass die gesellschaftliche Hegemonie der Mittelschicht im Laufe der gesamten Geschichte Lateinamerikas stets sehr instabil war. Die intellektuelle Mittelschicht ist weit davon entfernt, ein realer Machtfaktor zu sein und kann nicht einmal als organisierte Macht bezeichnet werden. Ihre politische Macht leitet sich vor allem (aber nicht allein) vom Staat und ihrer Fähigkeit, die staatliche Politik mit zu definieren, ab. Daher kann zumindest teilweise der Etatismus erklärt werden, der viele dieser Intellektuellen von den Organisationen, aus denen sie ursprünglich kommen (das heißt den staatlichen Gremien, Nichtregierungsorganisationen und Universitäten), distanziert.

In ihrer inzwischen fast fünfjährigen Amtszeit hat sich die Regierung stets darum bemüht, genügend politische Macht auf sich zu vereinen, um den harten Widerstand zu überwinden, der sich gegen das auf »radikalen Reformen« basierende Transformationsprojekt richtet. Diese Machtkonzentration war anfangs zweifellos notwendig, weil eine schwache Regierung, vor allem eine Minderheitsregierung, in den Netzen der traditionellen Macht gefangen geblieben wäre. Es ist ihr gelungen, die schwierigen kurzfristigen und konjunkturellen Hindernisse zu überwinden. Aber anstatt nun diese Macht zur Stärkung möglicher Verbündeter aus dem Volk für ihr langfristiges Projekt einzusetzen, hat sie sich von ihnen entfernt. Es ist eine Bürgerrevolution, die bisher ohne die Bürger/innen abläuft. John Maynard Keynes hat einmal gesagt, »langfristig sind wir alle tot« (»In the long run we are all dead«). Gemünzt auf das im Aufbau befindliche Projekt der Bürgerrevolution können wir sagen, dass ein politisches Projekt ohne gesellschaftliche Akteure schon kurzfristig tot sein wird.

*Deutsch von Birte Pedersen*

59 Antonio Gramsci: Cuadernos de la Cárcel. Vol 4. Edición crítica del Instituto Gramsci a cargo de Valentino Gerratana. A. M. Palos (trad.). Mexiko 1986, S. 360.

## **Ecuadors indigene Bewegung zwischen Langzeitstrategie und Tagespolitik**

Bei einer improvisierten, über Facebook geführten Diskussion über die ersten Ergebnisse der durch die Regierung Rafael Correa am 7. Mai 2011 durchgeführten Volksbefragung verteidigte der angesehene argentinische Intellektuelle Atilio Borón sehr optimistisch den Sieg des »JA« und gratulierte der Regierung. Einige Teilnehmer dieses Online-Dialogs widersprachen ihm und verwiesen auf den hohen Prozentsatz der gegnerischen Stimmen, die »NEIN« gewählt hatten, sowie insbesondere auf die Stärke der indigenen Bewegung Ecuadors, die mit ihrer Kampagne für das NEIN zur Zentralfigur geworden war. Borón versuchte, die CONAIE, den Dachverband der indigenen Nationalitäten Ecuadors, mit dem Argument zu desavouieren, dass »sie sich jetzt mit der konservativsten Rechten zusammen getan haben, um gegen die von Correa vorgeschlagenen Reformen mit NEIN zu stimmen..., dass es die Rechten sind, die indirekt die indigene Bewegung kontrollieren. Wenn aber die ecuadorianischen Indigenen so gegen die Regierung eingestellt sind (und ich sage die Indigenen, nicht ihre Organisationen, von denen einige bis ins Mark von der CIA unterwandert sind) ... Schließlich meine ich, dass es in der heutigen Situation für eine revolutionäre Option wohl kaum auf ein Bündnis mit der CONAIE und den verrufenen indigenen Organisationen ankommt, die vorher (den ehemaligen Präsidenten – Anm. d. Üb.) Gutiérrez unterstützt haben und sich jetzt dem oligarchischen Kern gegen Correa anschließen.«

Boróns Kritik spiegelt nicht nur dessen persönliche Meinung wider, sondern eine Tendenz, der sich Politiker, Akademiker, Journalisten usw. mit einer Reihe von »Argumenten« zur Erklärung der Situation, in der sich die ecuadorianische indigene Bewegung heutzutage befindet, angeschlossen haben. Viele dieser Argumente sind schon zu Gemeinplätzen geworden. Nur wenige dieser Personen, um nicht zu sagen niemand, haben sich jedoch die Mühe gemacht, diese Frage näher zu untersuchen.

1 Floresmilo Simbaña ist Jurist und Historiker, Dozent für Geschichte an der *Universidad Central del Ecuador*. Mitglied des nationalen Führungsgremiums der CONAIE zwischen 1996 und 2001, derzeit Präsident der CONAIE-Basisorganisation *Comuna Tola Chica*. Mitherausgeber der politischen Zeitschrift »R« und Verfasser zahlreicher Artikel über die indigene Bewegung Ecuadors.

## Zahlreiche Bündnisse und neoliberaler Widerstand

Das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts war klar von zwei widerstreitenden Phänomenen geprägt: der extensiven Umsetzung des Neoliberalismus und der Mobilisierung der Indigenen. Damit war der Rahmen für das gesellschaftspolitische Szenarium gesteckt. Alle, oder zumindest die allermeisten sozialen und politischen Organisationen, hatten ihre Agenda und Aktionen gegen den Neoliberalismus ausgerichtet und sich auch mit der indigenen Bewegung verbündet oder solidarisch erklärt. Vor diesem Hintergrund nahm die CONAIE Einfluss auf die Mobilisierungsprozesse im ganzen Land und brachte eine neue Dynamik ein. In Quito, Cuenca, Riobamba, Ambato, Guayaquil, den wichtigsten Städten Ecuadors, sowie in einigen anderen, waren die städtischen Organisationen und linken Parteien auf der Suche nach einem Ausweg aus der vom Scheitern der Gewerkschafts-, Stadtteil- und Studentenbewegungen der achtziger Jahre geerbten Krise. Es war eine Krise, die ihrerseits mit den Auswirkungen des weltweiten Zusammenbruchs der linken Ideologie nach dem Fall der UdSSR und des sozialistischen Blocks zu kämpfen hatte.

In dieser schwierigen Lage sahen die sozialen Organisationen, allen voran die städtischen, in der indigenen Bewegung eine Chance für einen Neustart bzw. das Überleben ihrer jeweiligen Prozesse und Vorschläge und schlossen sich ihr entsprechend ihrer jeweiligen Zusammensetzung, ihres Ursprungs, ihrer Dynamik und Ziele an. Aber für alle war es auf die eine oder andere Weise der passende Moment, über Bündnisse mit der CONAIE die Einheit von Stadt und Land zu gestalten.

Dies führte dann zum Aufbau einer Organisationsstruktur namens *Coordinadora de Movimientos Sociales* (Koordinationsstelle der sozialen Bewegungen). Hier trafen ganz unterschiedliche städtische Organisationen wie linke Parteien, Stadtteilorganisationen, Frauen- und Jugendorganisationen sowie Gewerkschaften der öffentlichen Angestellten zusammen, letztere mit mehr Gewicht und Einfluss. Andere Organisationen und Gruppen schlossen sich nicht der Koordinationsstelle an, waren aber auch auf die eine oder andere Weise implizit und explizit an den dort entstandenen politischen Aktionen aktiv beteiligt. Das galt auch für die CONAIE. Als politischer und gesellschaftlicher Dachverband ging sie in an zwei Fronten vor, was nicht ohne Widersprüche möglich war: Sie war gleichzeitig Organisationsinstanz und politisches Zentrum, in dem Dialoge geführt und Aktionen koordiniert wurden. Als solches führte sie die Mobilisierungen und das politische Geschehen während der neunziger Jahre an. Die CONAIE kann auf drei große Siege zurückblicken: Das Scheitern der Volksbefragung von 1995, mit der die Regierung Sixto Duran Ballón die Privatisierungen legitimieren wollte; der Sturz der ultraneoliberalen und korrupten Regierung Abdalá Bucarams im Jahre 1996; und die Gründung der Bewe-

gung *Movimiento Unidad Plurinacional Pachakutik – Nuevo País* (MUPP-NP, kurz: Pachakutik), einer politischen Bewegung, die das Bündnis Stadt–Land sichern, ein nationales Projekt als Gegenentwurf zum Neoliberalismus entwickeln und der Landbevölkerung Zugang zur Macht verschaffen sollte.

Diese großen Organisationsstrukturen wurden in dem Maße, in dem sie ihre größten Siege errangen, zunehmend schwächer. Diese Dialektik kann an vier Ereignissen verdeutlicht werden: a) Um den Sturz Bucarams zu beschleunigen, ging die *Coordinadora de Movimientos Sociales* Bündnisse mit der Rechten wie den sozialchristlichen und christdemokratischen Parteien Partido Social Cristianound Democracia Popular ein. Dieses Bündnis führte zu einer großen politischen und Wahlniederlage bei der Bildung der Verfassungsgebenden Versammlung 1998. Nichtsdestoweniger bestand Pachakutik auf weiteren Verhandlungen mit diesen Gruppen auf parlamentarischer Ebene. b) Eine völlig falsche Politik gegenüber der Verfassungsgebenden Versammlung von 1998, bei der es nicht gelang, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen, was dann auch dazu führte, dass mehrere Mitgliedsorganisationen der *Coordinadora* diese anschließend verließen. c) Ein strategisch und politisch schwaches Bündnis mit Teilen des Militärs, um den Präsidenten Jamil Mahuad am 21. Januar 2000 zu stürzen und gleich eine Übergangsregierung zu bilden, die sich nur zwei Stunden hielt. Dieses Bündnis und die daraus folgenden Ereignisse führten zu Konflikten und einem Bruch zwischen der *Coordinadora de Movimientos Sociales* und der CONAIE sowie zu starken Spannungen innerhalb letzterer. d) Die gleichzeitig stattfindenden staatlichen Angriffe auf die Gewerkschaften der öffentlichen Angestellten enthaupteten und schwächten diese wichtigste städtische Kraft und damit auch die *Coordinadora*.

Ende der neunziger Jahre schlug die Kombination dieser vier Faktoren dann ein Leck in diese große Organisationsstruktur und riss den allgemeinen bzw. nationalen Charakter des Projekts mit sich in den Abgrund. Als logische Konsequenz verschwand die *Coordinadora de Movimientos Sociales* als reale gesellschaftspolitische Kraft von der Bildfläche, auch wenn sie in ihrer Führungsstruktur weiter bestand. Viele ihrer Mitgliedsorganisationen versuchten sich neu zu gruppieren, waren den wahren politischen Kämpfen jedoch nicht gewachsen, sodass sich einige sogar ganz auflösten. Obwohl die indigene Bewegung Teil der erwähnten Irrtümer war, gelang es ihr besser, mit der Krise umzugehen. Auch wenn sie mit ihren Antworten nicht immer ganz richtig lag und sich in der tiefen Krise der städtischen sozialen Organisationen in sektoriell begrenzte Vorschläge flüchtete, sich mehr auf das Indigene konzentrierte und dem Erstarken der ethnizistischen Tendenzen mehr Platz einräumte, half der Massenaufbruch der indigenen Gemeinden bei den Aufständen im Juli 1999 und Januar und Februar 2001 der CONAIE, politisch zu erstarken und sich organisatorisch neu zu sammeln.

So war es um die führenden sozialen Organisationen der politischen Mobilisierung der neunziger Jahre bestellt, und so zogen sie in die erste Phase des letzten und größten Kampfes gegen den Neoliberalismus in Ecuador.

Um die Jahrhundertwende, genau gesagt zwischen der Verfassungsgebenden Versammlung von 1998 und dem Scheitern der Freihandelszone FTAA im Jahr 2004, erstarkten mehrere neue städtische Gruppen organisatorisch, begannen sich zu politisieren und sich immer mehr öffentlich an der Politik zu beteiligen. Es waren vor allem Jugendgruppen, die ihre Rechte einforderten und sich für die Umwelt und kulturelle Vielfalt zusammenschlossen. Obwohl sie kein klares Zentrum hatten, gingen sie sehr dynamisch vor. Der Antineoliberalismus (der sich im Widerstand gegen die Unterzeichnung des FTAA und später der binationalen Freihandelsabkommen ausdrückte) wurde zum politischen und identitätsstiftenden Band mit der indigenen Bewegung.

Das stärkste und dynamischste Bündnis, das sich dabei bildete, bestand aus der CONAIE und den Jugendgruppen, die sich als Rockerbewegung identifizieren. Viele städtische Gruppen und Jugendorganisationen schlossen sich ihm zu einem Zeitpunkt an, als der Protest gegen das Freihandelsabkommen am stärksten war. Es gelang ihnen, größere politisch-kulturelle Räume zu etablieren, die dann zur Koordinations- und Leitstelle der Mobilisierung wurden.

Der Kampf gegen das Freihandelsabkommen mit den USA bestimmte die Dynamik der Einheit. Anfang 2006, Zeit der größten Konfrontationen, wurde die Mobilisierung vor allem in Quito und Cuenca von ihr getragen. In der entscheidenden Kampfphase, als die Verhandlungen angeblich abgeschlossen waren und der Weg für die Unterzeichnung des Abkommens geebnet wurde, gelang es den oppositionellen sozialen Organisationen nicht, eine gemeinsame Aktion durchzuführen. Schließlich beschloss dann die CONAIE einen Aufstand für den 9. März anzubereiten. Andere Organisationen entschieden sich für andere Aktionen und Daten oder gar, wie im Fall der CONFEUNASSC, die sich für Verhandlungen entschied, für andere Strategien. Der Aufstand, der zwei Wochen dauerte, einen Großteil des Landes lahmlegte und von der Mehrheit der Ecuadorianer unterstützt wurde, wurde von dem Bündnis Stadt–Land getragen.

Für das Volk wurde dieser Aufstand zu einem historischen Sieg. Einerseits gelang es ihm, das Freihandelsabkommen mit den USA endgültig zu besiegen, und andererseits führte er zu einem entscheidenden Triumph: der strategischen Niederlage des Neoliberalismus und des hegemonischen politischen Blocks, der ihn stützte – ein Wendepunkt für die ecuadorianische Politik, Anfang einer neuen Phase, die wir heute als postneoliberal bezeichnen.

In dieser Phase wurden auch die ersten Spannungen in diesem Bündnis sichtbar. Angesichts der Tatsache, dass der Kampf sich jetzt auf das Schlachtfeld der Wahlen

verlagert hatte und ein einheitlicher Vorschlag gemacht werden musste, versuchten sowohl die CONAIE als auch die neuen städtischen sozialen Gruppen politische Einigung zu erzielen, scheiterten aber beide bei dem Versuch. Die indigene Bewegung stellte über Pachakutik eigene Kandidaten auf, während sich die städtische Bewegung aufsplittete. Einige unterstützten unterschiedliche Kandidaturen, andere lehnten die Wahlen ganz ab usw. Wir alle kennen das Ergebnis dieser Zersplitterung: Rafael Correa und seine Bewegung *Alianza País* gewannen die Wahlen und bildeten ihre Regierung der selbsternannten Bürgerrevolution.

Während die Regierung Correa vorankam und die neue Verfassungsgebende Versammlung 2008 eine neue Verfassung erarbeitete, die schließlich per Volksbefragung angenommen wurde, bezogen viele soziale Organisationen und linke Parteien unterschiedliche Positionen in Bezug auf die aktuelle Lage und die Regierung. Teile der städtischen Bewegung sahen im Bündnis mit der Regierung von *Alianza País* eine echte Chance und meinten, sich dafür von der indigenen Bewegung distanzieren zu müssen, da diese der Regierung gegenüber kritisch eingestellt war. Andere vertraten die Meinung, dass in der Bürgerrevolution alle Wege blockiert seien und der Kampf über die soziale Mobilisierung weitergeführt werden müsse. Und dafür musste die Einheit mit der indigenen Bewegung notwendigerweise bestehen bleiben. Die indigene Bewegung sah weiterhin Möglichkeiten für den Erhalt und die Stärkung des Stadt-Land-Bündnisses und unterhielt Verbindungen mit Organisationen, die eine entsprechende Arbeit ermöglichten.

So sahen die Bedingungen für das Volk und besonders für die indigene Bewegung in der damaligen Lage aus.

## Der IV. Kongress

Die sogenannte postneoliberale Phase teilt sich in Ecuador in zwei Teile: In den Jahren 2005–2006 wurden das neoliberale Projekt und die hegemonischen Gruppen, die bis dahin den Staat geleitet hatten, politisch besiegt; seit 2007 bauen Rafael Correa und *Alianza País* ihr Regime der selbsternannten Bürgerrevolution auf. Trotz der enormen Wirkung, die sie in dieser Phase und in der ecuadorianischen und internationalen akademischen Welt entfaltet hat, gibt es bisher nur wenige groß angelegte Untersuchungen zu diesem Thema. Das ist hier jedoch nicht unser Anliegen. Ziel dieser Arbeit ist es, die häufigsten Interpretationen der indigenen Bewegung zu überprüfen, die wegen zweier aktueller politischer Ereignisse – des IV. Kongresses der CONAIE<sup>2</sup> und den Ergebnissen der jüngsten Volksbefragung – wieder ins Blickfeld gerückt sind.

2 Eigentlich wäre es der 10. Kongress gewesen, aber 2001 wurden die Basisorganisationen per Satzungsänderung

Die CONAIE wählt alle drei Jahre eine neue Führung, die den sogenannten Regierungsrat (*Consejo de Gobierno*) bildet. Marlon Santi<sup>3</sup>, Präsident der Organisation seit 2008, hatte sein Mandat beendet und die Organisation suchte einen Nachfolger. Viele Gruppen innerhalb und außerhalb der indigenen Bewegung wurden aufmerksam. Der Kongress fand vom 31. März bis 2. April 2011 in der Amazonasprovinz Pastaza mit 3 500 Delegierten statt, von denen 1 050 offizielle Vertreter und stimmberechtigt waren.<sup>4</sup> Die ersten beiden Tage vergingen mit Debatten über die politische Konjunktur Ecuadors, vor allem in Bezug auf die Regierung und die Volksbefragung. Damit gerieten die Überlegungen, die bei einem Kongress einer so großen Organisation wie der CONAIE angestellt werden sollten, ins Hintertreffen. Zum Schluss wurde der neue *Consejo de Gobierno* gewählt. Die drei vorgeschlagenen Kandidaten Humberto Cholango (offizieller Kandidat des Regionalverbands der Sierra ECUARUNARI), Pepe Akachu (offizieller Kandidat des Amazonas-Verbands CONFENIAE) und Auki Tituaña (von der Organisation des Otavalo-Volks im nördlichen Teil des Hochlands unterstützt) wurden bestätigt. In geheimer, persönlicher Wahl erzielten (bei 20 ungültigen Stimmen) Cholango 472, Tituaña 353 und Akachu 205 Stimmen.

Tituaña akzeptierte dieses Ergebnis nicht und forderte eine zweite Wahlrunde bzw. Stichwahl, da Cholango nicht die Hälfte der Stimmen plus eine erhalten hatte, um als Sieger erklärt zu werden. Die Wahlkommission des Kongresses lehnte diesen Antrag ab, da nichts davon in der Kongressordnung vermerkt ist, erklärte Humberto Cholango zum Sieger und rief zur Wahl des Vizepräsidenten auf. Auki Tituaña und Marlon Santi verließen, gefolgt von ihren jeweiligen Basisorganisationen, den Saal. Die Wahlen wurden fortgesetzt und der gewählte Pepe Akachu sofort zum neuen Vizeminister der CONAIE ernannt. Der Präsident des Regionalverbands der Küste, ein Anhänger Tituañas, protestierte und forderte seine Basisorganisation auf, ebenfalls den Saal zu verlassen. Obwohl nicht alle seiner Forderung Folge leisteten, gelang es ihm, so viel Unruhe zu stiften, dass das Wahlverfahren nicht fortgesetzt werden konnte. Die Wahlkommission beschloss daraufhin, das Verfahren zu unterbrechen und die Leitung des Kongresses an das Präsidium zu übergeben, das nach längerer Debatte zustimmte und die regionalen *Consejos de Gobierno* zu einer Sitzung einberief, um Ort und Datum für die Wiederaufnahme und den Abschluss des Kongresses zu bestimmen. Nach dieser Ankündigung verließen alle den Raum.

Der Weg zur Vollendung des IV. Kongresses war von starken Debatten und öffentlichen, über die Medien ausgetragenen Anschuldigungen geprägt. Schließlich

intern umstrukturiert. Mitglieder sind von da an nicht mehr die Provinzverbände, sondern die Organisationsstrukturen der Völker und Nationalitäten. Dementsprechend wurde 2001 der I. Kongress der Völker und Nationalitäten einberufen.

3 Amazonas-Quechua aus der Provinz Pastaza, Gemeinde Sarayaku.

4 Bulletin der CONAIE vom 1. April 2011. Nachrichtenagentur: Agencia de Noticias Plurinacional del Ecuador.

kam der Kongress am 17. April wieder in Quito mit 38 Basisorganisationen zusammen. 22 weitere blieben ihm fern. Man kam überein, die vom Kongress in der Stadt El Puyo geleistete Arbeit, das heißt die angenommenen Beschlüsse und die Wahl des Präsidenten Humberto Cholango und Vizepräsidenten Pepe Akachu, zu formalisieren. Ebenfalls wurden einvernehmlich die übrigen Mitglieder des neuen *Consejo de Gobierno* gewählt. Zum Schluss, nach der Amtsübernahme der neuen Führung, rief Humberto Cholango dazu auf, die Kritik an der Bürgerrevolution des Präsidenten Rafael Correa weiterzuführen und konstruktive Opposition zu leisten, das gesamte Volk zu einen, die Basisorganisationen der CONAIE zu stärken und weiter am Projekt der Plurinationalität und des erfüllten Lebens »Sumak Kawsay« zu arbeiten.

Das ist die Sachlage. Jetzt geht es darum, die Auswirkungen zu analysieren.

## **Die Krise und ihre Hintergründe**

Sowohl die Regierung als auch die großen öffentlichen und privaten Medien sprachen nur noch von der »Spaltung der indigenen Bewegung«, »dem Schiffbruch der früher so mächtigen CONAIE«. Die Regierung nahm außerdem die auf dem IV. Kongress entstandene Lage als Beweis dafür, dass »die Basis für die Bürgerrevolution und nicht für die CONAIE ist.« Dies wurde von Regierungsvertretern und einigen Akademikern gleichsam als Motto, und weniger als Argument, aufgegriffen und als Beweis dafür hochgehalten, dass die Indigenen die Krise, in die sie wegen der Unterstützung der Regierung Gutiérrez geraten waren, noch immer nicht überwunden hätten.

Bei der Analyse des Werdegangs eines politischen Subjekts kann man nicht nur die interne Dynamik und individuelle Aktion in Betracht ziehen und die vielfältigen allgemeinen Umstände außen vor lassen. In diesem Sinn muss die Lage der ecuadorianischen indigenen Bewegung eindeutig als Teil der Situation betrachtet werden, in der sich die ecuadorianische Linke befand, die damals politisch-ideologisch ermüdet war und in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends ihre stärkste Krise durchmachte. Von 2000 bis 2003 waren die städtischen sozialen Organisationen vor allem in Quito, Guayaquil und Riobamba fast am Ende; Cuenca hat diese Zeit besser überstanden. Viele dieser Organisationen, die gesellschaftlich gesehen verwaist oder in politische Ränkespiele verwickelt waren, bei denen es nur um opportunistische Tagespolitik ging, erlitten Schiffbruch, während andere vor dem Ansturm der neoliberalen Politik die Segel strichen. Dazu gehörten auch die Gewerkschaften der öffentlichen Hand (Erdölarbeiter, Arbeiter der Sozialversicherung, der Elektrizitätswerke und des Telekommunikationswesens), die den größten und dynamischsten

städtischen Sektor repräsentierten. Diese Bankrotterklärung wirkte sich auf das gesamte Volk aus. Die ländlichen Organisationen, besonders auch die indigene Bewegung, standen wieder allein und geschwächt da.

Die städtischen Organisationen, die eine strategische Allianz mit der indigenen Bewegung eingegangen waren, lösten sich entweder auf (*Coordinadora de Movimientos Sociales*) oder scherten aus dem Bündnis aus. In vielen Fällen lösten die Einschätzung des mit Gutiérrez eingegangenen Bündnisses und die zukünftige Vorgehensweise die Krise aus. In Bezug auf letztere waren einige für sozialen Widerstand, andere wiederum meinten, dass die Annäherung an die Mitte-Links-Parteien<sup>5</sup> die Chance sei, an die Macht zu kommen. Diejenigen, die für den Bruch stimmten, rechtfertigten ihren Austritt damit, dass sie ausgeschlossen worden seien und die CONAIE sich »ethnifiziert« habe; sie warfen ihr sogar einen »umgekehrten Rassismus« vor. Dieser Mythos, der von diesen Gruppen in die Welt gesetzt wurde, wird bis heute bedient und von Akademikern und der derzeitigen Regierung immer wieder hervorgebracht.

Als nächstes kam die Regierung Rafael Correa mit der Bewegung *Alianza País* an die Macht, und alles schien darauf hinzudeuten, dass die städtischen Organisationsprozesse wieder anlaufen würden. Doch obwohl die Bürgerrevolution schon seit fast fünf Jahren an der Macht ist, ist dies immer noch nicht geschehen, sei es aus Unfähigkeit oder mangelndem Interesse.

Die CONAIE selbst machte ihre gravierendste Krise von 2000 bis 2005 durch. Die zahlreichen Konflikte, die sich aus der neoliberalen Politik und dem transnationalen Kapital in Gebieten der indigenen Gemeinden ergaben, führten zu starken Spannungen in den soziokulturellen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen auf dem Land und einer sichtbaren Schwächung der Basisorganisationen. Interne Kämpfe vertieften die Krise,<sup>6</sup> weil sie immer härter wurden und sogar in Gewalt ausarteten. Die Vertreter eines rein wirtschaftlich und kulturell geprägten, auf Forderungen basierenden Kampfs gewannen praktisch die Oberhand. Zusammen mit der beschriebenen Situation der städtischen Organisationen führte dies zu einer starken Isolierung der indigenen Bewegung. Es gelang jedoch, dies alles zu verdauen und zwei politische Faktoren halfen dann, die Krise zu überwinden: Dies waren einerseits die Kraft und Radikalität, mit der das Freihandelsabkommen bekämpft

5 Diese Debatte fand nach dem Sturz der Regierung Lucio Gutiérrez statt. Konkret wurde die Möglichkeit eines Bündnisses mit der sozialdemokratischen Partei Izquierda Democrática ID im Hinblick auf die Präsidentenwahl 2006 diskutiert. Die indigene Bewegung war strikt dagegen, weil die Partei kaum noch Ansehen genoss und ausgesprochen neoliberal war.

6 Die häufig vorgebrachte Ansicht, dass die CONAIE geteilt ist, bzw. aus zwei Linien besteht – der historischen (linken) und der ethnozentristischen (rechten) –, entbehrt seit langem jeglicher Grundlage und wird der Realität und Komplexität der indigenen Bewegung nicht gerecht. Die Tendenzen sind so dynamisch, elastisch und fließend, dass man genauer hinschauen muss.

wurde, das mehrere ecuadorianische Regierungen (unter den Präsidenten Gustavo Noboa, Lucio Gutiérrez und Alfredo Palacios) mit den USA unterzeichnen wollten und andererseits die ECUARUNARI-Präsidentschaft von Humberto Cholango im Jahr 2004 und die CONAIE-Präsidentschaft von Luis Macas 2005.

Unter diesen Bedingungen erklärte die CONAIE, auch um endlich die unglückliche Allianz mit Lucio Gutiérrez zu überwinden, einen »geordneten strategischen Rückzug« und den Widerstand gegen das Freihandelsabkommen zur Priorität.

Mit dieser Ausrichtung gelang es der CONAIE, die organisatorische Schwäche und die politische Krise zu überwinden. Sie nahm wieder Kontakt mit vielen ihrer Basisorganisationen auf, neue indigene und nicht indigene Organisationen aus dem ländlichen Bereich wurden Mitglied und Bündnisse mit einigen überlebenden städtischen sozialen Organisationen wurden wieder aufgenommen oder neu geschlossen.<sup>7</sup> Damit konnte die CONAIE wieder erfolgreich mobilisieren und den großen indigenen und Volksaufstand vom März 2006 vorbereiten, der das Freihandelsabkommen endgültig aus dem Weg räumte und dem Parteiensystem und den Gruppen, die das Machtmonopol »in der langen Nacht des Neoliberalismus« innehatten, einen schweren Schlag versetzte.

All dies reichte aber nicht aus. Wegen der falschen Einschätzung der Lage und interner Widersprüche gelang es der CONAIE nicht, eine einheitliche politische Linie zu definieren, mit der sie die gesammelten Erfahrungen in einen politischen Vorschlag hätte verwandeln können, der das vom geschlagenen Neoliberalismus hinterlassene Vakuum gefüllt hätte, das dann von Rafael Correa und der Bürgerrevolution besetzt wurde.

Mit der Regierung Correa gab es anfangs eine von Autonomie geprägte Annäherung (bis zur Halbzeit der Verfassungsgebenden Versammlung), dann eine Programmkritik, die vor allem seit der Verabschiedung des Bergbaugesetzes und der Debatte um den Entwurf für das Wassergesetz 2009–2010 zur Opposition wurde. Die Regierung hatte ihre Angriffe auf die CONAIE immer mehr verschärft, und es wurde immer eindeutiger, dass ihre Politik es auf die Zerstörung nicht nur dieser, sondern aller kritischen sozialen Organisationen abgesehen hat.

Für die CONAIE ist diese Konfrontation mit der Regierung Correa sozial und politisch mit hohen Kosten verbunden. Aber dies ist nicht der einzige Grund für die Krise der größten nationalen indigenen Organisation.

Die in 25 Jahren Neoliberalismus geschaffenen Strukturen haben die ländliche Realität verändert und neue wirtschaftspolitische Strukturen und veränderte sozio-

7 Vor allem Jugend-, Frauengruppen, Rockgruppen, Gay Lesbian Bisexual Transgender, die in gewisser Weise die Lücke füllten, die die Gruppen in den 90er Jahren hinterlassen hatten. Ebenfalls wurden aber auch taktische Abkommen gegen das Freihandelsabkommen mit mittelgroßen Produzenten der Küste (Maisbauern) und Gewerbetreibenden im Hochland (Pharma und Kunsthandwerk), die gegen die Unterzeichnung des Abkommens waren, geschlossen.

kulturelle Beziehungen geschaffen. Es kam zu einer neuen Konzentration des Landbesitzes (besonders durch die für den Export produzierende Agroindustrie, die häufig mit transnationalem Kapital arbeitet), Privatisierung ausgedehnter Gebiete (Andenhochland und Wälder), Konzentration des Wassers, Rückgang der öffentlichen Investitionen. Andererseits sind tiefe gesellschaftliche und wirtschaftliche Unterschiede, eine Schwächung der Agrarwirtschaft und das Hochkommen neuer Wirtschaftssektoren (vor allem Handel und Finanzen), interne und externe Migration zu verzeichnen. Es ist eine allgemeine Entwicklung, die alle Gesellschaftsgruppen auf dem Land zu spüren bekommen haben. Als Ergebnis beobachten wir u. a. die Schwächung und Auflösung der bestehenden Gesellschaftsstrukturen, vor allem der Dorfgemeinschaften (*comunidades*), das Zerschneiden der kulturellen Einheit und wirtschaftliche Unterschiede. Politisch gesehen zeigte sich dies in der Abwanderung von Aktivisten und dem Verlust des ideologischen und politischen Bezugs zu den nationalen Organisationen. Die politische Niederlage hat für sich allein nicht zur Überwindung dieser Situation geführt. Auch die Bürgerrevolution war nicht die Antwort. Die Politik der Subventionen und sozialen Transferzahlungen ändert nicht die Strukturen, die die lange Nacht des Neoliberalismus als Erbe hinterlassen hat.

Es ist natürlich klar, dass eine solche Situation nicht nur die CONAIE, sondern alle ländlichen Organisationen betrifft (die Wege, die die einzelnen dabei eingeschlagen haben, gehören ebenfalls zu den kaum diskutierten Themen). Trotz aller Fehler und Mängel versucht die CONAIE, ihrem historischen politischen Projekt treu zu bleiben. Dafür muss sie Antworten auf alte Forderungen finden und neue, die die Bürgerrevolution nicht gelöst hat, aufnehmen. Mit anderen Worten zwingt uns das dazu, die Konfrontation zwischen der CONAIE und der Bürgerrevolution nicht nur als politische Rivalität, sondern als einen Disput über Sinnfragen und politische Projekte zu sehen: Wahldemokratie versus plurinationalen Ansatz, das Modell verantwortungsbewusster Entwicklung versus *Sumak Kawsay* (erfülltes Leben) und Ernährungssouveränität, Meritokratie versus soziale Partizipation usw. Deshalb ist diese Konfrontation auch nicht als solche der Grund für die Krise, aber sie läutet doch einen anderen Moment ein.

#### **Vom IV. Kongress zur Volksbefragung**

Das alte Argument der Krise, das dazu genutzt wird, der CONAIE die politische Legitimation abzusprechen, ist inzwischen um eine Variante reicher. Es heißt jetzt, dass die Organisation von der Rechten manipuliert und »von der CIA bis ins Mark« infiltriert sei, wie Atilio Borón behauptet. Wie dem auch sei, auch das ist nichts Neues. Neu ist der Argumentationsmodus der Anklage. Die indigene Bewegung hat

besonders in den 70er Jahren stets auf die staatliche Billigung der politischen Aktivitäten US-amerikanischer Sicherheitskräfte in Ecuador aufmerksam gemacht. In den 90er Jahren analysierte Victor Bretón in seinen Arbeiten über Ethnizität und Entwicklung die Aktivitäten der multilateralen Entwicklungs- und Kreditorganisationen und NGO, die mit dem Sicherheitsapparat verbunden waren und eine Bedrohung für die indigene Bewegung darstellten. Auch die CONAIE selbst legte im Jahr 2006, in der heißesten Kampfphase gegen das Freihandelsabkommen, eine Liste von NGOs vor, die versuchten, Organisationen, die gegen das Abkommen waren, und besonders die CONAIE, zu spalten.

Präsident Correa nutzt andere Argumente, um die seiner Politik gegenüber kritisch eingestellten Organisationen zu delegitimieren und erfand das Motto »mit der Rechten paktieren oder ihr Spiel spielen«. Später warf er der CONAIE mitten im Protest gegen sein Bergbaugesetz vor, von ausländischen, teilweise der US-amerikanischen Botschaft verbundenen NGO, manipuliert und finanziert zu werden. Noch weiter ging die in Venezuela ansässige nordamerikanische Redakteurin Eva Golinger, die in ihren Artikeln behauptet, die CONAIE sei über die US Aid und NED von der CIA infiltriert und werde von ihr finanziert. Als Beweis ihrer Nachforschungen führte sie die finanzielle Unterstützung an, die zwei ecuadorianische, von Indigenen geführten NGOs, die *Corporación Empresarial Indígena del Ecuador* und die Fundación Qellkaj, erhalten hatten; und erwähnte außerdem den Rat für die Entwicklung der Nationen und Völker Ecuadors, CODENPE. Aber der CODENPE ist eine staatliche Institution, die dem Präsidenten der Republik unterstellt ist, der alle unterzeichneten Abkommen ratifiziert hat. Die CONAIE steht in einem totalen politischen und ideologischen Widerspruch zu den beiden von Golinger denunzierten Stiftungen, aber das scheint dieser »Forscherin« egal zu sein. Dennoch haben ecuadorianische Stimmen diesen Vorwurf aufgegriffen und wieder und wieder eingesetzt. Und das ist das Argument, das der angesehene argentinische Intellektuelle Borón verwendet.

Diese gegen die indigene Bewegung gerichtete These zeigt, dass die Mentalität der Regierung und einiger linker Intellektueller noch immer vom Kolonialismus geprägt ist. Die Indigenen werden als leicht von außen manipulierbar, unfähig zur Autonomie und ohne eigenes Bewusstsein dargestellt. An dieser »intellektuellen« Haltung hat sich seit der Kontroverse zwischen Sepúlveda und De las Casas im 16. Jahrhundert nichts geändert.

Bei der Krise des IV. Kongresses der CONAIE zeigten sich zumindest zwei grundlegende Dinge. 1) Die Konflikte auf dem Land, die sich aufgrund der vom Neoliberalismus vorangetriebenen Veränderungen der wirtschaftspolitischen und soziokulturellen Strukturen angesammelt haben; und 2) die internen Spannungen, die aus den teils sogar gewalttätigen Konfrontationen mit der Regierung Rafael Cor-

rea entstanden sind; eine Langzeit- und Kurzzeitdialektik der Geschichte der indigenen Bewegung. Und im Gegensatz zu dem, was einige gern behaupten, wurde diese Krise nicht durch das Tagesgeschehen, sondern anderweitig gelöst. Der Diskurs Humberto Cholangos zeigte einen langfristigeren Ansatz auf: Der Widerstand gegen die Bürgerrevolution geht von der Kritik des kapitalistischen Modells aus, auch wenn er sich unterwegs gezwungen sah, auf das Tagesgeschehen zu reagieren.

Zu berücksichtigen ist eine Tatsache, die auch am angeblich mangelnden Interesse der Basis für die Organisation zweifeln lässt. Cholango ist mit ihrer Unterstützung gewählt worden und hat gegen einige andere Führungspersonen, die eine andere Option vertreten, gewonnen.

Aber wir können auch die Ergebnisse der Volksbefragung vom 7. Mai 2011 als Beweis dafür heranziehen, dass die CONAIE trotz ihrer Krise die Realität und die Basisorganisationen gut im Griff hat. Mitten in der Krise des IV. Kongresses musste die Organisation die Kampagne für das NEIN vorantreiben. Und das NEIN hat in den Provinzen des Hochlands und des Amazonasgebiets gewonnen, in denen die indigene Bevölkerung am stärksten vertreten ist, sich die meisten Agrar-, Land-, Wasser- und Bergbauprobleme konzentrieren und die CONAIE ihre größten Basisorganisationen hat. Außerdem lassen die Wahlergebnisse, was die indigene Bewegung betrifft, direkt an der Regierungspropaganda zweifeln, die der Organisation vorwirft, dass ihre Vorschläge und Anklagen keine sozialen Forderungen, sondern individuelle Meinungen »infantiler« Führer und typisch für »extremistische und unvernünftige sogenannte Linke« seien. Die Argumente, mit denen die indigene Organisation für das NEIN gekämpft hat, waren der Schutz der Natur und kollektiven Rechte, die Ablehnung des Bergbaus im Tagebau, die Forderung nach einer Agrarrevolution, die Schaffung von Ernährungssouveränität und das erfüllte Leben (*Sumak Kawsay*). Die erwähnten Ergebnisse beweisen, dass die Positionen der CONAIE gesellschaftlich verankert und nicht nur eine Kritik an der Regierung, sondern eine Gegenposition zum internationalen Kapital sind.

Der IV. Kongress und die Ergebnisse der Volksbefragung ermöglichen eine detailliertere und weitreichendere Analyse der derzeitigen Lage der indigenen Bewegung, was nicht nur aus Gründen des Erkenntnisgewinns, sondern aus Gründen der politischen Aktion geboten ist.

*Deutsch von Birte Pedersen*

## **Volksmacht und Sozialismus im bolivarianischen Prozess**

Seit 1999 macht Venezuela einen völlig neuen Prozess durch. Die bolivarianische Revolution hat nicht nur in einem beeindruckenden Mobilisierungsprozess und unter Einschluss riesiger verarmter Mehrheiten in einem der reichsten und ungleichsten Länder des Kontinents die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen zutiefst erschüttert. Sie hat auch die Skepsis hinsichtlich der Möglichkeit eines gesellschaftlichen Wandels, die sich nach dem Fall des Sowjetblocks und der Hegemonie des Neoliberalismus und seiner Ideologie des fortschrittlichen Lagers bemächtigt hatte, in die Schranken verwiesen. In diesem Sinn hat der politische Prozess in Venezuela die Weltlinke erneuert. Dies gilt nicht so sehr für die Theorie, die unter dem Mangel an Intellektuellen und einer unterentwickelten Debatte gelitten hat, sondern für die Entwicklung von transformatorischen Maßnahmen in der praktischen Politik. Besondere Erwähnung verdienen hierbei die Erfahrungen mit der Partizipation der Volksmassen, die einer Überwindung oder, besser gesagt, Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch Elemente der Machtausübung von unten gleichkommen und die partizipative bzw. protagonistische Demokratie ausmachen. In diesem Essay wollen wir versuchen, die zentrale Rolle der Volksbeteiligung in dem von Chávez geleiteten Projekt in ihrer Entstehung aufzuzeichnen, ihre Ausdrucksformen zu identifizieren und die Hauptwidersprüche festzuhalten, mit der die Dynamik des Aufbaus der Volksmacht zu kämpfen hat.

### **Die Straßendemokratie: Das Entstehen der Volksmacht im Kampf gegen den Neoliberalismus**

Die Krise, die mit der früheren Hegemonie des Zweiparteiensystems und seines Bündnisses mit der Oligarchie zu Ende geht, war nicht so sehr wirtschaftlicher, sondern politischer Art. Zweifellos waren der Verfall der Gewinnmarge und der Erdöleinnahmen, die Stagflation, die soziale Desinvestition, Arbeitslosigkeit, verstärkte Ungleichheit und wachsende Armut Zeichen für den Verfall des dominierenden,

1 Andrés Antillano ist seit 1989 Aktivist in den ärmeren Stadtvierteln von Caracas. Mitglied der »Comités de Tierra Urbana« (CTU) und des Movimiento de Pobladores, einer Bewegung, in der sich verschiedene Organisationen zusammengeschlossen haben, die für bezahlbaren Wohnraum kämpfen. Derzeit Mitglied im Rat der sozialen Bewegungen »Consejo de Movimientos Sociales« der ALBA, eine Initiative, die selbstbestimmte Basis-Organisationen in Venezuela und den anderen progressiv regierten Ländern der Region zusammenführt.

rein auf Erdöleinnahmen ausgerichteten Modells und der gegen das Volk gerichteten Strategien, mit denen noch versucht worden war, das System anzupassen. Aber die kämpferischen Maßnahmen, die sich dagegen richteten und anfangs von konkreten Forderungen geprägt waren, zeigten sehr bald, wie nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch das mehr als 50 Jahre währende politische Projekt funktionsunfähig geworden war.

Die enorm hohen Erdöleinnahmen und ihre Aneignung durch den Zentralstaat hatten die venezolanische Demokratie als repräsentatives, korporatistisches und klientelistisches System gefestigt. Dieses System basierte auf der Umverteilung der Erdöleinnahmen, die zur Kooptierung der Volksgruppen mittels Fürsorgemaßnahmen bei gleichzeitiger Stärkung von Abkommen mit politischen Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, Zwischenorganisationen, die als klientelistischer Übertragungsmechanismus zwischen dem Staat und der Volksbasis wirken usw.) eingesetzt wurden. Diese Organisationen verstanden sich als Interessensvertreter und traten als Gesprächspartner des Staats und Kontrolleure ihrer eigenen Basis auf. Dennoch war es so, dass der verringerte finanzielle Spielraum des Staates und die Unfähigkeit dieser Zwischenorganisationen, die Interessen ihrer Sektoren, die sie ja angeblich verteidigten, zu schützen, das definitive Ende dieses Modells herbeiführten.

Dieser Zusammenbruch zeigt sich auch in der wachsenden Enttäuschung über das politische Modell bei den Sektoren, die von der neuen Realität betroffen waren. Diese Enttäuschung, die sich sehr bald in eine klare Ablehnung wandelte, zeigte sich im starken Rückgang der Wahlbeteiligung, dem wachsenden Misstrauen gegenüber der repräsentativen Demokratie und ihrer Institutionen, der massiven Ablehnung der Parteien und anderer Repräsentationsmechanismen (Gewerkschaften, Nachbarschaftskomitees, Gremien usw.) und der Suche nach alternativen Organisations- und politischer Partizipationsformen, der wachsenden Volksmobilisierung gegen die damalige Regierung und die neoliberalen Maßnahmen. Sie fand dann im Volksaufstand vom Februar 1989 und dem anhaltenden Politisierungsprozess dieser Volksmobilisierung (Mitte der neunziger Jahre gab es schon mehr politische als rein auf spezifische Forderungen ausgerichtete Proteste) ihren Höhepunkt. Sie zeigte sich während des Aufstandszyklus, der 1989 begann, die Militäraufstände von 1992 beinhaltete und beim Wahlsieg von Chávez 1998 mit einem Diskurs endete, bei dem die partizipative Demokratie anstatt der repräsentativen Demokratie sowie die endgültige Abschaffung des alten Modells und der politischen Ausdrucksformen vorgeschlagen wurden.

## **Partizipative und protagonistische Demokratie: Die Volksbeteiligung im boliviarischen Venezuela**

Chávez' Sieg im Jahr 1998 trägt zu dieser Akkumulierung von Widerstands- und politischen Partizipationsprozessen des Volks bei. Anfang des Jahrzehnts war es dem Volk mit seiner Mobilisierung gelungen, die politischen und wirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen der herrschenden Gruppe zu blockieren, ohne sich jedoch in eine politische Alternative zu verwandeln. Bei diesem prekären Gleichgewicht, bei dem die von oben nicht regieren konnten, die von unten aber noch keine funktionsfähige Machtalternative vorgelegt hatten, traten 1992 progressive Militärs auf den Plan, und es kam anschließend zum Wahlsieg von Chávez, und die Waage neigte sich zugunsten der Forderungen des Volks. In der Tat war das einzige Wahlversprechen Chávez bei der Wahl, aus der er als Sieger hervorging, die Einberufung einer verfassungsgebenden Volksversammlung zur Neugründung der Nation – unter Berufung auf einen Slogan, der im Laufe des von Volkskämpfen geprägten Jahrzehnts an Kraft gewonnen hatte – und die Entwicklung einer partizipativen Demokratie als Alternative zur aufgebrauchten repräsentativen Demokratie des Zweiparteiensystems.

In der Anfangsphase nahm die politische Partizipation des Volks die Gestalt einer riesigen Mobilisierung der Volksbasis an, die Themen nationalen Interesses zum Gegenstand hatte. Damit ist vielleicht leichter zu verstehen, wie groß der politische Protagonismus des Volks war, wobei es dabei nicht so sehr um konkrete gesetzliche Formulierungen oder institutionalisierte Kanäle ging, sondern um die Entwicklung von Kapazitäten und Subjektivitäten, die es ermöglichen, die Demokratie von unten her auszuüben.

Erst nach dem Sieg über die stabilitätsgefährdenden Versuche der Reaktion in den Jahren 2002 und 2004 und mit Festigung der gegen sie gerichteten Kämpfe kristallisierten sich langsam organischere Formen der Volksbeteiligung heraus. Ohne alle nennen zu können, möchte ich in der Reihenfolge ihres Auftauchens auf wenigstens vier eingehen:

*Die Mitspracheprozesse*, bei denen sich die Volksbasis zusammen mit institutionellen Akteuren an der Definition und Umsetzung der öffentlichen Politik und lokalen Projekten beteiligt. Das gilt zum Beispiel für die Fachrunden Wasser, die seit Beginn der boliviarischen Regierung funktionieren, und bei denen Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung gemeinsam entschieden und umgesetzt werden sollen. Ähnliche Vorgehensweisen gibt es auch für andere Dienstleistungen wie Strom, Gas usw. und bei den ersten Schritten der Arbeiterräte und der Arbeiterkontrolle in den staatlichen Unternehmen in Bezug auf die Mitsprache bei der Produktion.

*Die Volksmobilisierung zur Entwicklung von staatlichen Programmen und staatlichen politischen Maßnahmen* mit oder ohne Beteiligung institutioneller Akteure in führender Rolle. Das gilt für die Ausschüsse für städtisches Land, die »Comités de Tierra Urbana«, die für die Regulierungen der Volksansiedlungen in den Städten verantwortlich sind; die Gesundheitsausschüsse, die ergänzend zur Grundversorgung in den Volksgesundheitszentren des Programms »Barrio Adentro« wirken; die Bildungsmissionen, besonders in ihrer ersten Phase, in der die Basis die logistischen und pädagogischen Bildungsaufgaben in ihren jeweiligen Sektoren übernimmt. »Um die Armut zu überwinden, muss den Armen Macht gegeben werden«, sagte Präsident Chávez und das findet in der Mobilisierung der Ausgeschlossenen zur Erreichung ihres Einschlusses seinen Ausdruck.

*Die Partizipation bei der Ausarbeitung der Raum- und Sektorpolitik.* Diese Partizipation ist noch nicht so weit entwickelt und ständig bedroht, weil es hierbei um einen realen Machtkampf zwischen der Basis und der Elite des Staates geht und außerdem die Schwierigkeit besteht, die eher lokalen Partizipationsebenen mit den »weiter entfernt« gelegenen institutionelleren Ebenen zu verbinden und eine Kommunikation zwischen beiden herzustellen. Es sind Versuche unternommen worden, Partizipationsräume für das Volk bei der Planung politischer Maßnahmen auf Gemeinde-, Staats- bzw. Landesebene und für die Festlegung der Sektorpolitik zu schaffen. Die lokalen Planungsräte (eine venezolanische Version des partizipativen Haushalts) und der neu gegründete Bundesregierungsrat »Consejo Federal de Gobierno«, der die Gebietspolitik und die Zuweisung von Bundesmitteln bestimmt, sind Beispiele für diese Modalität, obwohl ihre Ergebnisse eher zweifelhaft sind.

*Die Formen der Selbstregierung und des lokalen Managements,* bei denen Kompetenzen und finanzielle Mittel an Basisorganisationen für lokale Projekte und das Management öffentlicher Dienstleistungen übertragen werden. Die am weitesten entwickelten Formen sind die Kommunalräte (Consejos Comunales), die Kommunen (Zusammenschluss mehrerer Gemeinschaften auf dem Weg zu einer Selbstregierung) und der Transfer von Kompetenzen auf Gemeindeunternehmen und Genossenschaften (verschiedene Versuche mit der Stadtreinigung in Caracas). Auch wenn das wohl die radikalste Form der Machtausübung durch das Volk sein dürfte, ist die Tatsache, dass sie größten Teils vom staatlichen Mitteltransfer abhängt, ein Grund dafür, dass sie von klientelistischen Praktiken und Kooptierungsversuchen bedroht wird und zudem in Gefahr gerät, zu einer reinen Managementinstanz gegenüber dem Staat zu verkommen. Weitere Bedrohungen sind die internen Kämpfe um den Zugang zu institutionellen Mitteln und die Einschränkung der Volkspartizipation auf lokale Forderungen und die Lösung lokaler Probleme, die ihre Aktivität zersplittern und sie am Ende gar entpolitisieren.

## **Die Volksmacht: Zwischen dem Aufbau des Sozialismus und der Wiederherstellung des Staatskapitalismus**

Die Entwicklung neuer Formen politischer Partizipation und Machtausübung der Basis ist aufgrund ihrer Neuartigkeit und der Spannungen, die sich bei der Neudefinierung der Machtverhältnisse, der Rolle des Staats und der politischen Praktiken ergeben haben, auf Hindernisse und Herausforderungen gestoßen. Einige dieser Hindernisse, Gefahren und Herausforderungen, die den Aufbau neuer Formen politischer Partizipation in den letzten Jahren in Venezuela beeinträchtigt haben sind: die Beziehung zwischen der lokalen Selbstregierung und der Partizipation bei der Festlegung der großen Politik; die Spannungen zwischen Autonomie und Partizipation bei der Regierungsführung; die notwendige Schaffung einer neuen politischen Kultur; die technischen Hindernisse und das Erlernen der Fähigkeiten für die Machtausübung und das Management durch das Volk; die Risiken der Bürokratisierung und antidemokratischen Praktiken; die Entpolitisierung der Volkspartizipation, weil sie der Dynamik des lokalen Managements verhaftet bleiben; der Ersatz der tatsächlichen Partizipation der Volksbasis durch Organisationen und Volksführer, die als Mittler tätig sind, und die Reduzierung der Volksbeteiligung auf eine reine Alibirolle, die von der institutionellen Macht verwaltet und in Dienst gestellt wird.

Obwohl derartige Spannungen vielleicht notwendigerweise mit dem ungleichen, subversiven, asymmetrischen und antihegemonischen Aufbau einer Macht von unten einhergehen, kann die Entwicklung im Fall Venezuelas im Rahmen eines der Hauptwidersprüche gesehen werden, die den revolutionären Prozess derzeit charakterisieren: Es geht um den Scheideweg zwischen dem Aufbau des Sozialismus als Aneignung der kollektiven Prozesse seitens des Volks und der Gefahr – häufig genug von Präsident Chávez erwähnt –, dass das alte Format des Staatskapitalismus unter einem neuen progressiven Mantel wiederhergestellt wird.

Die rein auf (Erdöl-)Einnahmen gegründete Wirtschaftsstruktur Venezuelas und die Rolle des Staats bei der Kontrolle und Umverteilung dieser Einnahmen haben dazu geführt, dass der Staat in Venezuela historisch eine entscheidende Rolle in der Wirtschaft, der Einforderung des Mehrwerts der kollektiven Produktion und der Übertragung der Einnahmen an die parasitären Oligarchien, die im Schatten des Staates über politische und finanzielle Bündnisse wachsen, gespielt hat. In diesem Sinn haben die wirtschaftlichen und politischen Beziehungsgeflechte zumindest seit 1958 ihren Kommandoposten im Staat gehabt.

Die politische Niederlage, die die alten Oligarchien und neuen neoliberalen Eliten 2004 mit dem überrasgenden Wahlsieg des Präsidenten Chávez erlitten, schließt einen Kreis der Kämpfe gegen die reaktionäre Verschwörung und gibt dem Staat seine Rolle als Regulierungsinstanz der Wirtschaft und Produktionstätigkeit zurück

und bedeutet das endgültige Ende des neoliberalen Projekts. Paradoxerweise öffnete dies jedoch den Weg für die Bemühungen um die Wiederherstellung der auf der Staatsmacht basierenden kapitalistischen Beziehungen, bei denen die alten privilegierten Gruppen durch eine neue aufsteigende Elite ersetzt wurden. Aber dieser »Wiederherstellungsprozess« erforderte erst einmal den Abbau der enormen politischen und organisatorischen Macht, die das Volk in seinen Kämpfen um die Machtausübung erst gegen das neoliberale Projekt und dann gegen die reaktionäre Verschwörung angesammelt hat. Andererseits bilden der sozialistische Charakter der bolivarianischen Revolution, genau in derselben Periode, und die Fortschritte beim Aufbau von Formen, Inhalten und die Reichweite der Volksmacht, ausgehend von der politischen Praxis von unten, und der Organisation der Volksgruppen ein Gegengewicht gegen diese verschwiegene These, die dabei sein könnten, die Oberhand zu gewinnen.

Im Herzen dieses Kampfs steht der strategische Wert, aber auch die größere Gefahr für die politische Partizipation der Massen und den Aufbau der Volksmacht. Die derzeitige Trennung zwischen Sozialismus und Kapitalismus in Venezuela zeigt sich einerseits im Dilemma zwischen einer Vervielfachung und Stärkung der Volksmacht – sowohl in ihrer Fähigkeit zur Selbstregierung als auch in ihrer Beteiligung an der Planung, Umsetzung und Kontrolle der großen politischen Sektoren und landesweiten Maßnahmen – und der Konfrontation mit der alten bürokratischen Struktur und dem Voranschreiten in Richtung auf neue staatliche Formen (was in einigen Thesen kommunaler Staat genannt wird); und andererseits in der Stärkung der Staatsmacht in ihrer derzeitigen Form, indem die Volkspartizipation durch klientelistische Praktiken und Kooptation ersetzt würde – wobei der politische Aufbau von unten Umverteilungsmaßnahmen zu weichen hätte – sowie der Reduzierung der Volksorganisation auf die Rolle von Managern und Mittlern zwischen dem Staat und der Volksbasis.

### **Institutionelle Vormundschaft oder Autonomie des Volks?**

Diese Spannungen zwischen der »Macht von unten« und der »Macht von oben« können sich konkret so ausdrücken, dass die Umverteilung der Macht durch die Umverteilung von Pfründen abgelöst wird und sich klientelistische und auf reines Management ausgerichtete Ansätze gegen die Formen von Volksorganisation durchsetzen. Nach einer intensiven Volksbeteiligungsdynamik, die sich durch den politischen Inhalt der Forderungen auszeichnete (wobei die Frage der »Volkshoheit« bzw. der Konfrontation zwischen »konstituierender Macht« und »konstituierter Macht« zum Tagesthema der Mobilisierungen der Ausgeschlossenen wurden), setzte sich

in den letzten Jahren eine Annäherung der Beziehungen zwischen Staat und Volksbasis durch. Dies ist mehr auf die Umverteilung materieller Pfründe als auf die Anerkennung der Basis als politischer Akteur zurückzuführen und bedeutet die allmähliche Aufgabe des auf der Befragung der Massen ruhenden Diskurses zugunsten eines anderen, der die Rolle des Staates als Versorger stärkt und die Mobilisierung und Politisierung der Massen zurückgehen lässt. Die sozialen Missionen (Barrio Adentro, Misiones Educativas) zum Beispiel, die von 2003 bis 2004 Raum für die Partizipation und den aktiven Einsatz des Volks boten, haben sich im Laufe der Zeit immer mehr institutionalisiert, die Akteure sind zu bezahlten öffentlichen Angestellten geworden, die Teilnehmer zu Stipendiaten und die Eigenschaft der Missionen als Plattform für die Mobilisierung und Politisierung ist beträchtlich geschwunden. Dieser Ersatz der politischen Mobilisierung durch materielle Pfründe und die entsprechende »Befriedung« einer Partizipation, die stets die institutionellen Akteure und Praktiken wieder in Frage stellte, hat in vielen Fällen Vorgehensweisen gefördert, die Gehorsam prämiieren und Widerspruch bestrafen und so die institutionelle Macht stärken und die Initiativen des Volks abbauen.

Auf derselben Linie kann man feststellen, dass die Stärkung der Umverteilungsmaßnahmen in Form materieller und finanzieller Zuweisungen an Basisorganisationen (Kommunalräte, als beispielhafter Fall) zwar in vielen Fällen zu einer Stärkung der Organisation und zur Machtausübung von unten beiträgt und die Kapazitäten im Hinblick auf lokales Management und die Legitimität der Organisationen selbst verbessert, oft aber auch reine Fürsorgemaßnahmen und institutionelle Vormundschaft erhöht. Dies schafft Konflikte in der Gemeinschaft wegen des Umgangs mit den Geldern oder verdoppelt die Hilfsbeziehungen zwischen dem Staat und der Organisation innerhalb der Gemeinschaft, in der die Volksorganisation mehr als Geldbeschaffer für ihre lokalen Kunden als Akteur der politischen Mobilisierung tätig ist. In beiden Fällen ist der Effekt derselbe: Es wachsen die Macht und institutionelle Vormundschaft auf Kosten der eigenen Autonomie und politischen Initiative der Basis.

Im Gegensatz dazu bedeutet der Weg zum Sozialismus, dass gleichwertige Beziehungen zwischen den politischen Akteuren aufgebaut werden sollten, bei denen Vormundschaft und Asymmetrie überwunden werden und schließlich und endlich eine wirksame Kontrolle des Staatsapparats durch das Volk und nicht umgekehrt erreicht werden soll. In diesem Sinn bedeutet der Weg zum Sozialismus, dass die Formen der Partizipation und Machtausübung durch das Volk verbreitet, qualifiziert, ausgedehnt und politisiert werden müssen. Die Kombination lokaler Erfahrungen mit den verschiedenen Regierungsprozessen von unten, die Entwicklung von Managementfähigkeiten, aber auch von Mobilisierung, Kommunikation und Kampf, die Erweiterung der Partizipationsfelder sowohl im Hinblick auf die einzelnen Tä-

tigkeiten (Kommunikation, Wirtschaft-Produktion, Bildung, Kultur usw.) bei Überwindung der »Sektorbezogenheit« und, gebietsmäßig gesehen, in Verbindung mit unterschiedlichen sowohl lokalen als auch nationalen Erfahrungen werden zu wesentlichen Aufgaben für die Stärkung der Partizipationsprozesse und ihrer strategischen Reichweite. Die Überwindung des Kapitalismus ist nicht nur und auch nicht vor allem eine Frage der Umverteilung oder Wiederherstellung der zentralen Rolle des Staats, die vom vorigen liberalen Projekt verneint worden war, sondern die Frage, wie man die Volksmacht im Sinne des dem Volk eigenen Wegs steigern kann, indem man sowohl die Marktlogik als auch jegliche staatliche Form aushebelt, die Herrschafts- und Ausbeutungsbeziehungen wieder einführen will. Da liegt heute die Herausforderung für das Volk in Venezuela.

*Deutsch von Birte Pedersen*

## **Das venezolanische Dilemma. Staatszentrismus und Personenkult oder mehr Demokratie und Partizipation?**

Venezuela wählt im Oktober 2012 seinen Staatspräsidenten. Während externe Faktoren wie der Ölpreis oder der Gesundheitszustand des linken Kandidaten Hugo Chávez diese Wahl zweifellos beeinflussen werden, findet im Land eine Debatte über die grundsätzliche politische Ausrichtung des Transformationsprozesses statt.

Die Ergebnisse der venezolanischen Parlamentswahlen 2010 haben deutlich gemacht, dass das Projekt der bolivarianischen Transformation in einer ernsten Krise steckt.<sup>2</sup> Dies hat in den darauffolgenden Monaten eine breite, kritische und äußert reflexive Debatte über den Stand des Transformationsprozesses nicht nur innerhalb der PSUV nach sich gezogen, sondern auch bei vielen Gruppen und Personen, die sich im Grundsatz mit diesem Prozess identifizieren.

In den entsprechenden Debatten und Dokumenten wurden Korrekturen gefordert. Hingewiesen wurde auf den Akkumulationseffekt der mangelnden Effizienz und auf die fehlende Kontinuität der öffentlichen Programme; es wurden drastische Maßnahmen gegen die Korruption gefordert; ebenfalls wurden, mit noch viel größerer politischer Wirkung, die Unterwerfung der sozialen Volksorganisationen unter die vertikale Leitung des Parteienstaats, wie auch die Machtkonzentration eindeutig in Frage gestellt. Kritisiert wurden die fehlenden Debatten und kollektiven Prozesse bei den wichtigsten Entscheidungen. Am meisten wurde jedoch eine erweiterte demokratische, kritische und selbstkritische Debatte gefordert, um die Probleme zu identifizieren und die eingeschlagene Richtung zu korrigieren. Diese Dokumente wurden über das Internet-Portal *Aporrea* und andere Medien weit verbreitet.

Es lohnt sich, zwei Texte aus dieser Zeit genauer zu betrachten. Sie wurden nach den Wahlen aus der chavistischen Bewegung heraus verfasst und bringen die Themen der Diskussion auf den Punkt. Es handelt sich einerseits um eine Mitteilung einer Gruppe politischer Führer der PSUV an Präsident Chávez vom November 2010 mit

- 1 Edgardo Lander ist Doktor der Soziologie und Professor an der Universidad Central de Venezuela sowie der Universidad Andina Simón Bolívar. Fellow am Transnational Institute in Amsterdam. Er begleitet seit Beginn aktiv den Prozess der Weltsozialforen sowie der amerikanischen und venezolanischen Sozialforen.
- 2 Wenn wir die Patria para Todos (PPT) mit einbeziehen, die eine wachsende Bereitschaft zu einem Bündnis mit der Opposition signalisiert, hat die Regierung diese Wahlen verloren. Während die Parteien, die die Regierung unterstützen, vor allem die Partido Socialista Unido de Venezuela (PSUV), insgesamt 5.423.324 Stimmen erzielten, kam die Opposition (einschließlich der PPT) auf 5.674.073 und damit auf 250.749 Stimmen mehr.

dem Titel »Vorschlag zur Überwindung der derzeitigen Notlage der bolivarianischen Revolution«. Obwohl es sich um ein internes Dokument handelte, gelangte es über unterschiedliche Kanäle an die Öffentlichkeit.<sup>3</sup> Damals wurde festgestellt, »dass eine bedeutende Gruppe revolutionärer und bolivarianischer Aktivisten von der Notwendigkeit einschneidender Korrekturen in der Ausrichtung des politischen Prozesses überzeugt sind«. Das Dokument forderte die Demokratisierung und die Schaffung kollektiver Führungsmodalitäten über die individuelle Führung des Präsidenten hinaus in Partei und Regierung sowie mehr Debatte, Kritik und Selbstkritik: »An der Basis und auf der mittleren Ebene der revolutionären Aktivisten ist festzustellen, dass die Räume, Methoden und Verfahren der verschiedenen Organisationsinstanzen demokratisiert werden müssen. Dass die freie Diskussion und die kollektive Theoriearbeit wiederbelebt werden müssen, um das Bewusstsein der Aktivisten und die Organisationswirksamkeit der Partei zu stärken. Wenn auf diese kritische Beobachtung nicht unmittelbar eingegangen wird, wird die Tatsache, dass es außer der Führerschaft des Präsidenten Chávez nichts gibt, was effizient genug ist, um den Willen des bolivarianischen Volks kohärent zur Konsolidierung des Prozesses voranzutreiben, zum Problem. Nichts zu tun heißt, die Grundsätze der partizipativen Demokratie und das natürliche Mandat der Zeit in einer Übergangsphase zu verneinen, die einen höchst produktiven Kampf der Ideen fordert.

Was heute gebraucht wird, ist eine grundlegende kritische und selbstkritische Diskussion über den Transformationsprozess, seine ethischen und kulturellen Bestandteile, das öffentliche Handeln der Regierung auf allen Ebenen und der sozialistischen Einheitspartei Partido Socialista Unido de Venezuela (PSUV) als Instrument der Avantgarde.«

Das zweite Dokument ist ein Leitartikel der Zeitung der kommunistischen Partei Venezuelas, *Tribuna Popular*.<sup>4</sup> Bereits die Schlagzeile war ein Blickfang: »Für ein würdigeres Leben des Volks in Harmonie mit dem Lebensraum brauchen wir EINE KOLLEKTIVE LÖSUNG!« Hauptthema des Leitartikels war die kollektive Führung des Transformationsprozesses: »Es geht um die kollektive Führung des revolutionären Prozesses. Um die aktuellen Probleme, Mängel und Fehler der Regierungsarbeit – auch im derzeitigen bürgerlichen Staat – von Grund auf zu korrigieren und die Chancen für die sozialistische Ausrichtung dieses Prozesses zu festigen, muss mit dem Aufbau dieser Leitinstanz für die Volksmacht und den neuen demokratischen, revolutionären und volksbasierten Staat begonnen werden.«

3 Eustoquio Contreras: Consideramos que la revolución está en emergencia, in: La Patilla, Caracas 26. Dezember, 2010 (<http://apatilla.com/site/2010/12/17/eustoquio-contreras-consideramos-que-la-revolucion-esta-en-emergencia/>).

4 Partido Comunista de Venezuela: Para no perder en 2012 o mediante cualquier elección, in: Tribuna Popular, Caracas, 15. Dezember 2010 (<http://www.tribuna-popular.org/>).

Genau wie im Dokument der PSUV-Führer wurde auch hier gefordert, über die exklusive Führerschaft des Präsidenten Chávez hinauszugehen und neue kollektive Führungsräume aufzubauen.

Die Führerschaft des Präsidenten Chávez, seine hohe Glaubwürdigkeit bei der Mehrheit des Volks, sein Arbeitseinsatz, seine Unvoreingenommenheit, sein konsequenter Lernerfolg, sein Bemühen um Fortschritte auf dem Weg des Marxismus müssen in den Dienst von Räumen gestellt werden, in denen die verschiedenen politischen, revolutionären, sozialen und Volksbewegungen und Organisationen, die den bolivarianischen und sozialistischen Prozess voranbringen, die Politik koordinieren, diskutieren und konzipieren, Kritik und Selbstkritik üben und kanalisieren können.

Auf diese dringenden Forderungen, die von den unterschiedlichsten Gruppen formuliert wurden, antwortete Präsident Chávez vor allem mit dem Vorschlag der *Radikalisierung des Prozesses*. Was jedoch ist darunter zu verstehen? Ging es um eine Radikalisierung und Akzentuierung der Organisations-, Führungs- und Entscheidungsmodalitäten, der Grundausrichtung, die zur derzeitigen Krise geführt haben? Oder sollte Radikalisierung ganz im Gegenteil als Eröffnung einer reflexiven, radikal pluralen Debatte und als ersten Schritt in Richtung neuer Führungs- und Organisationsformen verstanden werden, die dazu beitragen würden, die vertikalen, etatistischen, klientelistischen Praktiken, die bedenklichen Einschränkungen der demokratischen Debatte und autonomen Partizipation der Volksorganisationen in Frage zu stellen?

Leider wies bald alles auf die Radikalisierung *ein und desselben* hin. Angesichts der Forderungen nach mehr Demokratie, mehr Partizipation, nach weniger konzentrierten Entscheidungsprozessen schien sich die Debatte zu verengen, anstatt sich zu erweitern. Anstatt der Reflektion und Entscheidungsfindung mehr Raum zu gewähren, kam es zu einer wachsenden Konzentration. Auf die Hindernisse, Schwächen und Probleme wurde nicht mit mehr Demokratie geantwortet. Einige der im Dezember 2010 getroffenen Entscheidungen geben Anlass zu großer Sorge. Der Einsatz der Staatsgewalten, um Debattenräume und Partizipation nicht etwa nur für die Opposition einzuschränken, sondern für all diejenigen, die den Prozess kritisieren könnten, war nicht etwa Ausdruck von Stärke und Vertrauen in die Unterstützung durch das Volk, sondern ein deutliches Anzeichen von Schwäche. Anstatt die Herausforderung einer politischen Debatte mit der Opposition anzunehmen und das bei den Wählerinnen verlorene Terrain auf dem Weg der Politik, der Debatte, der Überzeugungskraft, der Erweiterung der eigenen Legitimität zurückzuerobern, schien man ganz defätistisch davon auszugehen, dass dazu die Kapazität fehle. Man schien zu der Schlussfolgerung gelangt zu sein, dass der Vormarsch der Opposition nur durch Einsatz der Staatsmacht aufgehalten werden könne. Dieser Verzicht auf

demokratische Politik ist nicht nur ein Eingeständnis der eigenen Unfähigkeit, sondern kann auch enorme Auswirkungen auf die Gesellschaft haben, die zu schaffen man beabsichtigt.

Diese beunruhigende Tendenz kann anhand der Ende 2010 verabschiedeten Gesetzesänderungen und Vorschriften über die Rolle und Funktionsweise der Nationalversammlung verdeutlicht werden.

Mit den Parlamentswahlen vom September 2010 hatte sich die Zusammensetzung der Nationalversammlung erheblich verändert, und die Chávez-Fraktion verfügte fortan nicht mehr über die qualifizierte Mehrheit für die Verabschiedung von sogenannten organischen Gesetzen, für die Ernennung von Amtsinhabern usw. Unter den neuen Bedingungen wäre die Legislative nicht mehr eine reine Formsache gewesen, eine Vollzugsanstalt, die notfalls alle Regierungsinitiativen in zwei Tagen durchwinkt. Auch wenn die Regierung weiterhin die Mehrheit hatte, um die meisten ihrer Gesetzesvorschläge zu verabschieden, gab es nun Raum für eine nationale politische Debatte, bei der die Regierung mit der Opposition diskutieren und argumentieren müsste und nicht mehr einfach nur die Hand heben könnte.

Angesichts dieser neuen Bedingungen verabschiedete die scheidende Regierungsmehrheit in der Nationalversammlung noch vor der neuen Legislaturperiode eine Reihe von Gesetzen und Normen, die die Rolle und Funktionsweise des Parlaments bedeutend veränderten. Zu erwähnen sind einerseits die veränderte Debatteordnung (*Reglamento de Interior y de Debates*) vom 22. Dezember 2010,<sup>5</sup> mit der die Häufigkeit der Parlamentssitzungen modifiziert wurde. Während die Verordnung aus dem Jahr 2005 zwei wöchentliche Sitzungen vorsah (Artikel 98),<sup>6</sup> heißt es in der neuen Verordnung, dass »...versucht wird, mindestens viermal im Monat eine Plenarsitzung abzuhalten«. Offenbar wird das Parlament nicht für eine wichtige Instanz der politischen Debatte und der Erarbeitung von Gesetzen gehalten, weshalb auch als sinnlos erachtet wird, dass es öfter tagt.

Erwähnenswert sind auch die Änderungen beim Zugang der Öffentlichkeit zu den parlamentarischen Debatten. In der Verordnung von 2005 heißt es in Artikel 97: »Alle Sitzungen sind öffentlich. Laut Artikel 108 der Verfassung der Bolivarianischen Republik Venezuela können alle audiovisuellen Medien die Sitzungen teilweise oder ganz übertragen.«

5 Nationalversammlung der Bolivarianischen Republik Venezuela: Einzelheiten der teilweisen Reform der Regeln für interne Debatten, Caracas 22. Dezember 2010 ([http://www.asambleanacional.gob.ve/index.php?option=com\\_docman&task=doc\\_details&gid=2794&Itemid=185&lang=es](http://www.asambleanacional.gob.ve/index.php?option=com_docman&task=doc_details&gid=2794&Itemid=185&lang=es)).

6 Nationalversammlung der Bolivarianischen Republik Venezuela: Einzelheiten der Teilreform der Regeln für interne Debatten, Caracas 7. September 2005 ([http://www.transparencia.org.ve/AreasEstrategicas-\(2\)/Gobernaciones-\(1\)/REGLAMENTO-INTERIOR-Y-DE-DEBATES-ASAMBLEA-NACIONAL.aspx](http://www.transparencia.org.ve/AreasEstrategicas-(2)/Gobernaciones-(1)/REGLAMENTO-INTERIOR-Y-DE-DEBATES-ASAMBLEA-NACIONAL.aspx)).

In der neuen Verordnung steht: »Alle Sitzungen sind öffentlich; sie können durch Beschluss der absoluten Mehrheit der Anwesenden auf Vorschlag eines jeglichen Mitglieds als privat oder geheim erklärt werden.

Um gemäß Artikel 108 der Verfassung der Republik den Zugang zur Information zu gewährleisten, werden die Plenarsitzungen der Nationalversammlung vom ANTV, dem öffentlichen Fernsehkanal der Institution, übertragen, wobei dieser die Übertragung durch das Staatsfernsehen unterstützen kann. Für die Medien, die an der Übertragung der Information aus den Plenarsitzungen interessiert sind, werden entsprechende Bedingungen für eine Ausstrahlung über die Frequenz von ANTV geschaffen.«

Damit war es nunmehr möglich, nur die Beiträge derjenigen Abgeordneten zu übertragen, die den Auswahlfilter der Verantwortlichen der Nationalversammlung passiert hatten. Fortschritte auf dem Weg zu einer neuen Hegemonie werden jedoch kaum darüber erreicht, dass man der Debatte und dem Meinungsstreit aus dem Weg geht.

Eine weitere wichtige Änderung für die Funktionsweise der Nationalversammlung wurde mit der Novellierung des Parteiengesetzes (*Ley de Partidos Políticos, Reuniones Públicas y Manifestaciones*) eingeführt.<sup>7</sup> Artikel 30 dieses Gesetzes stufte folgendes Verhalten der Abgeordneten als betrügerisch ein:

1. Abstimmen gegen den programmatischen Inhalt und die politisch-ideologische Ausrichtung des Regierungsprogramms.

2. Unterstützung von Inhalten und politischen Positionen, die dem beim Nationalen Wahlrat eingereichten und den Wählern und Wählerinnen in der Kampagne vorgelegten Regierungsprogramm widersprechen.

3. Unterstützung politischer Kräfte, die sich den sozialen Bewegungen bzw. politischen Organisationen widersetzen, die das beim Nationalen Wahlrat eingereichte Regierungsprogramm unterstützen.

4. Verlassen der Fraktion der politischen oder sozialen Organisation, die den Kandidat/innen aufgestellt hat, um Mitglied einer anderen parlamentarischen Fraktion zu werden, die dem beim nationalen Wahlrat hinterlegten Programm widerspricht.

Auf der Webseite der Nationalversammlung war außerdem zu lesen: »Das Gesetz schreibt außerdem vor, dass jeglicher Betrug an den Wählern und Wählerinnen im Sinne der obigen Regeln zum teilweisen oder gänzlichen Entzug des Mandats der bzw. des Abgeordneten führen kann, wenn Bürger oder ein Vertreter der parlamentarischen Fraktion, der er/sie angehört, dies beantragt haben. Der Antrag muss entsprechend begründet sein.

7 Nationalversammlung der Bolivarianischen Republik Venezuela: Beschlossene Reform des Gesetzes für politische Parteien, öffentliche Versammlungen und Demonstrationen, Caracas 21. Dezember 2010 ([http://www.asambleanacional.gob.ve/index.php?option=com\\_content&view=article&id=28703:an-incia-segunda-discusion-de-la-reforma-parcial-de-la-ley-de-partidos-politicos-reuniones-publicas-y-manifestaciones&Itemid=50&lang=es](http://www.asambleanacional.gob.ve/index.php?option=com_content&view=article&id=28703:an-incia-segunda-discusion-de-la-reforma-parcial-de-la-ley-de-partidos-politicos-reuniones-publicas-y-manifestaciones&Itemid=50&lang=es)).

Die Nationalversammlung legt den Antrag auf Mandatsentzug dem Plenum vor. Dieses entscheidet per Mehrheit der anwesenden Abgeordneten.«

Damit konnte ein Abgeordneter bzw. eine Abgeordnete nicht nur bei Parteiwechsel, sondern auch in Fällen suspendiert werden, bei denen die Mehrheit der Parlamentarier/innen der Ansicht war, dass er/sie »gegen den programmatischen Inhalt und die politisch-ideologische Ausrichtung der Forderungen des Regierungsprogramms« gestimmt habe. Damit sollte eine eiserne Parteidisziplin sichergestellt und verhindert werden, dass ein oder mehrere Fraktionsmitglieder gegen die Parteilinie stimmten. Verhindert wurde damit die wirksame Aussprache von Unstimmigkeiten, da bei allen Abstimmungen *Einstimmigkeit* eingefordert wurde. Nichts hindert dagegen einen Vertreter der Opposition daran, gegen seine Fraktion zu stimmen oder gar die Partei zu wechseln, da es ja die parlamentarische Mehrheit ist, die entscheidet, ob er den sogenannten Betrug begangen hat. Die Abgeordneten der Regierungsmehrheit wurden durch diese Bestimmungen strikt zu Vertreter/innen der Partei gemacht, anstatt zu Vertreter/innen der Menschen, die sie gewählt hatten. Die Wähler/innen ihrerseits verfügen qua Verfassung über das sogenannte Abwahlreferendum ohnehin bereits über einen wirkungsvollen Mechanismus zur Absetzung von Abgeordneten, die nicht ihr Mandat erfüllen.

Dieses Gesetz suggeriert, dass man den Abgeordneten, die aus den chavistischen Listen hervorgegangen sind, nicht unbedingt vertraut.

Viel gravierender für die Arbeit der neuen Nationalversammlung war jedoch die Verabschiedung des von Präsident Chávez geforderten Habilitierungsgesetzes (*Ley Habilitante*<sup>8</sup>). Mit diesem Gesetz übertrug die scheidende Nationalversammlung eine ganze Reihe von Befugnissen der neuen Nationalversammlung, die ihre Arbeit noch nicht aufgenommen hatte, auf den Präsidenten.

Es wurde argumentiert, dies sei nötig angesichts der Notlage Venezuelas nach den schweren Regenfällen zum Jahresende 2010, die zahlreiche Häuser und die Infrastruktur zerstört hatten. Offiziellen Berechnungen zufolge waren damals ca. eine halbe Million Menschen von der Katastrophe betroffen, allein 130 000 Personen verloren ihre Unterkunft. Es war eine große Tragödie, deren Überwindung vollen Einsatz und erhebliche Investitionen forderte. Vor allem ging es jedoch um finanzielle Mittel, öffentliche Managementfähigkeiten und das Engagement der Gesellschaft. Nach elfjähriger Regierungszeit kann man schlecht argumentieren, dass die völlige Abwesenheit einer kohärenten Wohnungsbaupolitik, das ständige Auswechseln der verantwortlichen Teams und die mangelnde Kontinuität und Effizienz der

8 Nationalversammlung der Bolivarianischen Republik Venezuela: Präsident Chávez darf 18 Monate lang Gesetze verabschieden, Caracas 17. Dezember 2010 ([http://www.asambleanacional.gob.ve/index.php?option=com\\_content&view=article&id=28668%3Aasamblea-nacional-debate-ley-habilitante&catid=1%3Alatest-news&Itemid=246&lang=es](http://www.asambleanacional.gob.ve/index.php?option=com_content&view=article&id=28668%3Aasamblea-nacional-debate-ley-habilitante&catid=1%3Alatest-news&Itemid=246&lang=es)).

einzelnen Wohnungsbauprogramme auf das Fehlen angemessener Rechtsnormen zurückzuführen sind. Warum, so müsste man sich fragen lassen, waren diese denn nicht längst verändert worden? Immerhin kann man aufgrund der Erfahrung dieser Jahre kaum behaupten, das Parlament sei schwerfällig gewesen und habe nicht unmittelbar die Forderungen der Exekutive umgesetzt.

Es machte also keinen Sinn, die durch die Regenfälle hervorgerufene nationale Krise als Argument heranzuziehen, um so wieder einmal die breite Forderung nach Debatten, kritischen Überlegungen und Korrekturen auf einen »günstigeren« Zeitpunkt zu verschieben. Anders als im Jahr 2007, als die nach der Niederlage der Regierung im Verfassungsreferendum aufflammende Diskussion im Keim erstickt wurde, war es diesmal unwahrscheinlich, dass die offene Debatte, die populären Versammlungen und kritischen Manifeste noch einmal aufgehalten werden könnten. Diesen Forderungen den Rücken zu kehren und damit einen der Hauptkritikpunkte noch zu verstärken, nämlich die vertikale, nicht partizipative, nicht kollektive, nicht dialogbasierte Machtausübung, konnte eigentlich nur in die Sackgasse führen.

Das von der Nationalversammlung verabschiedete *Ley Habilitante* ermächtigte den Präsidenten, insgesamt 18 Monate lang in einem breiten Spektrum politischer Angelegenheiten per Dekret zu regieren. Folgende Themenbereiche wurden, zusammengefasst, an den Präsidenten delegiert: Versorgung der Menschen bei Armut und Naturkatastrophen; Infrastruktur, Transport und öffentliche Dienstleistungen; Wohnungsbau; Gebietsordnung und Flächennutzung in der Stadt und auf dem Land; Finanzen und Steuern; Bürger- und Rechtssicherheit; Verteidigung; Internationale Zusammenarbeit; Sozioökonomisches System.<sup>9</sup>

Damit war die neue Nationalversammlung, die laut der Verfassung von 1999 die demokratische Vertretung der venezolanischen Bevölkerung sein sollte, während der ersten anderthalb Jahre der fünfjährigen neuen Legislaturperiode praktisch ein rein dekoratives Element. Präsident Chávez konnte im Grunde alle Fragen entscheiden, die verfassungsmäßig der Nationalversammlung obliegen und musste letztere nicht einmal konsultieren. In den letzten beiden Jahren seiner verfassungsmäßigen Amtszeit konnte Präsident Chávez per Dekret regieren.<sup>10</sup>

9 Vgl. Beschluss der Nationalversammlung der Bolivarianischen Republik Venezuelas zum Gesetz, das dem Präsidenten gestattet, Dekrete zu erlassen ([http://www.asambleanacional.gov.ve/index.php?option=com\\_docman&task=doc\\_view&gid=2783&tmpl=component&format=raw&Itemid=185&lang=es](http://www.asambleanacional.gov.ve/index.php?option=com_docman&task=doc_view&gid=2783&tmpl=component&format=raw&Itemid=185&lang=es)).

10 In den letzten Tagen ihrer Legislaturperiode hat die Nationalversammlung ohne öffentliche Debatte und praktisch ohne Vorinformation weitere wichtige Gesetze im Schnellverfahren verabschiedet. Zu nennen sind das neue Mediengesetz (*Ley de Radio, TV y Medios Electrónicos*) und vor allem das neue Hochschulgesetz (*Ley de Educación Universitaria*), das vorher nicht einmal mit den Pro-Chávez-Organisationen der Dozenten der autonomen Universitäten diskutiert worden war. Angesichts der allgemeinen Ablehnung dieses Gesetzes hat Präsident Chávez öffentlich bekannt gegeben, dass er es nicht unterzeichnen würde. Das Gesetz ist deshalb nicht rechtskräftig geworden.

Man trägt schwerlich zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft und stärkeren demokratischen Kultur bei, wenn die wichtigsten Entscheidungen für den Aufbau einer neuen Gesellschaft von der Regierungsspitze getroffen und erst *anschließend* dem Land mitgeteilt werden. Man trägt schwerlich zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft und stärkeren demokratischen Kultur bei, wenn zwar zahlreiche Wahlen abgehalten, die Spielregeln aber *im Nachhinein* verändert werden, falls die Ergebnisse nicht wie gewünscht ausfallen. Das ist vielmehr eine Missachtung des demokratischen Willens der Wähler. Schon im Jahr 2008 hat die Regierung entsprechend auf die Niederlage ihres Bürgermeisterkandidaten Aristóbulo Isturiz in Caracas reagiert. Sofort *nach* Bekanntwerden der Wahlergebnisse hat die Nationalversammlung das entsprechende Gesetz geändert und wichtige Befugnisse des gewählten Bürgermeisters beschnitten. Als Antwort auf die nicht sehr günstigen Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung im September 2010 wurden dann erneut die Spielregeln geändert, um die Bedeutung der Legislative, über die die Regierung nicht mehr die volle Kontrolle hatte, zu verringern. Es ist fraglich, ob es verfassungsgemäß ist, dass eine Nationalversammlung, die am Ende ihrer Legislaturperiode angekommen ist, einen Großteil der Befugnisse der neu gewählten Nationalversammlung, die ihre Arbeit noch nicht aufgenommen hat, einfach abschafft. Was aber keinesfalls als demokratisch gelten kann, ist die Tatsache, dass der Wille der Bevölkerung einfach ignoriert wird, sobald man nicht mit ihm übereinstimmt.

Eine lebendige Öffentlichkeit, in der unterschiedliche Zukunftsoptionen und Alternativen, über die die Gesellschaft entscheiden muss, diskutiert werden, ist Grundvoraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Die *partizipative* Demokratie ist erforderlich, um die Demokratie zu vertiefen und zu radikalisieren, aber eine Gesellschaft mit 25 Millionen Mitgliedern bedarf auch der Modalitäten einer echten *repräsentativen* Demokratie. Ohne nationale Öffentlichkeit sind die Potentiale der partizipativen Demokratie eingeschränkt und tendieren dazu, im Lokalen haften zu bleiben. Das Parlament ist für diese nationale Öffentlichkeit wesentlich.

Der Aufbau einer neuen und immer demokratischeren Gesellschaft ist eine ausgesprochen anspruchsvolle Herausforderung. Historisch gesehen, gibt es keine erfolgreichen Beispiele für den demokratischen Aufbau demokratischer Alternativen zur kapitalistischen Gesellschaft. Dies ist die ehrgeizige Aufgabe, der sich Venezuela gestellt hat. Damit sie gelingt, muss es einen Wettbewerb der Ideen und ein kollektives Experimentieren geben. Es gibt weder Rezepte noch historische Wahrheiten, die auf die Transformation der Gesellschaft angewandt werden können. Deshalb wird die Einschränkung der breiten demokratischen Partizipation bei der Erarbeitung von Alternativen, Erforschung von Optionen, kollektiven Diskussionen über den einzuschlagenden Weg zu einer ersten Bedrohung für den Aufbau einer alternativen demokratischen Gesellschaft.

Zweifellos ist die Stabilität der venezolanischen Regierung ernststen externen und internen Bedrohungen ausgesetzt. Wenn jedoch der Fortbestand der Regierung Vorrang vor allen anderen Zielen hat, wird die Kontrolle *über den Staat und vom Staat aus* immer wichtiger sein als Demokratie und Partizipation. Zu Beginn der bolivarianischen Regierungszeit gab die Opposition ihre eigentliche politische Arbeit (Debatten, Vorschläge, Organisation ...) völlig auf, um sich ausschließlich dem Sturz des Präsidenten Chávez (Staatsstreich 2002, Erdölstreik der Unternehmer, Nichtbeteiligung an den Parlamentswahlen 2005) zu widmen. Das führte zu mehreren eindeutigen Niederlagen. Die Abkürzungen, die die Regierung nun zu nehmen versucht, um Politik und Ausübung der Demokratie, Debatte und neue Konsensbildung durch Einsatz der puren Staatsgewalt zu ersetzen, könnten zwar kurzfristig gangbar sein. Aber weder trügen sie den immer stärkeren Forderungen nach Korrekturen Rechnung, die breite Kreise von Chávez-Anhängern und populären Aktivisten formulieren, noch würde dieser Weg in die erträumte immer demokratischere Gesellschaft münden.

### **Eine neue, komplexe Situation**

Nach den Parlamentswahlen von 2010 steht nun im Oktober 2012 die Präsidentschaftswahl an, bei der über die Kontinuität des chavistischen Projekts abgestimmt werden wird. Die Wahlergebnisse von 2010 haben die organisierte Opposition in ihrem Einheitsprojekt namens Mesa de la Unidad Democrática (MUD) bestärkt. Die MUD hat für Februar 2012 interne Wahlen angesetzt, um den gemeinsamen Oppositionskandidaten für die Wahlen im Oktober 2012 zu küren. Der Wahlausschuss der MUD hat sechs Kandidaten für diese interne Wahl zugelassen.<sup>11</sup>

Ein entscheidender Faktor in dieser Zeit vor den Wahlen ist die Krankheit von Präsident Chávez, der im bolivarianischen Prozess eine außergewöhnliche Führungsrolle einnimmt. Als erste Reaktion auf die Bekanntgabe seiner Krebserkrankung stieg seine Popularität zunächst an. Anschließend sanken die Zahlen wieder auf das alte Niveau. Im September 2011 lag die Beliebtheit von Hugo Chávez bei über 50 Prozent. Nach zwölf Jahren im Amt ein außerordentlich gutes Ergebnis. Bei der Gegenüberstellung mit einzelnen Oppositionskandidaten ging er immer als klarer Sieger hervor.

Ebenfalls wichtig ist die Erholung der Erdölpreise. Nach 5 Jahren starken Wachstums – das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg von 2004–2008 im Durchschnitt um

11 Es handelt sich um: María Corina Machado, Diego Arria, Henrique Capriles Radonski, Pablo Pérez, Leopoldo López und Pablo Medina.

10, 34 Prozent – hatten die globale Krise und der Verfall der Erdölpreise in den Jahren 2009 (-3.2 Prozent) und 2010 (-1.5 Prozent) zu negativen Ergebnissen geführt.<sup>12</sup> 2011 erholten sich die Preise jedoch beträchtlich, sodass der Durchschnittspreis für venezolanisches Erdöl am Ende bei über 100 US\$ pro Barrel lag. Damit sind die Staatseinnahmen gestiegen, und die öffentlichen Ausgaben konnten erhöht werden. Laut der venezolanischen Zentralbank soll das BIP 2011 um vier Prozent gewachsen sein.<sup>13</sup>

In Verbindung mit dieser neuen Finanzkraft hat die Regierung ein neues Sozialpaket (Misionen) angekündigt. Neben seiner sozialen Wirkung kann es potentiell auch eine starke politische Wirkung entfalten.<sup>14</sup> Das gilt vor allem für folgende Maßnahmen: Wohnungsbau (*Gran misión vivienda Venezuela*), Senior/innen (*Misión en amor mayor Venezuela*), und Kinder (*Misión hijos de mi Pueblo Venezuela*).

Bei der Vorstellung der Wohnungsbauinitiative verkündete Präsident Chávez den Bau von zwei Millionen Wohneinheiten in sieben Jahren.<sup>15</sup> Das Programm *Misión en amor mayor*, dessen Einzelheiten noch nicht vorlagen, als dieser Text verfasst wurde, umfasst ein universelles Pensionssystem für ältere Menschen, unabhängig davon, ob sie jemals in die Sozialversicherungskasse *Instituto Venezolano de Seguros Sociales* eingezahlt haben oder nicht.<sup>16</sup> Das Kinderprogramm *Misión hijos de mi pueblo* sieht ein monatliches Kindergeld von 100 US\$ für alle Kinder unter 18 Jahren vor, die in einer armen oder extrem armen Familie leben (bis maximal drei Kinder). Der Betrag für Behinderte liegt höher und ist an keine Altersgrenze gebunden.<sup>17</sup>

Trotz hoher Erdöleinnahmen wurde die Auslandsverschuldung – vor allem mit chinesischen Krediten – ständig erhöht. Dahinter steckt zum Teil auch die Absicht, genügend Mittel anzuhäufen, um die Wirtschaft im Wahljahr über Geldzufuhr beleben zu können. Die Regierung hat verkündet, dass nicht nur die neuen Sozialpro-

12 Banco Central de Venezuela, Informe Económico 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, Caracas.

13 Merentes: Crecimiento de la economía en lo que va de año se acerca a 4%. in: Agencia Venezolana de Noticias, Caracas, 17. November 2011 (<http://www.avn.info.ve/contenido/merentes-crecimiento-de-la-econom%C3%ADa-en-lo-que-va-de-a%C3%B1o-se-acerca-4>).

14 Die ersten sozialpolitischen Maßnahmen, die unter dem Begriff Missionen durchgeführt wurden, begannen im Jahr 2003, als die Wirtschaft als Ergebnis des Staatsstreichs und des Erdölstreiks der Unternehmer in ein großes Tief gesackt war. Unter diesen eher ungünstigen Umständen trug der massive Einsatz der Missionen – besonders der Mission Barrio Adentro – zum Meinungsumschwung bei, und Hugo Chávez ging als Sieger aus der Volksbefragung im Jahr 2004 hervor.

15 Chávez inicia la Gran Misión Vivienda Venezuela, in: La Radio del Sur, Caracas, 30. April 2011 (<http://laradiodelsur.com/?p=22990>). In Wahrheit ist es ein nicht sehr realistisches Ziel. Es steht in keinerlei Verhältnis zu der Anzahl der in den letzten zwölf Jahren gebauten Wohnungen. Die Mängel der öffentlichen Umsetzung haben sich nicht nur beim Bau selbst, sondern auch bei der Produktion der Betriebsmittel der staatlichen Bauindustrie gezeigt, vor allem bei Zement und Streben.

16 Misión »En Amor Mayor« erweitert die Aufnahme von Senioren in die Sozialversicherung, in: Venezolana de Televisión, Caracas 25. November 2011.

17 Ender Ramírez Padrino: Chávez anuncia lanzamiento de la Misión Los Hijos de Mi Pueblo Venezuela, in: El Nacional, Caracas, 30. November 2011.

gramme finanziert, sondern auch millionenschwere alte Beträge beglichen werden sollen, die der Staat seinen ehemaligen Arbeitnehmern für soziale Leistungen und Treuhandverbindlichkeiten schuldet. Viele dieser Schulden stammen aus der Zeit vor Chávez. Es ist vorgeschlagen worden, die Schulden über die Ausgabe von Erdölbonds zu begleichen, die durch die Reserven im Orinoco-Gebiet abgesichert wären.<sup>18</sup>

Obwohl das *Ley Habilitante* im Prinzip einen Schlussstrich unter die Debatte und die Möglichkeit einer demokratischen Gesetzgebungspraxis setzen sollte, hat es paradoxerweise auch die Verabschiedung einiger von den sozialen Bewegungen entworfener Gesetze ermöglicht. Das gilt zum Beispiel für das auf die Mieterorganisationen zurückzuführende Sondergesetz gegen (willkürliche) Wohnungsräumungen (*Ley Especial contra el Desalojo y la Desocupación Arbitraria de Viviendas*) sowie für das Sondergesetz für die gesamtheitliche Regulierung des Landbesitzes in städtischen und vorstädtischen Ansiedlungen (*Ley Especial para la Regularización Integral de la Tenencia de la Tierra en Asentamientos Urbanos y Periurbanos*) und das Sondergesetz für die Würdigung der Arbeit der Hausmeister/innen (*Ley Especial para la Dignificación de Trabajadores y Trabajadoras Residenciales Conserjes*), alles Gesetze, die als Resultat jahrelanger Debatten der Stadtteil- und Mieterorganisationen entwickelt wurden.<sup>19</sup>

Diese Vorschläge für eine von der Bevölkerung ausgehende Gesetzgebung (*legislación popular*) haben sich über die Jahre in den populären Organisationen herauskristallisiert, da ein solcher gesetzlicher Rahmen nach Ansicht der Organisationen für die Transformation der Städte von größter Bedeutung ist. Im zweiten Halbjahr 2010 fanden sogar mehrere Demonstrationen statt, die die Verabschiedung dieser Gesetzesnovellen forderten. Doch gelang diese schließlich nur per Präsidentenerlass, aufgrund direkter Beziehungen und Verhandlungen der sozialen Organisationen mit der Exekutive.

Die Verabschiedung dieser Gesetze spiegelt die Spannungen und Widersprüche des venezolanischen Prozesses wider. Man könnte von der demokratischen Nutzung eines antidemokratischen Instruments sprechen. Während die repräsentative Demokratie tendenziell immer schwächer wird, tauchen neue Formen direkter Partizipation auf, die, auch wenn sie unmittelbar interessante Möglichkeiten eröffnen, doch keine permanenten, pluralen Instanzen des gemeinsamen Aufbaus hinterlassen, sondern von Sonderbedingungen und vor allem wieder einmal von den Entscheidungen und dem Willen des Präsidenten abhängen. In diesem Sinn kann man, auch wenn

18 Pdte. Chávez propone pagar deuda histórica de Prestaciones Sociales a trabajadores y jubilados desde la IV República, in: Venezolana de Televisión, Caracas, 10. November 2011 ([http://www.vtv.gov.ve/index.php?option=com\\_content&view=article&id=70893:pdte-Chávez-propone-pagar-deuda-historica-de-prestaciones-sociales-a-trabajadores-y-jubilados-desde-la-iv-republica&catid=51:economicas&Itemid=104](http://www.vtv.gov.ve/index.php?option=com_content&view=article&id=70893:pdte-Chávez-propone-pagar-deuda-historica-de-prestaciones-sociales-a-trabajadores-y-jubilados-desde-la-iv-republica&catid=51:economicas&Itemid=104)).

19 Die per Habilitierungsgesetz verabschiedeten Erlasse können auf der Webseite der Nationalversammlung eingesehen werden: <http://www.asambleanacional.gob.ve>.

es sich um populäre Gesetzgebung gehandelt hat, nicht von einer Konsolidierung der partizipativen Demokratie sprechen, da auch hier das Grundformat das caudillistische, patriarchale und paternalistische Staatsmodell bleibt.

Die wichtigste Initiative des Präsidenten Chávez war im Jahr 2011 die Einberufung zu dem sogenannten *Gran Polo Patriótico* (GPP). Unter direkter Bezugnahme auf die Kritik an der Partei PSUV (Sektierertum, Kontrolle über die sozialen Organisationen) sowie mangelnde öffentliche Debatte und fehlende kollektive Führung des bolivarianischen Prozesses wurde der GPP als »Instrument zur Wiedervereinigung der revolutionären Kräfte« angekündigt. Chávez Meinung nach sollte der GPP aus den patriotischen Volksversammlungen *Asambleas Patrióticas Populares* (APP) gebildet werden. »Diese Kerne, Mikrokerne bzw. Mikropole sollen Orte der Zusammenkunft sein. Ohne Hochmut, mit Demut und revolutionärer Größe, gegenseitigem Respekt, Harmonie, Liebe und Verständnis werden wir wieder zusammenkommen und große politische und moralische Kraft mit einem einzigen strategischen Ziel und einer Reihe von taktischen Aufgaben entfalten, zu denen auch die Präsidentschaftswahlen vom 7. Oktober 2012 gehören.« Außerdem sagte der Präsident, dass »... es die Basis, die Bewegungen, die aus dem Volk kommen, sein müssen, die die Führung übernehmen; dass von ihnen aus und den verbündeten Kräften in der Welt die Kraft für diese neue Phase der Revolution in Venezuela kommt«. <sup>20</sup>

Nach Aussagen der Fördergruppe des GPP werden in dem Maß, in dem der bolivarianische Prozess voranschreitet, »... die Demokratisierungsforderungen des Volks immer dringlicher, fordernder und radikaler. (...)

Auch wenn es zutrifft, dass die bolivarianische Revolution mit ihrer Aneignung des Staats Transformationen geschaffen hat, die Tausenden von Ausgebeuteten und Unterdrückten dieses Landes Gerechtigkeit gebracht haben, die freie Marktwirtschaft gebremst, die Rohstoffe zurückerobert, die Grundrechte auf Bildung und Gesundheit wiederhergestellt, viel für die Umverteilung des öffentlichen Reichtums, der sich jahrelang in den Händen kleiner Eliten befand, getan haben, trifft es auch zu, dass dieser Prozess zur Stärkung der Herrschaftsstrukturen geführt hat, die den bürgerlichen Staat reproduzieren und zwangsläufig die wahren Möglichkeiten für eine politische Emanzipation der Bevölkerung und seine Eroberung der Souveränität bremsen.

Dieser hochmütige Staat hat der bolivarianischen Revolution übel mitgespielt, sie vom Volk distanziert, sie anfällig gemacht und die Volksmacht in Frage gestellt mit seinem Bürokratismus, Sektierertum, Korruption und Klientelismus als syste-

<sup>20</sup> Chávez. Gran Polo Patriótico es la gran fuerza política, moral, con un sólo rumbo estratégico, in: Agencia Venezolana de Noticias, Caracas 14. November 2011 (<http://www.avn.info.ve/contenido/ch%C3%A1vez-gran-polo-patri%C3%B3tico-es-la-gran-fuerza-pol%C3%ADtica-moral-con-un-solo-rumbo-estrat%C3%A9gico>).

matischem Kooptationsmechanismus. Diese Praktiken haben die Revolution an einen Kreuzweg gebracht.

An diesem Punkt tritt der *Gran Polo Patriótico* als neue Chance auf den Plan. Es handelt sich um eine kühne politische Strategie, mit der wir uns erneut als Revolutionäre, als Volk sehen wollen, das eine souveräne Politik fordert frei von jeglichem Rest an Gehorsam gegenüber technischen Modellen zum Management der Bevölkerung und Ressourcen, entschlossen, eine neue Hegemonie, eine neue Republik und eine neue Welt zu schaffen.«<sup>21</sup>

Die Reaktionen auf diesen Vorschlag waren sehr unterschiedlich. Viele sogenannte kritische Chávez-Anhänger und zahlreiche soziale Organisationen, die mit der Entwicklung des bolivarianischen Prozesses unzufrieden sind, betrachten den GPP als eine neue Politisierungs- und Partizipationschance oder als potentielle Wasserscheide. Da heißt es zum Beispiel: »Ein Keim einer Instanz, die Kräfte und politischen Willen vereinen kann, ist auf der politischen Bühne erschienen. Wenn er gut gemanagt wird, kann er die Konstellationen der nationalen Politik durcheinander bringen ...«<sup>22</sup>

Zur Registrierung der an einer Mitarbeit bei der GPP interessierten Organisationen wurde eine entsprechende Webseite eingerichtet.<sup>23</sup> Laut Präsident Chávez haben sich in der verfügbaren Zeit vom 14. Oktober bis 6. November (2011) 32 080 Organisationen eingeschrieben.<sup>24</sup> Der Präsident gab an, dass es sich hierbei um 52,39 Prozent soziale Organisationen, 15,7 Prozent produktive Organisationen, 13,5 Prozent politische Organisationen, 9,6 Prozent gewerkschaftliche Organisationen und 6,3 Prozent sonstige handelt.<sup>25</sup>

Die Einberufung zum *Gran Polo Patriótico* hat viele Debatten wiederbelebt, die wegen des PSUV-Regierungsmonopols, das die Chávez-Politik der letzten Jahre beherrschte, schon als verloren gegolten hatten. Zwei Probleme sind das Verhältnis zwischen *Gran Polo Patriótico*, der PSUV und dem Staat, sowie das Vorhanden- bzw. Nichtvorhandensein eines kollektiven Prozesses. Zu ersterem liegt ein Dokument einer Gruppe sozialer Organisationen namens *Unidad del Poder Popular* (UPP) vor. Laut Angaben eines Sprechers dieser Organisation ist das Ziel: »Errei-

21 Grupo Promotor del GPP: Documento de Propuesta de Principios del Gran Polo Patriótico, in: Aporrea, 15. November 2011 (<http://www.aporrea.org/ideologia/a133613.html>).

22 Reinaldo Iturriza López: Gran Polo Patriótico: es tiempo para la audacia, in: Aporrea, 13. Oktober 2011 (<http://www.aporrea.org/actualidad/a131642.html>).

23 Vgl. [www.granpolopatriotico.org.ve/index.php](http://www.granpolopatriotico.org.ve/index.php).

24 Partido Socialista Unido de Venezuela: 32.080 organizaciones se registraron en el Gran Polo Patriótico, Caracas, 11. November 2011 (<http://www.psuve.org.ve/temas/noticias/32080-organizaciones-se-registraron-gran-polo-patriotico/>).

25 Chávez. Gran Polo Patriótico es la gran fuerza política, moral, con un sólo rumbo estratégico, in: Agencia Venezolana de Noticias Caracas, 14. November 2011 (<http://www.avn.info.ve/contenido/ch%C3%A1vez-gran-polo-patri%C3%B3tico-es-la-gran-fuerza-pol%C3%ADtica-moral-con-un-solo-rumbo-estrat%C3%A9gico>).

chen, dass die in Bewegungen organisierte Bevölkerung sich zusammenschließt und über diese solide Einheit EIGENE POLITISCHE MACHT erlangt.

Unsere politischen Parteien, allen voran die PSUV, müssen verstehen, dass sie nicht die Hegemonie über die politische Arbeit behalten können. Sowohl die politischen Parteien als auch wir sozialen Organisationen müssen unsere Grenzen anerkennen und unsere gemeinsame historische Rolle übernehmen. Im GPP müssen nicht nur gegenseitiger Respekt und Bescheidenheit herrschen, sondern auch ein kollektives Bewusstsein über den historischen Moment.«<sup>26</sup>

Wie *Aporrea* informiert, hat sich eine Gruppe von 160 Kommunalräten des Bundesstaats Bolívar »in Versammlungen darauf geeinigt, dass der *Gran Polo Patriótico* nicht von den Bürgermeistern und Gouverneuren der einzelnen Regionen und Staaten geleitet werden soll«. Der Vorschlag besagt, dass die hochrangigen Funktionäre die Partei nicht leiten können, da Subjektivität und mangelnde Unparteilichkeit in gewisser Weise verhindern, dass die erbrachten Leistungen dieser Ämter genau und objektiv überwacht werden. Mit diesem Beschluss kann die öffentliche Verwaltung sehr objektiv geprüft, überwacht und einer gesellschaftlichen Kontrolle unterzogen werden. Es handelt sich um einen Sieg..., den wir erreichen würden, obwohl wir noch zufriedener wären, wenn diese Vorschrift auch auf die Direktoren der Gouverneursinstanzen, Bürgermeisterämter, autonomen Organismen, Ministerien und sozialen Missionen ausgedehnt würde. Es würde dazu führen, dass die Bevölkerung wieder mehr Vertrauen in die Institutionen bekommt, die von Männern und Frauen geleitet werden, die im Namen des bolivarianischen Prozesses dahin gekommen sind, und die Glaubwürdigkeit wiederhergestellt würde. »Da die Partei von hohen politischen Funktionären geleitet wird, kann sie nicht deren sorgfältiges, effizientes, wirksames und ehrliches Verhalten garantieren.«<sup>27</sup>

Die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV) besteht ihrerseits darauf, dass »Bedingungen für die kollektive Debatte« geschaffen werden müssen. Hier heißt es:

Nachdem wir die Initiativen zur Bildung dieses patriotischen Pols analysiert haben, bestätigt das Zentralkomitee die Teilnahme der PCV, stellt aber auch fest, dass die Bedingungen für die kollektive Debatte der Organisationen geschaffen werden müssen, da unserer Meinung nach die eingesetzten Mechanismen ein fundamentales Element noch nicht garantieren, das für die laufende nationale Befreiungsrevolution in Venezuela erforderlich ist: den Aufbau einer wahrhaft kollektiven Führung des Prozesses.

26 El GPP no debe ser tutelado ni por partidos políticos, ni por instituciones públicas, in: *Tribuna Popular*, Caracas, 16. November 2011 ([http://www.pcv-venezuela.org/index.php?option=com\\_content&view=article&id=179:el-gpp-no-debe-ser-tutelado-ni-por-partidos-politicos-ni-por-instituciones-publicas&catid=53:politica&Itemid=51](http://www.pcv-venezuela.org/index.php?option=com_content&view=article&id=179:el-gpp-no-debe-ser-tutelado-ni-por-partidos-politicos-ni-por-instituciones-publicas&catid=53:politica&Itemid=51)).

27 Luis Villanueva: Que los gobernadores y alcaldes no dirijan el gran polo patriótico, in: *Aporrea*, Caracas 18. November 2011 (<http://www.aporrea.org/regionales/a133860.html>).

Die PCV ist der Ansicht, dass die Partizipation der Parteiorganisationen an diesem Aufbau nicht über ein Register, sondern als Ergebnis einer Debatte, einer Diskussion, eines Aufbaus von Räumen erfolgen soll, in denen alle politischen Organisationen des Prozesses, die wahrlich nicht sehr zahlreich sind, zusammenkommen sollen. Diese Parteiorganisationen, zu denen wir auch gehören, sollen zusammenkommen, diskutieren und sich darauf einigen, wie koordiniert vorgegangen und zum Aufbau des *Gran Polo Patriótico* beigetragen werden kann. Aus diesem Grund wird sich die PCV als autonome Parteiorganisation in kein Register eintragen.<sup>28</sup>

Natürlich kann man zu einem Zeitpunkt, an dem sich der GPP noch mitten im Aufbau befindet, nicht einmal eine vorläufige Bilanz seiner Bedeutung und seines politischen Potentials ziehen. Aber angesichts der politischen Kultur des »Chavismus« wird es zweifellos außerordentlich schwierig werden, mit diesem Organisationsvorschlag einige der Tendenzen zu überwinden, die in den letzten Jahren dominiert haben.

Da wäre zum einen die Erfahrung mit der Gründung von Volksfronten für wahlpolitische Zwecke zu erwähnen, die hinterher in politischer und organisatorischer Hinsicht wirkungslos blieben. Zum anderen die Serie von oben verordneter, immer neuer Organisationsdynamiken und -prozesse, wie es die bolivarianischen Zirkel, Wahlkampfseinheiten, sozialistischen Patrouillen waren (*Círculos Bolivarianos, Unidades de Batalla Electoral, Patrullas Socialistas ...*), denen keine Debatte an der Basis vorausgegangen war. Ergebnis war allzu oft, dass die politische Erfahrung und die organischen Strukturen bestehender Organisationen enteignet und kollektive Prozesse unterbrochen wurden, die sich in unterschiedlichem Tempo im ganzen Land entwickelten. Es besteht die Gefahr, dass sich das alles wiederholt und dass nach den Wahlen die Organisationsdynamik in der Bevölkerung noch schwächer ist als jetzt. Populäre Organisation kann nicht dekretiert werden.

Drittens ist das Fehlen formeller, organischer, von allen Teilnehmer/innen demokratisch diskutierter und vereinbarter Leitungs- und Kontrollinstanzen des GPP zu nennen. Ohne diese wird sich wieder dieselbe vertikale Führung durchsetzen, ohne dass dies scheinbar von irgendjemandem beschlossen wurde. Informell würde das Führungs- und Entscheidungsmuster des Präsidenten Chávez und der hohen Funktionäre der Regierung auf der Bundesstaatlichen, departamentalen und kommunalen Ebene fortgeführt. Das Fehlen klar institutionalisierter kollektiver Führungsmodalitäten verhindert nicht nur nicht die Bürokratisierung, sondern führt unvermeidlich zu vertikaleren und weniger transparenten Entscheidungen.

Dieser Text beabsichtigt weder, die Wirtschaftspolitik dieser Jahre noch die Implikationen des rentistischen, auf dem Export von Rohstoffen basierenden Modells

28 III Pleno del PCV ratificó esfuerzos para construir el Polo Patriótico y calificó de insuficiente los pasos que se están dando, in: *Tribuna Popular*, Caracas 20. Oktober 2011.

zu analysieren, das die venezolanische Wirtschaft seit nunmehr einem Jahrhundert prägt und bis heute andauert. Dennoch kann man nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, dass die hauptsächlichen Charakteristika des Produktionsprozesses erhebliche Auswirkungen auf Demokratie und Partizipation haben. Die Demokratisierung des Eigentums und Dezentralisierung der Produktion sind Bedingungen, ohne die die verschiedenen politischen Partizipationsformen schnell an ihre Grenzen stoßen. In der Regierungszeit von Präsident Chávez ist die allgemeine Ausrichtung der venezolanischen Wirtschaft nicht nur nicht verändert, sondern die rentistische Logik sogar noch verstärkt worden. Die Abhängigkeit vom Erdöl ist heute höher als je zuvor. Im Jahr 2010 machten die Einnahmen aus dem Erdöllexport 95 Prozent der gesamten Exporteinnahmen aus.<sup>29</sup> Im ersten, sozialistisch genannten nationalen Entwicklungsplan (*Proyecto Nacional Simón Bolívar*) wird ausdrücklich die zentrale Rolle betont, die dem Erdöl für die Zukunft des venezolanischen Produktionsmodells zugeordnet wird. Eine der sieben Achsen bzw. Ziele dieses Entwicklungsprojekts ist die Verwandlung Venezuelas in eine Energieweltmacht. Laut Projekt wird das Erdöl weiterhin für die Devisenbeschaffung, die Generierung interner produktiver Investitionen, die Befriedigung des eigenen Energiebedarfs und die Konsolidierung des sozialistischen Produktionsmodells entscheidend sein.<sup>30</sup>

Dafür ist eine beträchtliche Steigerung der Erdölproduktion mit massiver Beteiligung ausländischen, sowohl privaten als auch öffentlichen, Kapitals an gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen vorgesehen, bei denen die venezolanische Erdölgesellschaft PDVSA die Aktienmehrheit hält.

Eine bedeutende Anzahl von Unternehmen ist verstaatlicht worden (Telefon, Stahl, Zement, Stromerzeugung und -verteilung, die größte Glasfabrik, Nahrungsmittel usw.) Bei zahlreichen Unternehmen wird das Management von der Belegschaft kontrolliert bzw. mitgeführt.<sup>31</sup> Dennoch hat sich der Beitrag des öffentlichen Sektors zur Volkswirtschaft, ausgedrückt im Bruttogebietsprodukt, in diesen Jahren nicht verändert.<sup>32</sup> Der als sozial bezeichnete Bereich der Volkswirtschaft spielt weiterhin kaum eine Rolle. Die historische Überbewertung der Währung hat zugenommen und damit auch die sogenannte *holländische Krankheit*. Die Hafenwirtschaft

29 Banco Central de Venezuela: Exporte und Importe von Gütern und Dienstleistungen nach Sparten, in: Zahlungsbilanz und andere Indikatoren des externen Sektors, Caracas 2011 (<http://www.bcv.org.ve/c2/indicadores.asp> [Consulta: 5 de septiembre, 2011]).

30 Bolivarianische Republik Venezuela: Präsidentschaft 2007. Nacionales Proyecto Simón Bolívar. Erster sozialistischer Plan. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Nation 2007–2013, Caracas September 2009 (<http://www.mpd.gob.ve/Nuevo-plan/plan.html>).

31 Eine beträchtliche Anzahl dieser Unternehmen arbeitet mit Verlust. Sie überleben nur dank der über die Erdöleinkünfte finanzierten Subventionen. Siehe hierzu auch Alvarez, Víctor: *Del Estado burocrático al Estado comunal*. Caracas 2010.

32 Víctor Alvarez (Centro de Estudios Latinoamericanos Rómulo Gallegos): Was der Sozialismus des 21. Jahrhunderts vom 20. Jahrhundert nicht lernen darf. Vortrag während des Seminars »Kritisches Denken, soziale Bewegungen und regionale Alternativen angesichts der globalen Krise«. Caracas 7. Oktober 2010.

ist stark vorangetrieben worden, aber im Hinblick auf die in der Verfassung von 1999 verankerte Ernährungssouveränität sind keinerlei Fortschritte erzielt worden.

Laut Angaben des CEPAL-Berichts *Panorama Social de América Latina 2011* ist die Armut in Venezuela von 2002 bis 2011 um 20,8 Prozent zurückgegangen.<sup>33</sup> Laut Gini-Koeffizient, der die ungleiche Einkommensverteilung zwischen den gesellschaftlichen Sektoren darzustellen versucht, hat es in Venezuela bedeutende Fortschritte bei der Umverteilung und dementsprechend bei der Gleichheit und Überwindung der Ungleichheit gegeben: Während der Gini-Koeffizient 1981 noch 0,52<sup>34</sup> betrug, war er im ersten Halbjahr 2011 auf 0,39<sup>35</sup> zurückgegangen. Laut CEPAL ist Venezuela sogar das Land mit der geringsten Ungleichheit auf dem ganzen Kontinent.<sup>36</sup>

Es handelt sich um bedeutende Veränderungen, die sich ganz konkret in verbesserten Lebensbedingungen der historisch am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen niederschlagen. Dennoch muss man darauf hinweisen, dass die Verringerung von Ungleichheit, Armut, die Verbesserung der Ernährungssituation und der bessere Zugang zur öffentlichen Bildungs- und Gesundheitsversorgung in Venezuela nicht auf die Transformation der Produktion und auch nicht auf die Demokratisierung des Eigentums zurückzuführen sind, sondern vor allem auf einer breiteren Verteilung der Erdöleinnahmen beruhen. Dieses Bestehen auf der rentistischen Logik (rentistischer Sozialismus?) heißt nicht nur, dass dieses politische Projekt wegen seiner Abhängigkeit von den Erdölpreisen außerordentlich anfällig ist. Es stellt zudem ein ernsthaftes Hindernis für eine mögliche Vertiefung der Demokratie dar.

Die Teilhabe an der Verteilungspolitik stößt angesichts der nicht vorhandenen Demokratisierung der Produktion an ihre Grenzen. Das staatliche Erdölunternehmen *Petróleos de Venezuela* ist für die meisten Venezolaner weiterhin eine Art Black Box, die sowohl nach politischen als auch technokratischen Kriterien geführt wird. Unter diesen Bedingungen werden viele der für die Gegenwart und Zukunft des Landes wichtigsten Entscheidungen ohne jede öffentliche Debatte und ohne jede Partizipation getroffen.

*Deutsch von Birte Pedersen und Miriam Lang*

33 CEPAL: *Panorama Social en América Latina 2011*. Santiago de Chile November 2011 (<http://www.eclac.cl/publicaciones/xml/1/45171/2011-818-PSE-Sintesis-Lanzamiento-WEB.pdf>).

34 Mauricio Phelan: *La desigualdad en Venezuela*. Veröffentlicht von der Fundación Escuela de Gerencia Social. November, 2006 (<http://fegs.msinfo.info/fegs/archivos/pdf/DESI.PDF>).

35 Instituto Nacional de Estadística: <http://www.ine.gov.ve/pobreza/menu pobreza.asp>.

36 CEPAL: *Panorama Social en América Latina 2011*. Santiago de Chile November 2011 ([http://www.eclac.cl/publicaciones/xml/1/45171/CAPITULO\\_I\\_no\\_editado.pdf](http://www.eclac.cl/publicaciones/xml/1/45171/CAPITULO_I_no_editado.pdf)).

Aurelio Alonso<sup>1</sup>

## **Kuba: Von einem gescheiterten zu einem nachhaltigen Sozialismus**

Heute von Kuba zu sprechen, ist eine besondere Herausforderung, weil es sich um den einzigen radikalen Transformationsprozess handelt, der seinerzeit, das heißt vor 50 Jahren, als sozialistisch bezeichnet wurde. Das geschah schon zwei Jahre nach der Machtübernahme, die per bewaffneter Revolution erfolgt war. Ich spreche also von einer Erfahrung, die ein halbes Jahrhundert alt ist.

Ich will versuchen, diesen kubanischen Weg unter dem Aspekt der Schaffung demokratischer, partizipativer Instanzen, Instanzen einer sozialistischen Institutionalität, nachzuzeichnen. Die Mängel können wir dann anschließend aufdecken, da die revolutionären Prozesse, wenn sie so radikal und bewaffnet beginnen wie in Kuba, meist sehr viel vertikaler sind oder sein können als das, das wir heute in Lateinamerika erleben.

Da ich nicht alle Themen ansprechen kann, habe ich einige ausgesucht, die für die Gesamtheit der von mir als »kubanischem Übergang« bezeichneten Realität als charakteristisch gelten sollen. Ich datiere den Beginn dieses Übergangs auf das Jahr 1959. Es ist ein nicht vollendeter Übergang, bei dem es anfangs darum ging, von einem abhängigen kapitalistischen System zu einem sozialistisch ausgerichteten System zu gelangen, und bei dem heute der Übergang von einem gescheiterten Sozialismus zu einem neuen Typ von lebensfähigem Sozialismus vollzogen werden muss. Wenn wir diesen mit einem Begriff versehen wollen, der das beinhaltet, was wir alle zu diesem Zeitpunkt der Geschichte der Menschheit am meisten wünschen, muss es ein nachhaltiger Sozialismus sein.

Ich werde nicht die ganze Geschichte erzählen, muss aber auf ein halbes Jahrhundert eingehen, in dem für den Beginn, Erhalt und Fortschritt des kubanischen Projekts hart gearbeitet worden ist. Es geht um ein Projekt, das ich als Kombination aus souveräner Entwicklung und sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit bezeichnen möchte.

1 Aurelio Alonso ist Soziologe und Essayist, Dozent an der Universität La Habana und Gastdozent an der Universidad Central de las Villas. Er hat fünf Bücher und über hundert Artikel in Fachzeitschriften, sowohl in Kuba als auch im Ausland, veröffentlicht. Er war einer der Gründer der Zeitschriften »Pensamiento crítico«, die von 1967 bis 1971, und »Cuadernos de nuestra América«, die von 1989 bis 1996 herausgegeben wurden. Er ist auch Gründungsmitglied des Redaktionsausschusses der seit 1994 existierenden Zeitschrift »Alternatives Sud« (»Alternativas desde el Sur«) von François Houtart. Derzeit arbeitet er als zweiter Direktor der Zeitschrift »Casa de las Américas« in Havanna.

Die Utopie, mit deren Aufbau in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts begonnen wurde, ging recht voluntaristisch von der Vorstellung aus, dass sofort ein unabhängiges, eigenes, souveränes Entwicklungsschema geschaffen werde könne; dass die Souveränität mit dem Sieg schon erreicht sei, und dass diese neu eröffnete Möglichkeit zwangsläufig soziale Gleichheit und Gerechtigkeit bedeutete. Inzwischen hat sich aber gezeigt, dass die Souveränität ein ständiger Kampf ist.

Es gibt viele Gründe, warum wir heute keinen klaren Sieg vorweisen können. Wir können aber auch nicht sagen, dass das kubanische Projekt gescheitert sei. Die Veränderungen in Lateinamerika haben Solidarität ermöglicht. Der kubanische Prozess konnte nicht nur Verbindungen zum revolutionären, bolivarianischen Transformationsprojekt in Venezuela, dem gemeinschaftsbasierten Transformationsprojekt in Bolivien und dem Bürgerrevolutionsprojekt in Ecuador, sondern auch zu weniger radikalen, aber nicht weniger wichtigen Transformationen Lateinamerikas seit der Machtübernahme der PT (Partido de los Trabajadores) Lulas in Brasilien, der argentinischen Transformation seit Nestor und Cristina Kirchner und, erst kürzlich, der Machtübernahme der Präsidenten Lugo in Paraguay und Mujica in Uruguay eingehen.

## **Es gibt kein universelles Demokratiekonzept**

Die veränderte Realität in Lateinamerika ist aus Wahlen und nicht aus einem bewaffneten Kampf hervorgegangen. Das heißt jedoch nicht, dass es den bewaffneten Kampf nicht mehr gäbe. Was sich in Kolumbien entwickelt, kann wieder zum Sieg des bewaffneten Kampfs als notwendige Verteidigungsstrategie führen. Nicht, dass ich das wünsche, aber man darf es nicht unterschätzen. Hoffentlich können wir über Wahlen und sogar mit der Institutionalität der liberalen Demokratie auf unserem Kontinent auf dem bisher eingeschlagenen Weg vorankommen.

Ich möchte nun ein paar konzeptuelle Einschätzungen vortragen, die mir für die Analyse des kubanischen Falls notwendig erscheinen.

Dabei möchte ich vorausschicken, dass ich zu denen gehöre, die nicht der Meinung sind, dass es derzeit ein universell akzeptables Paradigma von Demokratie gibt: weder der repräsentativen Demokratie noch irgendeiner anderen Art von Demokratie.

Die Konzepte verändern sich mit der veränderten Realität. Ein Beispiel dafür ist der Unterschied zwischen dem Konzept der repräsentativen Demokratie und der partizipativen Demokratie. Vor fünfzehn Jahren stellten Andrew Arato und Jean Cohen fest, dass das Problem darin besteht, dass es keinen realen Bezugspunkt für die partizipative Demokratie gibt: Alle real existierenden Demokratien der Welt

sind repräsentativ. Es gibt also keine handfeste partizipative Demokratie. Man spricht von einer Illusion.

Das was in Venezuela, in Bolivien, in Ecuador vor sich geht, zeigt uns neue Wege und Fortschritte bei der demokratischen Partizipation, und wir können sagen, dass sie nunmehr keine Illusion ist. Das ist eine wichtige Angabe in einem wichtigen Moment.

Ich bin der Meinung, dass sich die von uns für unsere Völker angestrebte Demokratie unweigerlich von den bestehenden Demokratien, von denen wir ausgehen, distanzieren muss. Ich meine nicht, dass es ideal wäre, wenn das Kuba des Jahres 2020 das Kuba von heute wäre. Genauso wenig hoffe ich, dass das Ecuador des Jahres 2020 das Ecuador von heute sein wird.

Was nun die historische Gegenwart betrifft, stehen wir Kubaner vor der Herausforderung einer Transformation. Als Ausgangspunkt müssen wir uns, ebenfalls in dieser historischen Gegenwart, von einer globalen Institutionalität befreien, die vertraglich den Forderungen der imperialistischen Macht unterworfen ist. Ich meine, dass dies eine der Herausforderungen für die neuen lateinamerikanischen Prozesse ist. Die Dringlichkeit der verfassungsgebenden Prozesse in Ecuador, Bolivien und Venezuela kommt nicht von irgendwoher. Sie entspringt nicht nur der Gegenwart oder dem erforderlichen Bruch mit der Vergangenheit, sondern ist angesichts dessen, was sie in der Zukunft erwartet, unerlässlich.

Warum glaube ich, dass die Lage der Kubaner anders ist? Die imperialistische Macht hat mit Kuba keinen Vertrag und verhandelt auch nicht mit uns. Sie hat uns eingekreist und fällt uns an; das ist alles. Es handelt sich um zwei unterschiedliche Arten von Beziehungen und Druckmaßnahmen: das, was unsere Brüder – das heißt: ihr – erleidet, und das, was wir erleiden. Die kubanische Wirtschaft, die sich in einem desaströsen Zustand befindet, unterliegt jedoch nicht dem Diktat des Internationalen Währungsfonds und auch nicht den möglichen Forderungen der transnationalen Unternehmen. Das Benzin, das bei mir um die Ecke verkauft wird, wird nicht von Texaco oder Exxon, sondern vom kubanischen Staatsbetrieb verkauft.

Ich spreche von unterschiedlichen, jedoch nicht von gegensätzlichen oder antagonistischen Realitäten. Uns verbinden die Werte, die wir retten wollen und die ein dauerhaftes Vermächtnis sind. Die Ziele der neuen Prozesse in Lateinamerika, wie auch in Kuba, heißen Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, unabhängige und souveräne Entwicklung. Auch wird, wie wir schon in Venezuela sehen, der Kampf für die funktionelle (nicht formelle) Souveränität eine immer härtere Herausforderung. Hier möchte ich etwas unterstreichen, was das 21. Jahrhundert eingeläutet und das letzte Jahrzehnt bewiesen hat: Auch das Mandat der kleinen, armen, abhängigen, vergessenen und missbrauchten Völker findet den Zugang zur Macht, verändert die Ausrichtung der Staaten und erreicht dies genau mit den Mitteln der liberalen Institutionalität.

Die Verfassungsänderungen sind unerlässlich, denn mit Spielregeln, die die Forderungen des Kapitals den Forderungen des Volks voranstellen, kann man nicht vorankommen. Nur mit einer Änderung der Verfassung kann der Rechtsrahmen einer Gesellschaft, die dem vorherrschenden Gewinnstreben den Rücken kehren will, geändert werden.

Die Debatte über die Zukunft Kubas ist heute eng mit der Debatte über die Zukunft Lateinamerikas verbunden. Dabei spielt es keine weitere Rolle, dass die Geschichte und politischen Landschaften des Kontinents uns unterschiedliche Ausgangspunkte aufgezwungen haben, dass die spezifischen Bedingungen und Strategien oft ganz anders sind. Die Debatte dreht sich im Grunde um Souveränität, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit und dementsprechend um soziale Klassen und Klassenkampf. Eine Debatte über Übergänge, Paradigmen, über Alternativen und viele weitere damit verbundene Konzepte. Eine Debatte unserer heutigen Zeit, die sich in die uns auferlegte Weltordnung einfügt, und auf die wir zusammen mit unseren Völkern reagieren müssen. Und zwar mit einer komplizierten Mischung aus Vorsicht und Radikalität.

Wir, die eine andere Welt anstreben, müssen inzwischen gelernt haben, dass sich, egal ob der Ausgangspunkt ein bewaffneter Aufstand oder eine Wahl ist, der revolutionäre Wille dadurch auszeichnet, dass er das Volk als Subjekt betrachtet und eine neue Legitimität schafft.

## **Die Herausforderung der Souveränität**

Für Kuba war vor 51 Jahren die erste Herausforderung die Souveränität, das Recht auf Ausübung der Staatsfunktion, die vorrangige Verteidigung der nationalen Interessen, das heißt der Interessen des Volkes und nicht des Kapitals. Die kubanische Regierung war nicht aus Wahlen hervorgegangen, sondern wurde durch die Revolution legitimiert. Der immense Konsens zeigte sich auf Schritt und Tritt. Es ist wichtig, das zu unterstreichen, denn die ersten 15 Jahre der kubanischen Revolutionsgeschichte verliefen ohne eine Verfassungsänderung, ohne neue Verfassung und dennoch mangelte es nicht an Regierungsführung (Governance). Wir können uns fragen: Was war das für eine Demokratie? Oder gab es keine Demokratie?

Man kann nicht von einem Legitimitätsdefizit sprechen. Die Legitimität war anders beschaffen, aber nicht weniger demokratisch als nach einer Wahl. Ich würde sogar sagen, sie war demokratischer, da der Sieg die Übereinstimmung der Völker mit ihren Revolutionsführern vervielfältigt.

In der Souveränität zeigt oder versteckt sich ein Schlüsselement zur Unterscheidung von Beschaffenheit und Möglichkeiten einer Demokratie. Man kann zum

Beispiel die Souveränität Kubas nicht mit der Souveränität von Honduras vergleichen und letztere auch nicht mit der Souveränität der Niederlande. Von Souveränität sprechen heißt, von verschiedenen Breitengraden, verschiedenen Bedingungen, verschiedenen Umständen sprechen. Die Souveränität der abhängigen Länder ist immer dem Abhängigkeitsverhältnis unterworfen. Für die Länder, die zu den Zentren des Kapitals gehören, bedeutet Souveränität etwas anderes. Wenn ich von Souveränität spreche, meine ich eine umfassende Souveränität (wirtschaftlich, ernährungsmäßig, kulturell usw.) in einem bestimmten gesellschaftlichen Umfeld.

Ich meine, dass die Macht des Volkes, die wirklich demokratische Macht, nicht keimen kann, wenn man der Herausforderung der tatsächlichen Souveränität nicht als Konstante begegnet. Ich will damit nicht sagen, dass allein die Souveränität die Volksmacht definieren kann, aber ich betrachte sie als ihren dauerhaftesten Bezugspunkt.

In fünfzig Jahren hat die der Revolution entsprungene Staatsführung nie diesen Bezugspunkt aus den Augen verloren und dafür einen monetären und nicht monetären Preis bezahlt, der nur allzu bekannt ist. Der Erhalt einer tatsächlichen Souveränität eines abhängigen Landes, das versucht, sich von diesen Schlingen zu befreien, ist kostspielig. Unsere Länder, und dazu gehört auch Ecuador, fangen auch an, diese Kosten zu spüren.

Deshalb muss der 1. Januar 1959 in der Geschichte Kubas als der Tag verankert bleiben, an dem das Drama um die wahre Unabhängigkeit des Landes wirklich begann. Auch die Rolle, die das Volk als Stütze der Souveränität spielte, war die erste Zutat für eine neue Demokratie.

Zu erwähnen ist auch, dass die Ehrlichkeit der Verwaltung schnell zu einem Grundsatz in Kuba wurde. Ich messe dem große Bedeutung bei. Dieser Grundsatz wird ständig nicht nur von Korruption, Beziehungswirtschaft und sonstigem moralischen Sittenverfall, sondern auch von unverhältnismäßigen Gehältern, Provisionen und sonstigen Privilegien gefährdet, die aus ererbter Nachsicht leicht als normal betrachtet werden. Auch Kuba hat darunter gelitten, aber Kuba hat systematisch seit 1959 dagegen angekämpft, dass sich derartige Zustände verfestigen.

Der Marktethik ist es kürzlich gelungen, in die Ritzen dieser neuen Institutionalität einzudringen. So etwas kommt in wirtschaftlich prekären Zeiten wie jetzt in Kuba verstärkt vor. Es gibt beträchtliche Fälle von Korruption und Bereicherung. Es gibt auch kubanische Millionäre, und die mangelnde Kontrolle der Bereicherung macht das System anfällig. Es ist öffentlich bekannt gemacht worden, dass man auch in Kuba nicht frei von diesen Gefahren geblieben ist und dass man entschlossen ist, sie zu bekämpfen.

Trotz dieser Anomalitäten beziehen die hohen öffentlichen Verantwortlichen karge Löhne und (was für mich am wichtigsten ist) die Abgeordneten und Dele-

gierten der Volksmachtversammlungen aller Ebenen üben ihr Amt unentgeltlich aus. Ich bin nicht der Ansicht, dass diese Regel der kostenlosen Arbeit auch außerhalb unserer Grenzen angewendet werden sollte, empfehle das auch gar nicht. Ich bemerke nur, dass dies in Kuba entscheidend dazu beigetragen hat, die öffentliche Arbeit von den finanziellen Interessen der gewählten Vertreter zu trennen. Damit ist der Grundsatz der Ehrlichkeit nicht einfach auf die Ebene der persönlichen Tugend reduziert worden, sondern ist gesellschaftlich exemplarisch und liegt auf einer Linie mit dem Grundsatz der Solidarität, des Teilens dessen, was man hat.

## **Bedingungen für die partizipative Demokratie**

Wie kann man ohne volle, dauerhafte Souveränität und mit einem vom Kapital infizierten politischen Management von einem auf Volkspartizipation basierten System, von der partizipativen Demokratie sprechen? Von ihrer Bedeutung, ihren Grenzen, ihrem Ausdruck, ihrer Realität, Auslegung, ihren Irrtümern und, zusammengefasst, ihrem Gewicht als einer bedeutenden Herausforderung? Ich behaupte nicht, dass das für die Konsolidierung der Demokratie ausreichend ist. Ich spreche von Bedingungen, die meiner Meinung nach bei einer partizipativen Demokratie auf Ebene der Nation erreicht werden müssen.

Partizipative Demokratie soll nicht als Gegenposition zur repräsentativen Demokratie gesehen werden, wie es die Vertreter der liberalen Position manchmal gern darstellen. Es geht darum, dass das Prinzip der Partizipation höher steht als der Grundsatz der Repräsentation.

Was die Machtausübung betrifft, glaube ich, dass das Scheitern des sowjetischen Systems darauf zurückzuführen ist, dass es ihm nicht gelungen ist, die Demokratie zu schaffen, die der Sicherung eines auf Gerechtigkeit und Gleichheit basierenden Systems entspricht.

Für das kubanische Experiment, das hier mein Thema ist, gilt, dass wir unsere Institutionen zu sehr nach sowjetischem Vorbild gestaltet haben. Dies war schädlich und hat dazu geführt, dass wir jetzt mit dem traditionellen Schema stagnieren, obwohl in Kuba partizipative Praktiken eingeführt wurden und bis heute beibehalten worden sind.

Was die Machtausübung betrifft, kann sich der Kapitalismus ohne Demokratie reproduzieren. Er hat das im Laufe der Geschichte schon des Öfteren bewiesen und tut es weiterhin, wann immer es sich lohnt, auch in republikanischen Strukturen. Das ist kein Geheimnis: Für seine Stabilität darf die politische Macht nicht das harmonische Machtverhältnis zum Kapital stören. Solange es dem Sozialismus nicht gelingt, nachhaltige Volksmachtstrukturen zu schaffen, kann er einen Scheinsieg

mit Erfolgen auf dem Gebiet der Gerechtigkeit und Gleichheit vorspiegeln. Diese Erfolge können, auch wenn sie möglicherweise sichtbar sind, jedoch nicht verhindern, dass das System immer anfällig bleibt, da das Demokratiedefizit dazu tendiert, es ins Gegenteil, nämlich in ein Standessystem zu verkehren. Man kann keine Macht »für das Volk« konsolidieren, wenn die Macht nicht beim Volk liegt.

Seit 1959 hat die Revolutionsführung Unterstützung bei der massiven Mobilisierung der Bevölkerung gesucht, und riesige Veranstaltungen zu ihrer Befragung haben den Konsens bei den radikalsten Änderungen klar gezeigt. Ohne die Mobilisierungswirkung für die Partizipation überbewerten zu wollen, sollte sie doch stärker berücksichtigt werden, als es aus soziologischer Sicht geschieht. Die Erfahrung in Kuba hat in all diesen Jahren gezeigt, wie wichtig sie ist. Von der Unterstützung des Agrarreformgesetzes durch das Volk im Jahr 1959, als die enteigneten Großgrundbesitzer ein potentiell starker Gegner waren, bis zur jüngsten Demo am 1. Mai 2010, die mitten in einer Kampagne stattfand, die einen Legitimitätsbruch im kubanischen System zu verbreiten versuchte, kann man eigentlich nur eine Schlussfolgerung ziehen. Dabei spielt es auch keine Rolle, ob die Medien schweigen oder die Tatsachen verdrehen. Wenn ein Aufruf, der ohne jeglichen Druck erfolgt, eine Million Menschen in einer Zwei-Millionen-Einwohnerstadt dazu bewegt, sich auf dem Hauptplatz zu versammeln, kann niemand – nicht einmal die, die es herunterspielen – daran zweifeln, dass es sich um einen Konsensbeweis handelt. Ich möchte das unterstreichen und wiederhole, dass dies als solches nicht eine Demokratie neuen Typs definiert. Die Mobilisierung kann jedoch als wichtiges Element für heutige und zukünftige Demokratieprozesse auf unserem Kontinent entscheidend sein. Demonstrationen sind alles andere als rein populistisch, sie sind als Konsensbeweis unerlässlich. Und das nicht nur zur Bestätigung der Souveränität, sondern auch zur Verwirklichung großer Ziele der sozialen Gerechtigkeit wie die Alphabetisierungskampagnen. Kuba hat außerdem gezeigt, dass dies auch für die Verteidigung gilt. Der Sieg über den Einmarsch in der Schweinebucht ist eher den ein Jahr zuvor gegründeten revolutionären Volksmilizen als dem Berufsheer zu verdanken.

Dennoch darf man nicht die mobilisierende Demokratie oder Mobilisierung mit partizipativer Demokratie verwechseln. Man darf aber auch nicht ins Gegenteil verfallen und die Volksmobilisierung als Element der demokratischen Partizipation und eines Systems partizipativer Demokratie unterschätzen. Mobilisierung ist für die heutigen und zukünftigen demokratischen Prozesse auf unserem Kontinent notwendig.

## Verspätete institutionelle Reformen

Institutionell gesehen, wurden die Organe des sozialistischen Staats in Kuba Mitte der 70er Jahre strukturiert und im Wesentlichen bis heute beibehalten. Es gab nur ein paar Änderungen als Ergebnis der Verfassungsreform von 1992. Von 1970 bis 1992 verlief die kubanische Wirtschaftsintegration zeitgleich mit dem sowjetischen System. Vor dieser Integration war das politische System Kubas institutionell nicht strukturiert. Am Ende stand dann die Desintegration der Struktur des sozialistischen Systems.

Mit der Reform von 1992 wurden viele Aspekte des Machtschemas des kubanischen Staats flexibilisiert. Dennoch blieb das institutionelle Gerüst in seinen Grundzügen erhalten und weder seine Vorteile noch seine Nachteile wurden weiter berührt. Der Staat war bis dahin, das heißt die ersten 16 Jahre lang, überhaupt nicht verändert worden. Er wurde von einem Ministerrat auf der Grundlage eines kurzen Grundgesetzes und mit Regierungserlässen geführt: Nichts davon war aus Wahlen hervorgegangen.

Dafür wurde die Partizipation zum vorherrschenden Element, und zwar vor allem, weil die Repräsentation von der Bühne verschwunden war.

Mit der Volksmacht war die Erwartung verknüpft, dass das kubanische Projekt mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems Reformen zulassen würde, und zwar organische Veränderungen, die unter anderem mit mehr Hoffnung für den Fortschritt einer sozialistischen Demokratie verknüpft sein würden. Aber das geschah nicht, denn die eingeführten Reformen waren nur dazu bestimmt, die Wirtschaft aus dem Tief zu holen: Zulassung des Dollars, Wirtschaften auf eigene Rechnung usw. waren alles kurzfristige Reformen, die nicht Teil einer Strategie waren. Als sie dann zu Marktergebnissen führten, erschreckten sie die politische Klasse. Sie merkte, dass sie, wie ein kubanisches Sprichwort sagt »Fische gekauft, und dann Angst vor deren Augen bekommen hatte«. Die bis dahin bestehende Gleichheit zerbrach sofort und die soziale Ungleichheit etablierte sich in Kuba.

Und was taten die Führer? Sie stoppten alles... Stoppten sogar das Denken, das mit etwas Eigeninitiative im Centro de Estudios sobre América (CEA) und an anderen Orten geübt werden konnte. Warum wurde nicht einen Schritt weiter gegangen? Wie sieht es mit der Volksmacht aus? Sie stagniert seit den 90er Jahren. Der Zusammenbruch der Sowjetunion in den 90er Jahren war für die kubanische Wirtschaft brutal. Und wenn ich Wirtschaft sage, meine ich die Gesellschaft, denn es fielen ja nicht nur die volkswirtschaftlichen Indikatoren. Auch die Größe der Einkaufstaschen, die vom Markt zur Küche getragen wurden, schrumpfte erheblich. Es fielen der Sozialindikator und das Paradigma, denn die Bevölkerung sagte: »Wenn der Sozialismus dort, wo er herkommt, zusammengebrochen ist, wäre es doch ein Wunder, wenn das hier nicht auch geschähe.« Diese kleinen Risse wachsen seit nunmehr 20 Jahren.

## Die Verschmelzung von sowjetischem Formalismus und Partizipation

In Kuba war die Legitimität durch die charismatische Legitimität der Revolutionsführung gesichert. Die Organisation der Massenbewegungen fungierte als Stütze, und das ist wichtig. Dennoch waren die institutionellen Transformationen nicht Ergebnis einer Volksforderung, sondern die Kombination aus einer selbstkritischen Evaluierung des staatlichen Organisationsvakuums und der Notwendigkeit, den kubanischen Sozialismus an den Sozialismus Osteuropas anzukoppeln. Für Moskau war der bis dahin bestehende kubanische Sozialismus das reine Chaos, obwohl Moskau uns mit Sympathie und Solidarität (und auch Respekt wegen unserer Prinzipientreue angesichts ihrer Lösung der »Oktoberkrise« von 1962) betrachtete. Das war alles, was Moskau einer als stammessozialistisch betrachteten Erfahrung mit widerspenstiger Führung bieten konnte, von der sie wussten, dass sie nie alles unter Kontrolle bringen würden. Eine Erfahrung, in der auch die positive Fähigkeit des kubanischen Systems, sich eine widerspenstige, freie, nicht kontrollierbare Führung zu geben, überdauert hat.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die damals geschaffenen kubanischen Organe der Volksmacht und die politische Institutionalität die Verschmelzung des formalistischen sowjetischen Systems und eines mobilisierenden Partizipationsansatzes sind, der auf Souveränität und den Werten aufbaut, die der kubanische Prozess selbst geschaffen hat. Dieser Ansatz, der ursprünglich auf der Philosophie José Martí<sup>2</sup> beruht, konnte sich nur auf dieser Grundlage als marxistisch und leninistisch betrachten.

Vielleicht hätte eine intensivere Entwicklung des Experiments der Institutionalisierung der Volksmacht in den 60er Jahren tiefere Spuren hinterlassen.

Dennoch gab es relevante Erfolge. Zum Beispiel war das ab 1976 in Kuba eingeführte Wahlsystem von Anfang an unabhängig von jeglichem Einfluss der Partei. Damit unterschied es sich von den Wahlsystemen der DDR, der Sowjetunion u. a., bei denen die Partei die Kandidaten stellte. In Kuba werden diese in Versammlungen gewählt. Anschließend wählt das Volk aus dieser Gruppe heraus seine Delegierten. Diese demokratische Komponente widerspricht eindeutig dem sowjetischen Parteiensystem, das alle Macht und die Führung des Staates der Partei überließ.

Ich will damit jedoch nicht sagen, dass dies die perfekte Lösung sei. So gut sie auf kommunaler Ebene funktioniert, muss man sagen, dass Direktwahlen auf Provinzebene und für die Nationale Volksmachtversammlung (Parlament) weniger geeignet sind. Aus diesem Grund ist die Nationale Volksmachtversammlung zwar dank

2 Die Bedeutung der Lehren José Martí für den lateinamerikanischen Kontinent ist sehr gut herausgearbeitet in: Boaventura de Sousa Santos: *Nuestra América: reinventando un paradigma*, in: Casa de las Américas (Havanna), Nr. 237 (Oktober-Dezember 2004).

der ethischen Merkmale ihrer Mitglieder eine sehr positive, aber auch wenig repräsentative Versammlung, die zweimal pro Jahr zusammenkommt, und mit festgelegtem Zeremoniell über Abkommen abstimmt, die schon von Ausschüssen usw. abgehandelt worden sind. Es herrscht oder muss in dieser Versammlung Einstimmigkeit herrschen, es wird nicht debattiert, und damit zeigt sich ihre fiktive Rolle als Machtorgan einer repräsentativen Demokratie.

Das Problem der Partizipation besteht darin, dass sie auf die Gebiete beschränkt ist. Das bedeutet aber nicht, dass das kubanische System der Volksmacht ausreichend dezentralisiert sei. Es ist allgemein bekannt, dass die ländlichen Kommunen, obwohl sie von einer Volksmachtversammlung geleitet werden, von der Partei geleitet werden, die diese Versammlung führt. Das Problem ist, dass die Gemeinde mit einem Haushalt ausgestattet ist, in dem alles von oben bestimmt ist. Es gibt keine Kommunalwirtschaft, es ist kein zufriedenstellendes Dezentralisierungssystem geschaffen worden. Das ist uns nicht gelungen, wir haben es nicht als Korrektiv einführen können.

Man kann also sagen, dass wir die aus Europa übernommenen sozialistischen Erfahrungen bisher nicht ändern können. Ich glaube aber, dass es uns noch gelingen wird, die Frage ist nur wann. Ich denke dabei an das wachsende Mängelbewusstsein.

Neben diesem demokratischen Ausgangspunkt sieht das kubanische System für alle Instanzen die in der Verfassung verankerte Rechenschaftslegung vor. Auf kommunaler Ebene müssen außerdem die Delegierten der Kommunalversammlungen in ihren Wahlkreisen Rechenschaft ablegen. Manchmal, wenn sie nicht die Forderungen ihrer Wähler erfüllt haben, wird ihnen auch das Mandat entzogen. Leider geschieht das jedoch nicht auf den höheren Ebenen. Einmal wurde die Rechenschaftslegung auch auf der Ebene der Provinz- und der Nationalversammlung durchgeführt, aber die Distanz zwischen der Basis und diesen Ebenen ist zu groß, und man hat bisher noch nicht die Wirksamkeit dieses Prinzips sicherstellen können.

Ich glaube, dass diese Frage nicht gelöst worden ist, weil man davon ausgeht, dass das, was wir haben, gut ist und funktioniert. Die politische Klasse, die auch parteipolitisch ist, da auch in Kuba die Partei den Staat leitet, ist weiterhin von der von der Sowjetunion ererbten Konzeption des Verhältnisses von Staat und Partei geprägt. Ich bin der Ansicht, dass sich die Partei verbessern muss, indem sie demokratischer wird, und dass das kubanische System weitere Veränderungen verdient. Dafür gibt es nicht nur Ausgangspunkte, sondern auch Bezugspunkte.

Ich hoffe nicht auf neue charismatische Führer. Ich hoffe, dass in Kuba die charismatische Legitimität allmählich von der institutionellen Legitimität abgelöst wird, und dass das Volk sich immer mehr an den Entscheidungen der Macht beteiligen kann. Obwohl ich ungern solche Zitate verwende, kann ich nicht umhin, etwas auf-

zugreifen, was Ernesto Che Guevara 1963 gesagt hat und was erst vor Kurzem bekannt geworden ist: »Die Massen müssen die Möglichkeit haben, ihr Schicksal in die Hand zu nehmen, sie müssen entscheiden können, wie viel sie für die Akkumulation und wie viel für den Verbrauch verwenden wollen. Die Wirtschaft muss mit diesen Zahlen arbeiten, und das Bewusstsein der Massen sichert den Vollzug.«<sup>3</sup> Ich meine, dass er sich hier auf das Ziel der wahren Volksmacht bezieht: Die Institutionalität, die Organisation, die Kultur einer partizipativen Demokratie bedeuten, dass alle Gesellschaftsgruppen geeigneten Zugang zu den Entscheidungen haben. Che Guevara spielt in dem Zitat auf die höchste wirtschaftliche Verantwortungsebene an. Wo soll die Entscheidung für das Staatsbudget getroffen werden? Diese Frage beinhaltet viele weitere, für die hier kein Platz ist. Und zwar weder für ihre Auflistung noch für ihre Beantwortung.

### **Ein schmerzhafter Übergang**

Wir sind noch sehr im sowjetischen System verhaftet: im Wirtschaftlichen, Politisch-Institutionellen und im Ideologischen. Wir verfolgen manchmal Muster, die auch ohne die Sowjetunion so von uns verinnerlicht sind, dass sie als einschränkende Kontroll- und Entscheidungsmuster wirken. All das gehört zu einem System, das noch über uns hängt. Es ist das Gespenst Stalins in seiner lateinamerikanischen und in unserer Karibikversion. Ich werfe meiner Führung nicht vor, dass sie stalinistisch sei, und der beste Beweis dafür, dass sie es nicht ist, ist meine Anwesenheit hier.

Ich meine, wir müssen uns davon befreien. Es wird ein schmerzhafter, mühsamer, harter Übergang, der aber auch Positives zu verzeichnen hat. Raul Castro hat viele positive Dinge gesagt und mehr Positives getan, als bisher bekannt gemacht worden ist. Seit drei, vier Jahren ist der Raum für Meinungsäußerungen in Kuba gewachsen und jetzt unendlich viel offener. Es gab Zeiten in Kuba, als jegliche Kritik gegen eine politische Maßnahme oder einen sowjetischen Beschluss die entsprechende Person gleich als antisowjetisch abstempelte. Und es begann ein Syllogismus à la Aristoteles: antisowjetisch gleich antikommunistisch, antikommunistisch gleich konterrevolutionär, konterrevolutionär gleich straffällig. Aber so ist das nicht mehr.

Wie soll nun der nachhaltige Sozialismus aussehen? Ich weiß es nicht, aber so wie dieser jedenfalls nicht. Wir müssen damit anfangen, »lernen zu lernen«. Denn wir haben uns für alles begeistert, was derzeit geschieht. Wir haben so gut wie möglich den Wandel Lateinamerikas unterstützt, haben unsere Solidarität durch ärztliche

3 Ernesto Guevara: Apuntes críticos a la economía política, La Habana: 2006.

Hilfe und mit allem bewiesen, was uns möglich ist (finanziell haben wir nicht geholfen, weil wir nicht die Mittel haben. Es ist sogar so, dass es uns an Allem fehlt). Wir machen das alles, aber wir müssen noch anfangen zu lernen, was ihr in euren Ländern macht, denn ihr seht die Realität des Jahres 2000 mit den Augen des Jahres 2000. Wir sehen sie manchmal noch mit den Augen der 1960er Jahre und schleppen dadurch ziemlich schwierigen Ballast mit.

Ich möchte noch einmal betonen, dass das System der kubanischen Institutionen das Fundament liefert, auf dem eine sozialistische Demokratie aufgebaut werden kann. Deshalb möchte ich das kubanische Regime in seinem heutigen Zustand als Übergangsdemokratie bezeichnen. Übergang von einem gescheiterten Sozialismus zu einem nachhaltigen Sozialismus, ohne hier schon Wortschöpfung betreiben zu wollen.

Es geht also jetzt um folgendes Dilemma: Wird sich Kuba in dieser Übergangsphase zu einer vom Markt dominierten Gesellschaft und einer liberalen Mehrparteiendemokratie hin ausrichten, die den Forderungen Washingtons (und leider der Europäischen Union und anderer) nachkommt, oder wird es uns Kubanern in dieser widrigen und gefährlichen Situation gelingen, den sozialistischen Übergang mit der notwendigen Kühnheit und Erfindungsgabe kohärent anzugehen?

Tatsache ist, dass das Volk bisher nicht die institutionellen Instrumente gehabt hat, mit denen es an Entscheidungen dieser Größenordnung oder anderen Entscheidungen mit nationaler Tragweite hätte teilnehmen können. Das war weder mit den ursprünglichen Organen der 1970er Jahre, noch denen von Anfang der 1990er Jahre möglich. Auch dies zeigt, dass wir uns in einer sozialistischen Übergangsphase befinden und noch dabei sind, die Herausforderungen zu überwinden, die den Sozialismus nachhaltig machen.<sup>4</sup>

Wesentlich ist heute, dass das kubanische sozialistische Experiment, obwohl es am meisten unter dem sowjetischen Zusammenbruch und der anschließenden Verhärtung der nordamerikanischen Strangulierungspolitik gelitten hat, mit beachtlichem Widerstandsvermögen überlebt hat.

Wie Boaventura de Sousa Santos sagt: »Kuba ist wohl das einzige Land der Welt, bei dem die äußeren Bedingungen kein Alibi für die mangelnde Kompetenz oder Korruption der Führer liefern. Die äußeren Bedingungen sind ein grausamer und entscheidender Tatbestand.«<sup>5</sup>

Kuba hat am Punkt der Transformation als Kapital seine Beiträge aus fünf Jahrzehnten vorzuweisen. Fünf Jahrzehnte, in denen die Einsamkeit immer beklemmen-

4 Mehr zu diesem Thema in meinem Artikel »Más allá de la economía, la economía: el reto cubano de hoy«, veröffentlicht im digitalen Bulletin La Ventana, Casa de las Américas.

5 Boaventura de Sousa Santos: ¿Por qué Cuba se ha vuelto un problema difícil para la izquierda? in: El Viejo Topo, Nr. 256 (Mai 2009), 29-37.

der wurde. Kuba bringt auch eine Reihe von Fehlern und Fehlschlägen und vor allem Enthüllungen über die Machenschaften mit, mit denen die imperialistische Macht gegen die vorgeht, die nicht bereit sind, ihren Vorschriften zu folgen. Aber wie dem auch sei, reduziert nichts davon die heute für Kuba erforderliche und mögliche Transformationsagenda. Ich vertraue weiterhin darauf, dass der kubanische Sozialismus der Zukunft, der nahen Zukunft, institutionell ganz anders aussehen wird als der heutige. Natürlich würde eine zu große Sicherheit diesbezüglich auf Oberflächlichkeit oder Siegesoptimismus schließen lassen. Eine Prognose des Nichtgelingens wäre jedoch auch nicht angebracht, da es in dem Fall nicht mehr allein um Kuba ginge.

*Deutsch von Birte Pedersen*

## **Warum ist Kuba für die Linke zu einem schwierigen Problem geworden?**

Diese Frage: »Warum ist Kuba für die Linke zu einem schwierigen Problem geworden?« kann verwundern, und viele werden denken, dass die Frage andersherum formuliert: »Warum ist die Linke zu einem schwierigen Problem für Kuba geworden?« mehr Sinn machen würde. In der Tat ist es so, dass die kubanische Revolution aus dem Denken und der Praxis der Linken des 20. Jahrhunderts nicht wegzudenken ist. Und das ist umso mehr der Fall, als der betreffende Ansatz weniger Einfluss auf die kubanische Gesellschaft als solche hatte, sich dafür aber ganz besonders auf Kubas Beitrag zu den Beziehungen zwischen den Völkern auswirkte, wie sich in den zahlreichen internationalistischen Solidaritätsbekundungen der kubanischen Revolution in den letzten fünfzig Jahren gezeigt hat. Europa und Nordamerika können sein, was sie sind, ohne sich notwendigerweise auf die kubanische Revolution zu beziehen. Das trifft jedoch nicht auf Lateinamerika, Afrika und Asien zu, also auf die Regionen des Planeten, in denen ungefähr 85 Prozent der Weltbevölkerung leben. Die von Kuba praktizierte internationalistische Solidarität hat sich über fünf Jahrzehnte auf den unterschiedlichsten Gebieten gezeigt: im Politischen, Militärischen, Sozialen und Humanitären.

### **Was ist »links« und was ein »schwieriges Problem«?**

Trotz allem meine ich, dass die Frage, die ich in diesem Text zu beantworten versuche, Sinn macht. Bevor ich aber versuche, sie zu beantworten, müssen ein paar Dinge klargestellt werden. Erstens kann die Frage den Eindruck erwecken, dass nur Kuba sich in den letzten fünfzig Jahren entwickelt hat und problematisch geworden ist, und dass im Gegensatz dazu die Linke, die Kuba heute Vorhaltungen macht, noch dieselbe ist wie vor fünfzig Jahren. Nichts wäre falscher. Sowohl Kuba als auch die Linke haben sich in diesem halben Jahrhundert stark entwickelt, und das »schwierige Problem« ist dadurch entstanden, dass sie in ihrer jeweiligen Entwicklung nicht zueinander gefunden haben. Wenn es zutrifft, dass Kuba sich aktiv darum

1 Dieser Text erschien erstmals 2009 unter dem Titel *¿Porqué Cuba se ha vuelto un problema difícil para la izquierda?* in der spanischen Zeitschrift *El Viejo Topo*, Nr. 250 (Mai 2009), S. 29-37.

bemüht hat, die internationale Szene im Sinne gerechterer Beziehungen zwischen den Völkern zu verändern, stimmt es auch, dass die feindlichen externen Bedingungen, unter den sich die kubanische Revolution zu entwickeln gezwungen sah, es verhindert haben, dass sich das Erneuerungspotential der Linken, das die Revolution 1959 vorweisen konnte, voll und ganz entfalten konnte. Dies hat bewirkt, dass sich die Weltlinke in den letzten fünfzig Jahren nicht auf der Grundlage des Erbes der kubanischen Revolution, sondern unter Bezugnahme auf andere Beispiele erneuert hat. Der internationalen Solidarität Kubas ist es im Gegensatz zur internen kubanischen Lösung gelungen, sich eine viel größere Vitalität zu erhalten.

Zweitens muss ich klarstellen, was ich unter »Linke« und unter »schwierigem Problem« verstehe. Linke heißt die Gesamtheit der Transformationstheorien und -praktiken, die sich im Lauf der letzten fünfzig Jahre der Ausbreitung des Kapitalismus und der von ihm hervorgebrachten wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Beziehungen widersetzt haben. Theorien und Praktiken, die in der Überzeugung geschaffen wurden, dass eine postkapitalistische Zukunft, eine alternative Zukunft möglich und gerechter ist, weil sie sich auf die Befriedigung der wahren Bedürfnisse der Völker ausrichtet und freier ist, weil sie sich auf die Umsetzung der Bedingungen für eine tatsächliche Ausübung der Freiheit konzentriert. Diese alternative Gesellschaft wurde allgemein Sozialismus genannt. Ich behaupte, dass Kuba für diese Linke, deren Theorie und Praxis sich in den letzten fünfzig Jahren sehr weiterentwickelt haben, heute ein »schwieriges Problem« ist. Für die Linke, die den Sozialismus oder den Postkapitalismus von ihrem Horizont verbannt hat, ist Kuba nicht mal mehr ein Problem, sondern ein hoffnungsloser Fall. Auf diese Linke werde ich hier nicht eingehen.

Unter »schwierigem Problem« verstehe ich das, was sich als Alternative zu zwei Polen stellt, die es beide hinterfragt: in diesem konkreten Fall in Bezug auf Kuba. Die beiden von der Idee des »schwierigen Problems« verworfenen Positionen heißen: Kuba ist eine Lösung ohne Probleme; Kuba ist ein Problem ohne Lösung. Kuba zu einem »schwierigen Problem« zu erklären, heißt, drei Ideen zu akzeptieren: 1) unter den derzeitigen internen Bedingungen ist Kuba für die Linke keine gangbare Lösung mehr; 2) die Probleme, mit denen Kuba zu kämpfen hat, sind zwar nicht unüberwindbar, aber schwierig zu lösen; 3) wenn diese Probleme im Sinne einer sozialistischen Betrachtungsweise gelöst würden, könnte Kuba wieder zur treibenden Kraft der Erneuerung der Linken werden. Das wäre dann ein anderes Kuba, das einen anderen als den im 20. Jahrhundert gescheiterten Sozialismus hervorbringen und auf diese Weise zur dringenden Erneuerung der Linken beitragen würde. Ohne diesen Schritt wird die Linke nie ins 21. Jahrhundert eintreten.

## Der Widerstand und die Alternative

Nachdem diese Dinge klargestellt sind, kann das »schwierige Problem« wie folgt formuliert werden: Alle modernen revolutionären Prozesse sind Brüche, die sich auf zwei Säulen stützen: Widerstand und Alternative. Das Gleichgewicht zwischen diesen beiden ist für die Abschaffung des Alten bis zu dem Punkt, wo dies notwendig ist, und für das Aufblühen des Neuen bis zu dem Punkt, wo dies möglich ist, von entscheidender Bedeutung. Wegen der feindlichen äußeren Bedingungen, unter denen sich der revolutionäre kubanische Prozess entwickelt hat – das illegale Embargo der Vereinigten Staaten, die erzwungene sowjetische Lösung in den siebziger Jahren und die vom Ende der UdSSR in den neunziger Jahren bedingte drastische Anpassung –, konnte dieses Gleichgewicht nicht erreicht werden. Am Ende hat der Widerstand die Überhand über die Alternative gewonnen. Und dies auf eine Weise, in der sich die Alternative nicht in der ihr eigenen Logik (Bestätigung des Neuen) ausdrücken konnte und sich dagegen der Logik des Widerstands (Negierung des Alten) unterwerfen musste.

Daraus hat sich dann ergeben, dass die Alternative immer Geisel einer ihr fremden Norm geblieben ist. Das heißt, dass sie nie zu einer wahrhaft neuen, konsolidierten Lösung geworden ist, die eine neue Hegemonie geschaffen hätte, und demzufolge in der Lage gewesen wäre, eine endogene Entwicklung nach einer internen Erneuerungslogik (neue Alternativen innerhalb der Alternative) zu vollziehen. Dementsprechend waren die Brüche mit den aufeinanderfolgenden Vergangenheiten der Revolution immer weniger endogen als der Bruch mit der vorrevolutionären Vergangenheit. Der endogene Charakter dieses letzten Bruchs hat das Fehlen endogener Brüche mit jüngeren Vergangenheiten auch noch dann gerechtfertigt, als sie bekanntermaßen problematisch waren.

Aufgrund dieses relativen Ungleichgewichts zwischen Widerstand und Alternative stand die Alternative immer kurz vor der Stagnation, und ihre Stagnation ist stets von der andauernden und edlen Vitalität des Widerstands bemäntelt worden. Diese Vorherrschaft des Widerstands hat dazu geführt, dass ihm eine »übertriebene Diagnosetätigkeit« zugerechnet worden ist: Man konnte auf die Notwendigkeit des Widerstands verweisen, um die Unmöglichkeit der Alternative zu diagnostizieren. Auch wenn es ein Irrtum ist, war dieses Argument in der Tat stets glaubwürdig.

## Das revolutionäre Charisma und das reformistische System

Der zweite Vektor des »schwierigen Problems« bezieht sich auf die spezifisch kubanische Art, in der sich das Spannungsverhältnis zwischen Revolution und Reform entwickelt hat. In jedem revolutionären Prozess zielt die erste Tat der Revolutionäre nach geglückter Revolution darauf ab, weitere Revolutionen zu verhindern. Damit beginnt der Reformismus innerhalb der Revolution. Hier liegt das große heimliche Einverständnis – so unsichtbar wie entscheidend – zwischen Revolution und Reformismus. Bestenfalls kann diese gegenseitige Ergänzung mithilfe einer stets scheinbareren als tatsächlichen Dualität zwischen dem Charisma des Führers, der die Revolution lebendig hält, und dem revolutionären politischen System erzielt werden, das die Reproduktion des Reformismus sicherstellt. Der charismatische Führer betrachtet das System als eine Einschränkung, die seinen revolutionären Antrieb hemmt und übt Druck aus, um das zu verändern; das System betrachtet den Führer dagegen als Keim des Chaos, der alle bürokratischen Wahrheiten zum Provisorium macht. Diese kreative Dualität war einige Jahre lang eines der besonderen Merkmale der kubanischen Revolution.

Mit der Zeit tendiert diese wirkungsvolle Ergänzung jedoch dazu, in eine gegenseitige Blockierung auszuarten. Für den charismatischen Führer wird das System, das anfangs eine äußere Beschränkung war, im Laufe der Zeit zu seiner zweiten Natur. Damit wird es schwierig, zwischen den vom System geschaffenen Beschränkungen und den Beschränkungen des Führers selbst zu unterscheiden. Das System derweil, wissend, dass der Erfolg des Reformismus am Ende das Charisma des Führers unterhöhlen wird, beschränkt sich selbst, um das zu verhindern. Die Ergänzung wird damit zu einem Spiel reziproker Selbstbeschränkungen. Das Risiko liegt dann darin, dass es nicht zu einer komplementären Entwicklung, sondern zu parallelen Stagnationen kommt.

Die Beziehung zwischen Charisma und System ist also manchmal und besonders in Übergangszeiten sehr empfindlich.<sup>2</sup> Das Charisma als solches lässt keine Übergänge zu. Kein charismatischer Führer hat einen charismatischen Nachfolger. Der Übergang kann nur dann stattfinden, wenn das System das Charisma ersetzt. Damit das aber geschehen kann, muss das System reformistisch genug sein, um mit Quellen des Chaos umzugehen, die ganz anderen Ursprungs sind als die, die der Führer

2 Aurelio Alonso unterscheidet zwischen zwei derzeit laufenden Übergangsprozessen: Der eine bezieht sich auf die Richtung der Dynamik, die die Veränderungen im Rahmen eines »wahrhaft bedeutenden Übergangs, der vor fast einem halben Jahrhundert begonnen hat« genommen haben, der andere auf die Bedeutung der Subjektivität: Die Frage, wie stark Fidel in der Vorstellungswelt der Kubaner, die ihn als Generation überleben, erhalten bleiben wird. (*Continuidad y transición: Cuba en el 2007*, in: *Le Monde Diplomatique*, kolumbianische Ausgabe, Bogota, April 2007)

hervorbringt. Die Lage wird zum Dilemma, wenn die Kraft des Führers das reformistische Potential des Systems objektiv blockiert hat.

Dieser Vektor des »schwierigen Problems« kann wie folgt zusammengefasst werden: Die sozialistische Zukunft Kubas hängt von der reformistischen Kraft des revolutionären Systems ab; dennoch ist sie für ein System, das seine Kraft stets vom charismatischen Führer abhängig gemacht hat, eine Unbekannte. Dieser Vektor der Schwierigkeit des Problems wird in der von Fidel am 17. November 2005 in der Universität von Havanna gehaltenen Rede erklärt.<sup>3</sup>

Die beiden Seiten des »schwierigen Problems« – mangelndes Gleichgewicht zwischen Widerstand und Alternative und zwischen Charisma und System – sind eng miteinander verbunden. Die Prävalenz des Widerstands über der Alternative war zugleich Produkt und Hersteller der Prävalenz des Charismas über das System.

### Was kann man tun?

Die obige Diskussion zeigt, dass Kuba ein »schwieriges Problem« für die Linke ist, die sich, ohne auf das Ziel des Postkapitalismus oder Sozialismus zu verzichten, in den letzten fünfzig Jahren stark weiterentwickelt hat. Aus den Hauptlinien dieser Entwicklung kann das kubanische Volk Vorschläge für die Lösung dieses Problems, so schwierig es auch sein mag, ableiten. Das heißt also, dass sich die kubanische Revolution, die vor allem in ihren ersten zehn Jahren so viel zur Erneuerung der Linken beigetragen hat, jetzt auch die seitdem stattgefundenene Erneuerung der Linken zu Nutzen machen kann. Indem sie das tut, übernimmt sie dialektisch gesehen wieder eine aktive Rolle bei der Erneuerung der Linken. Das »schwierige Problem« zu lösen heißt also, dass die nächste dialektische Bewegung mit Erfolg konkretisiert werden muss: die Erneuerung Kubas durch die Erneuerung der Linken; die Erneuerung der Linken durch die Erneuerung Kubas.

3 Mit Fidels lapidaren Worten: »Dieses Land kann sich ganz allein selbst zerstören; diese Revolution kann sich zerstören, aber sie können sie heute nicht zerstören; aber wir können es, wir können sie zerstören und es wird unsere Schuld sein.« In einem Kommentar zu Fidels Rede fragt sich Aurelio Alonso: »Warum sollte es verwundern, dass Fidel sich vor allem Sorgen um die Umkehrbarkeit unseres eigenen Prozesses macht?« Und die Antwort, die er gibt, ist glasklar: »Fidel meint, dass die Revolution von außen nicht zerstört werden kann, dass sie sich wohl aber selbst zerstören kann, und betrachtet die Korruption als das Übel, das dies verursachen kann. Ich glaube, dass das zutrifft, dass er damit aber noch nicht alles gesagt hat. Ich frage mich auch, ob der Zusammenbruch des sowjetischen Systems in der Grundessenz von der Korruption bewirkt wurde, auch wenn die Korruption Bestandteil der Deformationen war. Ich glaube, dass der Sozialismus nicht nur von der Korruption, sondern von ihr zusammen mit der Bürokratie und mangelnden Demokratie rückgängig gemacht werden kann. Ich spreche nicht von Systemen, die auf Wahlen, dem Wettstreit mehrerer Parteien, Wahlkampagnen, Rotation auf den Posten der Macht aufbauen. Ich spreche von einer Demokratie, die wir auf Erden nicht haben schaffen können, obwohl wir alle zu glauben wissen, worum es dabei geht.« *Una mirada rápida al debate sobre el futuro de Cuba*, La Jiribilla, 17. Mai 2006.

4 Die anfängliche theoretische Kreativität der kubanischen Revolution baut wirklich auf dieser Tatsache auf. Die

*Die wichtigsten Schritte der Erneuerung der sozialistischen Linken in den letzten fünfzig Jahren:*

1. Die Kluft zwischen linker Theorie und linker Praxis hat sich in den letzten fünfzig Jahren mit ganz spezifischen Konsequenzen für den Marxismus vergrößert. Während sich die kritische linke Theorie vor allem ab Mitte des 19. Jahrhunderts in fünf Ländern des Nordens (in Deutschland, England, Italien, Frankreich und in den Vereinigten Staaten) entwickelt und dabei hauptsächlich die Realitäten der entwickelten kapitalistischen Länder berücksichtigt hat, fanden die kreativsten praktischen linken Beispiele im globalen Süden statt und wurden von für die Kritische Theorie und sogar für den Marxismus »unsichtbaren« oder halbsichtbaren sozialen Klassen oder Gruppen wie kolonialisierten Völkern, indigenen Völkern, Bauern, Frauen, der afrostämmigen Bevölkerung usw. durchgeführt.<sup>4</sup> So entstand eine Kluft zwischen der Theorie und Praxis, die unsere theoretisch-politische Situation heute beherrscht: eine halbblinde Theorie, die parallel zu einer halbunsichtbaren Praxis verläuft.<sup>5</sup> Eine halbblinde Theorie kann nicht führen und eine halbsichtbare Praxis kann sich nicht wertschätzen.

2. In dem Maße, in dem die Theorie in der Praxis ihre Rolle als Avantgarde verlor – denn vieles, was geschah, bekam sie gar nicht mit<sup>6</sup> –, gab sie allmählich den Status als Avantgardetheorie auf und erwarb einen in der auf den Norden zentrierten Tradition der Linken völlig unbekanntem und unvorstellbarem Status: den Status einer Nachhuttheorie. So wie ich das sehe, bedeutet eine Nachhuttheorie zweierlei. Einerseits ist es eine Theorie, die nicht von allgemeinen Grundsätzen und Gesetzen

drastischen externen Einschränkungen, mit denen die Revolution leben musste, haben am Ende einen Teil dieser Kreativität konfisziert. Deshalb war Kuba gezwungen, sich einem Marxismuskonzept zu verschreiben, das zwar nicht dem des globalen Nordens entsprach, sich aber zur Realität des sowjetischen Blocks, die der kubanischen Wirklichkeit auch nicht glich, subsidiär verhielt. In seiner am 3. Mai 2006 im Rahmen des III. Internationalen Kongresses »Das Werk von Karl Marx und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts« gehaltenen Rede sagte Ricardo Alarcón de Quesada: »Die Umwandlung der sowjetischen Politik in eine eigene Politik, die von denen betrieben wurde, die an anderen Orten ihre eigenen antikapitalistischen Kämpfe führten, und die unabdingliche Pflicht, sie gegen ihre alten und mächtigen Feinde zu verteidigen, führten dazu, dass sich ein Großteil der revolutionären Bewegung der Politik und den Interessen der UdSSR unterwarf.« (*Nature, Society, and Thought*, Band 19, 2006, S. 20). In diesem Zusammenhang ist besonders erwähnenswert und für die Kubaner ein ständiger Grund des Stolzes, dass Kuba souverän entschied, Angola bei seinem Kampf um die Unabhängigkeit zu unterstützen. Die internationalistische Kraft setzte sich gegen die geostrategischen Interessen der UdSSR durch.

- 5 Beim Marxismus wurde bei der Anpassung der Theorie an nichteuropäische Realitäten, die nicht systematisch von Marx analysiert worden waren, viel Kreativität an den Tag gelegt. In Lateinamerika muss man nur an Mariátegui erinnern. Lange Zeit ließ die politische Orthodoxie es jedoch nicht zu, diese Kreativität in politische Aktionen umzuwandeln, und in der Tat war es so, dass die kreativsten Autoren dafür verfolgt wurden (wie im Fall Mariáteguis, der als Populist und Romantiker angeklagt wurde, was in den dreißiger Jahren äußerst gravierend war). Heute ist die Lage ganz anders, wie daran zu erkennen ist, dass Alvaro Garcia Linera, der große Erneuerer des marxistischen Gedankens in Lateinamerika, Vizepräsident Boliviens ist.
- 6 Die Vorherrschaft der Intelligenz und politischen Kühnheit der Avantgarde über die Disziplin kehrte sich also ins Gegenteil: Vorherrschaft der Disziplin über die Intelligenz und die Kühnheit, um auf diese Weise die Neuheit der in der Theorie nicht vorgesehenen sozialen Umwandlungsprozesse zu verbergen oder kontrollieren.
- 7 Für eine Analyse der Zivilgesellschaft in Kuba siehe »Sociedad Civil en Cuba: ¿un problema de geometría? Inter-

abgeleitet ist und in diesem Sinn die Richtung angibt, weil sie angeblich auf der historischen Totalität aufbaut, sondern eine Theorie, die auf einer ständigen, kritischen und offenen Überprüfung der Praxis des sozialen Wandels basiert. So lässt sich die Nachhuttheorie von fortschreitenden, sich ständig ändernden Praktiken überraschen, die sie dann begleitet und analysiert und dabei versucht, sich durch sie zu bereichern und die Kriterien zu finden, mit denen sie die fortschrittlichsten sozialen Kämpfe vertiefen und ausweiten kann. Andererseits betrachtet eine Nachhuttheorie in diesen Änderungspraktiken sowohl die fortgeschrittensten kollektiven Prozesse und Akteure als auch die rückständigsten, schüchternsten, die kurz vor der Aufgabe stehen. Wie der Subcomandante Marcos sagen würde, ist es eine Theorie, die die begleitet, die am langsamsten vorankommen. Eine Theorie, die die Fortschrittlichen und die Nachzügler, die von vorn und von hinten, als Teil eines dialektischen Prozesses neuen Typs betrachtet, der nicht von der Idee der Totalität, sondern von der Idee verschiedener totalisierender, stets unvollendeter und ständig konkurrierender Totalisierungsprozesse ausgeht. Wenn wir die Lektion Gramscis zugrunde legen, ist dies der Weg, um eine sozialistische Kontrahegemonie zu schaffen, oder, wie im Fall Kubas, eine sozialistische Hegemonie aufrechtzuerhalten und zu stärken.

3. Um mich auf ein Beispiel zu beschränken, erwähne ich die großen Unsichtbaren oder Vergessenen der modernen Kritischen Theorie, die indigenen Völker Lateinamerikas – die höchstens als Bauern sichtbar sind, aber dennoch zu den wichtigsten Protagonisten der fortschrittlichen Kämpfe der letzten Jahrzehnte auf dem Kontinent gehören. Aus der Sicht der konventionellen Avantgardetheorie scheint diese ganze politische und soziale Erneuerung nur am Rande zu interessieren oder gar irrelevant zu sein. Und daher lernt sie nicht aus den Kämpfen der indigenen Völker, aus ihren Vorstellungen über Wirtschaft und Wohlstand (das *sumak kawsay* der Quechua bzw. *sumak qamaña* der Aymara, das heißt das »Gute Leben«), die heute in den Verfassungen von Ecuador und Bolivien verankert sind, in denen auch vielfache Regierungs- und Demokratieformen – repräsentative, partizipative und kommunitäre Demokratie wie im Fall der neuen bolivianischen Verfassung – festgeschrieben wurden. Die Unfähigkeit, von den neuen Akteuren des Wandels zu lernen, führt schließlich dazu, dass die Theorie selbst irrelevant wird.

4. Das Ende der Avantgardetheorie markiert auch das Ende jeglicher auf ihr aufbauender Form von politischer Organisation, und ganz besonders der Avantgardepartei. Die Parteien, die sich nach der Idee der Avantgardetheorie gebildet haben, sind heute weder Avantgarde- noch Nachhutparteien (wie ich sie oben definiert habe). Sie sind in Wirklichkeit bürokratische Parteien, die sich, wenn sie in der Opposition sind, heftig dem Status quo widersetzen, aber keine Alternative vorzuweisen haben, und sich, wenn sie an der Macht sind, heftig dem Hochkommen von Alternativen widersetzen. Als Ersatz für die Avantgardepartei müsste man eine oder

mehrere Nachhutparteien gründen, die den gärenden sozialen Aktivismus begleiten, der entsteht, wenn die Ergebnisse der Partizipation sogar für diejenigen transparent werden, die noch nicht teilnehmen und sich auf diese Weise animiert fühlen, ebenfalls zu partizipieren.

5. Die weitere große Erneuerung der letzten fünfzig Jahre war die Art und Weise, in der sich die Linke und die Volksbewegung die hegemonischen (liberalen, kapitalistischen) Konzepte der Demokratie angeeignet und in kontrahegemonische, partizipative, beratende, kommunitäre, radikale Vorstellungen verwandelt haben. Wir können diese Erneuerung zusammenfassen, indem wir bestätigen, dass sich die Linke endlich dazu entschlossen hat, die Demokratie ernst zu nehmen (was, wie Marx klar sagte, die Bourgeoisie nie getan hat). Die Demokratie ernst nehmen heißt nicht nur, sie weit über die Grenzen der liberalen Demokratie hinauszuführen, sondern auch ein Demokratiekonzept neuen Typs zu schaffen: die Demokratie als gesamter Umwandlungsprozess der ungleichen Machtbeziehungen in Beziehungen geteilter Autorität. Selbst wenn sie nicht auf Betrug, der ausschlaggebenden Rolle des Geldes im Wahlkampf oder der Manipulation der öffentlichen Meinung durch die Kontrolle der Massenmedien beruht, weist die liberale Demokratie eine niedrige Intensität auf, da sie sich darauf beschränkt, eine Insel demokratischer Beziehungen in einem Archipel von Despotismus (wirtschaftlich, sozial, rassenmäßig, sexuell, religiös) zu sein, der das Leben der Bürger und Gemeinschaften tatsächlich kontrolliert. Die Demokratie muss weit über das politische System auch im wirtschaftlichen System, in den Familienbeziehungen, rassistischen, sexuellen, regionalen, religiösen und Nachbarschafts- und Gemeinschaftsbeziehungen bestehen. Der Sozialismus ist zweckgebundene Demokratie.

6. Daraus kann man schlussfolgern, dass die Gleichheit viele Dimensionen hat und nur voll umgesetzt werden kann, wenn auch die Anerkennung der Unterschiede wahrgenommen wird. Das heißt, wenn wir die ungerechten Unterschiede (die soziale Hierarchien schaffen) in gleichwertige Unterschiede (die die soziale Vielfalt als Weg zur Abschaffung der Hierarchien fördern) verwandeln.

7. In den kapitalistischen Gesellschaften gibt es zahlreiche ungleiche Machtverhältnisse (Unterdrückung, Beherrschung, Ausbeutung, Rassismus, Sexismus, Homophobie, Xenophobie, Machismus). Demokratisieren heißt, ungleiche Machtbeziehungen in Beziehungen geteilter Autorität zu verwandeln. Da die ungleichen Machtbeziehungen immer im Netzwerk funktionieren, sind nur selten ein einzelner Bürger, eine einzelne Klasse oder Gruppe allein ihr Opfer. Dementsprechend muss der Kampf gegen sie auch in Netzwerken stattfinden, das heißt mit Hilfe breiter Bündnisse, in denen kein privilegiertes, homogenes, a priori als soziale Klasse definiertes historisches Subjekt identifiziert werden kann. Der politische und organisatorische Pluralismus wird so zu einem Imperativ im Rahmen der demokratisch

vom souveränen Volk sanktionierten, verfassungskonformen Grenzen. In der kubanischen Gesellschaft sind die ungleichen Machtbeziehungen anders als in den kapitalistischen Gesellschaften, aber es gibt sie, wenn auch weniger stark, und sie sind ebenfalls vielfältig und operieren in Netzwerken. Der Kampf gegen sie müsste ebenfalls vom sozialen, politischen und organisatorischen Pluralismus geführt werden.

8. Die neuen Konzepte der Demokratie und sozialen, kulturellen und politischen Vielfalt als Pfeiler des Aufbaus eines gangbaren und selbsttragenden Sozialismus erfordern ein radikales Neudenken in Bezug auf die monolithische Zentralität des Staats, wie auch die scheinbar homogene Zivilgesellschaft.<sup>7</sup>

*Mögliche Ausgangspunkte für eine Diskussion mit dem alleinigen Ziel, zu einer funktionierenden sozialistischen Zukunft in Kuba beizutragen:*

1. Kuba ist weltweit vielleicht das einzige Land, in dem die externen Bedingungen kein Alibi für die mangelnde Kompetenz oder die Korruption der Führer sind. Die externen Bedingungen sind eine grausame und entscheidende Tatsache. Das bedeutet nicht, dass es keinen Spielraum zum Manövrieren gäbe, einen Spielraum, der angesichts der Krise des Neoliberalismus und der kurzfristig zu erwartenden geostrategischen Veränderungen sogar noch wachsen kann. Ein solches Kapital darf man nicht dadurch verschleudern, dass man es ablehnt, Alternativen zu prüfen, selbst wenn diese Ablehnung in Form übertriebener Aufrufe zum Widerstand daherkommt. Von jetzt an kann man nicht das Risiko eingehen und zulassen, dass der Widerstand die Alternative beherrscht. Wenn das geschähe, würde der Widerstand am Ende aufgebraucht sein.

2. Die kubanische Regierung hat die Spannung zwischen ideologischer Legitimierung und materiellen Lebensbedingungen bis an die äußerste Grenze getrieben. Von nun an müssen die Änderungen, die zählen, solche sein, die die materiellen Lebensbedingungen der ganz großen Mehrheit der Bevölkerung verbessern. Davon ausgehend, kann die Ratifizierungsdemokratie, wenn sie sich hält, das Ideologische nur noch dann ratifizieren, wenn es einen materiellen Sinn hat. Andernfalls würde die Ratifizierung, an Stelle der Zustimmung, am Ende Resignation bedeuten.

3. Der Lösung dringender, das Überleben gefährdender Probleme müsste eine Zeitlang Vorrang vor der Lösung grundsätzlicher zivilisatorischen Probleme eingeräumt werden.

4. Eine kapitalistische Gesellschaft ist nicht kapitalistisch, weil alle wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen kapitalistisch sind, sondern weil die kapitalistischen das Funktionieren aller anderen wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen in der Gesellschaft bestimmen. Umgekehrt ist es so, dass eine sozialistische Gesellschaft

view mit dem kubanischen Soziologen Aurelio Alonso«, in der Zeitschrift *Enfoques*, Nr. 23, Dezember 2008, Havana.

8 Zum Beispiel staatlicher öffentlicher Transport neben Transport, der von Genossenschaften oder kleinen Unter-

nicht sozialistisch ist, weil alle wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen sozialistisch sind, sondern weil die sozialistischen das Funktionieren aller anderen in dieser Gesellschaft bestehenden Beziehungen bestimmen. Derzeit gibt es in Kuba eine ganz spezielle Situation: Einerseits, einen formal gesehen monolithischen Sozialismus, der das Erscheinen nichtkapitalistischer Beziehungen neuen Typs nicht nährt, und der die kapitalistischen Beziehungen, mit denen er wohl oder übel, Korruption eingeschlossen (wie Fidel beizeiten vermeldet hat), zusammenleben muss, auch nicht kreativ beeinflussen kann. Andererseits eine Form von Kapitalismus, die, wild und im Untergrund, oder halbwegs im Untergrund angesiedelt und sehr schwer zu kontrollieren ist. In dieser Situation besteht keine Motivation, andere wirtschaftliche und soziale Beziehungen wie zum Beispiel genossenschaftliche oder kommunitäre, die große Hoffnungsträger wären, zu entwickeln. Diesbezüglich wäre es für das kubanische Volk sehr nützlich, die in der venezolanischen Verfassung verankerten und in den Verfassungen Ecuadors und Boliviens verabschiedeten Wirtschaftssysteme und auch die entsprechenden Erfahrungen mit dem Wandel genauestens zu untersuchen und evaluieren. Und zwar nicht, um Lösungen zu kopieren, sondern um die Wege schätzen zu lernen, die die Kreativität der lateinamerikanischen Linken in den letzten Jahrzehnten genommen hat. Die Bedeutung dieses Lernens zeigt sich auch in der Anerkennung vergangener Fehler, wie Fidel das klar und deutlich in seiner schon erwähnten Rede in der Universität Havanna getan hat: »Eine Schlussfolgerung, zu der ich nach vielen Jahren gelangt bin: Von den vielen Fehlern, die wir alle gemacht haben, war der bedeutendste der, dass wir glaubten, dass jemand etwas vom Sozialismus verstand oder jemand wusste, wie man den Sozialismus aufbaut.«

5. Aus der Sicht des Bürgers kann der Unterschied zwischen einem ineffektiven Sozialismus und einem ungerechten Kapitalismus kleiner sein als gedacht. Eine auf Dominanz basierende Beziehung (die auf ungleich verteilter politischer Macht aufbaut) kann sich im Alltag der Menschen merkwürdigerweise so ähnlich auswirken, wie eine auf Ausbeutung basierende Beziehung (die auf der Abschöpfung des Mehrwerts basiert).

*Ein riesiges und mitreißendes soziales und politisches Experimentierfeld, von dem aus Kuba wieder zur Erneuerung der Weltlinken beitragen kann:*

1. *Demokratisierung der Demokratie:* Ich habe gegen die liberalen Theoretiker argumentiert, die behaupten, dass die Demokratie die Bedingung für alles andere ist, und gesagt, dass es Bedingungen gibt, die erfüllt sein müssen, damit die Demokratie wahrlich angewandt werden kann. Ich wage zu sagen, dass Kuba die Ausnahme von meiner Regel sein kann: Ich glaube, dass in Kuba die radikale, kontrahegemonische, nicht liberale Demokratie die Bedingung für alles andere ist. Warum ist das so? Die Krise der liberalen Demokratie ist heute eindeutiger als je. Es ist

immer offensichtlicher, dass die liberale Demokratie nicht die Bedingungen für ihr Überleben angesichts der vielfachen »Sozialfaschismen« sicherstellt, wie ich die Umwandlung extremer wirtschaftlicher Ungleichheiten in politische Ungleichheiten nenne, die nicht direkt vom politischen System des kapitalistischen Staats hervorgerufen werden, aber in heimlicher Übereinstimmung mit ihm entstehen. Wenn zum Beispiel das Wasser privatisiert wird, erlangt der neue Eigentümer ein Vetorecht über das Leben der Menschen (wenn sie die Rechnung nicht zahlen, bekommen sie kein Wasser). Das ist sehr viel mehr als eine Wirtschafts- oder Marktmacht. Obwohl diese Krise offensichtlich ist, schafft sie es bisher kaum, Raum für das Entstehen neuer politischer und demokratischer Konzepte zu öffnen. Diese Schwierigkeit beruht auf zwei Gründen. Einerseits der Vorherrschaft der kapitalistischen Beziehungen, deren Reproduktion heute die Koexistenz zwischen der Demokratie schwacher Intensität und den Sozialfaschismen erfordert. Andererseits die Hegemonie der liberalen Demokratie in der sozialen Vorstellungswelt, häufig über angebliche Traditionen oder historische Erinnerungen, die die liberale Demokratie legitimieren. In Kuba gibt es keine dieser beiden Schwierigkeiten. Weder dominieren die kapitalistischen Beziehungen, noch gibt es eine minimal glaubwürdige liberale Tradition. Insofern besteht also die Möglichkeit, die radikale Demokratie als Ausgangspunkt zu nehmen, ohne all das mitzuschleppen, was in der dominierenden Erfahrung mit der Demokratie der letzten fünfzig Jahre schon überwunden wurde.

2. *Von der Avantgarde zur Nachhut.* Damit es dazu kommen kann und das Demokratische nicht nur auf der Liste der Erfolge und als Rhetorik verharrt, sondern zum System werden kann, wäre es wichtig, die Avantgardepartei in Nachhutpartei umzuwandeln. Eine Partei, die nicht so sehr die Führung übernimmt, sondern eher die Dinge erleichtert; eine Partei, die die Diskussion starker Fragen fördert, damit die Bürger und Gemeinschaften im praktischen sozialen Alltag eher in der Lage sind, zwischen starken Antworten und schwachen Antworten zu unterscheiden. Eine Partei, die ohne weiteres die Existenz anderer Formen von Interessensorganisationen akzeptiert und mit ihnen hegemonische Beziehungen, aber kein Kontrollverhältnis eingehen möchte. Diese Veränderung ist komplexer als alle anderen und kann nur im Umfeld der folgenden Experimentierfähigkeit durchgeführt werden.

3. *Umgestaltender oder transformatorischer Konstitutionalismus.* Übergänge, bei denen es wichtige Änderungen in den Machtverhältnissen gibt, geschehen im Allgemeinen über verfassunggebende Prozesse. In den letzten zwanzig Jahren haben mehrere Länder in Afrika und Lateinamerika verfassunggebende Prozesse durchgemacht. Diese jüngste Geschichte zeigt uns, dass man zwischen zwei Arten von Konstitutionalismus unterscheiden muss: dem modernen Konstitutionalismus im eigentlichen Sinn und dem transformatorischen Konstitutionalismus. Der moderne Konstitutionalismus, der bis vor kurzem auf keinerlei Opposition gestoßen war, war

ein von oben, von den politischen Eliten mit dem Ziel konstruierter Konstitutionalismus, institutionell monolithische Staaten und angeblich homogene Zivilgesellschaften zu schaffen. Das bedeutete dann immer, dass sich eine Klasse, eine Kultur, eine Rasse, eine Ethnie, eine Region zu Lasten anderer durchsetzte. Im Gegensatz dazu geht der transformatorische Konstitutionalismus von der Initiative der unteren Schichten aus und ist wie eine Form von Klassenkampf, wie ein Kampf der Ausgeschlossenen und ihrer Verbündeten, mit dem Ziel geführt, neue Kriterien für den sozialen Einschluss zu schaffen, die die klassen-, rassenbedingte, ethnische, kulturelle etc. Unterdrückung beenden soll.

Eine derartige soziale und politische Demokratisierung geht mit der Neuerfindung oder Neugründung des Staates einher. Diese Neuerfindung oder Neugründung muss zwangsläufig experimentell sein, und dieses Merkmal wird bei der eigenen Verfassung angewandt. Mit anderen Worten sollte, sofern möglich, die neue transformatorische Verfassung eine begrenzte Gültigkeitsdauer haben, zum Beispiel fünf Jahre, nach deren Ablauf der verfassunggebende Prozess erneut eröffnet würde, um Fehler zu korrigieren und Gelerntes einzuführen. Die Begrenzung der Gültigkeit der neuen Verfassung hat den politischen Vorteil – in Übergangszeiten von großem Wert –, keine endgültigen Gewinner und Verlierer hervorzubringen. In Kuba sind die Bedingungen für die Erneuerung von Verfassungsexperimenten derzeit ideal.

4. *Experimenteller Zustand.* Auf unterschiedlichen Wegen zeigen sowohl die endgültige Krise, in der sich der Neoliberalismus befindet, als auch die jüngsten Erfahrungen der fortschrittlichsten Staaten Lateinamerikas, dass wir uns auf dem Weg zu einer neuen Zentralität des Staats befinden, einer Zentralität, die sowohl im Hinblick auf die soziale Vielfalt (Anerkennung der Interkulturalität, der Pluriethnizität und sogar der Plurinationalität wie im Fall Ecuadors und Boliviens) als auch die wirtschaftliche (Anerkennung verschiedener Eigentumsformen, der staatlichen, kommunitären bzw. gemeinschaftlichen, genossenschaftlichen und individuellen) und politische Vielfalt (Anerkennung verschiedener Demokratiearten, repräsentative bzw. liberale, partizipative, auf Referenden gestützte, kommunitäre Demokratie) offener ist. Der Übergang vollzieht sich von einer auf sozialer Homogenität aufbauenden Zentralität zu einer auf sozialer Heterogenität basierenden Zentralität. Einer Zentralität, die durch den Grundsatz der Vielschichtigkeit reguliert wird. Die neue Zentralität operiert auf unterschiedliche Weise auf Gebieten, in denen die Wirksamkeit der Lösungen schon bewiesen ist (in Kuba, zum Beispiel, Bildung und Gesundheit, trotz der sinkenden Qualität und Gleichwertigkeit, als Ergebnis des Abbruchs der Verbindungen nach dem Zusammenbruch der neunziger Jahre); auf Gebieten wo, im Gegenteil, die Unwirksamkeit bewiesen ist (in Kuba, zum Beispiel, Zunahme der Ungleichheit oder auch die Landwirtschaft), sowie auf neuen Gebieten, die in Übergangsprozessen am zahlreichsten sind (in Kuba, zum Beispiel,

Abbau der politischen Institutionalität und Wiederaufbau der sozialistischen Hegemonie auf der Grundlage einer hoch intensiven Demokratie, die gleichzeitig den Abbau sozialer Ungerechtigkeiten und die Ausweitung der sozialen, kulturellen und politischen Vielfalt fördert). Für die beiden letztgenannten Gebiete (Gebiete, die bewiesenermaßen nicht funktionieren, und neue Gebiete) gibt es keine unfehlbaren Rezepte oder endgültigen Lösungen. Auf diesen Gebieten empfiehlt das Prinzip der komplexen Zentralität, den Grundsatz des demokratisch kontrollierten Experiments anzuwenden. Das Experimentierprinzip sollte auf die gesamte Gesellschaft ausgedehnt werden; demzufolge wird der Staat auch zu einem experimentellen Staat. In einer Phase großer Veränderungen bei der Funktion des Staates und den sozialen Regulierungen ist es unvermeidlich, dass die institutionelle Materialität des Staates, starr wie sie ist, starken Vibrationen ausgesetzt ist, die den Boden für ungewöhnliche Auswirkungen bereiten. Man muss außerdem berücksichtigen, dass diese institutionelle Materialität Teil eines nationalen staatlichen Zeit-Raumkomplexes ist, der mit den Querwirkungen lokaler und globaler Zeit-Raum-Phänomene zu kämpfen hat.

Da Übergangsphasen davon geprägt sind, dass in ihnen Lösungen des alten Paradigmas neben Lösungen des neuen Paradigmas bestehen, und die einen wie die anderen sich gleichermaßen widersprechen, meine ich, dass man aus dem Experimentieren ein institutionelles Schaffensprinzip machen sollte, wenn sich die in der Vergangenheit übernommenen Lösungen als unwirksam erwiesen haben. Da es in einer solchen Phase unvorsichtig wäre, sich für nicht mehr rückgängig zu machende institutionelle Lösungen zu entscheiden, muss sich der Staat in ein institutionelles Experimentierfeld verwandeln, in dem unterschiedliche institutionelle Lösungen eine Zeit lang als Pilotversuche nebeneinander bestehen und miteinander konkurrieren können, wobei Bürgerkollektive sie ständig überwachen sollten, um anschließend eine vergleichende Leistungsbewertung vornehmen zu können. Das Angebot öffentlicher Güter, vor allem auf sozialem Gebiet,<sup>8</sup> kann eine Zeitlang auf unterschiedliche Weise funktionieren und die Entscheidung für die eine oder andere Lösung – falls angebracht – sollte erst erfolgen, nachdem die Alternativen in Bezug auf ihre Wirksamkeit und demokratische Qualität für die Bürger ausgewertet worden sind.

Ich bin der Meinung, dass diese neue Form eines möglichen demokratischen Übergangstaats auf drei Grundsätzen politischen Experimentierens aufbauen sollte. Erstens erfordert das soziale, wirtschaftliche und politische Experimentieren verschiedene, sich ergänzende Formen von Demokratie (repräsentative, partizipative,

nehmern angeboten wird; landwirtschaftliche Produktion in staatlichen Unternehmen neben genossenschaftlichen, kommunitären Betrieben oder kleinkapitalistischen Unternehmen.

kommunitäre usw.). Keine davon kann allein sicherstellen, dass die neue Institutionen wirksam evaluiert wird. Es handelt sich um einen schwer einzuhaltenden Grundsatz, vor allem weil mehrere praktische Demokratieformen komplementär nebeneinander bestehen, und weil er neu und experimentell ist. In diesem Zusammenhang sollte man an Hegels Aussage denken: »Wer Angst vor dem Irrtum hat, hat Angst vor der Wahrheit.«

Der zweite Grundsatz besagt, dass der Staat nur wirklich experimentell ist, wenn die einzelnen institutionellen Lösungen sich unter denselben Bedingungen mit der ihnen eigenen Logik entwickeln können. Mit anderen Worten ist der experimentelle Staat demokratisch, wenn er den verschiedenen Konzepten demokratischer Institutionen dieselben Chancen einräumt. Nur so kann demokratisch gegen den Dogmatismus einer Lösung gekämpft werden, die sich als einzig wirksame und demokratische darstellt. Dieses institutionelle Experimentieren, das innerhalb der demokratischen Umgebung abläuft, kann nicht umhin, beim staatlichen Vorgehen eine gewisse Instabilität und mangelnde Kohärenz hervorzurufen. Die sich daraus eventuell ergebende staatliche Fragmentierung kann dann verdeckt zu neuen Ausschlüssen führen.

Unter derartigen Umständen muss der Staat nicht nur die Chancengleichheit für die einzelnen Projekte demokratischer Institutionen garantieren, sondern ebenfalls – und das wäre der dritte Grundsatz des politischen Experimentierens – Mindestnormen für den Einschluss sicherstellen, um aktive Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, die für die Überwachung, Begleitung und Evaluierung der alternativen Projekte nötig ist. Im Rahmen der neuen komplexen Zentralität kombiniert der Staat die direkte Regulierung der sozialen Prozesse mit der Metaregulierung, oder anders ausgedrückt, die Regulierung nichtstaatlicher Regulierungsformen der sozialen Regulierung, die in ihrer Autonomie respektiert werden müssen, solange sie selbst die in der Verfassung verankerten Grundsätze von Einschluss und Partizipation respektieren.

*5. Eine andere Produktion ist möglich.* Dies ist eines der wichtigsten Gebiete des sozialen Experimentierens, und Kuba kann hier bei der Suche nach alternativen Lösungen zu den kapitalistischen Entwicklungsmodellen oder sozialistischen Entwicklungsmodellen des 20. Jahrhunderts die strategische Führung übernehmen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts muss besonders dringend über wirtschaftliche und soziale Alternativen nachgedacht und für sie gekämpft werden. Dafür gibt es zwei Gründe, die miteinander zusammenhängen. Erstens leben wir in einer Zeit, in der die Vorstellung, dass es zum Kapitalismus keine Alternativen gibt, den höchsten Akzeptanzgrad seit Beginn des Weltkapitalismus erreicht hat. Zweitens hat sich die Systemalternative zum Kapitalismus, vertreten durch die zentralistischen sozialistischen Wirtschaftssysteme, als nicht funktionsfähig erwiesen. Der politische Autoritarismus

und die mangelnde wirtschaftliche Gangbarkeit der zentralistischen Systeme wurden bei deren Zusammenbruch Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre dramatisch sichtbar.

Paradoxerweise hat der Kapitalismus in den letzten dreißig Jahren wie nie zuvor seine selbstzerstörerische Ausrichtung gezeigt. Vom absurden Wachstum der Konzentration des Reichtums und dem sozialen Ausschluss zur Umweltkrise, von der Finanzkrise zur Energiekrise, vom ewigen Krieg um die Zugangskontrolle zu den natürlichen Ressourcen zur Nahrungsmittelkrise. Andererseits hat der Zusammenbruch der Staatssozialismussysteme Raum für das Entstehen verschiedener volksbasierter Wirtschaftsformen geschaffen. Von der solidarischen Wirtschaft zu den Volksgenossenschaften, von den wieder gewonnenen Unternehmen zu den Neuansiedlungen nach der Agrarreform, vom Fair Trade zu den Formen regionaler Integration nach dem Grundsatz der Reziprozität und Solidarität (wie das Bündnis der Völker Amerikas ALBA). Die volksbasierten Organisationsformen der Wirtschaft sind breit gefächert. Einige bedeuten den radikalen (allerdings lokalen) Bruch mit dem Kapitalismus, andere haben Formen der Koexistenz entwickelt. Die allgemeine Anfälligkeit all dieser Alternativen liegt in der Tatsache, dass sie sich in kapitalistischen Gesellschaften vollziehen, in denen die kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse die allgemeine Logik der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung bestimmen. Aus diesem Grund bleibt am Ende das emanzipatorische und sozialistische Potential der volksbasierten wirtschaftlichen Organisationsformen blockiert. Kuba ist im Hinblick auf Wirtschaftsexperimente insofern privilegiert, als es anhand nicht kapitalistischer Grundsätze, Logik und Ziele die Spielregeln definieren kann, mit denen die kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen funktionieren sollen.

Um das ganze fortschrittliche Transformationspotential des jetzigen Augenblicks umsetzen zu können, braucht Kuba die Solidarität aller Männer und Frauen, aller linker Organisationen und Bewegungen (in dem Sinn, wie sie in diesem Text definiert werden) der Welt und ganz besonders Lateinamerikas. Dies ist der Zeitpunkt, zu dem die linke Welt Kuba all das zurückgeben muss, was sie Kuba dafür schuldet, heute das zu sein, was sie ist.

*Aus dem Portugiesischen ins Spanische von Rodolfo Alpizar*  
*Aus dem Spanischen ins Deutsche von Birte Pedersen*

Autorinnen und Autoren aus Bolivien, Ecuador und Venezuela analysieren, inwieweit der Machtwechsel dort effektiv zu mehr Demokratie und Partizipation geführt hat und welche konkreten Formen der »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« in den letzten Jahren annimmt. Da Sozialismus in Lateinamerika nicht ohne die kubanische Erfahrung denkbar ist, befassen sich zwei Beiträge auch mit Lehren aus der jüngeren Geschichte der Insel.